



Zur Verhaftung
von RA Reinhard 32.

Südafrika

Bibliothek
des Ruhrgebiets
Bibliothek des IBB

C21734 E

4 St. Jugendzentrum
Reinbel

31

Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 53 3.12.74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.



21.10.74: 2.000 Kollegen zogen protestierend durch Speyer.

VERHAFTUNGEN, DURCHSUCHUNGEN, VERDÄCHTIGUNGEN

Wieder auf 'Anarchisten' jagd

Nach der Erschießung des Westfälischen Kammergerichtspräsidenten von Drenkmann (wahrscheinlich bei einer verbotenen Entführung), der der Tod von Holger Meins im Hungerstreik am 9.11. vorausgegangen war, setzte eine neue Welle staatlicher Maßnahmen, Polizeieinsätze, weiterer Abbau demokratischer Rechte ein, unterstützt von einem wilden propagandistischen Trommelfeuer in Presse, Fernsehen und Rundfunk. Diese wieder als „Terroristenbekämpfung“ dekorierte Kampagne stellt verglichen mit der großen „RAF“-Kampagne im Frühjahr 1972 (Bombenanschläge auf US-Einrichtungen, bei Sprengung u.a.; Verhaftung des „harten Kerns“) und der kleineren Kampagne nach dem von der Münchner Polizei inhaftierten Mörder während der Olympischen Spiele im Herbst 1972 eine schärfere Stufe der Faschisierung von Staat und Gesellschaft dar.

Diese Verschärfung – verglichen mit 1972 – kommt u.a. zum Ausdruck: in einer noch weitergehenden Beschneidung demokratischer Rechte (Angriff auf die Verteidigerrechte, Angriff auf das Demonstrationsrecht u.a.m.), in einer weit mehr militärischen und bürgerlichen Hetze, in verschärften und unverschnittenen Diffamierungen und Verdächtigungen selbst gegen Liberale und Sozialdemokraten (z.B. Kirchenführer Scharf, Fernseh-Kommentator Merzburger), in einer noch rückwärtsgewandten Mißachtung einfacher bürgerlicher Rechtsvorschriften bei Verhaftungen, Durchsuchungen etc., in einer erheblich gesteigerten Hetze gegen die Kommunisten, im Versuch, sie als „Komplizen der Terroristen“, wenn nicht gar selbst als „Terroristen“ hinzustellen und so ihre politische Zerschlagung voranzutreiben.

Auf einen besonders zynischen Begriff wurde die Stoßrichtung der neuen Kampagne von der westfälischen „Morgenpost“ (Springer) ge-

bracht: „Eine rucklose Regie beginnt sich abzuzeichnen. Erst stirbt ... Holger Meins ... Mit seinem Ableben wurde dem Linksterrorismus in unserem Lande der erste Märtyrer geboren, das Signal für eine mörderische Terrorwelle gegen den demokratischen Rechtsstaat gegeben“ (12.11.74). „Rucklose Regie“ – so erscheint der Tod von Holger Meins den der Staat bei völlig unzureichender Zwangsernährung buchstäblich verhungern ließ, noch als eine besonders „terroristische“ Tücke des Toten gegen den „Rechtsstaat“. Zynischer waren auch die Faschisten kaum, als sie 1938 jüdische Geschäfte und Synagogen zerstörten und verbrannten und anschließend den Gepeinigten noch eine „Entschädigung“ verlangten.

Wenn unmittelbar nach dem Hungertod von Holger Meins noch einige liberale Kritik zu hören war (sowohl an der Tatsache, daß der Staat den Gefangenen verhungern ließ, wie auch an den Haftbedingungen der politischen Gefangenen), drehte doch die Bourgeoisie rasch den Spieß um und ging ihrerseits zum Angriff über:

- gegen Holger Meins, der „rucklos“ verhungert war, um den „Rechtsstaat“ zu zerstören;
- gegen die übrigen Gefangenen der „RAF“ und anderen politischen Gefangenen, die mit ihren Hungerstreik (und der dadurch nötigen Zwangsernährung) den „Steuerzahler“ so viel Geld kosten (wobei die CDU dann durch Kohl und Carstens vortrumpfte, man sollte die Gefangenen doch einfach verhungern lassen – ein Appell ans „gesunde Volksempfinden“, der eines Goebbels würdig wäre!);

Forts. S. 19

Forts. S. 22

Die Krise darf nicht wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden!

Das unlängst veröffentlichte Gutachten des sogenannten „Sachverständigenrates“ zur Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die daran orientierten wirtschaftspolitischen Beschlüsse der Bundesregierung haben noch einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, auf welcher Seite für den bürgerlichen Staat „das Brot gebuttert ist“.

„Die Wirtschaftspolitik steht vor einer Aufgabe, die nicht populär sein mag, nämlich mehr Verständnis für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Unternehmerrisikoprämie zu schaffen“, erklären die „Fünf Weisen“ wörtlich.

Da den bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern natürlich geläufig ist, daß Gewinne nur auf Kosten der Löhne gesteigert werden können,

verlangen sie von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften, sich bei den kommenden Lohnrunden mit Nominalloohnerhöhungen zwischen 6,5 und 9 Prozent zufriedenzugeben: „In den anstehenden Tarifverhandlungen werden nur künftige Preissteigerungen berücksichtigt, keine Ansprüche wegen zurückliegender Preissteigerungen“. Nicht genug damit: kategorisch verlangen die unabhängigen Gutachter, daß die nach ihrer Meinung überzogenen Lohnsteigerungen der zurückliegenden Tarifrunden „den Neubeschluß für 1975 mitbestimmen müssen“.

Die Bundesregierung hat das Gutachten ausdrücklich als Bestätigung des von ihr bisher schon verfolgten wirtschaftspolitischen Kurses begrüßt – und sich sogleich daran gemacht,

die darin entwickelten Richtlinien zu einem auf die aktuelle Situation bezogenen Konjunkturprogramm auszuweiten:

„Unstrittig ist inzwischen ein neues „Investitionszulagengesetz“ nach dem sämtliche Investitionen mit Stichtag der Kabinettsentscheidung eine Zulage von 7,5 Prozent erhalten müssen.“

Im Klartext bedeutet das: Wenn ein Unternehmer zum Beispiel für eine Million Mark Maschinen kauft, bekommt er als Prämie von der Bundesregierung 75 000 Mark.“

(„Frankfurter Rundschau“, 26.11.74)

Forts. S. 19

Blutbad in Birmingham:

Aus der rechten Ecke

Am Abend des 21. November explodierten in Birmingham, einer der größten Städte im westlichen Industriegebiet Englands zwei Bomben. Beide waren in zwei nah beieinander liegenden Pubs (Kneipen) gelegt worden, im „Mulberry Bush“ und in der „Tavern in the Town“.

Neunzehn Menschen wurden getötet, über 200 zum Teil schwer verletzt und verblüfft.

Viele Begleitumstände des Blutbades sprechen dafür, daß es sich dabei um einen faschistischen Terroranschlag handelt:

- Beide Bomben waren nicht gegen Einrichtungen des Militärs oder Institutionen des englischen Staates gerichtet sondern explodierten in voll besetzten Kneipen in der Innenstadt, die vorwiegend von jungen Leuten nach der Arbeit besucht werden. Der Mord an einfachen Zivilisten – Angehörigen der Arbeiterklasse – war die geplante Absicht.
- Zwischen der Vorwarnung, die jemand telefonisch („mit irischem Akzent“) der Zeitung „Birmingham Post“ durchgegeben haben soll und

den Explosionen lagen offenbar 19 Minuten – die Polizei kam allerdings erst, als die Bomben bereits hochgegangen waren. Die Möglichkeit einer Räumung des Gebiets wäre also durchaus in gewissem Umfang gegeben gewesen.

• Eine ominöse Gruppe „Rote Fahne 74“ (Red Flag 74) soll die Verantwortung für das Blutbad zwischen übernommen haben. Ein Mädchen habe – so wird in den bürgerlichen Zeitungen berichtet – bei einer Zeitung angerufen und gesagt, die „Manchester Brigade der Red Flag 74“, der „500 Studenten angehören“, habe die Bomben gelegt.

Diese Gruppe ist bislang – falls es sie überhaupt gibt – ausschließlich in dieser Form an die Öffentlichkeit getreten: sie hat in den letzten Monaten verschiedentlich die Verantwortung für Bombenattentate übernommen, nachdem sie verurteilt worden waren, irgendwelche politische Massenarbeit in der Bevölkerung oder Veröffentlichungen dieser Gruppe sind nicht bekannt.

- Sowohl die IRA (O) als auch die IRA (P) haben die Verantwortung für den mörderischen Anschlag abgelehnt.

In einer Erklärung, die die IRA (Provisional) in Dublin herausgab, heißt es: „Es war noch nie die Politik der IRA, nicht-militärische Ziele zu bombardieren, ohne ausreichende Vorwarnungen zu geben, um die Sicherheit der Zivilisten zu gewährleisten.“

Zur Gruppe Red Flag stellte die IRA (P) fest, daß sie „keinerlei Verbindungen zur republikanischen Bewegung“ habe.

„Clann na h-Eireann“, eine Organisation, die in England für die Unterstützung der Sinn Féin (politische Organisation der IRA (Official)) arbeitet, verurteilte die Bombenanschläge von Birmingham als „das Werk von kriminellen Faschisten, das darauf abzielt, den Haß in Irland zu schüren und auf England zu übertragen“.

Forts. S. 3

Raus aus der SPD

Nach längerem Auseinandergeraten in der Möllner SPD werden aktive Jungsozialisten aus der SPD ausgetreten. Der wesentliche Punkt der Auseinandersetzung war die Zusammenarbeit mit Kommunisten. Der Verlauf der Auseinandersetzungen ist heute sicher nicht typisch für die SPD. Doch wir sehen in unseren Erfahrungen bestätigt, daß es, bei richtigem Verhalten der Kommunisten, möglich ist, mit linken Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, und daß mit der Entwicklung dieser Zusammenarbeit die Widersprüche innerhalb der SPD verschärft werden. Das ist unserer Meinung nach die allgemeine Lehre aus unseren konkreten Erfahrungen. In der Artikel einen Zeitraum von etwa einem Jahr umfaßt, zeigt er nicht nur die Entwicklung der Jungsozialisten, sondern auch die Entstehung einer KB-Gruppe, bzw. einer kommunistischen Politik in Mölln.

Für das Bündnis aller demokratischen Schüler im Kampf gegen die reaktionäre Entwicklung

Die frühere Arbeit der Jusos ist sehr gut mit dem von Lenin geprägten Ausdruck der „Handwerker“ zu begreifen. Die Jusos bestanden aus einem Kreis von Schülern und Lehrlingen, die das Bedürfnis hatten, ihre Situation in Schule, Betrieb und Freizeit zu verbessern. Dabei schienen sie individuell mehr durch den allgemeinen Bekanntheitsgrad der Jusos als „linker“ Organisation zur Sozialdemokratie gekommen zu sein, als durch politisch klaren Bekenntnis zum Reformismus.

Dadurch war auch ihr Handeln geprägt. Es wurden mehrere Arbeitskreise gebildet. Die Aufgabe dieser Arbeitskreise und ihr politisches Ziel war vollkommen unklar. Da kein Kontakt zu Gruppen außerhalb Möllns bestand, fehlte auch jede politische Anleitung.

Die örtliche SPD tat in ihrer Mehrheit nichts Positives zur inhaltlichen Weiterentwicklung der Positionen der Jusos. Ihr Interesse bestand lediglich darin, mit Hilfe der Jusos andere Jugendliche an die SPD zu binden.

Forts. S. 28

Der US-Imperialismus wurde von den Völkern Indochinas nach einem langen Befreiungskrieg geschlagen und gesungen, den größten Teil seiner Truppen aus den okkupierten Ländern zurückzuziehen. Das vietnamesische und das kambodschanische Volk müssen seitdem den Kampf gegen die Statthalter des US-Imperialismus in ihren Ländern weiterführen, die sich nur deshalb und solange halten können, weil diese militärisch und ökonomisch von den Imperialisten massive Unterstützung erhalten.

Die amerikanischen Imperialisten haben seit der Unterzeichnung des Waffenstillstands-Abkommens mit der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, am 27. Januar 1973, den Eindruck zu erwecken versucht, als zögen sie sich nun endgültig aus Asien zurück und als würden sie sich in Zukunft nie mehr in die inneren Angelegenheiten fremder Völker einmischen – kurz: die US-Imperialisten wollten sich von allen ihren Verbrechen gegen geltendes Völkerrecht reinwaschen – und als erstatzender „Erdensittler“ angesehen werden. Zu diesem Zwecke wurde eine internationale, extrem demagogische Propagandakampagne inszeniert – deren makabrer Höhepunkt in dem „Vorschlag“ bestand, den Schwerverbrecher, R. Nixon zum „Friedensnobelpreisträger 1973“ zu küren.

In Wahrheit haben die US-Imperialisten ihr militärisches Potential in Asien nicht nur nicht verringert, sondern erhöht. Zwar wurden – notgedrungen – Soldaten aus Indochina abgezogen, aber

1. blieben fast sämtliche Waffen aller Gattungen in diesem Ländern, bzw. wurden sogar noch erheblich ergänzt; blieben sämtliche logistische Einrichtungen den vom US-Imperialismus abhängigen Regimes erhalten, bzw. wurden sogar noch von einem Heer amerikanischer „Berater“ erweitert;
2. wurden die aus Indochina abgezogenen Einheiten der US-Armee keineswegs alle nach Amerika zurückgebracht und dort stationiert, sondern die „kämpferproben Verbände“ wurden zu einem erheblichen Teil in anderen Stützpunkten des asiatischen Kontinents stationiert (Japan, Südkorea, Philippinen etc.); und
3. wurde der US-Militärapparat in Asien nach dem „Ende“ des Indochinakrieges reorganisiert – d.h. es wurden neue Stützpunkte geschaffen,

Gigantischer Aufmarsch des US-Imperialismus in Asien

... und die Komplizenrolle der japanischen Imperialisten

Noch immer mit den Phrasen des „Kalten Krieges“ aus den 50er Jahren arbeitend, erklärte die US-Regierung „die Eindämmung des Russischen Kommunismus“ rechtfertigt den Bau eines großen Luft- und Marinesstützpunktes auf Diego Garcia im Indischen Ozean, um die ohnehin schon verstärktesten Luft- und Marinesstützpunkte in Japan, Ozeanien, Mexiko, den Philippinen und Thailand zu ergänzen.

Das Pentagon verkündete im letzten Monat, daß in einem Zwei-Jahres-Programm 75 Millionen Dollar auf dem Diego Garcia-Atoll investiert würden – und zwar zum Bau einer 3.600 m langen Startbahn für B-52-Bomber und C-5 Galaxies (ein Großraumtransporter, der u.a. auch als Trägerflugzeug für Raketen mit größerer Reichweite dient, Anm. d. Übers.), außerdem zum Bau neuer Hafenanlagen für atomgetriebene U-Boote und Flugzeugträger.

Diese Ankündigung ging wie eine Schockwelle durch ganz Asien, einschließlich jener angrenzenden Länder, die bereits unter der Kontrolle der US-Militäristen stehen. Einige der lautesten Proteste kamen von jenen Ländern, von denen die US-Imperialisten sagen, daß sie von dem geplanten Bau mit verteidigt würden und profitieren könnten, Indien und Sri Lanka (Ceylon). Beide Nationen haben immer, wenn auch nutzlos, Vorstöße unternommen, aus dem Indischen Ozean ein atomwaffenfreies, neutrales „Meer des Friedens“ zu machen.

Auch in Japan war der Protest groß. Mitte März brachten alle großen Zeitungen täglich Berichte über die US-Militär-Strategie.

Die Japaner, die Zeugen waren, wie sich seit dem „Ende“ des Vietnamkrieges mit dem Erlaufen des Flugträgers „Midway“ in den Hafen von Yokosuka die Aktivitäten der amerikanischen Luft- und Marinestreitkräfte um Okinawa verstärkten, haben ein spezielles Interesse an dem

und Raketenkreuzer, die sich jetzt bereits im Indischen Ozean aufhalten, die Vorherrschaft auf diesem Meer gewinnen würden, wenn erst einmal der Suez-Kanal wieder eröffnet sein wird. Dieses Argument ist der Trumpf des Pentagon, wenn es jetzt darum geht, aus dem amerikanischen Volk die Rekordsumme von 87,73 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1975 (beginnend am 1. Juli) für militärische Zwecke herauszupressen.

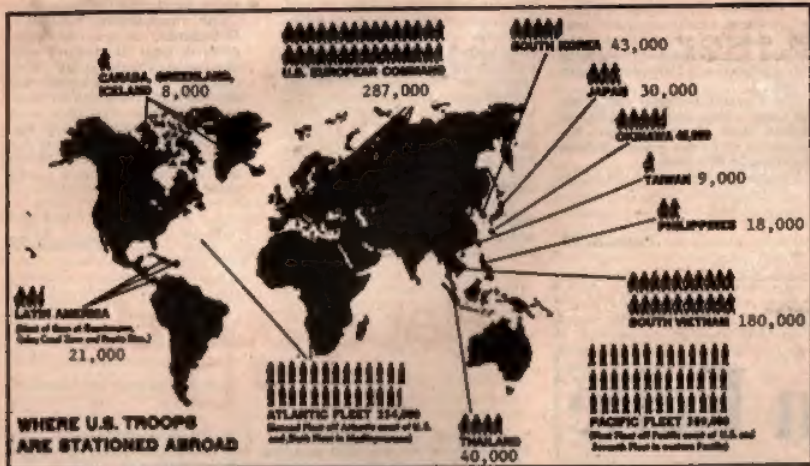
hervor, daß militärische Stärke bei der Rohstoffpolitik „einen Hebel in Verhandlungen sowohl mit Freunden als mit Feinden“ darstellt. Die geopolitischen Realitäten der Weltrohtoffquellen haben die herrschende Klasse Japans veranlaßt, die jetzige US-Strategie nach dem Motto „Sprich leise und schwing den großen Knüttel“ energisch zu unterstützen. Das japanische Großkapital und dessen Vertreter im Tanaka-



Hinter all diesen „Kalten Krieg“-Lügen steht ein sehr grundlegendes Interesse: nämlich Rohstoffquellen, speziell Erdöl. Oder wie General Creighton Abrams vor kurzem dem Ausschuss für Rüstungsfragen im amerikanischen Senat klarmachen

Kabinett begrüßten die US-Truppenverstärkungen in Japan nach dem „Ende“ des Vietnam-Krieges – und sie sind noch mehr für das Diego Garcia-Projekt eingenommen. Der Grund dafür ist einfach: Der Indische Ozean ist nicht nur Japans Verbindungslinie für das Öl aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens,

23 militärische Einheiten sind dort (in Okinawa) schon verstärkt worden und noch weitere zehn sollen im Laufe dieses Jahres verstärkt werden. Ein ganze Anzahl von Luftwaffen- und Marine-Einheiten sind im letzten Jahr von Vietnam nach Okinawa verlegt worden – darunter auch



Verteilung der US-Truppen in der Welt

das Waffen-Potential (namentlich Atomwaffen) bedeutend erweitert und die operative Beweglichkeit der verschiedenen Truppenteile durch eine neue Kommando-Struktur bedeutend gesteigert.

Der folgende Artikel, den wir aus der englischsprachigen spanischen Zeitung AMPO (Ausgabe Frühjahr '74) entnommen und übersetzt haben, zeigt in knapper und präziser Form die Strategie des US-Imperialismus gegen die Völker Asiens nach seiner Niederlage im Indochinakrieg auf.

Die japanischen Genossen haben zugleich die besondere Komplizenschaft des japanischen Imperialismus bei der Verwirklichung der amerikanischen Hegemonialpläne enthüllt. Der Artikel erscheint in der AMPO unter dem Titel „The US Military in Asia – The boys go home, the weapons move in“ – Verfasser ist Nakazawa Osamu.

Diego Garcia-Projekt, denn es ist Teil einer Strategie, in die die „Selbstverteidigungs-Streitkräfte“ des eigenen Landes einbezogen sind als Teil einer „Gesamtstreitmacht“ („total army“), wie sie einst vom amerikanischen Verteidigungsminister Melvin Laird konzipiert worden war.

Während die Pentagon-Pressesprecher ständig von einem „Abzug der US-Truppen aus Asien“ sprechen, sehen die Völker Asiens, wie die US-Militärmaschine in Asien ständig und aufeinander abgestimmt ausgebaut wird, im besonderen das atomare Potential.

Der Aufbau des US-Militärapparates – geographisch und taktisch sind die vier Waffengattungen durch die neue Vereinheitlichte Kommando-Struktur („Unified Command Structure“) aufeinander abgestimmt – basiert ebenfalls auf dem Wunsch nach „Parität“ mit der sowjetischen Flotte in den asiatischen Gewässern.

Die US-Regierung behauptet, daß die 20 bis 30 sowjetischen Zerstörer

versuchte: „Öl ist vielleicht nur der erste von vielen lebenswichtigen Rohstoffen, der als strategische Waffe gegen uns gebraucht wird.“ (Abrams meint hier das von den erdölreichen Erdölförderländern verhängte „Embargo“ im Zusammenhang mit dem letzten Nahostkrieg im Herbst des vergangenen Jahres, Anm. d. Übers.).

„Diese Drohung ist unermesslich – und durchaus gegenwärtig.“ In der privaten Atmosphäre der Senatssitzung machte General Abrams den Senatoren klar, daß die Sowjetunion keineswegs der einzige Gegner sei, gegen den sich die großen Anstrengungen der USA bei der Aufrüstung richteten. Er räumte vielmehr ein, daß der amerikanische Militärapparat gegen jedes Land – pro oder anti-amerikanisch – eingesetzt werden könnte, das die Lieferung mit grundlegenden Rohstoffen in die USA und in verbündete Staaten (einschließlich Japan) unterbrechen sollte. Er (Abrams) hob besonders

den Nahen und Mittleren Osten, sondern auch für den sich ständig vergrößernden Import der lebenswichtigen Bodenschätzen aus Ländern Afrikas.

Nun zerbrach die Illusion über die ununterbrochen fließenden Rohstofflieferungen schneller als erwartet – und das bestimmte auch das Tempo des amerikanischen Aufmarsches in Asien. Die grundlegenden Pläne dafür waren bereits 1971 ausgearbeitet gewesen.

Zu der Zeit, als die US-Imperialisten in Indochina einer Niederlage nahe waren und ihre Truppen abziehen, trat die vorausgeplante Nachkriegsstrategie (Nixon Doktrin) in Kraft. Die Kernidee dieser Strategie (Nixon Doktrin) ist, Asiaten gegen Asiaten Krieg führen zu lassen – lediglich unterstützt von starken amerikanischen See- und Luftstreitkräften.

Seit 1971 werden Schritte unternommen, Micronesien zu einem riesigen Militärstützpunkt auszubauen. Eine 4.700 Meter lange Startbahn ist im letzten Herbst auf der Insel Majuro fertiggestellt worden und weitere sind noch geplant.

Eine Punktzielstelle wurde von der US-Armee in Guam fertiggestellt, und Omage Radarstationen stehen in Japan und Australien kurz vor ihrer Fertigstellung (das „Omegasystem“ besteht darin, daß Polar-U-Boote von sicheren Positionen auf dem Meeresboden aus ihre Raketen abfeuern, die dann von den Omage-Radar-Türmen aus mit größter Genauigkeit ins Ziel gelenkt werden).

Das Pentagon übernahm am 28. September 1971 die von der US-Luftwaffe ausgearbeiteten „Grundprinzipien“ (Basic Doctrine) und propagierte sie als seine „Bewegliche Atom-Vergeltungs-Strategie“.

Vertrauliche Pentagon-Papiere mit dem oben genannten Datum werden dem japanischen Parlament übergeben. Diese Papiere zeigen deutlich, daß die USA sowohl auf einen „kleinen“ als auch auf einen großen Atomkrieg vorbereitet sein müssen, um die militärischen Initiativen zu erweitern – zu können.

Teil dieser Strategie ist die engere Einbeziehung der japanischen sogenannten „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ (SDF) in die Pläne der US-

newa verlegt worden – darunter auch Fallschirmjäger – Kompanien des 7. und 13. Luftkommandos. Das Hauptquartier der 3. US-Luftwaffen-division bei Tokio soll geschlossen werden und deren Aufgabenbereich wird auf die 113. Luftwaffen-division, die auf Okinawa stationiert ist, übertragen werden. Auch vom US-Hauptquartier „Camp Zama“ bei Tokio erwartet man, daß es in naher Zukunft nach Okinawa übersiedeln wird.

Aufmerksam registriert wurde unlangst auch ein großes Manöver in Südkorea, zu dem Marine-Soldaten von Okinawa aus unter kriegsähnlichen Bedingungen eingeflogen wurden. Die „Ledernacken“ unterwiesen die Soldaten von Heer und Luftwaffe in der Kriegsführung. Zur gleichen Zeit waren die Soldaten anderer Marine-Stützpunkte ungewöhnlich aktiv in Japan (japanischer Festland) und Okinawa werden seit Anfang des Jahres Bomben, Munition und chemische Kampfstoffe in Flugzeugen mit unbekanntem Ziel verladen. Landungseinheiten der amerikanischen Marine (BTL's) wurden gleichfalls auf Okinawa verstärkt – und es gibt Anzeichen aus Südkorea, wenn US-Einheiten aus Südkorea abgezogen werden sollten, diese BTL's noch weiter verstärkt werden würden.

Die wachsende Bedeutung von Okinawa für die Strategie des US-Imperialismus hat es auch in der japanischen Strategie an Bedeutung gewinnen lassen. In dieser Richtung muß auch die Beförderung des Kommandanten der südwestlichen SDF's, die auf Okinawa stationiert sind, gesehen werden – er wurde, trotz der Proteste seitens der Bevölkerung, vom Major zum General befördert.

Die Umorganisation der amerikanischen-japanischen Streitkräfte und der Ausbau von Diego Garcia zu einem Hauptstützpunkt sind Teil der gleichen sich überdeckenden Struktur. Der US-Militärapparat mit einer unabhängigen Atommacht, der sich auf die Schlüsselstellungen in Hawaii, Yokosuka auf dem japanischen Festland, Okinawa, Subie Bay auf den Philippinen, Sasebo in Thailand und Diego Garcia stützt.

Forti. Blutbad in Birmingham



Der „Sternenflug“, traditionelles Symbol der Republikanischen Bewegung Irlands

Diese Stellungnahmen betriben die bürgerliche Propaganda natürlich nicht – ohne den geringsten Beweis wurde munter von „IRA-Mördern“ und „IRA-Terror“ drauflos gezecht. In mehreren – ähnlich gelagerten – Fällen (z.B. die Brüder Littlejohn, s. AK 33) liegen auch bereits Beweise und Aussagen der Betroffenen darüber vor, daß der englische Geheimdienst und Sonderabteilungen des englischen Militärs Spitzel und Provokateure – oft aus dem faschistischen Untergrund – anwerben, die mit Staatsauftrag Mordanschläge verüben (s. unten).

Der Vergleich zu ähnlichen Vorfällen in Italien drängt sich gerade auf („Strage di Stato“ 69).

Faschistische Verhetzung

Das Ziel der Bourgeoisie mit der Strategie der Bomben im Klima der Angst zu erzeugen und die berechtigte Wut und Empörung der Bevölkerung auf die Linken und Kommunisten zu lenken, scheint diesmal in sehr weitgehendem Maß – vielleicht sogar vergleichbar mit der Verhetzung der westdeutschen Arbeiterklasse im Jahre RAF – erreicht zu sein.

Bereits am nächsten Tag wurde in den Zeitungen von Prügeleien zwischen englischen und irischen Arbeitern in mehreren Fabriken berichtet. – Bei British Leyland, einer der größten Autofabriken Englands, mit einem Anteil an irischen Arbeitern von 15 % (!), legten 300 Arbeiter spontan die Arbeit nieder, um gegen die IRA zu protestieren.

– Die Organisation der Gastwirte in England und Wales, die 40.000 Mitglieder umfaßt, verabschiedete die Forderung nach der Todesstrafe für Terroristen an das Parlament.

Die von der bürgerlichen Presse und hetzerischen Berichterstattung in Rundfunk und Fernsehen aufgepuschte faschistische Stimmung unter breiten Teilen der Bevölkerung ließ die Faschisten selbst frecher werden:

– Auf das Blutbad von Birmingham folgten einige Tage des organisierten faschistischen Terrors vor allem in Birmingham selbst, aber auch in London: Immer neue Meldungen von Bombenexplosionen.

In London wurde bei der Explosion einer Bombe in einem Briefkasten an einer Straßenkreuzung nur durch einen Zufall niemand ernstlich verletzt – die Fußgängerampel war gerade auf Grün umgeschwenkt, so daß die an der Ampel neben dem Briefkasten wartende Menschenmenge bereits einige Meter vom Briefkasten entfernt war.

– Mehrere Benzinbombenanschläge wurden vor allem in Birmingham gegen irische Lokale und Geschäfte verübt. Fensterscheiben der Wohnungen irischer Familien wurden eingeworfen.

– Die „Nationale Front“ – die größte Faschisten-Organisation derzeit in England – rief in Manchester zu einer Demonstration gegen die IRA auf und zwar zum gleichen Zeitpunkt, für den die Sinn Féin einen Gedenkmarisch für 1967 gedenkte irische Republikaner festgelegt hatte.

Mit zu dieser provokatorischen Gegendemonstration aufgerufen hatten die Ulster Volunteer Force und die Ulster Defence Association (UDA). Die UDA ist eine in Irland militärisch operierende Faschisteneinheit, die viele IRA-Kämpfer und republikanisch gesinnte Menschen auf dem Gewissen hat.

Die Sinn Féin sagte daraufhin ihren Mensch ab, eine Entscheidung, die angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und der zu erwartenden blutigen Konfrontation wahrscheinlich politisch richtig war, die aber gleichzeitig ein Licht auf die Schwäche der linken und kommunistischen Bewegung in England in dieser Situation wirft.

Auf der Abschlussskundgebung der Faschisten forderte der Vorsitzende der National Front, John Kingsley Read, die Todesstrafe und verlas im gleichen Atemzuge die Namen und Adressen von acht angeblichen IRA-Mitgliedern in Birmingham und Manchester!

Notstandsmaßnahmen der englischen Wilson-Regierung

Bereits wenige Tage nach dem Blutbad (!) legte die englische Regierung dem Parlament den Entwurf eines „Anti-Terroristen-Gesetzes“ zur Debatte und Abstimmung vor. Es sieht vor:

Verbot der IRA, sowie eine Vollmacht für den Innenminister, jede Organisation, die die IRA unterstützt, zu verfolgen und zu verbieten. (Darunter würde sogar die revisionistische KP fallen, die bisher nicht umhin konnte, den Kampf des irischen Volkes zu unterstützen.)

Verbot, Abscheuen oder Dinge bei sich zu tragen, die auf eine Sympathie mit der IRA schließen lassen. Letztendlich bedeutet das für jeden einfachen irischen Arbeiter die Verneinung seiner Identität als Ire, denn notwendigerweise waren alle Symbole oder Abzeichen des irischen Volkes gleichzeitig Zeichen des Befreiungskampfes gegen den englischen Imperialismus.

Das Recht der Polizei, Menschen ohne Haftbefehl zu verhaften und 48 Stunden in Haft zu halten. Diese Zeit verlängert sich – mit Zustimmung des Innenministers – um weitere fünf Tage. Mit dieser Ausweitung der Polizeibefugnisse kann jeder Mensch ohne Haftbefehl eine Woche aus dem Weg geräumt werden.

Scharfe Kontrollen der Reisen zwischen Irland und England, wobei die Reisenden nach Ziel und Grund der Reise befragt werden dürfen. Stationierung von Polizei in den Häfen, die Verhaftungen „Verdächtiger“ vornehmen dürfen.

Dieses Gesetz wird erstmalig sechs Monate gültig sein, muß dann verlängert werden, vortausichtlich mit „Änderungen, die die Erfahrungen notwendig machen“ (Innenminister Jenkins).

Damit hält man sich die Möglichkeit offen, noch schärfere Methoden einzuführen: Einführung von Ausweisen für Iren in England, Meldepflicht (gibt es in England bislang nicht) – und vielleicht sogar die Wiedereinführung der Todesstrafen für „Bomben-Terroristen“. (Gegenwärtig werden im Unterhaus gerade auf Initiative der Tories Unterschriften für einen Antrag auf Wiedereinführung der Todesstrafe gesammelt.)

Die Parallele: Die Dubliner Bomben von 72

Ende 72 stand im Parlament der Republik Irland ein Ergänzungsgesetz zu den Notstandsgesetzen auf der Tagesordnung, das die Verfolgung der IRA wesentlich verschärfen sollte. Im Dezember explodierte in Dublin vor dem Gebäude der Transportarbeitergewerkschaft und an einer Bushaltestelle 2 Bomben, die 2 Menschen töteten. Der IRA wurde dieser Anschlag in die Schuhe geschoben und damit die richtige Stimmung erzeugt, um das Gesetz berechtigt erscheinen zu lassen. Es wurde nach den Anschlägen mit überwältigender Mehrheit verabschiedet.

Daß es sich hierbei um eine vom britischen Geheimdienst angezettelte Provokation handelte, wurde unwiderlegbar bewiesen, als 2 im Zusammenhang mit einem Bankraub 73 in Dublin festgenommenen Männer – die Brüder Littlejohn – ausagten, selbst vom Geheimdienst angeworben zu sein. Sie hätten in dessen Auftrag bereits mehrere Bombenanschläge verübt, die man dann der IRA angelastet habe, um die irische Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen. (s. AK 33).

Die englische Kapitalistenklasse ist bei ihren Versuchen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft in den letzten Wochen ein enormes Stück vorangekommen. Erschreckend deutlich wurde die politische und ideologische Schwäche der englischen Arbeiterbewegung, die trotz großer Kampfbereitschaft auf dem wirtschaftlichen Gebiet eben nicht „automatisch“ bereit ist, ihre Interessen und die der irischen Befreiungsbewegung identisch sind. Und die nicht begriffen hat, daß die Waffen, die heute gegen die IRA, der politischen Führung der irischen Arbeiterklasse, geschmiedet werden, morgen gegen sie selbst gerichtet sein werden. Auf diesem Feld werden in nächster Zeit wichtige Aufgaben für die englischen Kommunisten und die Arbeiterlinke liegen.

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

England:

Kumpels gegen „Produktivitätsabkommen“ erfolgreich



Streikbereite Bergarbeiter

61,5% der gewerkschaftlich organisierten Bergleute in England stimmten in einer Urabstimmung gegen das von Kohlebehörde und Gewerkschaftsführung ausgehandelte „Produktivitätsabkommen“. 38,5% der Kumpels befürworteten das Abkommen.

Worum ging es? „Zweck des Produktivitätsabkommens war es, die unzulängliche Kohleproduktion im Lande zu stimulieren. Beim Lohnkonflikt vom letzten Winter, der zum Sturz der Regierung Heath führte, rechtfertigten die Bergleute ihre marxistischen Lohnforderungen unter anderem damit, daß sie dem Land teure Erdölimporte ersparen würden. Sie sind aber jetzt weit davon entfernt, das damals für das laufende Jahr in Aussicht gestellte Produktionsziel zu erreichen. Demzufolge schlug die Kohlebehörde im Sommer den Abschluß eines Produktivitätsabkommens vor ... Vor drei Wochen kam schließlich ein Abkommen zustande, das den Bergleuten substantielle Produktivitätszulagen in Aussicht stellte.“ („Neue Zürcher Zeitung“, 19.11.74).

Doch das Exekutivkomitee des Bergarbeiterverbandes beschloß mit 14 gegen 12 Stimmen, den Kumpels die Ablehnung des ausgehandelten Abkommens zu empfehlen.

Die Kumpels hatten erkannt, daß das Abkommen die Arbeitsethik enorm verschärfen würde und hatten schon Kampfabnahmen vorbereitet. Die Druck der Basis bogte sich die Mehrheit des Exekutivkomitees. Normalerweise ist das Abstimmungsverhältnis im Exekutivkomitee (in

dem auch KP-Mitglieder, Trotzlisten und Marxisten-Leninisten sitzen) 50 : 50 – kämpferische Funktionäre einerseits, rechte Labours andererseits.

Es ging den Kumpels bei ihrer scharfen Ablehnung des Abkommens um mehr als um die Höhe ihres Lohnes. Es ging vor allem um die Methode der Lohnverhöhung. Die Kumpels hatten richtig erkannt, daß sie den Versuch, die nicht unerheblichen Lohnverhöhungen der letzten Zeit durch Produktivitätssteigerungen wettzumachen, bekämpfen mußten. Bei Gültigkeit des Produktivitätsabkommens würde eine Nicht-Einhaltung des vorgegebenen Ziels Lohn einbußen für die Kumpels bedeuten.

Den meisten Widerstand erregte bei den Kumpels der Versuch der Kohlebehörde, die einzelnen Gruben gegeneinander auszuspielen, indem die einzelnen Gruben extra für sich bewertet werden sollten. Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen, Stand der Rationalisierung usw. sollten für die Bewertung der Kumpels ausschlaggebend sein.

Die Kumpels befürchteten zu Recht, daß durch einen derartigen Passus im Abkommen die gewerkschaftliche Einheit aufs Spiel gesetzt würde. Lohnverhöhungen, wie sie bis jetzt bei den Tarifkämpfen von allen Kumpels gemeinsam erreicht wurden, sollten durch getrennte Bewertungen abgeschafft werden. Aber gerade durch die Kämpfe im Winter, die den Sturz der Heath-Regierung beschleunigten, war das Klassenbewußtsein und die gewerkschaftliche Einheit der Kumpels enorm gestärkt worden.

Die Kumpels haben sich vorerst durchgesetzt. Im März läuft allerdings das alte Lohnabkommen aus und es ist zu erwarten, daß die Kohlebehörde ihr Abkommen wieder durchbohren wollen.

Durch Panikmache und Hetze gegen die Kumpels bereiten sich die Kohlebesitzer schon jetzt auf diesen Lohnkampf vor.

Die linken Mitglieder des Exekutivkomitees des Bergarbeiterverbandes haben angekündigt, daß sie sich an den „Sozialvertrag“, der von Regierung und Dachverband der Gewerkschaft ausgehandelt worden ist, nicht binden führen; außerdem haben sie schon jetzt massive Lohnforderungen angekündigt.

Die Kumpels müssen wachsen sein, sich weiterhin auf ihre eigene Kraft besinnen und ihren Gewerkschaftsführern nicht auf's Maul, sondern auf die Hände schauen.

Rolls-Royce: Lohnabkommen ohne Rücksicht auf „Sozialvertrag“

In dem staatlich finanzierten Automobilwerk Rolls-Royce ist gerade wieder der sogenannte „Sozialvertrag“ gebrochen worden. Die Arbeiter hatten einen Lohnabschluß durchgesetzt, der sich nicht am Stabilitätsgebot, sondern an den wirklichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse orientiert. Die Labour-Regierung distanzierte sich scharf von diesem Abschluß und machte die Geschäftsleitung für diesen „unvernünftigen“ Lohnabschluß verantwortlich. Die Geschäftsleitung wies den Angriff der Regierung zurück. Sie „legte dar, daß die Arbeiter des Werks sich wegen dieses Lohnkonflikts seit fünf Wochen im Ausstand befinden und daß infolgedessen, wenn der Streik andauere, viele internationale Fluggesellschaften ihre mit Rolls-Royce-Motoren angetriebenen Flugzeuge wegen Ersatzteilengangs aus dem Verkehr nehmen müßten. Das Unternehmen könne es sich nicht leisten, die seinen Kunden gegenüber eingegangenen Vertragspflichten zu mißachten und habe deshalb den streikenden Arbeitern gegenüber nachgeben müssen.“ („Neue Zürcher Zeitung“ vom 19.11.74).

Ein Hamburger Chemiegenosse

England:

Killer – Gas an Bord



Das Killer-Schiff

Am 11.11. erkrankten aus russisch unerfindlichen Gründen vier Seeleute auf einem schottischen Containerschiff, das sich auf dem Weg von Süd-Carolina (USA) nach Greenock in West-Schottland befand. Das Schiff erreichte am 11.11. die Südküstenküste von England, wo es in Falmouth, dem ersten erreichbaren Hafen, außerplanmäßig anlegte. Die vier Seeleute mußten mit dem Hubschrauber auf die Intensivstation des Londoner King's College Hospital gebracht werden. Ihre Haut war mit dicken Blasen überzogen, die inneren Organe waren teilweise schwer geschädigt. Zwei von ihnen mußten inzwischen an die künstliche Niere angeschlossen werden.

Wenige Stunden, nachdem das Schiff wieder ausgelaufen war, erkrankten elf weitere Seeleute – das Schiff mußte schleunigst noch einmal umkehren. Kurze Zeit später klagten noch zwei Seeleute über Beschwerden. Sie alle mußten ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden. Erst jetzt, nachdem weil über die Hälfte der Besatzung (17 von 28!) mit teilweise lebensbedrohenden Schäden im Krankenhaus lag, sahen sich die staatlichen Stellen gezwungen, etwas zu unternehmen. Man schickte zwei Beamte auf das Schiff, sie konnten aber angeblich nichts

feststellen. Weitere zwei Tage dauerte es, bis man auf die Idee kam, Spezialisten für eine gründliche Untersuchung anzufordern. Es kamen an Bord – zwei Spezialisten des „Verteidigungsministeriums“!

Dies stellten folgendes fest: In einem Laderaum des Schiffes befanden sich in einem Container zwei Kanister mit jeweils ca. 32 kg Arsin (Arsenwasserstoff), die leicht geschlagen waren. Das Gas Arsin bewirkt, wenn es eingeatmet wird oder in die Haut eindringt, eine Verdickung des Blutes, weil die roten Blutkörperchen keinen Sauerstoff mehr transportieren können – größere Mengen des Gases wirken tödlich! Eingesetzt wurde dieses Gas im ersten Weltkrieg! Heute wird es angeblich für Halbleiter in Fernsehapparaten und Rechenmaschinen gebraucht.

Doch nicht die „Schlafmützigkeit“ der untersuchenden Beamten ist schuld, daß die Seeleute fünf Tage lang nur auf Verdacht behandelt werden konnten und immer mehr erkranken mußten. Inzwischen wurde folgendes bekannt:

1. Die Kanister waren auf der Frachtgut-Liste gar nicht aufgeführt.
2. Auch auf einer Liste, die der Kapitän bekommt und auf der

ähnliche mitgeführten, gefährlichen Frachten verzeichnet sind, war das Gas nicht aufgeführt.

3. Der Container war in keiner Weise als mit hochgiftigem Inhalt versehen gekennzeichnet.

4. Der Container wurde infolgedessen wahllos mit anderen zusammen im Laderaum des Schiffes verpackt (s.B. mit einer Sendung Walnüsse) und

5. Im sogenannten „blauen Buch“, dem internationalen Code für gefährliche Seegüter, ist der Stoff Arsin nicht enthalten. Und das, obwohl er seit acht Jahren jeweils fünf- bis sechsmal jährlich verschifft wird!

Nachdem das Unglück nun geschehen ist – mindestens vier Seeleute sind vielleicht für ihr ganzes Leben geschädigt – soll untersucht werden, „ob das Gas normalerweise in ausreichender Quantität verschifft wird, um eine Aufnahme in den Code zu rechtfertigen.“ (Guardian, 19.11.74) Welch menschenverachtender Zynismus spricht daraus!

Das Schiff lag ganze zwei Wochen im Hafen von Falmouth; man fand keine Möglichkeit, das Gas ohne Gefahr aus dem Laderaum zu beseitigen. Es gibt offenbar keine Chemikalien, die das Gas unschädlich machen könnten. So stellte das Schiff eine ständige Bedrohung für die Bewohner von Falmouth dar. Als am 19.11. Sturmwarnung gegeben wurde, bestand die akute Gefahr, daß das Schiff noch weiter in die Stadt hinein oder gegen Felsen in der Bucht, in der es liegt, getrieben würde. Um dieser Gefahr zu entgehen, gaben die Schiffswärter das Versprechen, bei Anschwellen des Sturms den Befehl zum Auslaufen des Schiffes zu geben.

Inzwischen ist eine Entscheidung gefällt worden: Das Schiff lief am 23.11., also nach knapp zwei Wochen Liegezeit im Hafen von Falmouth, aus und pumpte das Gas auf See. 150 Meilen südwestlich der Scilly-Inseln, aus dem Laderaum. Da das Gas schwerer als Luft und außerdem wasserlöslich ist, wird das zumindest für viele Fische und Seevögel den sicheren Tod bedeuten.

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Südafrika – „sicheres Land für Investitionen“

Während in den imperialistischen Staaten eine „Weltwirtschaftskrise“ mehr und mehr um sich greift, scheint in der „Republik Südafrika“ (RSA) eine Oase des Kapitals zu blühen. So wird die RSA für das Jahr 1974 mit einem Zuwachs des Brutto- sozialprodukts (die vom Proletariat eines Landes produzierten und erbrachten Güter und Leistungen) von 7 % eine solche Steigerung wird ebenfalls für die folgenden Jahre vorausgesetzt.

Diese Zahl allein macht den Unterschied zu den Profitmöglichkeiten der Kapitalisten deutlich:

in den imperialistischen Ländern liegt der Zuwachs des Brutto- sozialprodukts bei ca. 1 – 2 % jährlich! „Natürliche Grundlage“ für das Einbringen der Imperialisten sind die großen Rohstoffvorkommen des Landes. Die RSA gehört zu den größten Lieferanten der Welt bei folgenden Bodenschätzen:

- Gold, Diamanten, Mangan, Uran, Chrom, Koble, Kupfer, Arsen, Titanium, Vanadium, Eisenzerz, Platin und Phosphate

(hierbei sind nur die Rohstoffe genannt, bei denen die RSA zu den ersten vier Lieferanten der kapitalistischen Welt gehört).

In diesen Bereichen wurden 1973 Zuwächse erzielt, die den Kapitalisten das Wasser im Munde zusammen laufen lassen:

- Im Vergleich zu 1972 stieg der Umsatz bei den Bergbauprodukten (ohne Diamanten und Gold) um 46%.
- Bei der Diamantenproduktion um 40,5 % und beim Gold gar um 54 %!

(Alle Angaben aus dem „Journal Südafrika“ Nr. 8/74)

Ein zweiter – jedoch wesentlich – Grund für das „gute Investitionsklima“ sind die niedrigen Lohnkosten in der RSA. In der BRD müssen die Kapitalisten in der Bergbau- und verarbeitenden Industrie Stundenlöhne von ca. 8 – 12 DM zahlen. In Südafrika zahlen die BRD-Kapitalisten dem schwarzen Proletariat Löhne von ca. 1,60 DM! Das ist weniger, als ein von einer UN-Kommission ausgerechnetes Existenzminimum von 460,- DM im Monat.

Ergebnis: Im Jahr 1971 z.B. investierten imperialistische Unternehmen in der RSA ca. 24 Mrd. DM. Hierbei lagen die BRD-Kapitalisten nach den USA und England an dritter Stelle. Für die Kapitalisten liegen die Jahresprofile bei 11 – 14 % netto! (In der BRD im Schnitt 6 – 8 %) (aus „Journal Südafrika“ Nr. 6/74).

Das BRD-Kapital – Blutsauger der afrikanischen Bevölkerung

Das BRD-Kapital – Blutsauger der afrikanischen Bevölkerung

Das BRD-Kapital gehört zu den größten Ausbeutern des südafrikanischen Volkes. So stieg der Warenaustausch 1972 gegenüber dem Vorjahr um 29 % auf 3,8 Mrd. DM („UZ“, 29.5.74).

Im ersten Halbjahr '74 erhöhte sich der Export aus der BRD um 75% gegenüber dem Vorjahr! („UZ“, 3.8.74).

Die größten BRD-Kapitalisten in der RSA sind VW, Daimler-Benz, Henschel, Klockner, Krupp, AEG, Siemens, BASF, Hoechst und Farbenwerke Bayer. Sie alle zahlen Löhne, die zwischen 30 und 50 % unter dem Existenzminimum der afrikanischen Arbeiter liegen! („Konkret“, Nr. 21/73).

Ein Sprecher der Unternehmensgruppe Rosenthal (Rosenthal ist MdB der SPD) fasste zusammen: „Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient... Auf diese Weise kommen wir zu ganz interessanten Preisen“ („Konkret“, Nr. 21/73).

Dass die BRD-Imperialisten durch- aus sehr langfristige Beziehungen zur RSA anlagen, machen folgende Beispiele deutlich:

- Die zur Ruhr-Kohle AG gehörende STEAG (Steiokohlen-Elektrizitäts-AG) baut in Namibia eine Uran- anreicherungsanlage, um den Uran- bedarf der BRD bis über 1980 hin- aus abzudecken („UZ“, 29.5.74 und „Horizont“, Nr. 20/74);
- Die Klocknerwerke haben sich eine Mehrheit bei der SWA Lithium Mines Co. Ltd. gesichert („UZ“, 4.6.74);
- Die AEG-Telefunken und Siemens bauen für 60 Mill. DM ein Nach- richtensystem mit Lang- und Kurz- wellenwiedern und einer Datenver- arbeitung auf („UZ“, 29.5.74);
- Die Deutsche Bank gewährte der faschistischen Regierung in der

RSA einen Kredit zum Ausbau des Verkehrsweises (z.Z. noch „eine schwache Stelle“) in Höhe von 60 Mio. DM („Deutsche Volkszeitung“ vom 24.10.74);

- Für den Kapitalexport aus der BRD sind „die Commercials, die Berliner Handelsgesellschaft und die Deutsche Bank mit eigenen Nieder- lasungen in Südafrika federführend und fungieren als Lobby für die BRD- Konzerne“ („Deutsche Volkszeitung“ vom 24.10.74);
- „Namhafte westdeutsche Unter- nehmen“ sind am Neubau des größten Stahlwerks auf dem afrika- nischen Kontinent in der Bucht von Saldanha beteiligt. Unter ihrer Regie will die ISCOR (ein südafrikanisches Stahlunternehmen) im Jahre 1983 dort eine Stahlproduktion von 10,5 Mio. Tonnen erreichen! („Südafrika-Journal“, 4/74)

Die BRD-Kapitalisten profitieren zudem von dem extrem ungerechten Steuersystem der faschistischen Re- gierung:

- Während die Arbeiter und Ange- stellten einen Steuersatz von ca. 30% zu zahlen haben, zahlen die Ka- pitalisten für ihre Dividenden 15% Steuern (in der BRD 25%), bei Zinsen aus Anleihen nur ganze 10% (in der BRD 30%) und die Körperschafts- steuer beträgt 41% (in der BRD 51%)!

Diese wenigen Beispiele erklären zur Genüge, warum die BRD-Handels- beziehungen zur RSA zu über 70% aus Kapitalexport und dem Export von Investitionsgütern besteht.

Das faschistische Regime – Statthalter der Imperialisten

In Südafrika herrscht seit Jahr- zehnten ein weißes Minderheitenre- gime (die weiße Bevölkerung macht ca. 17% der Gesamtbevölkerung aus). Es betreibt eine Politik der „Apartheid“, d.h. der „getrennten Rassen- entwicklung“.

So stehen in den Städten Johan- nesburg und Kapstadt der schwarzen Bevölkerung jeweils nur ein Drittel Wohnfläche gegenüber. Diese wohnen aber in den „guten“ Stadtvierteln, wäh- rend sich die Mehrheit der Schwarzen in Slumvierteln um die Städte zusam- menpressen müssen!

Die Schwarzen dürfen nicht die Schulen und die anderen Ausbildungs- stätten der Weißen besuchen.

- Obwohl die Schwarzen einen Be- völkerungsanteil von ca. 83% ha- ben, studieren an den Hochschulen nur 14.000 Schwarze gegenüber 108.000 Weißen!

In der RSA gibt es ein getrenntes Rechtssystem für Weiße und Schwar- ze („zivilisiertes und Bantu-Recht“). Hierbei sieht das Banturecht wesent- lich schwerere Strafen für gleiche „Taten“ vor als das „zivilisierte“ Recht (z.B. ist die Prügelstrafe an der Tagesordnung).

„Südafrika ist ein freies Land und ein starkes antikommunistisches Boll- werk... Es gibt keine Pressezensur in Südafrika. Zeitungen können nur nach dem geltenden Gesetz zur Un- terdrückung des Kommunismus ge- hemmt oder verboten werden“ (aus: „das ist Südafrika“, eine Propaganda- zeitschrift der Regierung für poten- tielle Einwanderer).

Zur Erweiterung dieses Gesetzes wurde jetzt ein Machwerk gegen „die Begünstigung oder Anknüpfung von Feindseligkeiten“ von der Regierung verabschiedet. Nach ihm wird die „Verbreitung von Geschäftsausschrei- ten aus dem In- und Ausland verbo- ten, wenn sie nicht von der Regierung genehmigt sind“ („Süddeutsche Zeit- ung“ vom 23.10.74)!

Selbstverständlich ist jede politi- sche und gewerkschaftliche Betätig- ung des weißen und des schwarzen Proletariats verboten. Links von den Regierungsparteien stehende Parteien oder politische Organisationen sind verboten, gefoltert und oft lebenslang eingekerkert!

- So werden jährlich von der UNO ca. 150 Hinrichtungen, 70.000 Aussperrungen und 800.000 Ver- haftungen registriert!
- Auf der KZ-Insel Robben Island sind hunderte von Mitgliedern der illegalen KP und der ANC (einer schwarzen Befreiungsorganisation) inhaftiert („Horizont“, 3/74).

Das ist das „allgemeine gute Investi- tionklima“ für die BRD-Imperialis- ten in Südafrika!

Genauso wichtig und erfolgreich sind die faschistischen „Gesetze zur Organisation der Arbeit“:

- So werden die gesetzlichen Min- destlöhne von der Regierung fest- gesetzt. Ein Facharbeiter bekommt demnach ca. 4,- DM Stundenlohn, ein Hilfsarbeiter zwischen 1,50 und 2,- DM.
- Das berüchtigte Gesetz der „Job- reservation“ verbietet es der schwarzen Bevölkerung, den Beruf des Facharbeiters zu erlernen. Nach ihm dürfen die Schwarzen sich auch den Arbeitsplatz nicht frei wählen, sondern müssen sich vermitteln las- sen. Sie müssen langfristige Arbeits- verträge abschließen und in Lagern der Firmen hausen!
- In Südafrika gibt es eine Zwangs- schlichtung. Nach diesem Gesetz von 1956 verhandeln von der Re- gierung ernannte „Kommissionen“ Löh- ne und Arbeitsbedingungen mit den Kapitalisten.
- Die Ergebnisse werden als Gesetze verabschiedet.

Jeder, der gegen die „Industrie- verträge“ protestiert, ist ein „Gesetz- brecher“ und wird dementsprechend be- handelt!

- Seit September 1973 wurden von der faschistischen Polizei bei Streiks in den Minen insgesamt 54 Arbeiter erschossen („Süddeut- sche Zeitung“, 23.10.74) und allein im August '73 wurden auf der Wes- tern Deep Level Mine zwölf Arbeiter erschossen.

Eine solche durch und durch men- schenfeindliche, faschistische Politik bietet für die Imperialisten natürlich die notwendige „Ruhe und Ordnung“ in der sie ihre Konkurrenzsituation weltweit ausbauen können. Die ho- hen Investitionen des BRD-Kapitals in Südafrika sprechen in diesem Zu- sammenhang für sich!

Dass es den Kapitalisten darum geht, eine solche Politik auch lang- fristig zu sichern, beweist ihre Teil- nahme und Einflussnahme an der Mi- litär- und Polizeipolitik der RSA.

Die Nato – Instrument des Faschismus

Obwohl die Bundesregierung und die Regierungen anderer imperialisti- scher Länder Waffenlieferungen an die RSA ständig abtreiben – von Wehr-: „Wer etwas anderes be- hauptet, der verleiht... eine Lüge“ („Frankfurter Rundschau“, 30.10.74) wird Südafrika permanent von der Nato mit Waffen versorgt.

Offiziell wird das Interesse der Na- to an der RSA immer mit der Prä- ssenz von KKW (Kernkraftwerken) im Land verbunden.

Offiziell wird das Interesse der Na- to an der RSA immer mit der Prä- ssenz von KKW (Kernkraftwerken) im Land verbunden.

Dass dies aber nur ein oberflächli- cher Vorwand ist, haben die Strate- gien der Nato ersichtlich deutlich ge- macht:

- Wegen der zunehmenden Stärke der Volksbefreiungskräfte (FRE- LIMO) in Mosambik haben die USA und die Nato schon vor Monaten mit der Aufstellung von geheimen Flotten zur „Verteidigung“ Südafrikas mit Luft- und Seestreitkräften begonnen („Washington Post“, 2.3.74);
- der Nato-Oberbefehlshaber Atlan- tic hat die Vollmacht zum „Studium“ möglicher Operationen im südlichen Afrika erhalten. Das Ziel: die Aufstellung einer Interventions- streitmacht in diesem Gebiet mit süd- afrikanischer Beteiligung! („Ober- ver“, 19.5.74);
- Die englischen Konservativen: „Der südliche Atlantik muß in die Nato eingeschlossen werden an- sichts ihrer Rolle als Nation gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Afrika“ („The round table“ im Juli 1970);
- Die Engländer übernehmen in die- sem Zusammenhang eine Vorrei- terrolle – aufgrund ihrer „traditi- onellen Stille“ in Afrika! So wurde bereits 1955 zwischen der RSA und Großbritannien das „Simonstown Agreement“ geschlossen. Es ermög- licht der Nato die Luftüberwachung im Südatlantik von Südafrika aus; die Lieferung moderner Aufklärungsflü- gerzeuge an Südafrika; gemeinsame Nachrichten- und U-Boot-Manöver im „südafrikanischen Bereich“!

Ziel der Nato ist es, „die Mög- lichkeiten zu schaffen, um unseren potentiellen Alliierten im südlichen Afrika zu Hilfe zu kommen, wenn dies nötig werden sollte“ (aus einem Pa- pier des Unter Ausschusses der „Nord- atlantischen Versammlung“).

Alle oben gemachten Angaben entstammen einer Rundfunksendung des WDR vom 14.6.74.

Was die BRD anbetrifft, so liefert sie reichlich Waffenmaterial an die RSA über Drittländer:

- Über Frankreich liefert die BRD Flug- und Panzerabwehrraketen, Panzer und leichte Geschütze!
- Über England nachrichtentechni- sches Material.

Direkte militärische Projekte wer- den von vielen BRD-Firmen in der RSA unterstützt. So sind Firmen wie AEG-Telefunken, Siemens, VAW

und Messerschmidt-Bölkow-Blom mit militärischen Aufträgen der süd- afrikanischen Armee befaßt.

Auch direkte militärische Ver- bindungen bestehen:

- Im März 1974 besuchte das Schulschiff der Bundesmarine „Deutschland“ Südafrika.
- Das hier nicht nur Konversation gepflegt wurde, sagt das „Journal Südafrika“ (4/74) deutlich: Der Besuch sei im Geiste ungetrübter Marine-ko- operationen verlaufen.

Imperialisten sichern UN-Mitgliedschaft Südafrikas

Am 12. November wurde das faschi- stische Regime Südafrikas von der lau- fenden Sitzungsperiode der UNO aus- geschlossen. Für diesen Ausschluß stimmten 91 Delegierte (zumeist aus den unterentwickelten gehaltenen Län- dern Afrikas und Asiens sowie die Vertreter der Sowjetunion und der VR China), dagegen alle EG-Staaten, die USA und ihre Lakaien.

Schon Ende Oktober stand ein An- trag zur Debatte, Südafrika ganz aus der UNO auszuschließen. Er wurde durch das Veto der USA, Großbritannien und Frankreichs verhindert!

Wenn auch die UN-Debatte über Südafrika im Oktober und der Aus- schluß mehr symbolischen Charakter hat und die Politik der weißen Faschi- sten kaum beeinflussen wird („Der Ausschluß wurde im Land selbst, be- sonders in Wirtschafts- und Finanz- kreisen denkbar gelassen aufgenommen“, Handelsblatt 15.11.74), so klä- re sie doch die Fronten! Gleichzeitig wurde die UNO von den Gegnern des Regimes als Tribune benutzt, vor der Öffentlichkeit die eigentlichen Herren in Südafrika bloßzustellen! Schon während der Debatte mußte die „FAZ“ feststellen: „Dem Mit- gliedschaften der Nato geht es darum, den Seeweg um das Kap sowie die süd-“

Nicht nur NATO Länder zählen zu den militärischen Stützen des faschistischen Regimes in Pretoria.

- „Die südafrikanische Marine will ihre Fregatten mit israelischen Sea-See-Raketen modernisieren. In- nerhalb Rüstungsindustrie liefert bisher und weiterhin an Südafrika: leichte Geschütze, schwere Mörser sowie Handfeuerwaffen und elektronische und mechanische Vorrichtungen zur Grenzschirung“ („Spiegel“ 39/74).

Abschließend kann wohl festge- halten werden, daß Südafrika be- nahe als „Musterbeispiel“ imperi- alistischer Politik allgemein und der Politik des BRD-Kapitals im Beson- deren gelten kann.

BSW-Betriebszelle
KB-Gruppe Hamburg

afrikanischen Rohstofflager für die westliche Welt zuzusichern“ (21.10.74). Im gleichen Artikel wird berichtet: „Die fast permanente Anwesenheit hoher westlicher Nato-Offiziere in Südafrika unterstreicht die Sorge des westlichen Verteidigungsbindnisses vor einer möglichen offenen Versorgungsflanke“.

Das Veto der USA, Englands und Frankreichs dient daher kaum dazu, daß die UNO nun „alle Mittel aus- schöpft, um Druck auf Südafrika aus- zuüben“ („FR“, 1.11.74), sondern die Imperialisten sind daran interessiert, einen wertvollen „Partner“ nicht zu verlieren.

Die Regierung in Pretoria sieht in dem Veto „ihre Anwesenheit bestätigt, daß der Westen bereit ist, dem Land die Treue zu halten“ („FR“, 4.11.74). Premierminister Vorster konnte nach der UN-Debatte feststellen: „Apartheidpolitik wird nicht geändert“ („Süddeutsche Zeitung“, 19.11.74).

Wenn auch die UN-Debatte über Südafrika zur abstrakten Klärung bei- getragen hat, so wurde doch für die unterdrückten Massen deutlich, daß UN-Resolutionen und Beschlüsse nur ein Fetzen Papier in den Händen der Imperialisten sind!

KB unser Weg

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

'Das Programm des KBW-Wegweiser nach rechts'

Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts – KBW bereitet den „Sturz“ des Hamburger Senats vor Solidarität mit dem chinesischen Volk oder ideologisierte Machtpolitik Zu den „militärischen Forderungen“ im Programm des KBW Kapitalisten wollen an die Bank – ein Dokument zur Strategie- und Taktik-Debatte innerhalb der Bourgeoisie – PIPER-BIS-PROFIT – Rationalisierung im Angestelltenbereich – Homagum-Henschel-Hamburg – „Neue“ Arbeitsordnung als Konzerninstrument der Kapitalisten – Zur Lage der unterentwickelten gehaltenen Länder 11. Gewerkschaftstag der IGd – Dimer Gewerkschaftstag war ein Tiefpunkt – Kritik an der Durchsetzung der Hamburger Chilo-Vereinbarung – Leserbrief und Antwort –

Bestellungen an Verlag ARBEITERKAMPF J. Reents 2 Hamburg 13 Rutschbahn 36 44 Seiten 2,- DM Verlag Arbeiterkampf

Wahlen in Griechenland Vorerst Sieg der Reaktion

In Griechenland fanden am 17. November erstmals seit 10 Jahren wieder Wahlen statt, nachdem am 23. Juli die 1967 errichtete Militärdiktatur durch eine Zivilregierung unter dem reaktionären Politiker Karamanlis abgelöst worden war.

Bei den Wahlen bekam die Partei von Karamanlis unter dem reaktionären Namen „Neue Demokratie“ (ND) die absolute Mehrheit der

Festigung „konservativer“ und reaktionärer Positionen. Jene Wahl hatte die damalige Zentrumsunion von Georg Papandreu (die wohl links von der heutigen EK-ND, aber anders als auch rechts von der erst kürzlich gegründeten PASOK von Andreas Papandreu einzuordnen ist) mit 52,7% der Stimmen hoch gewonnen. Dem entsprachen damals 173 Parlamentsitze. Die ERE von

lassung aller politischen Gefangenen, Austritt aus der militärischen Integration der NATO, zaghafte „Säuberungen“ des faschistischen Verwaltungs- und Militärapparates, zum anderen aber mit unverhohlenen Drohungen auf vorhandene Angst vor einer neuen Diktatur spekulierte. Nicht nur „die Panzer“ müßten weg, sondern auch „die Demagogen“, die mit Schuld an „den Panthern“ (am

Karamanlis in hohem Maße an seinen Versprechungen („Demokratisierung“ etc.) gemessen werden wird und dabei schnell in große Schwierigkeiten kommen kann.

Als hoffnungsvolles Signal ist die Massendemonstration zu sehen, mit der am Sonntag, 25.11., das demokratische Athen die Studenten ströte, die ein Jahr zuvor, am 17.11.73, unter vielen Todesopfern gegen den Faschismus auf die Straße gingen und damit den endgültigen Sturz der Junta beschleunigten. „Zu Hunderten

senden“ („FR“, 25.11.), mit „einer Million Menschen“ („al manifesto“, 26.11.), folgte die Bevölkerung von Athen dem Demonstrationsaufmarsch der Studenten, der von anderen demokratischen Organisationen unterstützt worden war. Die Menge zeigte und ziel Parolen wie „Bestrafung der Junta-Mitglieder und Folterer“, „Volksouveränität“, „Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus“.

Karamanlis, der sich schon als zweiter de Gaulle fühlt, sollte auch an dessen Ende denken!



Bei einer Demonstration gegen den US-Imperialismus

Stimmen - 54,37%. Die bisher ebenfalls an der Übergangsregierung Karamanlis beteiligte „Zentrumsunion - Neue Kräfte“ (EK-ND) von Außenminister Mavros bekam 20,42%. Die „Panhellenische Sozialistische Bewegung“ (PASOK) von Andreas Papandreu (Sohn des früheren, während der faschistischen Diktatur verstorbenen populären Führers der Zentrumsunion) landete mit 13,58% auf dem dritten Platz. Die „Vereinigte Linke“ (EA) - Wahlbündnis der beiden revisionistischen „KP“s Griechenlands und einiger unabhängiger Linker - bekam 9,1%. Die „Nationale Demokratische Union“ (EDB) von Gerassimos, die auf faschistischen Positionen operierte, landete abgeschlagen bei 1,0%.

Die „Vereinigte Linke“ (EA) - Wahlbündnis der beiden revisionistischen „KP“s Griechenlands und einiger unabhängiger Linker - bekam 9,1%. Die „Nationale Demokratische Union“ (EDB) von Gerassimos, die auf faschistischen Positionen operierte, landete abgeschlagen bei 1,0%.

Karamanlis (entspricht der heutigen ND) hatte nur 33,2% bekommen (601 Sitze). Die EDA (legale Organisation der damals verbotenen und nicht gespaltenen „KP“) bekam 12,0% (26 Sitze).

Die 1967 nach einer mehrmonatigen „Regierungskrise“ und Arbeitermassendemonstrationen angekündigten Neuwahlen hätten damals aller Voraussicht nach die Stellung von Andreas Papandreu noch verstärkt. Das war ein zentraler Grund für den dann durchgeführten faschistischen Putsch. Unter dem Strich bleibt nach sieben Jahren faschistischer Diktatur vorerst eine gestärkte Stellung der Rechten.

Immerhin haben die Wahlergebnisse ein zentraler Grund für den dann durchgeführten faschistischen Putsch. Unter dem Strich bleibt nach sieben Jahren faschistischer Diktatur vorerst eine gestärkte Stellung der Rechten. Immerhin haben die Wahlergebnisse ein zentraler Grund für den dann durchgeführten faschistischen Putsch. Unter dem Strich bleibt nach sieben Jahren faschistischer Diktatur vorerst eine gestärkte Stellung der Rechten.

faschistischen Putsch) gewesen seien, was sich erstens speziell gegen die reformistische und liberale Linke und Mitte richtet, zweitens aber offenbar auch allgemein gegen das „Parteilächeln“, also für eine möglichst vorherrschende Einheitspartei (natürlich die auf Restauration bedachte „Neue Demokratie“ des Herrn Karamanlis, versteht sich). D.h. es wird - übrigens im „besten“ faschistischen Stil von Hitlers Geflücht gegen die Weimarer „Republik“ - vorgegeben, daß die gewiß nicht attraktiven Zustände einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sozusagen den Putsch „provokierten“ und daß dem nur durch einen „starken Mann“ zu begegnen ist, der alles „Parteilächeln“ aus der Welt räumt.

Seit zwölf Jahren gibt es den Beschluß der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), nach dem das sozialistische Kuba politisch und wirtschaftlich boykottiert wird.

Die OAS setzt Sanktionen gegen Kuba fort

Die OAS setzt Sanktionen gegen Kuba fort

Seit zwölf Jahren gibt es den Beschluß der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), nach dem das sozialistische Kuba politisch und wirtschaftlich boykottiert wird.

Die Vertretungen von Kolumbien, Costa Rica und Venezuela stellten im November '74 in der OAS den Antrag, die Sanktionen gegen Kuba aufzuheben. (Zu bemerken ist dabei, daß der Boykottbeschluß schon des längeren von Mexiko, Argentinien, Peru, Panama und Trinidad-Tobago nicht eingehalten wurde.) Dieser Antrag bekam nicht die notwendige 2/3-Mehrheit. Befürwortet wurde er von Venezuela, Costa Rica, Kolumbien, Mexiko, Argentinien, Peru, Panama, Ecuador, Dominikanische Republik, El Salvador, Trinidad-Tobago und Honduras.

Dagegen stimmten die Vertreter Chiles, Paraguays und Uruguays. Es enthielten sich die USA, Guatemala,

intermediert sind. Vor kurzem urteilte Fidel Castro über die OAS: „Ein verfaulter Kadaver“.

Gib' den Yankee Saures!

Unabhängig von den OAS-Geschichten hat sich die Washingtoner Regierung seit Ford immer „flexibler“ gegenüber Kuba gezeigt. Nixon hatte noch gehetzt, Kuba würde „den Terrorismus in Lateinamerika unterstützen“.

Die kubanische Regierung ist nicht grundsätzlich gegen Kontakte zu den USA, doch ändert sie deshalb nicht ihre Einstellung zum US-Imperialismus. Während zwei US-Abgeordnete Kuba besuchen durften, machte Fidel in einer Pressekonferenz den CIA und die US-Regierung für den Militärputsch in Chile und den Mord an Allende und tausenden Chilenen verantwortlich.



Antifaschistische Kundgebung im August

Die erstmals kandidierende „Revolutionäre Kommunistische Bewegung“ (EKKE) - „Schwesterpartei“ der westdeutschen „KP“ - „Rote Fahne“ - blieb mit ganzen 0,02% (= 1.053 Stimmen) nicht weit unter ihren eigenen Erwartungen und denen ihrer Freunde von der „Roten Fahne“ („Aber die griechischen Volksmassen, gestützt durch ihren Kampf gegen den Faschismus, ließen sich nicht täuschen über den wahren Charakter der Karamanlis-Regierung“ etc. - aus einem Flugblatt der „KP“ und EKKE in Hamburg vor den Wahlen).

Entsprechend dem griechischen Wahlsystem, das die stimmenstärkste Partei erheblich begünstigt, ergibt sich ein großes Übergewicht von ND und EK-ND im Parlament. Und zwar: 220 Sitze von 300 für die ND, 60 für die EK-ND, 12 Sitze für die PASOK, 8 für die EA.

Gegenüber den letzten Wahlen vor dem faschistischen Putsch (1964) bedeutet dieses Ergebnis eine erhebliche

nisse in den Großstädten (Thessaloniki, Athen, Piraios) für die EA und auch für die PASOK Ergebnisse gebracht, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen (während andererseits Karamanlis in ländlichen Bezirken z.T. über 70% kam). So ist die EA in einigen Wahlbezirken von Athen und Piraios stärker als die PASOK geworden und z.T. sogar stärker als die EK-ND von Mavros. In Thessaloniki kam der stärkste Kandidat der ND auf 41.000 Stimmen, der EA auf 17.200, der EK-ND auf 10.800 und der PASOK auf 9.400. Dies zeigt zum einen die klare Überlegenheit der Karamanlis-Partei selbst in einer Großstadt, zum anderen aber auch das relativ starke Gewicht der EA.

Die Karamanlis-Partei hatte den Wahlkampf so geführt, daß sie zum einen scheinbare Zugeständnisse in Richtung Demokratisierung und Lösung vom beherrschenden Einfluß des US-Imperialismus machte (Frei-

zänk“ erdrückt („Ich oder die Panzer“ - wie Karamanlis im Wahlkampf drohte).

Es ist sicher nur die halbe Antwort, wenn richtig festgestellt wird, Karamanlis habe diesen hohen Wahlsieg erreichen können wegen der Einschüchterung (mit den „Panthern“ etc.). Dasselbe hat ja z.B. auch Spínola (ex und hopp!) in Portugal versucht, dort aber zunächst einmal ohne Erfolg. Man muß also konstatieren, daß in Griechenland im Unterschied zu Portugal zunächst einmal die mit Drohungen ausgestatteten Parolen von „Ruhe und Ordnung“ die Oberhand behielten, und umgekehrt der Wille zu wirklichen Veränderungen (in Griechenland recht und schlecht) ausgedrückt durch die EA und PASOK sowie als Nullgröße die EKKE noch relativ schwach bei den Wahlen zum Ausdruck kam.

Selbst die bürgerliche Presse geht aber von der Erwartung aus, daß diese Verhältnisse alles andere als statisch zu sehen sind, daß nunmehr



Bolivien, Brasilien, Nicaragua und Haiti.

Die kubanische Regierung hat kein Interesse an der OAS. Ist sie sich doch im Klaren, daß die Staaten, die den Antrag unterstützen, keine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern wollen, sondern ein Profit (sprich: Handelsbeziehungen)

Bei einer Kundgebung, an der die beiden US-Abgeordneten bei ihrer Kuba-Reise teilnahmen, skandierten einige tausend Kubaner: „Fidel, seguro, alos Yanquis dales duro“ (Fidel, gib' den Yankee mächtig Saures).

Ein Hamburger Chemiegenosse

USA

Freispruch für Mörder in Uniform

Im Mai 1970 riefen die Ereignisse an der Universität Kent (USA) internationale Empörung hervor: Am 4. Mai '70 war es an fast allen Universitäten der USA zu großen Protestdemonstrationen gegen den Überfall der US-Armee auf Kambodscha einige Tage zuvor gekommen. An der Universität von Kent schob die eingeetzte „Nationalgarde“ (eine Bürgerkriegstruppe) in die Menge. Vier Studenten wurden so ermordet, zahlreiche weitere verletzt.

Inzwischen hat sich das Bundesgericht in Cleveland mit diesem Massaker befaßt. Nach acht Verhandlungstagen (der Staatsanwalt hatte gerade

die Anklagepunkte gegen die Nationalgardisten vorgetragen) stellte Bundesrichter Battisti das Verfahren ein. Den Mordschützen des US-Kapitals sei kein Vorwurf zu machen, sie hätten sich gegenüber den (unbewaffneten) Studenten in einer „Panik“ befunden, als sie schossen!

Man sieht auch hier: „James Bond“, mit der „Lizenz“, ungestraft zu morden, ist auch in den USA keine bloße Filmfigur, sondern wird offenbar in den USA ebenso wie in der BRD zum Normalfall eines Bullen oder Bürgerkriegs („Nationalgarde“ in den USA, BGS in der BRD)!



Nach 8 Verhandlungstagen: Verfahren gegen Mordschützen (Nationalgardisten) eingestellt



US-Polizei schleppt Demonstranten weg

KAKUEI TANAKA



Wie's der ARBEITERKAMPF Nr. 52 – in seiner Einschätzung wieder einmal goldrichtig liegend – vorhergesagt hatte, ist der Premier des japanischen Imperialismus Kakuei Tanaka von seinem Regierungsamt und von seiner Funktion als Vorsitzender der „Liberaldemokratischen Partei“ (LDP) zurückgetreten.

Tanaka, der seine bereits vor mehreren Tagen, angedeutete Demission (pikanterweise noch während des Ford-Besuchs) am Dienstag, den 26. November '74, in einer Erklärung vor der japanischen Öffentlichkeit bekanntgab, erklärte sich „politisch und persönlich zutiefst verantwortlich für

die derzeitige politische Verwirrung, die Ergebnis meiner persönlichen Probleme ist.“ („FR“, 27.11.74)

Die „persönlichen Probleme“ Tanakas sind denen kriminellen Verstrickungen in eine ganze Reihe von Korruptionsfällen und „Amtsmissbrauch zur persönlichen Bereicherung“, die in den zurückliegenden Wochen zunehmend in das Feuer öffentlicher Kritik geraten waren. Tanaka lehnte eine rechtfertigende Stellungnahme zu den schwerwiegenden Vorwürfen ab – er „versicherte“ jedoch, „zu gegebener Zeit die Wahrheit klarzusprechen“ („FR“, 27.11.74).

Abgesehen davon, daß eine Stellungnahme „zu gegebener Zeit“ völlig uninteressant sein wird, wissen wir spätestens seit Nixon, was von derartigen Versprechen zu halten ist. ...

Die Krise um den LDP-Vorsitzenden und Premier Tanaka war in jüngster Zeit durch die groß aufgemachten Enthüllungen über die verbrecherischen Machenschaften des japanischen Regierungschefs verschärft – aber nicht ausgelöst worden. „Tanaka (stolperte) nicht so sehr über die ihm unterstellte Korruption und Amtsmissbrauch, sondern er stürzte über die gleichen unbewältigten Probleme, die ihm einmal zu Amt und Würden verholfen hatten.“ und

„der Vorwurf der Korruption und Amtsmissbrauch ... diente da nur noch als bequemer Anlaß, den Premier zum Abdanken zu zwingen“, so kommentiert das „FAZ“-Korrespondent in Tokio – in diesem Fall sehr treffend – Tanakas schmachliches politisches Ende. („FAZ“, 28.11.74)

Zu diesen „ungelösten Problemen“ gehören:

- die wachsenden Arbeitslosenzahlen, die heute bereits die eine Million-Grenze überschritten haben;
- die um 26 Prozent schwankende Inflationsrate, die im Vergleich zu allen anderen imperialistischen Ländern „Spitze“ ist;
- die katastrophalen Wohnverhältnisse der werktätigen Massen, die kolonial entwickelten kapitalistischen Ländern vergleichbar sind, sondern eher an die Elendsquartiere der frühkapitalistischen Gesellschaften oder der unterentwickelten gehaltenen Länder erinnern;
- die exzessiven Spekulationsgeschäfte im Bereich des Handels und des Grundbesitzes, die neben einer enormen Bereicherung des Großkapitals u.a. dazu geführt haben, daß „in Tokio ... für die Bodenfläche von der Größe einer Postkarte ein Rekordpreis von 900 (neunhundert) DM gezahlt“ wird („FAZ“, 28.11.74);
- die generell abnehmende Konjunktur, die – nach neuesten Erkenntnissen – zu einem Minus-Wachstum von 1,6 Prozent für das laufende Jahr führen wird (womit „zum ersten Mal seit 1945 ... das Wachstum der japanischen Wirtschaft rückläufig ist“, „FR“, 27.11.74).

Mit diesen Punkten sind sicherlich nur einige der „ungelösten Probleme“ genannt worden, die Tanaka zum Rücktritt gezwungen haben und die – so oder so – seinen Nachfolger im Amt beschäftigen werden.

Das japanische Großkapital scheint (nach gleichlautenden Meldungen der bürgerlichen westdeutschen Presse) den ehemaligen Finanzminister Fuku-

da – einen Vertreter der äußersten Rechten innerhalb der LDP – für das Amt des Ministerpräsidenten favorisiert zu haben. Und ohne das direkte Votum und die finanzielle „Stütze“ der Monopolbourgeoisie ist bisher kein imperialistisches Japan noch kein bürgerlicher Politiker an die Spitze des Staates gekommen.

Für die werktätigen Massen Japans kann der Figurenwechsel in der LDP Führung und in der Regierung des Landes keine Verbesserungen bringen. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß der Klassenkampf von oben schärfere Formen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens annehmen wird und daß – vorausgesetzt die reaktionären, profaschistischen Serankai – Leute, zu denen Fukuda gehört, setzen sich durch – außenpolitisch der Anti-Kommunismus wieder stärker zur Geltung kommen wird (dies gilt insbesondere gegenüber der VR China).

Metal-Komitee,
KR/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Peemts, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 13, Putschbahn 36, verantw.
Redaktion: Kai (Hans, Auflage: 12.500
Erscheinungsweise: 4 mal wöchentlich
Verkaufspreis: 80 Pfg., Verlagskonten:
Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378
J. Peemts, und: Postcheckkonto Ham-
burg Nr. 340 886, J. Peemts

Mit dem Auftreten von Arafat, Vorsitzender der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) vor der UNO hat das Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Existenz eine neue internationale Bestätigung gefunden. Während der israelische UN-Vertreter Tekoa wutschend den Saal verlassen hatte, bereitete die überwältigende Mehrheit der Delegierten Arafat einen begeisterten Empfang.

Am 22.11. faßte die UNO mit 89 gegen acht Stimmen (Israel, USA, Island, Norwegen, vier lateinamerikanische Staaten) bei 37 Enthaltungen (darunter die imperialistischen Staaten der EG, Japan und Kanada) eine Resolution, die das Recht des palästinensischen Volkes auf „Selbstbestimmung ohne äußere Einmischung“ und „nationale Unabhängigkeit und Souveränität“ bekräftigt. Die Resolution bestätigt ferner, „die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat und ihr Eigentum, aus der sie vertrieben und entvölkert worden sind“.

Diese Resolution ist ein klares Ergebnis der Tatsache, daß es entgegen allen Erwartungen weder dem Zionismus noch dem Imperialismus noch der arabischen Reaktion gelungen ist, die nationale Existenz des palästinensischen Volkes zu zerstören, sondern daß diese im Gegenteil lebendiger und stärker denn je ist. Die UNO-Resolution zeigt, daß diese Tatsache von der überwältigenden Mehrheit aller Völker anerkannt wird und daß selbst die imperialistischen Staaten (abgesehen von den USA) es nicht wagen, offen dagegen aufzutreten.

Andererseits verstärkt die UNO-Auftritt Arafats und die UN-Resolution die Tendenz zu einer sogenannten „friedlichen Lösung“, d.h. zu einem palästinensischen Mini-Staat im heute noch von den Zionisten besetzten Westjordanland und Gazastreifen. Ein solcher Staat müßte mit ziemlicher Sicherheit mit der gleichzeitigen Anerkennung des „Existenzrechts“ des zionistischen Staates und mit einem Verzicht auf die vollständige Befreiung Palästinas von Zionismus, Imperialismus und arabischer Reaktion erkauft werden. Diese Gefahr hat innerhalb des palästinensischen Widerstands vor allem die PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) veranlaßt, sich aus der Führung der PLO zurückzuziehen und auch den UN-Auftritt Arafats zu kritisieren.

In den besetzten Gebieten gab

Palästina

Weltweite Unterstützung für die PLO –

Wirtschaftliche Notstandsmaßnahmen und Proteste in Israel

es in Zusammenhang mit der Palästina-Debatte vor der UNO breite Protestaktionen der Bevölkerung. Palästinensische Arbeiter, die sonst zur Arbeit aus den besetzten Gebieten nach Israel gebracht werden, blieben in den Städten des Westjordanlandes geschlossen. In Nablus und anderen Städten demonstrierten palästinensische Jugendliche gegen die zionistischen Besetzer. Selbst im besetzten Ostjerusalem gab es Demonstrationen, geschlossene Schulen und Geschäfte. Vielfach führten die Demonstranten palästinensische Fahnen, Bilder Arafats und Parolen der PLO mit sich.

Diese Demonstrationen zeigen, daß es trotz Militärregime und halb-faschistischem Terror (Tausende von Arabern als politische Gefangene in israelischen Gefängnissen; streikende Ladenhaber müssen mit dem Entzug ihrer Existenz rechnen; brutale Unterdrückung von Demonstrationen) den Zionisten nicht gelungen ist, den Widerstand in den besetzten Gebieten zu brechen.

Wirtschaftskrise in Israel

Im November hat die israelische Regierung einschneidende ökonomische Maßnahmen verkündet, die das Lebensniveau der werktätigen hebräischen Massen Israels enorm verschlechtern werden.

Diese Maßnahmen sind u.a.:

- Abwertung des israelischen Pfund um rund 43%, was faktisch eine entsprechende Verteuerung importierter Waren zur Folge hat,
 - zusätzliche Verteuerung aller Einfuhren durch eine 15%ige Besteuerung,
 - Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln um bis zu 200%,
 - schematische Einfuhrsperre für Personautos, Elektrogeräte, Textilien u.a.,
 - Banstop für ein Jahr und Kreditstoppen für die nächsten drei Monate auf allen Gebieten,
 - Exportprämie (etwa 20%) zur Förderung der Ausfuhr.
- Schon in der ersten Hälfte 1973 hatte die Inflationsrate in Israel elf

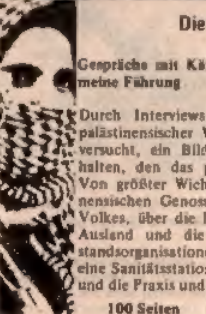
Prozent betragen; der Oktoberkrieg verschärfte diese Situation noch erheblich. So versuchte die zionistische Regierung im November 1973 durch Zwangsanteilen und „freiwillige“ Anleihen rund 1,27 Mrd. Mark „abzuschöpfen“ (aus den hebräischen Werktätigen herauszuspressen). Weitere 635 Mio. Mark sollten zur selben Zeit durch eine Erhöhung der Verkaufssteuern und Einfuhrgebühren herausgepreßt werden.

Im Januar 1974 verkündete die Regierung die „größte Teuerungswelle seit Gründung des Staates“ durch drastische Abenkung der staatlichen Stützung der Lebensmittelpreise. „Der Hunger ist in zehn-

depot von 20% auf ein Jahr. Anfang Juli wurde bekannt, daß die Preise seit Jahresanfang um rund 40% gestiegen seien.

Diese Maßnahmen, wie auch die jüngsten, sind das Ergebnis der totalen Ausrichtung des zionistischen Staates auf den militärischen Sektor. Das Zahlungsbilanzdefizit belief sich im November auf 1,8 Mrd. Dollar, vorwiegend durch die enormen Zahlungen für Krieg und Ausrüstung. Die Wirtschaft ist vor allem auf die Kriegsproduktion ausgerichtet – elektrische und elektronische Industrie, chemische und pharmazeutische Industrie. „Als Folge des neuen Krieges will Israel die Struktur seiner Wirtschaft noch

Palästina



Anzeige

Der Kampf geht weiter bis zum Sieg

Die Massen sind die Triebkraft der Revolution

Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und FPLP – Allgemeine Führung

Durch Interviews und Gespräche mit Kämpfern verschiedener palästinensischer Widerstandsorganisationen in Libanon haben wir versucht, ein Bild der Praxis des revolutionären Kampfes zu erhalten. Das palästinensische Volk für seine Befreiung führt. Von größter Wichtigkeit sind dabei die Ausführungen der palästinensischen Genossen über die aktuelle Lage des palästinensischen Volkes, über die Massenarbeit, die Einschätzung von Aktionen im Ausland und die Schaffung einer vereinigten Front der Widerstandsorganisationen. Wir hatten insbesondere die Möglichkeit, eine Sanitätsstation der PFLP in einem Flüchtlingslager zu besuchen und die Praxis und Theorie der Massenarbeit kennenzulernen.

100 Seiten Verlag Arbeiterkampf DM 6,-

tausenden Familien kein abstraktes Schreckgespenst. In Tel Aviv fanden die ersten Protestdemonstrationen statt“, schrieb die „FAZ“ am 30.1.74.

Im April wurde eine Preissteigerung allein für die ersten drei Monate des Jahres um 15% bekanntgegeben; vorausgesetzt wurde eine Inflationsrate von 35% für das ganze Jahr.

Im Mai beschränkte die Regierung die Einfuhr durch ein Ber-

atender auf die Bedürfnisse der Verteidigung umstellen“ („FAZ“, 21.12.73).

Folgen dieser Politik sind der Ruin von Kleinbetrieben (u.a. auch durch die Einberufungen und die Erhaltung militärischer Spannung an den Grenzen, wodurch Klein- und Familienbetriebe lebenswichtige Arbeitskräfte einbüßen). Sinken des Absatzes langjähriger Güter (Waschmaschinen, Fernseher etc.); ein starker Rückgang der Beuhtigkeit, der

durch staatliche Maßnahmen noch erheblich forciert wird; Einstellung öffentlicher Bauten (Schulen, Krankenhäuser etc.) zugunsten der Errichtung von Unterkünften in den Städten (!) und anderer militärischer Anlagen; Mangel an Lastwagen etc. (Beschlagnahmen für die Armee) und damit erschwerte Transporte u.a.m.

Eine „Prognose“ der Bank of Israel ging schon Anfang 1974 davon aus, daß der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in '74 auf rund zwei Prozent sinken würde (in früheren Jahren neun bis zehn Prozent) und daß der Lebensstandard um sechs Prozent sinken würde (was inzwischen noch weit übertroffen wurde).

Diese Situation besteht trotz der Tatsache, daß die US-Imperialisten nach wie vor riesige Mengen an Kriegsmaterial liefern, und daß ausländische Kredite und Spenden internationaler zionistischer Verbände immer noch reichlich nach Israel fließen. Man kann schlicht sagen, daß das zionistische Unternehmen auch f i a n z i e l l bankrott ist, und daß heute die hebräischen Werktätigen einen anderen Preis für das zionistische Ziel bezahlen: einen „Judenstaat“ auf der Verteilung eines anderen Volkes und der militanten Feindschaft zu den arabischen Nachbarn aufzubauen.

Als Reaktion auf die jüngsten Maßnahmen kam es zu Streiks und Protestkundgebungen. Im Stadtteil Ha'tikva von Tel Aviv, der von extrem Verelendeten und unterdrückten Bevölkerungsschichten (vorwiegend von orientalischen Juden) bewohnt ist, wurden Geschäfte geplündert, Fensterscheiben der Geschäfte zertrümmert u.a. Organisiert wurden diese Protestaktionen offenbar vor allem von den „Schwarzen Panther“ (militante Organisation der orientalischen Juden).

Diese Auseinandersetzungen drücken zweifellos eine Verschärfung der Klassenkämpfe in Israel aus. Jedoch eine Lösung vom Zionismus zieht sich erst allmählich in Ansätzen – die letzten Wahlen (Ende 1973) brachten sogar eine leichte, aber spürbare Verschiebung zugunsten des rechtsradikalen Flügels des Zionismus in Israel (Likud), und der Likud versucht auch jetzt, mit sozialer Demagogie (die Gewerkschaft würde die Lebensinteressen ihrer Mitglieder verkaufen usw.) die Situation zu ihren Gunsten auszunutzen.

Portugal

Vorbereitung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung

Das Programm der „Bewegung der Streitkräfte“ (M.F.A.) sah – im Rahmen der Institutionalisierung einer bürgerlichen Demokratie – die Abhaltung von Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung bis zum 31. März 1975 vor. Zur Regelung des Wahlverfahrens und der Zusammenfassung der Parteien hat nun die „Provisorische Regierung“ im Oktober ein Wahlgesetz und ein Parteiengesetz vorgelegt.

Die Verteilung der Mandate soll nach dem Verhältniswahlrecht erfolgen, wobei jedoch nur solche Parteien in der verfassunggebenden Versammlung vertreten sein werden, die wenigstens 5 % der Stimmen auf sich vereinen. Erstmals erhielten auch Analphabeten – die unter dem faschistischen Regime nicht einmal an den periodisch inzenzierten Scheinwahlen teilnehmen durften – das Wahlrecht. Damit wurde die Anzahl der Wahlberechtigten erheblich erweitert – im Jahre 1969 (neue Zahlen wurden nicht veröffentlicht) waren immerhin rund 38 % der Bevölkerung Portugals Analphabeten! Den Emigranten – die früher völlig von den „Wahlen“ ausgeschlossen waren, wurde ebenfalls das Wahlrecht zuerkannt. Allerdings unter einigen Bedingungen, die gewährleisten, daß sich die facto nur eine Minderheit der Emigranten an den Wahlen beteiligen kann: wahlberechtigt ist, wer vor weniger als fünf Jahren ausgewandert ist, dessen Frau noch ihren ständigen Wohnsitz in Portugal hat oder wer sich zum Zeitpunkt der Wahl zufällig seit mindestens sechs Monaten im Land aufhält.

Eine weitere wichtige Frage – wieweit nämlich Faschisten vom Wahlrecht ausgeschlossen sein sollten – wird nur mit einer sehr allgemeinen und unterschiedlich interpretierbaren Formulierung behandelt. Im Wahlgesetz heißt es, daß „Bürger, die vor dem 25. April 1974 bestimmte öffentliche Funktionen ausübten oder antidemokratischen

Organisationen angehörten“, das passive Wahlrecht entzogen wurde (Verbot der eigenen Kandidatur). Vorher soll jedoch ein noch ausstehender Regierungserlaß regeln. Unklar ist also nach wie vor, ob nun wirklich alle aktiven Faschisten betroffen sein werden oder, wie Mário Soares in einem ARD-Interview meinte, „kaum 600 Personen“. Entscheidend in dieser Hinsicht ist schließlich die Entwicklung des Kräfteverhältnisses innerhalb des M. F. A. („Bewegung der Streitkräfte“).

Das Parteiengesetz sieht vor, daß eine Partei auf Ersuchen von 5.000 Personen gebildet werden kann; sie darf keine Spenden von ausländischen Personen oder Institutionen entgegennehmen und muß jedes Jahr öffentlich über ihre Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen. Nur Parteien, nicht aber „Bewegungen“ dürfen bei Wahlen kandidieren. Aufgelöste Parteien, wenn sie weniger als 4.000 Mitglieder zählen oder wenn „ihre wahre Ziel ungesetlich oder sitten- oder ordnungswidrig ist“.

Die neuen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt unter den reaktionären Gruppierungen wohl nur die C. D. S. (Partido do Centro Democrático Social): Sie wurde in letzter Zeit auch schon von Mário Soares als „demokratische Partei der Rechten“ dargestellt und im Oktober wurden die Meldungen demontiert, wonach die Aufnahme des C. D. S. in die Regierungskoalition unmittelbar bevorstehe. Doch mehrere ihrer führenden Persönlichkeiten allgemein bekannte Faschisten sind (so etwa Xavier Pinto, Staatssekretär für Handel im ersten Castano-Kabinett), deutete unter diesem Blickwinkel darauf hin, daß der Wahlrechtentzug für Faschisten wohl nicht übermäßig streng gehandhabt werden dürfte. Schon kurz nach der Veröffentlichung des Parteiengesetzes faßte der revisionistische beeinflusste M. D. P. (Movimento Democrático Portugals)

den Beschluß, sich als Partei zu konstituieren und bei den Wahlen zu kandidieren – was augenblicklich geharnischte Proteste von P. P. D. und P. S. P. zur Folge hatte, die ihre Mitarbeit im M.D.P. formell aufkündigten. Diese Sammlungsbewegung im „Wahlkampf“ 1969 – an dem sich keine Parteien, sondern nur „Wahlkommissionen beteiligen durften – unter der Bezeichnung C. D. E. (Comissões Democráticas Eleitorais) entstanden und umfaßte Sozialdemokraten, Revisionisten, progressive Katholiken und „Unabhängige“. Als einzige politische Organisation konnte sie gleich nach dem 25. April auf ein im ganzen Land weitverzweigtes organisatorisches Netz zurückgreifen, während etwa der mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründete P. S. P. von Mário Soares zunächst nur in den größeren Städten präsent war und heute noch unter erheblichen organisatorischen Mängeln leidet. Die große Bedeutung des M. D. P. beruht vor allem darauf, daß es als Sammlungsbewegung über eine sehr breite Basis verfügt und sich in solchen Regionen als reale demokratische Alternative präsentieren kann, in denen die revisionistische P. C. P. selbst weniger stark vertreten ist. Die Konstituierung des M. D. P. als Partei und seine angekündigte Teilnahme an den Wahlen richten sich eindeutig gegen die P. S. P. gerade in den Gebieten, in denen die Reaktion noch besonders stark ist, könnte eine demokratische Sammlungsbewegung viel eher als die P. C. P. antisfaschistische Stimmen auf sich vereinigen, die ansonsten den Reformisten zugute kämen.

Somit wird die P. S. P. (Partido Socialista Portugals) weiter in die Enge getrieben: von rechts droht ihm überdies Gefahr vom P. D. (Partido Popular Democrático), die von der Companhia União Fabril (CUF), dem größten Konzern des Landes, großzügig gefördert – sich selbst als sozialdemokratisch deklariert und als „Partei des Godesberger Programms“ SPD-Beistand erheicht, während sie zugleich die Aufnahme in die „sozialistische“ Internationale anstrebt. Die P. S. P. versucht nun ihrerseits, sich als international anerkannte sozialdemokratische Partei darzustellen, indem sie mit der Einladung von Koryphäen der internationalen Sozialdemokratie prunkt: so empfangen die portugiesischen Reformisten bisher

z. B. Mitterrand und Willy Brandt. Dem Versuch, die P. S. P. von einem Bündnis mit der P. C. P. abzuhalten, dürfte nicht zuletzt auch den „Gegenschlag“ in Form der Konstituierung des M. D. P. als Partei motiviert haben.

P. S. P. gegen antisfaschistische Aktion von MRPP

Die revolutionäre Linke hat die Gefahr, die der CDS als Kern eines sich bildenden reaktionären und faschistischen „Rechtsblocks“ darstellt, erkannt und macht den CDS zunehmend zum Ziel antisfaschistischer Massenkaktionen.

Am 4. November veranstaltete die „Zentrumsjugend“, der Jugendverband des CDS im Teatro São Luiz in Lissabon eine Versammlung.

Dies war der erste Versuch der Reaktion nach dem gescheiterten Putschversuch vom 28. Oktober wieder offen aufzutreten.

Gegen diese Provokation mobilisierte der MRPP eine Demonstration, die die Versammlung sprengte. Daraufhin zog ein starkes Polizeiaufgebot zum Schutz der Reaktionsäre auf. Die Demonstration zog darauf zur Parteizentrale des CDS, besetzte diese vorübergehend und beschlagnahmte dabei die gesamte Mitgliederkartei. Gegen diese Aktion ging die Polizei

mit Schußwaffen vor. Drei Antifaschisten wurden durch Schüsse verletzt, davon einer schwer und zehn wurden verhaftet.

Die sozialdemokratische Zeitung „República“ hatte nicht zögern zu tun, als den Reaktionen demokratische Rechte zu beschneiden, den Antifaschisten „Intoleranz“ und „Totalitarismus“ vorzuwerfen und den Polizeieinsatz zu rechtfertigen. Besonders wiederholte dieses Vorgehen, als die Sozialdemokraten den Demonstranten vorwarfen, sie hätten mit ihrer Aktion nur für eine Aufwertung und unangemessene Werbung für den CDS gesorgt. Als „Beweis“ führten sie dazu eine Sonderausgabe des Staatlichen Fernsehens an, die im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Demonstration ausschließlich den CDS darstellte. Die Antwort kam postwendend: Am 8. November mußte „República“ eine Richtigstellung des RTP (portugiesisches Fernsehen) abdrucken, in der „República“ bescheinigt wird, ihre Darstellung führe den Leser irre. Die Verwaltung von RTP erklärte, daß die Sonderausgabe über den CDS ausdrücklich auf Anweisung der Regierung (die „schon“ im wesentlichen eine Koalition aus Revisionisten und Sozialdemokraten ist) zustande gekommen sei.

Portugal/Spain-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

FRIEDENSKANZLER A.D. ALS HILFSSCHIFF DES WELTPOLIZISTEN

In AK 52 berichteten wir, wie Willy Brandt seine Portugalreise, die auf Einladung der PSP (Sozialistische Partei des Außenministers Soares) stattfand, dazu benutzte, die Führung der PSP auf einen strikten antikommunistischen Kurs einzuschwenken.

Aus den offiziellen Berichten ging hervor, daß Brandt von Mário Soares, dem Vorsitzenden der PSP und Außenminister, zwei Zusagen erpreßt hatte: daß die PSP kein „Volksfrontbündnis“ mit der revisionistischen FCP eingehen dürfe, und daß Portugal Mitglied der NATO bleiben müsse, sonst werde weder die BRD „Kapitalhilfe“ für Portugal leisten, noch die SPD mitliefern, den Parteiapparat der PSP zu finanzieren.

Inzwischen enthielt Jean Daniel, der Herausgeber der französischen Zeitschrift „Nouvel Observateur“, daß Brandts Erpressungsversuche noch viel massiver waren.

Daneben reiste Brandt nicht nur im Auftrag des SPD-Vorstands, sondern als direkter Geschäftsführer des US-Imperialismus.

In der letzten Ausgabe des „Nouvel Observateur“ heißt es dazu, Brandt habe die portugiesische Regierung „Garantien maßgeblicher amerikanischer Stellen“ gegeben, daß die USA in Portugal – außer in einer „Ausnahmesituation“ – nicht intervenieren würden. Von Jean Daniel nach der genannten Bedeutung des Ausdrucks „Ausnahmesituation“ befragt, habe Brandt geantwortet: „Man merkt immer, wie weit man gehen kann und welche Risiken man eingeht.“

Portugal/Spain-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Nach Fords eigenen Vorstellungen sollte sein Besuch in Japan (im übrigen der erste Staatsbesuch eines amerikanischen Präsidenten in dem fernöstlichen Inselstaat) von „Volks- und auch noch von „historischer Bedeutung“ sein („FAZ“, 23.11.74).

Aber daraus wurde nichts! Die wenigen „nicht-offiziellen“ Japaner, die die Abgesandten des US-Imperialismus tatsächlich zu Gesicht bekamen, waren fähnenschwenkende „Hausfrauen im malarischen Kimono, (die) von der Regierungspartei im Bus herangeschafft und für ihre Mühe in harter Münze entlohnt werden mußten“ (so urteilt die in diesem Fall sicher nicht zu Übertreibungen aufgelegte „FAZ“ vom 23.11.74).

Mehr als 160.000 Polizisten (!) hatte die Regierung Tanaka aufgebieten, um den „seit hundert Jahren erwarteten Gast“ (so Tanaka, laut „FR“, 21.11.74) bei seiner Visite in Japan vor der Bevölkerung zu „schützen“. Allein der Tokioter Flughafen Handeda war durch 26.000 Mann Polizei hermetisch abgesperrt („FAZ“, 16.11.).

Die Regierung Tanaka und des Staatsoberhaupt, Kaiser Hirohito, hielten es für richtig, ihren hochgeschätzten Gast nicht auf dem Flughafen bei seiner Ankunft zu begrüßen – sondern später in dem als „sicher“ geltenden Regierungsbereich einen pflichtgemäßen Empfang zu zelebrieren (Ford und seine Begleiter waren dorthin per Hubschrauber gebracht worden, weil eine Fahrt mit dem Auto über die Straßen Tokios als zu riskant eingeschätzt wurde – trotz der zahllosen Bullen, die hinter jedem Busch und auf den Dächern der Häuser auf Lauer lagen).

Die vom japanischen Staat organisierte „Belagerung“ richtete sich nicht – wie offiziell kundgetan wurde – gegen mögliche Anschläge terroristischer Gruppen, sondern war zur Einschüchterung und Unterdrückung der relativ breiten antieralistischen Bewegung Japans verfilgt worden. Die demokratischen und sozialistischen Organisationen hatten zu zahlreichen Protestkundgebungen und Demonstrationen, der Gewerkschaftsbund Sohyo zu einem 24stündigen Generalstreik in öffentlichen Dienst aufgerufen – diesen Aufrufen waren mehrere Millionen Menschen gefolgt. Allein in Tokio demonstrierten rund 1 Million Antieralistinnen (deren Aktionen wurden mehrfach von der Polizei überfallen) und die Eisen-

Japan:

Massendemonstrationen und Streiks gegen den Besuch von US-Präsident Ford



Japanische Genossen sind zur Begrüßung Fords am Tokioter Flughafen aufmarschiert – nach Angaben des Gewerkschaftsbundes SOHYO beteiligten sich an Protestaktionen (Streiks und Demonstrationen) rund 3,5 Millionen Japaner.

bahnen legten „in den Ballungsgebieten Tokio und Osaka den größten Teil aller Bahnlinien still“ („FR“, 21.11.74).

Die Massenaktionen richteten sich gegen:

- die aggressive, auf Hegemonie zielende Politik des US-Imperialismus in Asien;
- das durch den sogenannten Sicherheitsvertrag von 1952 vertraglich vereinbarte Mitwirken des japanischen Imperialismus bei dieser Strategie;
- die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf japanischem Territorium im allgemeinen – und die be-

drohliche, illegale Stationierung von atomaren Waffen in Japan im besonderen (siehe hierzu auch AK 52).

Japans Demokraten machten also auf kämpferische Weise klar, was sie von der Politik des US-Imperialismus halten und daß sie gegen den Besuch von dessen Hauptrepräsentanten in ihrem Land sind!

Was aber waren die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den „Offiziellen“?

Vorausgeschickt werden muß, daß die Regierung Tanaka unmittelbar vor Fords Ankunft in Tokio zum dritten Mal innerhalb von 28 Mona-

ten umgebildet worden war – eine Maßnahme, mit der der japanische Premier der immer lauter werdenden Forderung nach seinem Rücktritt zu begegnen versuchte. Es war jedoch bereits während der amerikanisch-japanischen Verhandlungen bekannt geworden, daß Tanaka nur die Abreise von Ford abwarten würde, um seinen Abschied von der großen Politik zu nehmen – für den Besuch von „historischer Bedeutung“ sicherlich nicht gerade die idealen äußeren Bedingungen!

Bei den Verhandlungen ging es vor allem um zwei Fragenkomplexe, wobei in diesem Fall dem ersten

eindeutig Vorrang eingeräumt wurde – nämlich:

1. Fragen einer imperialistischen Strategie gegenüber den Rohstoff-förderländern und
2. Fragen der militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des sogenannten Sicherheitspakts.

Analog zum Militärpakt versuchten die US-Imperialisten ihren japanischen Verbündeten in eine Art „Wirtschaftlichen Sicherheitspakt“ zu zwingen. Konkret geht es dabei um die von Henry Kissinger unlängst formulierte Konzeption, nach der sich die imperialistischen Hauptmächte (USA, Europäische Gemeinschaft und Japan) zu einer einheitlichen Front gegen die Länder der „Dritten Welt“, vor allem gegen die Erdölförderländer, zusammenschließen und diesen gegenüber einen harten Kurs vertreten sollen. In dem zum Abschluß der Verhandlungen herausgegebenen „Gemeinsamen Kommuniqué“ erklärt sich Japan, wenn auch verkleinert, unter dem geschmeidiger gewordenen Druck Amerikas (!) zur Zusammenarbeit auf dem energiepolitischen Sektor bereit und deutet an, daß es allgemein der amerikanischen Linie in der Rohstoffpolitik näher gerückt sei („FAZ“, 21.11.74).

Wie das in der Praxis aussehen wird, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch u.E. sehr unwahrscheinlich, daß die japanischen Imperialisten in der Tat von ihrem gegenwärtigen Kurs in der Rohstoffdiplomatie abweichen werden – weil ihre seit zwei Jahren verfolgte Strategie, die gerade nicht auf unbedingte Konfrontation mit den Förderländern angelegt war, sich als recht erfolgreich und profitabel erwiesen hat – (siehe dazu auch den Artikel in AK 51!).

Der politisch-militärische „Sicherheitspakt“ aus dem Jahre 1952 soll nach den gemeinsamen Bekundungen „weiterhin eine effektive und bedeutsame Rolle spielen“ („FAZ“, 21.11.74).

Der US-Imperialismus unterhält gegenwärtig in Japan rund 180 Militärbasen, auf denen rund 55.000 Mann stationiert sind. An diesem Zustand wird sich solange nichts ändern, wie der japanische Imperialismus nicht seine eigene Militärstreitmacht (von gegenwärtig 280.000 Mann) wesentlich ausgebaut hat – und damit schließlich im asiatischen Raum auch militärisch zur dominierenden Macht geworden ist.

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Frankreich:

Größte gewerkschaftliche Demonstrationen seit dem Mai 68

Für den 19. November hatten die beiden größten Gewerkschaften Frankreichs, die revisionistische CGT und die CFDT, zum nationalen Streik und zu Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen. Der Aufruf der Gewerkschaften wurde vor allem im öffentlichen Dienst breit befolgt: Bei den staatlichen Gas- und Elektrizitätswerken (EGF) zu 52%, bei der Pariser Metro (RATP) zu 60%, im Schulwesen zu 61%, bei der Eisenbahn (SNCF) zu 30%, beim Dienstpersonal von Air France zu 75%. Im Privatsektor der Wirtschaft pendelte die Zahl der Streikenden zwischen zehn und 25%.

Im ganzen Lande fanden breite Demonstrationen statt: die Pariser Demonstration mit 400.000 Teilnehmern war die größte gewerkschaftliche Demonstration seit dem Mai '68. Sie stand unter der Hauptparole: „Für die Respektierung des Streikrechts und der gewerkschaftlichen Freiheiten“. Den kämpferischsten Block der Demonstration bildeten die Postler; sie sangen alte revolutionäre Lieder der Pariser Commune und riefen Parolen wie: „Valéry au tr. Anne-Aymone au téléphone“ – auf deutsch: Valéry zum Sortieren, Anne-Aymone (Frau von Giscard) zum Telefon. Der Block der Lehrer der „Ecole Emancipée“ (Lehrerorganisation, die der trotzkistischen Front Communiste révolutionnaire, ehemals Ligue Communiste, nahesteht) rief: „Mit der Hierarchie ist es genauso wie mit Regeln: je höher sie sind, desto nutzloser“.

In Lyon demonstrierten 40.000 Menschen. In der Metallbranche wurde zu 70% gestreikt (in Lyon ist die Hauptproduktionsstätte der Bertel-Pirma, Herstellung von Lastwagen), in der Chemie (pharmazeutischer Tri- ex-Poulenc) zu 75%. In Grenoble und Bordeaux waren es 30.000 Demonstranten, in Marseille demonstrierten 60.000 Menschen, allen voran die Arbeiter von

Titan-Coder, in Toulouse 50.000; in Rouen 10.000; in Saint-Etienne (industrielle Umgebung von Lyon) demonstrierten 20.000 Werktätige.

In Paris hatte ein Flugblatt zu einer Gegendemonstration aufgerufen, unterzeichnet mit: „Eine Gruppe unpolitischer Benutzer, die über die Organisation des Chaos und des Konkurses in Frankreich empört sind“. Damit sollte gegen „den totalitären und minoritären (minderheitlichen) Streik der CGT“ protestiert werden. Nach „Le Monde“ sollen ganz 43 Menschen diesem Aufruf gefolgt sein. Gut gekleidete Herren und Damen im Pelzmantel formierten sich in einem der vornehmsten Viertel von Paris, im Faubourg Saint-Honoré, zur Demonstration unter reaktionären und arbeitfeindlichen Parolen wie „Für die Freiheit der Arbeit“, „CGT = Diktatur“ und „Wir wollen Post!“. Ziel der Demonstration war der „Einmarsch“ auf den Versammlungs-ort der gewerkschaftlichen Demonstration. Dieser Plan wurde aber von einer Gruppe jugendlicher Genossen durchkreuzt, die unter der Parole „Une seule solution: la Révolution!“ (eine einzige Lösung: die Revolution!) den weiteren Marsch der „feinen Leute“ verhinderten. Die Müllfahrtschick sich zu dem Zeitpunkt schon fünf Tage im Streik befand und sich daher allerlei Mist vor den Häusern angesammelt hatte, wurden die Reaktionen noch mit leeren Müllbüten u.s.m. bedacht. Sie liefen dann schnell auseinander. Kaum waren sie weg, kamen herbeigeeilte Polizeieinheiten, kontrollierten die Personalien der Jugendlichen und nahmen einige von ihnen vorläufig fest.

Eingriff der Polizei bei der Post

Am Donnerstag, den 14. November, um sechs Uhr morgens, räumten Polizeieinheiten verschiedene besetzte Sortierzentren der Post. Die Räumungsaktionen – die sowohl

in Paris als auch in der Provinz durchgeführt wurden, dauerten bis gegen 17 Uhr. Die Postler, die ihre Zentren besetzt hielten, wurden rausgeschmissen; die Streikposten wurden soweit von den Eingängen abgedrängt, daß es Streikbrechern möglich sein sollte, „frei zu arbeiten“. Trotz der verstärkten Hetzkampagne der Regierung und der bürgerlichen Presse gegen den Poststreik, und auch trotz der Demonstration staatlicher Macht vom 14. November blieb die Kampfentschlossenheit der Postler jedoch ungebrochen.

Insgesamt versuchten die Regierung und die Kapitalistenverbände wie CNPF (dem westdeutschen BDI vergleichbar) die Bevölkerung gegen die Postler aufzuheizen, z.T. unter demagogischer Ausnutzung einiger mysteriöser Anschläge auf Posteinrichtungen. Gensu machte es die Pompidou-Memorial-Regierung 1969, als die Gas- und Elektrizitätsarbeiter streikten. Damals konnte sie den Streik brechen, weil es ihr gelang, sich lieber in der CFDT als in der CGT zu organisieren, wird Schritt für Schritt auswidert. Mit den Aktionsabschnitten von Juni tritt die CFDT in eine beschleunigte „Normalisierungsphase“ ein. So schrieb der CFDT-Führer in der CFDT-Zeitung „Syndicalisme Hebdo“ vom 3.10.74 demagogisch: „Seit September greift die reaktionäre Presse und die linksextremistische Presse beharrlich die Mäßigung der sogenannten „Gewerkschaftsführungen“ an ... Die Forderungspolitik kann nicht von der im Betrieb am stärksten vertretenen Gruppen (d.h. von den Arbeitern! Ann. AK) bestimmt werden, sondern sie muß die Synthese der Wünsche und Forderungen aller Berufsgruppen sein“.

Man sieht: Die CGT hat Schule gemacht, und es wird deutlich, daß die wiederhergestellte gewerkschaftliche Front sich genau im Kleinswasser der „Union de la Gauche“ bewegt. Im Klartext bedeuten diese Ausserungen von Maitre, daß die Einheit aller Kategorien um die Arbeiterklasse herum nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Es geht jetzt viel eher darum, die spezifischen Interessen jeder Herkunftsgruppe im Betrieb zu schützen. Und natürlich spricht die CFDT-Führung sich nicht mehr von einheitlichen, linearen

Vorgehen der Gewerkschaftsführungen

Bereits in einem Abkommen vom 26. Juni '74 hatten die Zentralen von CFDT und CGT eine „große“ Herbstkampagne geplant. Geplant waren wie immer „massive Delegations“ hin zum Sitz des Kapitalistenverbandes CNPF, um den Protest gegen die Entlassungen auszudrücken, sowie regionale Demonstrationen, um gegen die Teuerung zu protestieren. Die andere Seite der

Taktik der Gewerkschaftsführer (Ségy für die CGT, Maire für die CFDT) ist das Begreifen von länger dauernden Streiks, die Begrenzung der Solidarität auf ein Minimum, die Isolierung der fortschrittlichsten Arbeiter im Kampf gegen die „Autoritätspolitik“ (Härtepolitik; das ist der Name, den Giscard selbst seiner Wirtschaftspolitik gegeben hat).

Natürlich: die CGT- und CFDT-Führungen rufen schon dazu auf, die „Härtepolitik“ der Regierung zu bekämpfen. Doch statt all diejenigen, die die Pläne der Bourgeoisie ablehnen, hinter den kampftentischensten Arbeitern zusammenzufassen, segregierten Ségy und Maire die Kampfbereitschaft der Arbeiter im meistens diskret gehaltenen „Aktions-tagen“, mit verschwinden, vielen Ziegen, deren Wirksamkeit stets auf beschränkt ist.

Das Abkommen zwischen CGT und CFDT hat die Positionen der CGT noch bestärkt. Alles, was bisher die „Originalität“ der CFDT ausmachte (u.a. eine gewisse „Spontaneität und Schein-Radikalität“), was zahlreiche Arbeiter auch dazu bewegte, sich lieber in der CFDT als in der CGT zu organisieren, wird Schritt für Schritt auswidert. Mit den Aktionsabschnitten von Juni tritt die CFDT in eine beschleunigte „Normalisierungsphase“ ein. So schrieb der CFDT-Führer in der CFDT-Zeitung „Syndicalisme Hebdo“ vom 3.10.74 demagogisch: „Seit September greift die reaktionäre Presse und die linksextremistische Presse beharrlich die Mäßigung der sogenannten „Gewerkschaftsführungen“ an ... Die Forderungspolitik kann nicht von der im Betrieb am stärksten vertretenen Gruppen (d.h. von den Arbeitern! Ann. AK) bestimmt werden, sondern sie muß die Synthese der Wünsche und Forderungen aller Berufsgruppen sein“.

Lohnforderungen

Gegen diese arbeiterverräterische Linie hat an der Spitze müssen die fortschrittlichsten Arbeiter ihre Klassen-einheit verteidigen. Gegen die Front der korruptesten Gewerkschaftsführungen müssen sie eine einheitliche einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse schaffen, die alleine fähig ist, Siege zu organisieren.

KB/Gruppe Frankfurt
Frankreich-Kommission

Soldaten rufen dazu auf, Streikbrecher-Funktionen abzulehnen

Eine Gruppe Soldaten der Basis 110 in Creil (Val d'Oise, Umgebung von Paris) veröffentlichte am 19. November ein Premekommuniqué, das alle Soldaten aufforderte, den Forderungen der Regierung nicht nachzukommen, um die Bewegung der Arbeiter nicht zu brechen.

„Heute, wo die Regierung beschloßen hat, den Streik zu brechen – in Paris heute den Streik der Müllfahrer, morgen vielleicht den Streik der Postler – erklären wir, Soldaten der Basis 110 in Creil, unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern. Wir unterstützen euch in Eurem Kampf für die Verteidigung des Streikrechts, für die gewerkschaftlichen Rechte, denn wir haben auch selber eigene Forderungen: Erhöhung des Solds, Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel, Heruntersetzung der Wehrdienstzeit, Recht auf Meinungs-, Versammlungsfreiheit und Informationsfreiheit.“

(In Paris wurde, wie bei jedem Streik des öffentlichen Verkehrs, dieses Mal auch bei der Müllfahrtschick die Armee als Streikbrecher eingesetzt.)

Angriff der Polizeitruppen auf den Sitz der PCF am 19.11. in Paris

Am Abend des nationalen Streiktags organisierte die Polizei einen regelrechten Überfall auf einen Sitz der PCF in Paris. Die Polizisten erschlugen die Fenster Scheiben des Buros und schlugen die anwesenden Genossen der PCF zusammen. Einer von ihnen wurde dabei schwer verletzt. Als „Grund“ für das Eindringen erklärten die Polizisten, sie würden Demonstrationen verfolgen, die sich vermutlich im Büro der PCF versteckt hätten.

Frankreich

„Normalisierung“ der Presse und des Rundfunks

Nach seinem knappen Wahlsieg über die „Union de la Gauche“ (Wahlbündnis von revisionistischer PCF und sozialdemokratischer PS) hat Giscard verkündet, er wolle eine „liberale“ Gesellschaft in Frankreich aufbauen. Was die Giscard-Chirac-Regierung darunter versteht, sieht man an den jüngsten Vorgängen beim Fernsehen und Rundfunk sowie bei der Presse.

Die „Chirac-Affäre“

In einer Sitzung der Nationalversammlung vor einigen Wochen legte der Finanzminister Fourcade seinen Haushaltsplan vor. Premierminister Chirac, von dem bekannt ist, daß er zu Fourcade nicht gerade ein herzliches Verhältnis hat, bastelte während dessen Papierschiff und amüsierte sich anscheinend blendend mit seinen Banknachbarn. Ein Journalist der Radio-Station Europa Nr. 1 erzählte diese Anekdote am 11. Mittagsjournal des Senders. Für Chirac, ein offensichtlich Spöttelei-Delikt. Hier der Kalender der folgenden Eskalation:

Am 18. Oktober ließ Chirac den gesamten Generalstab von Europa Nr. 1 in ein großes Pariser Restaurant bestellen. Chirac belehrte die Journalisten: „Wir sind hier nicht in den Vereinigten Staaten. Die Zeitungen können hier nicht das Gesetz bestimmen und jeden beliebigen angreifen, wie es ihnen gerade paßt!“. Dann wies er ihnen die „Ton“ des Senders schon lange nicht mehr gefallen, es würde dort zu viel „gespottet“.

Er zog dann eine Namensliste aus der Tasche, wo er sich die Namen verschiedener Journalisten des Senders aufgeschrieben hatte (diejenigen, die am meisten „spotteten“). Was Carreyrou, ein bekannter Journalist von Europa 1 – betrifft, drückte sich Chirac

ganz deutlich so aus: „Wenn der im Matignon aufsuchen sollte, werfe ich ihn mit einem Fußtritt in den Arsch raus“ (Matignon ist der Premier-Ministerrat in Paris).

Carreyrou ist nämlich derjenige, der die Anekdote aus der Nationalversammlung veröffentlicht hat. Außerdem hatte er bei der Berichterstattung über den Gaullisten-Parteilager einen UDR-Abgeordneten zitiert, der gesagt hatte: „Dieser Parteilager ist beschissen langweilig“.

Ein weiteres „Delikt“ von Carreyrou war es, daß Chirac sich mal für die allabendliche Debatte auf den Wellen des Senders einladen lassen wollte, es aber am Abend nicht ging (Programm war komplett) und vor allem war Marchais (Generalsekretär des PCF) am Abend Stargast.

Als erster Kopf rollte der vom Chefredakteur des Senders, Siegel, der schon 20 Jahre lang beim Sender beschäftigt ist. Siegel wurde schon von Pompidou argwöhnisch beobachtet, da er im Zusammenhang mit der Markow-Affäre (wo ein jugoslawischer Playboy ermordet wurde) Pompidous Frau erwähnt hatte. (Im übrigen pflegte auch Pompidou eine Namensliste aller „subversiven“ Journalisten zu führen).

Auch bei der gaullistischen Zeitung „France-Soir“ soll auf Anordnung von Chirac „gesäubert“ werden. Auch hier gefällt ihm der Stil der Zeitung

nicht, sie sei „zu negativ“. Anlaß dieser Kritik: „France-Soir“ hatte es gewagt, auf der Titelseite einer ihrer Ausgaben die Zahl der Arbeitslosen in großen Lettern zu drucken!

Beim „Parisien Libéré“ (ebenfalls reaktionäre Tageszeitung) ist der Herausgeber Amoury der Regierungskritik zuvorgekommen: bevor Chirac auch hier einen Besuch abstattete, wurde schon die „Normalisierung“ durchgezogen. Nun liegt der „Parisien Libéré“ ganz fromm auf Regierungslinie.

Beim „Figaro“ wurde der Chefredakteur gegen einen, der auf Chirac-Linie liegt, ausgewechselt.

Bei der Zeitschrift „Point“ wurde ein Chaban-Anhänger (auf der Liste des bürgerlichen Präsidentschaftswahlkandidaten Chaban-Delmas) rausgedauert.

Bei der Radio-Station RTL (Radio-Télé-Luxemburg) soll der Verwaltung „reformiert“ werden, zwecks größerer Anpassung an die Regierungslinie.

Bei Radio Monte Carlo wurden in der letzten Zeit große Veränderungen durchgeführt: Die Dauer der politischen Kommentare ist auf 15 Minuten täglich reduziert worden. Außer in Wahlkampfeiten soll es keine politischen Debatten mehr geben.

Bei der ORTF (Office de Radio-Télévision française) sollen 50 (!) ketzerische Journalisten entlassen werden. Dem Beispiel von Radio Monte Carlo sollen laut Chirac alle Radiosender folgen, denn nur so könne man garantieren, daß „es zu keinem französischen Watergate kommt, wo eine Mafia von Journalisten und sogenannten Intellektuellen den Kopf eines Präsidenten bekommt“ (Nach der satirischen – und stets gut informierten – Wochenzeitschrift „Canard Enchaîné“ vom 29. Oktober 74).

Frankreich-Kommission, KB/Gruppe Frankfurt

Betriebsratswahlen bei Texaco/Hamburg

Die vorgeschlagenen Betriebsratswahlen bei den Hamburger Texaco-Betrieben Hauptverwaltung (HV) und Wülhelmsburg sind abgeschlossen. In den 15-köpfigen Betriebsrat wurden 13 Angestellte und zwei Arbeiter gewählt. Sechs linken Betriebsräten stehen jetzt sieben von der DAG und zwei IG-Chemie-Angestellte gegenüber.

Die Wahl gewann bei den Angestellten die Liste der DAG mit 507 Stimmen (= 50 %, sieben Sitze). Das ist wesentlich mehr, als allgemein erwartet wurde. Die linke „Gemeinschaftliche HV/Wülhelmsburg“ mit den beiden aus der IG-Chemie ausgeschlossenen Betriebsräten Kynast und Trampert an der Spitze erhielt 352 Stimmen (= 35 %, vier Sitze). Die Angestelltenliste der IG-Chemie erhielt bloß 145 Stimmen (= 15 %, zwei Sitze).

Bei den Arbeitern fand eine „Persönlichkeitswahl“ statt. Mit großem Abstand gewannen – einmündig – die beiden stellvertretenden BR-Vorsitzende und der Vorsitzende des IG-Chemie-Vertrauensleutkörpers Wülhelmsburg. Beide Kollegen gelten als profilierte Linke und arbeiten mit der Gruppe um Kynast zusammen.

Der Wahlkampf stand im Zeichen eines antikommunistischen Feuerwerks gegen die Kynast-Liste, die von den Führern der IG-Chemie

zündet wurde. Die Diffamierungskampagne gegen die „Kommunisten“ um Kynast, mit deren Hilfe der KB den Betriebsrat zu „seinem Experimentierfeld“ machen wollte, hat sich für die IG-Chemie-Führer nicht unmittelbar bezahlt gemacht, wenn sie auch die Linken viele potentielle Wahlstimmen gekostet hat. Diese schlugen zweifellos bei der DAG positiv zu Buche, wenn auch die Linken ihre Position um einen weiteren BR-Sitz verbessern konnten. Die DAG, der Hauptgewinner der Wahl, hat einen recht geschickten Wahlkampf geführt, in dem sie zu wahlkampfbetrieblichen Fragen dieselben oder ähnliche Stellungnahmen wie die Linken vertrat und andererseits sich nicht wie die IG-Chemie-Führer die Finger mit schmerzhaften Diffamierungen und Verurteilungskampagnen schmutzig machte. Ein Großteil der Kollegen hielt daran die DAG-Vertreter für „aufrichtige Makler“ ihrer Interessen, ohne den „Makel“ des Kommunismus.

Die Genossen der Betriebszelle haben eine ausführliche Analyse des Wahlkampfes und -ergebnisses vorgelegt, die wir aus Platzgründen erst in AK 54 (erscheint am 3. Januar) abdrucken können.

Chemie-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Zahl der Gewerkschaftsausschlüsse bei Texaco erhöht sich auf 15

Kurz nach Abschluß der Texaco-Betriebsratswahl leitete der IG-Chemie-Verwaltungsratsvorsitzende gegen weitere 13 Kollegen ein Ausschlussverfahren ein. Ab sofort ruben damit ihre gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten. Die 13 Kollegen hatten sich mit den bereits im August dieses Jahres ausgeschlossenen Betriebsräten Kynast und Trampert solidarisiert und gemeinsam mit ihnen auf einer Liste für den Betriebsrat kandidiert.

Dies wird ihnen auch im wesentlichen vorgeworfen. Sie hätten mit Ausschlossenen kandidiert, anstatt eine eigene Liste der IG-Chemieliste aufzustellen. Damit hätten sie die Interessen der Mitglieder groblich geschädigt. Das Wahlergebnis zeigt, wie unzutreffend dieser Vorwurf ist.

Neu in den Ausschlussbegründung ist folgender Satz: „Außerdem haben Sie sich zu keinem Zeitpunkt als Gewerkschaftsmitglied von dem gewerkschaftsfeindlichen Artikel – erschienen im „Arbeiterkampf“ Nr. 51/Oktobre 1974, Seite 17 – distanziert. (Empfiehlt sich nachzulesen, d. Red.). Unseres Wissens verlangt die Gewerkschaftsführung hier einmal, daß sich Kollegen aus unaufrichtigkeit von der kommunistischen Presse distanzieren

sollen. Bisher hatte sie sich immer noch die Mühe gemacht, konkret zu Revore-Unterschriften aufzufordern.

Vorerst hat die IG-Chemieführung mit dem Ausschuß der 15 aktivsten Kollegen selbst den Versuch aufgegeben, kurzfristig wieder Einfluß in der Gewerkschaftsarbeit der Hauptverwaltung zu gewinnen.

Langfristig wird sie sicherlich bemüht bleiben, sich wieder einzuschleichen. Eine erste Versicherung bei den linken Kollegen der Hauptverwaltung sollte wohl bereits jetzt hervorgerufen werden, indem sie alle im Ausschlussantrag gleichmaßen mit den Aussagen des ARBEITERKAMPFES identifiziert werden.

„Hierzu in dem Schreiben an die 13 Kollegen:

„Man muß im Gegenteil nach dem Stadium ihrer eigenen Flugblätter den Eindruck gewinnen, daß Sie sich mit dem im „Arbeiterkampf“ gemachten Aussagen solidarisiert.“

Anscheinend hoffen die IG-Chemie-Führer so spalten zu können, in diejenigen Texaco-Linken, die sich mit dem AK solidarisierten und diejenigen, die das nicht wollten.

Hauptverwaltung
HV/Wülhelmsburg
KB/Gruppe Hamburg

HBV Hamburg:

Gewerkschaftsführer lassen Mitgliederversammlung von der Polizei auflösen

Am 11. November wurde eine ordentliche Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel in der Gewerkschaft HBV (Handel-Banken-Versicherungsmann) Hamburg durch 150 Polizisten aufgelöst. Unter dem versammelten HBV-Mitgliedern, deren Personalien von der Polizei aufgenommen wurden, waren auch Mitglieder des Ortsvorstandes. Dieser Polizei-Einsatz (der zweite in Hamburg nach einem ähnlichen Vorfall in der IG Druck und Papier) wird als Verstoß gegen die Schärfe und Breite der Auseinandersetzung in der Hamburger HBV. Vorausgegangen war diesem Polizeieinsatz am 21. Oktober ein Ausschlußantrag gegen den Kollegen Ulrich Vetter, Vorsitzender der Fachgruppe Buchhandel und Verleger in der HBV (1) und Mitglied des HBV-Ortsvorstandes (1). Dieser Antrag wurde zunächst mit „nicht satzungsgemäßem Beitragszahlung“ begründet, was sich als Lüge herausstellte. Danach wurde dem Kollegen Vetter vorgeworfen, er habe sich „gewerkschaftsfeindlich“ verhalten – u.a. durch seinen Kampf gegen Überstunden in Buchläden im Weihnachtsgeschäft!

Auf der Mitgliederversammlung am 11.11. waren über 50 Kollegen aus den verschiedenen Fachgruppen der HBV erschienen, größtenteils um gegen den Ausschlußantrag Stellung zu nehmen. Die anwesenden Gewerkschaftsführer aber waren zu keiner Diskussion bereit. Auf den Einwand, daß die Gewerkschaftsführer schließlich von diesem also Rechenschaft schuldig sind, erklärte HBV-Funktionär Cohn zögernd: „Von diesem Beitrag würde ich verhungern“. Schließlich erklärte Cohn kurzerhand die formal noch gar nicht eröffnete Mitgliederversammlung für „geschlossen“. HBV-Funktionär Krause drohte, den Raum mit Gewalt räumen zu lassen. Von den vor dem Gebäude stationierten zwei Bullen ließ er Verstärkung anfordern. „Mit neun Mannschaften und 18 Streifenwagen wurden über 100 Polizisten herangekarrt, ca. 50 besetzten das Gebäude, größtenteils mit Kampfhelm, Pistole und Schusswaffe. In den Mannschaften lagen griffbereit noch Schutzhelme“ (aus einer von 42 HBV-Mitgliedern unterschriebenen Erklärung zum Polizeieinsatz). Während nun die Kollegen durch den Raum vertrieben wurden, wurden sie von der Polizei daran gehindert, die Personalien sämtlicher anwesender Kollegen wurden

notiert.

Sie alle sollen eine Strafanzeige wegen „Hausfriedensbruch“ etc. erhalten. Ferner sollen ihnen noch 30.000 Mark „Einsatzschädigung“ aufgeschlagen werden, da die HBV-Führer dafür haben wollen, daß ihnen der Versammlungsraum kostenlos gekündigt wurde – angeblich wegen der aufgelösten Mitgliederversammlung. Der zynische Witz: dabei: Eigentümern des Hauses, in dem sich der Raum befindet, ist die „Volksfürsorge“. Hauptmieter ist das Großhändler Bestattungsinstitut – beide gewerkschaftsfeindlich!! Offenbar sollen mit dieser lächerlichen Konstruktion die aktiven Kollegen auch finanziell getroffen werden!

DKP – „Bestes Pferd“ der rechten HBV-Führer

Die Revisionisten von der DKP kriegen im Hamburger HBV-Bereich praktisch kaum irgendwo ein Bein auf den Boden. Dafür haben sie aber die Protektion der rechten HBV-Führer, die die DKPler zur Zeit als besonders schnelle und bedenkenlose Antikommunisten zu schätzen wissen und diesen gern einen guten Teil der Dreckerarbeit überlassen.

So wurde schon der erste Ausschlußantrag gegen den Kollegen Vetter von der DKPlerin H. Bardowicks und dem DKPler G. Gessert sowie weiteren DKPler unterstützt.

Inzwischen haben die feinen „Kollegen“ Bardowicks, Gessert, Luksch, Bentzen und Scheller (bis auf den letzten alle DKP!) einen neuen Ausschlußantrag gegen U. Vetter gestellt, den sie zynisch damit begründen, daß sich Vetter gegen die Maßnahmen gegen ihn (schon am 13. Juni Enthebung von seinen Ämtern!) mit Rundschriften zur Wehr setzte! Er habe damit, so die DKPler, „die Arbeit der Tarifkommission und des Fachgruppenvorstandes in der Öffentlichkeit diffamiert“ und „unsere Fachgruppe geschwächt“ sowie „zuguterletzt „die Gewerkschaft geschädigt“.

Auf einer Sitzung nach der Polizeiaktion gellten sich DKPler und rechte HBV-Führer gegenseitig mit reaktionären und antikommunistischen Sprüchen auf. So legte die DKPlerin Stürmer (Frau des wegen vieler Schweinereien berühmten SDAJ-Führers) los. U. Vetter habe doch „nur Putz machen“ wollen, er habe „seine Mannen gesammelt“ und die seien „nur zur Versammlung gekommen, um zu provozieren“.

Das ist ein anschauliches Beispiel, wie die DKP in einem Bereich, wo sie bei den Kollegen wirklich fast völlig abgemeldet ist, sich mehr noch als sonst ganz der Politik der rechten Gewerkschaftsführer anpaßt und sich schließlich sogar zur Verteidigerin eines Polizeieinsatzes gegen eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung macht.

Trotz massiver Hetze und Drohungen – die Kollegen arbeiten weiter

Der Polizei-Einsatz hat aber auch dazu geführt, daß eine noch größere Zahl von Kollegen in Diskussionen um ein geschlossenes Vorgehen einbezogen wurde. Über 80 Kollegen haben inzwischen eine Resolution gegen den Ausschuß von U. Vetter unterschrieben (der erste Ausschlußantrag gegen den Kollegen mußte von der Gewerkschaftsführung wegen Formfehlern zurückgezogen werden). 42 Kollegen haben eine Erklärung zum Polizei-Einsatz unterschrieben.

Auf einer Mitgliederversammlung der Fachgruppe Groß- und Außenhandel am 22. November mit Anfang über 60 anwesenden Kollegen wurde einstimmig – bis auf eine Enthaltung – die sofortige Zurücknahme der Strafanzeige gegen die Teilnehmer der von der Polizei aufgelösten MV gefordert. Auch auf einer Betriebsgruppen-Sitzung bei der Ideen standen die anwesenden rechten Vertreter des Ortsvorstandes einer nahezu einheitlichen Front gegenüber.

Die Verschärfung der Auseinandersetzungen innerhalb der HBV ist seit einiger Zeit deutlich. Schon der Ausschuß der Kollegen Marion Harries, die zu den Bürgerschaftswahlen auf der Liste der „KPD/ML“ kandidiert hatte, rief den Protest vieler Mitglieder hervor. In der gewerkschaftsfeindlichen „Coop“ führt der Kampf gegen die scharfe Rationalisierung zu Konflikten zwischen gewerkschaftlicher Betriebsgruppe einerseits und rechten Betriebsrats- und Gewerkschaftsführern andererseits. BR-Vorsitzender Bachmann hat ein Ausschlußverfahren gegen drei Kollegen veranlaßt. Bei der Idee, daß es vor allem die DAG-Betriebsräte, die die HBV-Betriebsgruppe häufig angegriffen. Bei EDEKA soll ein Betriebsrat, der sich gegen beginnende Entlassungen gewandt hatte, durch Kündigungsdrohungen und Redeverbot vor den Kollegen kaltgestellt werden.

So ist die HBV gewissermaßen ein entwickelteres Beispiel für Zustände (siehe Polizeieinsatz), wie sie der Klassenkampf auch in den Gewerkschaften unvermeidlich hervorbringen wird, und zugleich ein Beweis, daß es möglich ist, auch unter den Bedingungen der scharfen Rechtentwicklung Fortschritte bei der Organisation der Kollegen für den Kampf um ihre Interessen zu machen.

HBV-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Bremen:

Vier Vulkan-Kollegen aus der IGM ausgeschlossen

Vier Vertrauensleute vom Bremer Vulkan (Kollegen, die diese Bezeichnung tatsächlich verdienen!) wurden am 14. November vom Vorstand der IG Metall nach § 30 der Satzung und der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die Kollegen Scholz, Koldehofe, Elster und Bachmann waren in der Vergangenheit stets für eine konsequente Klassenpolitik ihrer Gewerkschaft eingetreten und hatten sich – namentlich auch während des letzten Streiks im Bezirk Unterweser im Frühjahr 74 – öffentlich (also vor ihren verammelten Kollegen) gegen die offiziell sozialdemokratische Tarifpolitik der IGM-Führung gewandt. Als der Beschluß der Gewerkschaftsführer in der jüngsten Tarifauseinandersetzung bekannt wurde (Abschluß in der „besonderen Schlichtung“ bei ca. 12,2%) formulierten die jetzt ausgeschlossenen Kollegen auf einer spontanen Streikversammlung von 2.500 Vulkan-Arbeitern die Forderung, die IGM-Führer Loderer, von Steeg (Hamburg) und Weinkauf (Bremen) wegen „Arbeiterverrat und gewerkschaftsschädlichem Verhalten“ aus der IGM auszuschließen. Diese Forde-

rung wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt – und schließlich auch von über 1.000 Kollegen, allein beim Bremer Vulkan, auf einer Unterschriftenliste bekräftigt.

Die IGM-Führer behandelten natürlich nicht die Anträge gegen sich selbst – sondern drohten den Spiel um gegen die Antragsteller, ihre unliebsamen Kritiker!

Die Kollegen der vom Ausschuß betroffenen Gewerkschaften haben (nach einer Mitteilung der „Roten Fahne“) bereits erklärt, daß sie trotz des nun erfolgten Gewerkschaftsausschlusses davon ausgehen, daß die von ihnen nominierten Kollegen nach wie vor Kollegen ihres Vertrauens sind – und bleiben werden.

Da das Interesse der Gewerkschaftsführer und der Kapitalisten gleichermaßen darauf gerichtet ist, die Vertreter einer konsequenten Klassenpolitik überhaupt auszuschließen, muß davon ausgegangen werden, daß dem nun erfolgten Gewerkschaftsausschuß Kündigungen folgen werden.

Dagegen muß Front gemacht werden!

Metall-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

KAMPF DER KAPITALISTIS

Stumm AG:

Die Freiherren nahmen sich die Ehre, ihre Werke auszuschlachten ...

Ende Oktober machte die einst gewaltige und „traditionreiche“ Stumm-AG Schlagzeilen – sie war pleite.

Die Stumm-AG, eine Holding-Gesellschaft, die über die üblichen Kapitalbeteiligungen einen ganz anständigen Konzern zusammenfaßt, war mit ca. 6-700 Mio. DM Schulden durchs Ziel gegangen und es wurde der Vergleich angemeldet.

„Beuteschlacht“ um die Reste eines bankrotten Unternehmens. Der „Spiegel“ äußerte bereits die Vermutung, daß „die Großpletze zugleich auch zum verwegenen Finanzkriminal der Nachkriegsjahre“ würde. Bei der kriminellen „Gesundungsaktion“ gab sich vieles, was „Rang und Namen“ hatte, die Hand – zum einen der stinkfeudale Stumm-Clan („Aktiönäre mit bestem Namen: Franz-Jo-

„Und seit längerem schon murten die stets standesgemäß lebenden Stumm-Erben über die Dividenden des rostbrüchigen Stahl-Trübs, gab es doch nach nicht gerade üppigen acht Prozent im Jahr 1971 im Jahr 1972 nur noch kärgliche fünf Prozent Gewinn ausschüttung und für das vergangene Jahr überhaupt nichts mehr.“ („Zeit“, 1.11.) – Immerhin sind 1 % Dividende ca. 500.000 DM!

Die Ritter saßen auf Abhilfe und kamen zu dem Schluß, den finanziell maroden Konzern zu verkaufen – allerdings nicht, ohne ihn vorher noch nach Strich und Faden auszuschlachten. (dazu später).

Ein Käufer fand sich bald, und zwar die Hamburger Öl-Gruppe „Mabanaft“. Diese Firma „ist die größte konzerntreue Ölförder Europas und hat – so Mabanaft Finanzmann Georg Töpfer – nach der Ölkrise gut verdient.“ („Spiegel“, 28.10.) und will sich mit dem Erwerb des Stumm-Konzerns ein „zweites Bein“ im industriellen Bereich schaffen. Bereits im Frühjahr wollte Mabanaft größere Aktienpakete von Stumm kaufen, was sich jedoch immer wieder verzögerte und schließlich nicht klappte. Plötzlich jedoch – wie der Blitz aus heiterem Himmel – bot Otto Wolff von Amerongen seine 25 % Beteiligung an – zum symbolischen Preis von 1,- DM (eins)! Mabanaft griff zu und bekam erstaunlicherweise daraufhin auch die 51 % der Stumm-Familie – ebenfalls zum Nulltarif. Damit wurde Mabanaft zum Besitzer der Stumm AG, quasi so wie Maria zum Kind kam.

Mabanaft ging sofort bei und wollte die Buchführung der Stumm AG durchleuchten, was aufgrund der Lückenhaftigkeit dieser Buchführung zwar Schwierigkeiten bot – wobei aber trotzdem erstaunliche Dinge ans Licht kamen:

● Statt, wie geschätzt, 80 Mio. DM

Schulden stellte sich ein Ausmaß von 600 Mio. heraus.

● Noch im Sommer kaufte Stumm mit geliehenem Geld für mehrere Hundert Mio. DM Öl aus der Sowjet-Union.

● Der Ölumsatz 1973 hätte eigentlich einen Gewinn von 50 Mio. DM bringen müssen – in den Büchern waren es aber nur „wenige Millionen“.

● Die Deutsche Gerätebau hatte für 36 Mio. DM Benzinanzapfeln auf Halbe produziert – dies war nur dadurch möglich, daß bis kurz vor dem Vergleich noch Kapital nachgeschoben wurde – so daß hier ein Vergleich „mehr schwierig“ ist.

● Last not least wurde ein Papier gefunden, in dem der fräulose gekündigte Vorstandsvorsitzende Lutz kurz vor seinem Abgang einen Verkauf der Stumm-AG vereinbarte – nur mit einem ganz anderen Käufer –

eine Münchhausen: Das Stumm-Management wollte sich am eigenen Zopf aus dem Dreck ziehen. Ein anderer Finanzmann sekundierte – daran, daß Stumm-Handel sich über Dritte selbst kaufen wollte, gibt es doch wohl kaum noch Zweifel.“ („Spiegel“, 28.10.) und

„Das einzige Geld, das von der Nordemann-Käufergruppe für den Erwerb der Stumm-Konzern-Mehrheit geflossen war, stammte vom Stumm-Konzern selber“ (do-)

Dieser „Selbstkauf“ war genau geplant: „Für Öl-Termingeschäfte hätten sie sich von den Banken Millionen zusammengepumpt. Durch weit hinausgeschobene Zahlungsziele hätten sie sich das Geld kurzfristig einstecken und in dieser Zeit über Spira und Schweizer Banken den Stumm-Konzern erwerben wollen.“ („Spiegel“, 28.10.)

Neuer Aufsichtsratsvorsitzender sollte dann Knut von Kühlmann-Stumm werden – man sieht, die Prominenz ist vertreten.

... in der Tat, ein Wirrwarr, zwei Käufer, verschenkte Aktienmehrheiten, manipulierte Buchführung und irgendwie reimt sich das alles zusammen:

... Kriminaltango ...

In dem Kaufvertrag waren „Lutz und der Stumm Aufsichtsratsvorsitzende Josef Rust – der auch dem VW Aufsichtsrat präsidiert – sowie Franz von Merzitz, der Vertreter des Stumm-Clans, mit dem Berliner Rechtsanwalt Professor Wilhelm Nordemann, der eine ungenannte Interessengruppe vertritt, im Frankfurter Airport-Hotel über den Stumm-Verkauf handelsmäßig geworden.“ („Spiegel“, 28.10.)

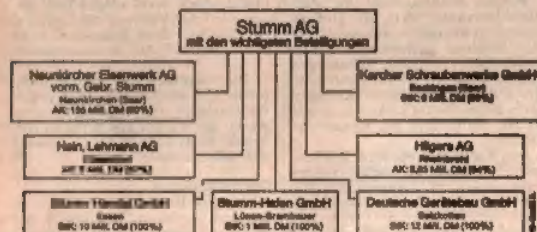
Diese Enthüllung brachte nun High Life in die Vorstandsetagen und Schreibbüros der Presse. Das „Manager-Magazin“ fand als erstes eine „heiße Spur“ und meinte, die rumänische Regierung (!) habe Stumm gekauft. Diese war's dann aber doch nicht und so allmählich schälte sich „Eingest“ heraus – der 1. Käufer war mit ziemlicher Sicherheit das Stumm-Management, bzw. der Stumm-Clan selber.

„Einer der Großen unter den Bankiers hüllt den Inhalt des Skandals in

Ein Konzern wird ausgeschlachtet

Die Stumm-AG war, das machen die sinkenden Dividenden deutlich, bereits seit längerer Zeit finanziell am Ende. So wie es aussieht, haben die ehemaligen Eigentümer, also der Stumm-Clan und Otto Wolff von Amerongen, angesichts dieser Situation den gesamten Konzern nach Strich und Faden ausgeschlachtet.

So ist es erklärlich, daß von den 50 Mio. Ölgewinn in den Büchern nur „einige Millionen“ vorhanden sind – der Rest wurde wohlweislich zur Seite geschafft. Es ist auch anzunehmen, daß der riesige Ölkauf und die Halbenproduktion beim Deutschen Gerätebau den Eigentümern irgendwelche dubiosen Zwischenhändler (oder auch irgendeine andere Firma des Kon-



Durch Anschlußkonkurse in den drei anderen direkten Stumm-Firmen „STUMM-AG“, „STUMM-HANDEL GMBH“ und „DEUTSCHER GERÄTEBAU GMBH“ werden hier mindestens 1.300 Kollegen auf die Straße gesetzt. Darüber hinaus sind aber auch die anderen ca. 17.000 Beschäftigten der diversen Beteiligungsfirmen des Konzerns von Stilllegungen etc. bedroht (Neudorfer Eisenwerk, Dillinger Hüttenwerke).

Auf den ersten Blick sieht diese Pleite aus, wie jede andere – alleine die Höhe der Schulden macht bei einem Grundkapital von 60 Mio. DM stutzig. Hinter den Kulissen verbirgt sich hier allerdings eine gewaltige

auf Ritter Hentschel von Gilgenheim und Conrad Graf von Rodern haben sich genauso die Ehre wie Ferdinand Ritter von Marx oder Casimir Prinz Wittgenstein – „Zeit“, 1.11.) aber auch so bekannte Kapitalisten wie Otto Wolff von Amerongen, Knut von Kühlmann-Stumm und Josef Rust vom VW-Aufsichtsrat.

Die Ritter murren ...

Die Stumm-AG war wie gesagt mehrheitlich im Besitz des adeligen Stumm-Clans. Diese Freiherren von Galgen-vogel wollten nun, weil die Prozente sanken, den Konzern vercherbeln.

Stuttgart

Deutsche Verlagsanstalt 450 Entlassungen geplant

Ende September führten die 750 Arbeiter und Angestellten der Deutschen Verlagsanstalt GmbH, Stuttgart, (DVA), daß 450 von ihnen – gewissermaßen als Weihnachtsüberraschung der Kapitalisten – ihren Arbeitsplatz verlieren sollten. Wie der damalige Geschäftsführer der DVA den „Arbeits-Mitarbeiter“ auf einer Betriebsversammlung am 21.10. verkündete, wollte das „Management“ den technischen Betrieb (vor allem die Druckerei) zum 31.12.1974 schließen.

Daraufhin führten die Angestellten am 25.10. einen Sitze streik durch. Die Arbeiter stellten die Maschinen ab, 300 DVA-Kollegen versammelten sich zu einer Protestkundgebung im Hof und 15 leitende Angestellte übergaben der Geschäftsleitung eine „Petition“ (Bittschrift), in der sie die Fortführung des technischen Betriebs erbaten.

In einer Reihe von Stuttgarter Betrieben kam es zu Solidaritätsstreiks. Ca. 80 Vertrauensleute aus verschiedenen Druckbetrieben der Stadt trafen sich, um über die Lage zu diskutieren und um über Kampfmaßnahmen zu beraten. Man beschloß für den 29.10. eine Protestdemonstration, an der sich ca. 2.000 Stuttgarter Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Letzter Stand: Die Stilllegung des technischen Betriebes der DVA ist zunächst bis zum 31. März 1975 „ausgesetzt“. Der bisherige Geschäftsführer der DVA ist am 12.11. zurückgetreten. Die gekündigten leitenden Angestellten, die wegen der „Petition“ und Äußerungen in der Öffentlichkeit gefeuert worden waren, sind inzwischen wieder eingestellt worden.

Einige Daten zur Situation in der Druckindustrie

Die Stilllegungspläne bei der DVA wurden den Arbeitern und Angestellten zu einer Zeit bekanntgegeben, in der die bisher größte Massenarbeitslosigkeit mit Betrieben der BRD auf die Arbeiterklasse zukam.

Für die im Stuttgarter Raum lebenden Druckarbeiter kommt noch verschärfend hinzu, daß die Konkurrenz und Schließungen einer Reihe großer Druckbetriebe (Union Druckerei, Druckerei Herget und die Großdruckerei Stübke & Co.) in den letzten zwei Jahren die Hälfte (!) der Arbeitsplätze im Druckgewerbe dieser Region von den Kapitalisten vernichtet worden sind.

Das Stuttgarter Arbeitsamt erklärte, es seien im Umkreis von 100 km keine Druckerei-Facharbeiter mehr unterzubringen.

Für die gesamte BRD erwarten die Kapitalisten: „Etwa 900 Betriebe mit 38.000 Beschäftigten, davon 165 Betriebe mit 7.000 Beschäftigten in Bayern, müssen in den nächsten 3

Jahren damit rechnen, ihre Pforten zu schließen. (...) Diese sehr pessimistische Prognose gab Dr. Eberhard Kosack (Institut für Wirtschaftsanalyse und Unternehmensberatung) vor dem Verband der Bayerischen Druckindustrie e.V. Bezirk München.“ („Süddeutsche Zeitung“)

Bei ca. 200.000 Beschäftigten in der westdeutschen Druckindustrie ließe diese Einschätzung darauf hinaus, daß jeder fünfte (20%) den Verlust seines Arbeitsplatzes zu befürchten hätte.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verloren bereits 7.000 Arbeiter bzw. Angestellte dieser Branche ihre Arbeit.

Was ist die Deutsche Verlagsanstalt?

Die DVA ist kein Einzelunternehmen, sondern befindet sich mehrheitlich im Besitz des schwäbischen Kapitalisten-Clans Bosch. Als Teil der Bosch-Konzerns betreibt die DVA seit gut einem halben Jahrzehnt eine sy-

stematische „Bereinigung“. Vor allem „reingt“ man sich von „überzähligen“ Arbeitern.

Unter dem Vorgänger Weygandt's in der Geschäftsführung, Eugen Kurz, verkaufte die DVA ihren gesamten Anteil von 86,5 % an der Stuttgarter Zeitungsverlags GmbH. Das brachte der DVA ca. 60 Mio. DM ein.

Heute besteht „die DVA aus dem Zeitschriftenverlag, dem technischen Betrieb, dem Fach- und Sachbuchverlag, dem DVA-Lehrmittelverlag/Lehrtechnologie und einigen direkten Töchtern wie Hippokrat-Verlag und der Versandbuchhandlung Krebs.“ („Express“, 15.11.1974)

Als nächster Schritt auf dem Wege der „Bereinigung“ ist die Stilllegung des technischen Betriebes schon in Angriff genommen. Die Technik der DVA besteht im wesentlichen aus einer der leistungsfähigsten Großdruckereien für Bücher und Zeitschriften in der BRD.

Als „Begründung“ für die geplante Stilllegung dient auch im Fall der DVA der stereotypische Hinweis auf die „explosionsartigen Kostensteigerungen der letzten Jahre“; es bestünde die „Notwendigkeit, zugleich verlegerische – wie nur technisch Umsatz bringende Verlagsobjekte vom Programm absetzen zu müssen.“ (so

Weygandt laut „Südd. Zeitung“ vom 30.10.74).

● Würde man die Druckaufträge an Fremdfirmen vergeben, könne man bis zu 40% der Produktionskosten sparen!

● Dieser Hinweis Weygandt's verdient noch in anderem Zusammenhang besondere Beachtung.

Die Mentalität, mit der Kapitalisten bzw. ihre Helfer z.B. Stilllegungen wie diese betrachten, zeigt eine Auseraus, die der Justiziar der DVA gegenüber Betriebsräten „machte.“ „Gott sei dank hat der Unternehmer immer noch das Recht, einen Betrieb bis zum Bankrott herunterzuwirtschaften, ohne daß der Betriebsrat dazwischenfassen kann.“ („Spiegel“ vom 28.10.74)

DVA – ein Paradebeispiel kapitalistischer Rationalisierung

Die eingangs erwähnten Konkurse großer Druckereien im Stuttgarter Raum mit all ihren verheerenden Folgen für die Arbeiter und Angestellten – ebenso wie die geplante Stilllegung der DVA-Technik – stehen in engem Zusammenhang mit der Errichtung eines gewaltigen Druckzentrums in dieser Region.



Eben dieselbe Stuttgarter Zeitungsverlags GmbH, die 1970 von der DVA abgetrennt wurde und die heute vom ehemaligen DVA-Geschäftsführer, Eugen Kurz, geleitet wird, baut besagte neue Großdruckerei in Stuttgart-Möhringen. Vorher ist 220 Mio. DM dafür vorgesehen. 1976 soll der Betrieb die Produktion aufnehmen. Die Stuttgarter Zeitungsverlags GmbH ist u.a. maßgeblich an der Pressekonzentration in Süddeutschland beteiligt.

„Während die DVA-Geschäftsführung noch jeden Zusammenhang zwischen der Stilllegung und dem Druckzentrum der ‚Stuttgarter Zeitung‘ bestreitet, mehrten sich die Anzeichen für das Gegenteil. So wurde die modernste Maschine der DVA, eine Rollen-Offset, bereits an die ‚Stuttgarter Zeitung‘ verschoben. Sie ist vorläufig noch in Stuttgart-Erlangen stationiert. Die Arbeitsverträge der dortigen Drucker sind bis 1976 befristet, bis zur Inbetriebnahme des neuen Druckzentrums.“ („Unserer Zeit“, 5.11.74).

Von diesem neuen Druckzentrum haben die Stuttgarter Drucker bisher „nur“ die ersten Auswirkungen hinnehmen müssen. Daß mit der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Branche gerechnet werden muß, ist mehr als wahrscheinlich. Die supermodernen Maschinen, die dort zur Anwendung kommen werden, sind nicht nur ungleich leistungsfähiger als die in den herkömmlichen Druckereien, sie sind auch viel weniger „arbeitsintensiv“, d.h. sie können mit weniger Arbeitern betrieben werden.

Darin liegt ja auch der Zweck der kapitalistischen Rationalisierung: mit weniger Arbeitern mehr und schneller zu produzieren. Die „überflüssigen“ Arbeiter fliegen dann auf die Straße.

Zur Rolle des „Leitenden“ ...

Die ungewöhnliche Publizität, die der Fall der DVA in der bürgerlichen Presse gewann, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es über die beste Methode (!) der Stilllegung im DVA-Management zu Auseinandersetzungen gekommen war, die zudem noch publik wurden.

Zumindest hat die bürgerliche Presse die Querelen im Management dankbar aufgegriffen, um vom eigent-

CHEN RATIONALISIERUNG!

ernte) einige Gelder gebracht hat. Der acholste (Tou ist aber wohl der Selbst kauf) Da pumpt sich das bankrotte Unternehmen einige Millionen zusammen, schiebt diese einem Strohmänn (Nordmann) zu und der „bezahlt“ damit den Konzern. Das Geld bekom-

noch schnell vor dem totalen Zusammenbruch zig Millionen auf die Seite geschafft. Die dadurch verursachten Schulden kratzen sie ja nicht, da beim Konkurs ohnehin nur bezahlt wird, was noch vorhanden ist. Derartiges ist durchaus nicht neu, man denke nur



men die Eigentümer, die damit um ca. 25 Mio. DM reicher sind. Die lickenhafte Buchführung verhindert dazu, daß derartige nachweisbar ist. Nachdem so aus dem Konzern „rausgeholt“ wurde, was drin war, werden kumertand die Aktienpakete verachtet und man ist den Läden auf „saubere“ Art los. Mäbanaft, der neue Besitzer, meldet sogleich den Vergleich an (d. h. nach gültigem Einvernehmen bekommen die Gläubiger einen Teil ihres Geldes), der sich jedoch mangels Masse sehr schnell als Konkurs entpuppt (d. h. es wird nur noch der Vorhandene versichert und der Erlös an die Gläubiger verteilt). Auch hier ist ein weiterer „Trick“ zu vermuten. Verkauf wird demnach die riesigen Überstände und die Haldeproduktion vom Gerätebau (Benzinanzapfeln), in der Regel wird diese Konkurrenz weit unter Preis versteigert. Nun ist aber Mäbanaft ausgerechnet Oibändler und Tankstellenbesitzer. Es ist wohl durchaus anzunehmen, daß ein Zusammenspiel auch zwischen Mäbanaft und dem Stamm-Clan bestand.

So haben sich alle beteiligten Kapitalisten an der Beuterei des Stammkonzerns grundgestoben und

an den Zusammenbruch der Hamburger Schlecker-Werke - wo Schlecker durch dubiose Transaktionen auch noch irrsinnige Gelder auf seine Seite schaffte.

Die einzigen, die sich an dieser Beuterei nicht gesandstoben konnten, auf deren Rücken vielmehr das ganze abließ, sind die Stamm-Arbeiter, die jetzt auf der Straße sitzen. Eines wird deutlich haben: daß es den Kapitalisten nicht um irgendeine „Erhaltung von Arbeitsplätzen“ geht, sondern daß Betriebe und sogar ganze Konzerne für sie nur manövrierfähige Kapitalmasse sind - die, wenn sich die Weiterführung nicht lohnt, mit kriminellen Methoden noch zu Bange gemacht werden. In der Regel geschieht dies kaum in derart offener Weise wie beim Stamm-Konzern sondern über die Abschreibungsparagrafen und Investitionshilfen etc.

Mittlerweile hat sich auch die Staatsverwaltung eingeschaltet, mit Sicherheit wird das zwar nichts rauskommen - man darf aber wohl gespannt sein, was vom Clan der Galgenge, nach alles am Tagelicht geblendet wird.

Metall Komitee
K.B./Gruppe Hamburg



Verschärfte Rationalisierungswelle jetzt auch in Hamburgs Metallindustrie!

Hamburgs Metallindustrie war von dem deutlich erkennbaren Folgen (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit) der Rationalisierungspolitik der Kapitalisten bisher noch wesentlich verschont worden. Ausnahmen bildeten die Maschinenfabriken Böttcher und Gessner (die im Frühjahr stillgelegt wurde, 700 Beschäftigte werden entlassen) und Heidewitz & Harbeck (wo seit Jahresmitte im wesentlichen Angestellte entlassen werden). Das heißt allerdings nicht, daß nicht auch in den Hamburgs Betrieben schon seit längerem rationalisiert wurde. Erst in den letzten Wochen wird dies in vielen Betrieben offensichtlich. Zusammengefaßt hat vor allem die Kurzarbeit.

- bei Hünemag-Henschel in Harburg,
- Kurzarbeit und Entlassungen bei Volvo/Philips (über diese beiden Betriebe berichteten wir im letzten AK),
- Kurzarbeit und Entlassungen bei SE-Fahrzeugwerke,
- Entlassungen bei Messerschmidt-Böhm-Blohm (MBB),
- Entlassungen bei Rheinisch-Westfälischer Eisen-Kohlen (REK),
- Entlassungen bei D.M.A. (D.M.A.),
- 20 Kollegen wurden in der Montagefirma Rudolf Otto Meyer entlassen, eine Anzahl Lehrlinge wird nicht weiterbeschäftigt,
- die Firma Jungheinrich (Ameise) hat die Reduzierung der Belegschaft angekündigt,
- die Firma Jungheinrich (Ameise) hat die Reduzierung der Belegschaft angekündigt,
- 30 Kollegen der Firma Goldschmidt Schmidt wurden entlassen, da die Firma angeblich pleite ist.

Es scheint allerdings erst der Anfang zu sein. Bisher ist es noch nicht zu spektakulären Massenentlassungen gekommen. Vielmehr vollziehen sich die bisherigen Entlassungen „schleichend“. Da werden einzelne Abteilungen überprüf und auf einmal fehlen ein oder zwei Kollegen - entlassen. Auf diese Weise wird beispielsweise DEMAG-Konzern mit einmahl mehr als 1.000 Beschäftigten am Jahresende nur noch 900 Beschäftigte haben. Dieses Vorgehen ist typisch für die Rationalisierungspolitik der großen Konzerne (DEMAG - oder beispielsweise Thyssen im Rheinmetall-Betrieb Linde bei SE), die systematisch Abteilung für Abteilung durchforstet und nach „Einsparungsmöglichkeiten“ sucht.

Neben dem Kampf gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen muß auch der Kampf gegen die Kostensteigerung in den Betrieben entwickelt werden. Das liegt im Interesse der Arbeiterklasse, da die Kostensteigerung die Arbeitsplätze, den Lohn, die soziale und zunehmend Konkurrenz der Kollegen untereinander.

In den meisten Fällen ist in den Betrieben die Situation so, daß die Entlassungen, die Verschärfung der Arbeitsintensität hingenommen werden, ohne daß sich größerer Widerstand dagegen regt. Vielmehr hoffen die nicht Betroffenen, daß es sie ja nicht treffen wird. Dagegen ist in der Vergangenheit die Solidarität mit den von Entlassung bedrohten Kollegen zu arbeiten. Diese Entlassungen nehmen gemeinsam zurückgewiesen werden. Die Union, man kann sich als einziger vor dem Folgen der kapitalistischen Rationalisierung schützen, müssen wir durch ständige Enthaltungen der Absichten und Ziele der Kapitalisten und der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit und Arbeiterfeindlichkeit des kapitalistischen Systems bekämpfen.

Gemeinsamer Kampf gegen Kurzarbeit und Entlassungen!
Kampf der Arbeiterklasse und den Unfallschicksalen!
Kampf der kapitalistischen Rationalisierungspolitik!

K.B./Gruppe Hamburg

Widerstand gegen die Rationalisierung

Seit Anfang Oktober arbeiten die Arbeiter kurz, Anfang Dezember folgen die Angestellten.

Im Zweifelsfall Jarrestraße wurden bereits vier Kolleginnen aus Rationalisierungsgründen entlassen, weitere Entlassungen bei SE sollen folgen.

Es ist ein typischer Fall, wie die Großkonzerne die Rationalisierung durchführen (in diesem Fall der Linde-Konzern).

In diesem Jahr wurde die Produktion und der Umsatz um über 10 % gesteigert, die vorher eingeplante Produktionszahl wird erreicht, Aufträge liegen bereits bis März 1975 vor.

Nach bis zum Sommer wurden in den heute von Kurzarbeit betroffenen Abteilungen Überstunden gemacht und die Geschäftsführung über verstärkten Arbeitsdruck auf die Kollegen aus. Bei vielen sammelten sich dadurch zusätzliche Stunden an, die sie nicht abrechnen konnten und die

sie dafür in der (Werk)Bank haben. Gleichzeitig wurde schriftliche Rationalisierung.

Von Frühjahr bis zum Sommer wurde der größte Teil des Akkord-Vorgabens überprüf. Dabei wurden die Zeiten im Schnitt um 40% in einzelnen Fällen sogar um 75 % gesenkt.

Neue Maschinen wurden eingeführt, durch die Arbeitskräfte „überflüssig“ wurden. Für Ausbau bewährte die Geschäftsführung, warum mit Werkzeugen und Material umzugehen. Dadurch müssen jetzt auch Schrott und Resten verarbeitet werden, was die Einhaltung der Zeiten zusätzlich erschwert.

Eingeschränkt wurden auch Wartung und Reparatur der Maschinen. Maschinen werden erst repariert, wenn sie nicht mehr laufen. Die Unfallgefahr erhöht sich dadurch.

Im Werk regt sich aber Widerstand gegen die verschärfte Politik der Unternehmenseleitung. Als die Geschäftsführung sich weigerte, die Stunden, die sich in der Bank angesammelt hatten (das sind Stunden für bereits geleistete Arbeit) voll zu bezahlen,

Scharfer Wind bei DEMAG-KONZ

Seit einigen Tagen laufen im Hamburger DEMAG-Werk KONZ vier Vertreter der Konzernleitung rum. Ihr Auftrag: das Werk nach weiteren Rationalisierungsmöglichkeiten zu durchforsten.

Vorbild für diese Herren aus Duisburg scheint das Werk Bergabern zu sein, in dem der DE-MAG-Konzern in den letzten vier Jahren die Belegschaft um 40 % verringerte, während gleichzeitig die Arbeitszeit pro Produktionseinheit von 10 auf 5 Stunden gesenkt wurde.

Bei KONZ sind bereits spürbare Folgen der Rationalisierung erkennbar.

Im Wochendurchschnitt flattern dem Betrieb bereits jetzt schon fünf bis zehn Kündigungen auf den Schreibtisch. Während so „angst“ fast nur sogenannte „Mir derlei“ (chirurgische Fehlzeiten oder Krankheit) gekündigt wurden, wird in der Zwischenzeit immer häufiger „Arbeitsmangel“ als Grund angegeben.

Bis Ende des Jahres sollen 9000 Kollegen abgebaut werden.

Bis Ende des Jahres sollen 9000 Kollegen abgebaut werden. Die Geschäftsführung hat bereits genaue Pläne darüber erstellt, wer zu entlassen wird.

Im Betrieb laufen Gerüchte um, daß im nächsten Jahr kurzgearbeitet wird.

Vor allem spart KONZ bei den Sozialleistungen und der Arbeitsintensität. Vorwiegend Reparaturarbeiten werden auf ein Minimum eingeschränkt, so sollen zwei Betriebshandwerker gesperrt werden. Klarschüttern in den Hallen anstelle der jetzigen Gefährdungen werden nicht angeschafft. Für Frauen gibt es immer noch keine Duschbecken. Der Bau eines Fahrstuhls im Verwaltungsbau wird hinausgezögert. Die Wicklerinnen erhalten in Zukunft keine Arbeitsmittel mehr, die notwendige Lärmbekämpfung und Belüftung in der Stanzerei wird nicht durchgeführt.

Durch die Entlassungen wird in der Regel die Arbeit nicht weniger, aber der Arbeitsdruck steigt.

Das macht deutlich, daß DEMAG seine Profite voll auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten verbessern will.

Betriebsrat KONZ
K.B./Gruppe Hamburg

lichen Punkt, den 450 bedrohten Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten und deren Kampf gegen die Stilllegung, abzuwenden. Stattdessen wurde der Fall DVA mehr und mehr zu einer Story gemacht, in der die leitenden Angestellten (LA's) die Hauptakteure und die Hauptbetroffenen abgaben.

Auch war man sich nicht bemüht, den Herren LA's ein fortschrittliches Image zu verpassen. Selbst die „UZ“, der DKP und der „Express“ des Sozialistischen Büro (SB) Offenbach mochten das nicht. Die „UZ“ versorgte sich gar zu der können behauptung, die Herren LA's hätten sich im Kampf mit den Arbeitern und Angestellten solidarisiert.

Bei genauerem Hinsehen bleibt von der „Fortschrittlichkeit“ der LA's nicht viel übrig.

Vor allem die oft verbreitete Behauptung der LA's verdient Mißtrauen, man habe von der geplanten Stilllegung keine blasse Ahnung gehabt und sei im übrigen strikt dagegen. Besonders laut tritt der Verlagleiter des Zeitschriftenverlags, Hans Rb, mit solchen Äußerungen in der Öffentlichkeit auf, z.B. gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: „... ein Unternehmen wie die DVA steht in der öffentlichen Pflicht, es trägt eine hohe soziale Verantwortung, die hier nicht erfüllt wurde.“

Dem steht die weitläufige Verleumdung Weygand's gegenüber, insbesondere Erb habe sehr wohl die Stilllegungspläne gekannt und „schon vorher noch für die Lösung vom technischen Betrieb (sprich LK-Quellierung) ausgesprochen“.

Auf alle Fälle sind nun, nach dem Rücktritt von Weygand und der Aufhebung der Kündigung gegen Erb und weitere LA's, Erb Aufstiegschancen im „Management“ nicht schlecht. Wie die Arbeiter und Angestellten der DVA und Leute wie Erb von allem in der nächsten Zukunft - nicht unangeführt, weil die durch „Petition“, „Solidarisierung“, „Ist eine Kündigung“ bei den 450 tatsächlichen Betroffenen eine gewisse Vertrauenswürdigkeit erzeugt haben, die diese LA's zu idealen Akteuren für neue Betrugsmasche gegen Arbeiter und Angestellte macht.

Denn die „Aussetzung“ der Stilllegung bis zum 31. März 1975 kann nur als taktisches Manöver, nicht aber als erster Schritt zur Abkehr von den Stilllegungsplänen angesehen werden.

Die Rolle der IG Druck und Papier

Daß die Stuttgarter Arbeiter auch in den weiteren Kämpfen um wesentlichen auf sich selbst angewiesen sind, d.h. von ihren höheren Gewerkschaftsfunktionären keine Unterstützung erwarten können, wird u.a. deutlich, wenn man im Zentralorgan der DruPa folgendes vorgelesen bekommt: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Entlassungen bei der DVA ist ein verzweifelter Kampf. Wer will bei den Unternehmern könnte ihn zum Ziele führen.“ („ZO“, 11/11)

Auch Äußerungen von höchsten Stuttgarter DruPa-Funktionären gingen durch die Presse, wonach die DruPa nicht so dumm“ wäre, in einer solchen Situation wie die bei der DVA, zum Streik zu mobilisieren. Das könne nur einen Sozialplan gefährden bzw. müßte die vielleicht noch bestehenden Emulgationschancen (mit den Kapitalisten) vollends zunichte machen.

Aus Westberlin und Bitt-Telegramme an die Kapitalisten bekannt, mit denen die dortige DruPa-Führung die Schließung des Druckhauses Tempelhof „verhindern“ wollte. Daß solche Späße den Kapitalisten bestenfalls ein müdes Lächeln abringen, wissen die DruPa-Führer selber am besten.

Auf die eigene Kraft besinnen!

Trotz dieser Behinderungen durch DruPa-Führung machen die Solidaritätsstreiks in anderen Stuttgarter Betrieben, die Zusammenkünfte der Vertrauensleute, die Demonstration von mehreren Tausend Arbeitern und Angestellten und nicht zuletzt die Kampfkraft der DVA-Kollegen selbst deutlich, daß es Anlässe für eine Überwindung der betrieblichen Isolierung gibt. Das ist um so bedeutungsvoller, weil gerade in einer Situation, in der die Massenarbeitslosigkeit stark zunimmt, die Kampfbedingung für die Arbeiterklasse ungünstiger ist.

Inbesondere die „Aussetzung“ der Stilllegung bis zum 31.3.75 - auch wenn darin vor allem ein taktisches Manöver der Kapitalisten zu sehen ist - wäre ohne die Kampfkraft der Stuttgarter Arbeiter und Angestellten niemals erreicht worden.

Druckkomitee K.B./Gruppe Hamburg

Ranomag-Henschel Rationalisierung führt zu schweren Unfällen!

In den letzten Wochen ereigneten sich bei Ranomag in Hamburg fünf schwere Arbeitsunfälle.

Ein Einfahrer prallte mit einem Einheitsfahrzeug auf einen blanken Bahnhofsgraben hinterm Werk mit einer Diesellok zusammen und mußte sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden.

In der Stanzerei geriet eine jugendliche Kollegin mit der Hand unter eine 80-T-Presse, ihr wurden drei Finger abgequetscht. Ursache war ein ungeschütztes Luftventil, dessen Warmluft umgelegt und infolge des Druckabfalls sackte die Maschine ab. Ebenfalls in der Stanzerei wurde nur Tage später einer anderen jugendlichen Kollegin ein Finger abgeschnitten, als sie das Material aus dem Schneidwerkzeug nehmen wollte. Ursache: Die Maschine hatte einen Defekt und lief plötzlich im Dauerlauf anstatt im Einheitslauf.

Bei der Montage einer Vorrichtung kam ein Kollege mit einem Finger in eine Bohrmaschine, der Finger wurde fast abgetrennt.

In der Verladung wurde einem Kollegen vom Gabelstapler eine Hand abgerissen, als er in aller Eile von der auf dem Stapler befindlichen Kiste noch einen Zettel abreißen wollte. In diesem Moment transportierte der Stapler die Kiste hoch.

Dem Kollegen mußte der gesamte Arm abgenommen werden. Diese schweren Unfälle ereigneten sich in einem Zeitraum von nur vier Wochen und sind letztlich alle auf die haarsträubenden Arbeitsbedingungen und vor allem die Akkordhetze zurückzuführen.

Es ist beispielsweise wohl einmalig in einem Autowerk, daß die Einfahrstrecke nicht auf dem Werksgelände liegt, sondern über öffentliche Straßen und einen unbeschränkten Bahnübergang führt. Immerhin sind die Einfahrzeuge noch nicht 100% auf Fahrsicherheit geprüft!

Ebenfalls die beiden schweren Unfälle in der Stanzerei sind vollständig auf die Arbeitsbedingung und die katastrophalen Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Einerseits sind die Maschinen uralt (ab Baujahr 1944), funktionieren nicht mehr überall so richtig – andererseits besteht durch den enormen Arbeitsdruck nicht die Möglichkeit dementsprechend vorsichtig zu arbeiten.

So ist beispielsweise die Zeit nicht da, zu warten bis die Maschine vollständig zum Stillstand gekommen ist, sondern die Teile werden schon rausgenommen, während die Maschine noch läuft. Kommt es dann infolge der Überhitzung etc. der Maschinen zu einem Defekt, dann ist sehr schnell der Ofen aus Verschleißend kommt dazu, daß öfters an sicherheitswidrigen Vorrichtungen und defekten Maschinen gearbeitet werden muß.

So mußte erst kürzlich ein Kollege an einer Maschine arbeiten, bei der die Kupplung kaputt war (die Maschine drehte mehrmals durch) – er sollte halt aufpassen! So gibt es Vorrichtungen bei denen der Abfall (scharfkantig und spitz) frei und ungehindert in der Weltgeschichte rumfliegt, wer hier nicht aufpaßt, kann sehr schnell so'n Ding abbekommen.

Nicht die Kollegen – sondern die Kapitalisten tragen die Schuld!

Nach den o.a. schweren Unfällen, ging natürlich gleich die Suche nach dem „Schuldigen“ los, die Geschäftsleitung hatte diese auch schnell bei der Hand. So war der Kollege, dem vom Stapler die Hand abgerissen wurde „über die Hand“.

So hatte bei dem Arbeitsunfall an der 80-T-Presse der Kollege schuld, der unrichtlich das Luftventil umgelegt hatte. Kein Wort davon, wieso denn der Kollege (obwohl er die Gefahr kennt) durch den Staplerbau prallt kein Wort von ungeschütztem Luftventil (Dieses wurde erst auf Initiative des Meisters und Vorarbeiters beseitigt).

Es ist aber in Wahrheit so, daß den Kollegen nicht der geringste Vorwurf gemacht werden kann. Die Schuldigen an den Arbeitsunfällen sind eindeutig diejenigen, die die Verantwortung für die Arbeitsbedingung und die haarsträubenden Sicherheitsbedingungen tragen – und dies sind die Kapitalisten.

Bei Ranomag kommt speziell hinzu, daß die jüngsten Unfälle am direktesten Zusammenhang zur derzeitigen Rationalisierungspolitik des Daimler-Benz-Konzern stehen. Die Arbeitsbedingung ist nicht von ungefähr worden, wo kommt, weil Daimler versucht, mit dieser Arbeitsbedingung die Stückzahlen der neuen Produktion hochzutreiben. Die Arbeitsbedingungen kommen aus dem

gleichen Grund, es wird versucht (um „neue“ Investitionen zu vermeiden) an den alten und klebrigen Maschinen noch das letzte rauszuholen, defekte Maschinen bleiben defekt, damit die durch eine Reparatur bedingten Produktionsverluste verhindert werden.

Kampf der Sicherheitseingeführer!

Es gilt neben dem Kampf gegen die Arbeits- und Akkordhetze auch die offene Gefährdung der Sicherheit der Belegschaft abzuwehren. In diesem Sinne muß diskutiert werden, daß die Arbeit an defekten und sicherheitswidrigen Maschinen etc. grundsätzlich abgelehnt wird, daß in solchen Fällen Betriebsrat und Sicherheitsbeauftragte mobilisiert werden (die sich dann gefälligst auch für die sofortige Beseitigung dieser Mängel einzusetzen haben!).

Stärker ins Blickfeld muß auch die Unfallversicherung im Betrieb rücken. So ist es kein Witz, daß der betriebliche Unfallversicherer für ca. 800,- DM gekauft wurde und lediglich neue Farbe erhielt, daß Lenkung, Getriebe und wohl noch einiges mehr defekt und, so daß der Wagen im Grunde nicht gefahren werden darf! (und das, obwohl Daimler-Benz diese Wagen selbst produziert).

So ist es ebenfalls eine Tatsache, daß sich in den Rot-Kreuz-Schranken in der Regel außer einer Bahr nichts befindet. In den Abteilungen gibt es keine (jedenfalls keine bekannten) Kollegen, die mit der Erste-Hilfe-Versorgung von Kollegen vertraut und beauftragt sind (So muß wegen jeder Sache erst zum Sanitätsdienst gehen).

Es liegt auf der Hand, daß die Kapitalisten – wenn sie Unfälle in Kauf nehmen – für die Unfallversicherung freiwillig auch nichts „locken“ machen werden. Eben darum muß um die Durchsetzung einer tatsächlichen Unfallversicherung gekämpft werden!

Ranomag-Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Reinhold (REK)

Nach dem Wärmekommunismus
im Takt mit den Maschinen

Im März dieses Jahres wurde bei Rheinabteiler-Kerbahn (REK) ein Fließband der Thyssen AG mit der Überschrift „Die Mitarbeiter von Rheinabteiler billiger unter Druck“ verteilt. Im Vorwort heißt es dort u.a. „Die erste Phase läuft hinter uns, Thyssen und Rheinabteiler gehören jetzt zusammen. Das gemeinsame Ziel ist eine gesicherte Zukunft beider Unternehmen. Der Weg ist der möglichst enge technische wirtschaftliche Verbund der jeweils spezialisierten Unternehmensbereiche.“

Die Ausschöpfung aller Rationalisierungsvorteile ausrichtende Fertigungen, weiter nach vorne bringen, die durch die Rationalisierung verfahren. Das hat keine laien Sprüche gemacht werden, zeigt auch die Entwicklung bei REK. Es wurden im Oktober 93 Kollegen (Leiharbeiter) entlassen. Ihre Arbeitsplätze wurden nicht neu besetzt, die Arbeit wurde jedoch nicht weniger. Auch die Neuaufteilung des Konzerns wirkt sich bei REK aus. Das Werk Klönne in Dortmund (Thyssen) wurde mit der REK Stahlbau zusammengelegt (der Lohn der Kollegen wird schon bei Klönne abgerechnet). Von den Auswirkungen der Zusammenlegung sind vorerst ca. 20 Kollegen aus dem technischen Büro betroffen, die weiter rationalisiert werden.

In Dortmund sollten 500 Kollegen von Rheinabteiler-Stahlbau getrennt werden. Sie traten in einen 1/2 stündigen Warnstreik und verlangten Aufklärung über die geplanten Maßnahmen (150 Kollegen wurden entlassen).

Für die Fahrertreppensanstellung bei REK bedeutet schon seit Jahren der Plan, die Arbeit durch ein Taktverfahren (Fließband) rationaliseren und die Kapitalisten profitabler zu machen. Diese „Neuerung“ wird wohl auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Für uns bedeutet diese, am Profit der Kapitalisten orientierte Rationalisierungsgesteuerte Arbeitsweise oder Verlust unseres Arbeitsplatzes.

Auf der Betriebsversammlung wurde vom Betriebsrat mitgeteilt, daß für die Kollegen, die entlassen werden, ein Sozialplan erstellt wird. Der Knebel von der Geschäftsführung bekräftigt in seinem Bericht das Schicksal der 20 Kollegen. Auf das Mitgefühl der Geschäftsführung, die ja die Kündigungen durchführt, können die Kollegen sehr gut verzichten. Für uns ist die umfassende INFORMATION ÜBER GEPLANTE

RATIONALISIEREN ENTLASSEN UND EVENTUELLE PRODUKTIONSEINSCHRÄNKUNGEN IM STAHLBAU UNTERSANNT

Die bekamen wir auf der Betriebsversammlung natürlich nicht. Diese Probleme, die uns alle betreffen, gilt es mit unseren Kollegen im BR zu diskutieren um das Vorgehen unserer Interessenvertreter in der Sache zu klären. So ist es heute bei den Kollegen nicht bekannt, was der BR getan hat, um die Entlassung der 20 Kollegen zu verhindern. KEINE ENTLASSUNGEN! BR-RHF-INSTANZ!

Betriebsrat REK
KB/Gruppe Hamburg

„Chirurgische Eingriffe“ bei Messerschmidt/Bölkow Blohm

Die westdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie ist aufgrund der geringen Höhe ihrer Serien- und der starken US-Konkurrenz (dies beherrscht z.B. über 90% des US-Marktes und über 70%(!) des europäischen Marktes) in besonderem Maße krisen-anfällig.

Immer wieder kommt es in diesem Industriezweig zu Rationalisierungs- und Massenentlassungen. So nicht, Starredner Bölkow wußte angeblich nichts von Rationalisierungsmaßnahmen! Die „Reorganisation“ sei erst im Stadium der Bestandsaufnahme (Was ist das anderes als Vorbereitung von Rationalisierungs-???) und beispielsweise 350 Kollegen bei VFW-Speyer entlassen worden, bei der „Aérospatiale“ in Toulouse (Frankreich) stehen rund 6.000 (!!) Kollegen vor der Entlassung, weil die Concorde-Produktion eingestellt wird.

(!) Kollegen vor der Entlassung, weil die Concorde-Produktion eingestellt wird.

Zu den nächsten Opfern dieser Rationalisierungspolitik scheint die Belegschaft des MBB-Konzerns zu werden – hier speziell im Unternehmensbereich Hamburg (MBB/UH). „Es gilt vor allem die Serienproduktion kostenmäßig in den Griff zu bekommen.“ „Durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen muß die Produktion noch billiger werden.“ (Bölkow im Handelsblatt vom 30.7.)

Dies offensichtlich deshalb, weil der Anlauf und die Kosten der Airbusproduktion gegenüber der Konkurrenz zu hoch liegen. Um diese Rationalisierung durchzuführen wurde aus der Hamburger Geschäftsführung dann Blohm abgelöst, an seine Stelle tritt der „harte Rationalisierungsminister“ (Zeit, 8.11.) Bölkow (Vorsitzender vom Gesamt MBB), der nun den Hamburger Betrieb auf Zack bringen will. Bölkow scheint für diesen Posten äußerst geeignet zu sein. „Im Kriege habe Bölkow unter schwierigen Bedingungen sehr nach der Serienproduktion der ME109 auf die Reihe gestellt.“ (Zeit, 8.11.) Bölkow versteht es also, seine Erfahrungen aus dem Faschismus als Rationalisierungsexperte auch heute anzuwenden.

Diese seine Erfahrungen wendet sich denn auch sehr schnell im Betrieb aus. Bereits seit Wochen zeichnen sich erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ab.

Durch eine neue Betriebsvereinbarung über den Betriebsdienst haben ca. 20 Kollegen einen Lohnabbau von DM 120,- hinnehmen müssen. Durch Streichung von Entschädigungen und außerordentlichen Zulagen haben 15 Kollegen ungefähr auf plan minus null den über 50 Kollegen verweigerte der Abteilungsleiter der Werkerhaltung (WF) den vollen Ausgleich und will sie mit 50,- DM abspitzen. Verhandlungen des Betriebsrates blieben bislang erfolglos. Die Kollegen verweigern daher seit ca. 4 Monaten die Rufbereitschaft, um ihre Forderung durchzusetzen!

In Halle 6 müssen die „A-Schnee“ jetzt sofort nach Fertigstellung des Werkstückes gleich mit zur Kontrolle gehen. Früher geschah das nur einmal im Monat, wodurch die Kollegen sich einige Zeiträume für Ausgleich etc. aneignen konnten. Dies ist jetzt nicht mehr möglich!

Halle 7 und 3 sollen zusammengelegt werden, damit in Halle 7 der ALKHO-Gewerkschaft werden kann. Der Werkstätt (in 2. Etage) werden neue Leute aufgestellt und wird zu wiewenig was ihren Kontrollen anhalten. Mehrere Angehörige sind dabei erwählt worden, als sie einmal früher gehen wollten.

8 oder 9 von ihnen sollen entlassen werden.

In Halle 8 sind zeitweise Heizung und Licht runtergestellt worden, angeblich um „Kosten zu sparen“.

Weiterhin hat der Betriebsrat auf Wunsch der Geschäftsführung (GL)

eine Betriebsvereinbarung über Schichtarbeit vorbereitet und zusammen mit der GL einen „Anschluß für Akkord und Rationalisierung“ eingerichtet, der bis zum 1.1.1975 einen genauen Plan vorgehen soll.

Auf der Betriebsversammlung am 12.11. wurde allgemein erwartet, daß GL und BR über diese Vorgänge berichten (dies war von diesen auch angekündigt). Dergleichen geschah und ähnlicher Blödsinn kam von ihm.

Stattdessen propagierte er ausdrücklich die „Betriebsgemeinschaft“ (man möge, seine Lehren aus dem Faschismus). „Wir müssen weltweit konkurrenzfähig werden, wir...“ Es appellierte an die „gemeinsame Verantwortung“, die wir zu tragen haben und den „Glauben an 180 Arbeitsplätze, die die Arbeitsplätze sichern sollen.“

Nun, die Fakten sprechen gegen ihn und gegen die gemeinsame Verantwortung, die Fakten beweisen, daß nur die Konkurrenzfähigkeit auf dem Rücken der Belegschaft erreicht werden soll.

Auf der Betriebsversammlung selber kam dann auch auf konkrete Fragen der Kollegen nur Schwallen, und dies, obwohl erst einen Tag vorher auf einer VK-Sitzung ganz andere Töne zu vernehmen waren. Da heißt es nämlich: 300 – 900 Arbeitsplätze seien in Gefahr!!!

Und obwohl Gesamtbetriebsrat Schwarz sagte, „Akkord und Schichtarbeit stehen erst ganz unten an, das betrifft nicht die Einzelnen“ (ne die ganze Belegschaft!), steht doch fest, daß ab 1975 in Halle 2 Akkord gearbeitet wird!

Auch war auf der Betriebsversammlung nichts von der drohenden

Kurzarbeit zu vernehmen – „Kurzarbeit droht den 4.300 Airbus-Werkern bei MBB in Hamburg und den 2.300 Beschäftigten bei VFW in Bremen MBB's Hauptbetrieb in Ottobrunn hat schon vor Monaten begonnen Personal abzubauen. Insgesamt betrifft das Airbus-Debetal rund 20.000 Beschäftigte!“ (Spiegel).

Nach Gerichten im Werk soll bereits ab Montag, den 23.11.74 im Stahlager, in der Lappei und teilweise Halle 10 Kurzarbeit eintreten!

Hier kann es nur darauf ankommen, gemeinsam gegen die Kapitalisten die Rationalisierungsmaßnahmen abzuwehren.

Breite Informationen der Belegschaft und ehrliche Interessenvertretung sind dabei eine wichtige Voraussetzung. Die führenden Köpfe im derzeitigen Betriebsrat werden die ihren Anspruch in keiner Weise gerecht, die zeigte gerade die letzte Betriebsversammlung. Die Aufgabe der fortschrittlichen Kollegen muß es sein, im Interesse einer Abwehrfront gegen die Kapitalisten auch für starke Interessenvertretungen der Belegschaft zu kämpfen.

Abschließend ein Beispiel vom Kampf der französischen Kollegen gegen die geplante Entlassung von 6.000 Arbeitern „Mit Transparenzen wie Toulouse ohne Flugzeugbau – Toulouse eine tote Stadt“ gegen Aérospatiale-Arbeiter gleichwohl vor die Tore, besetzten die Produktionsanlagen und setzten zwei Direktoren in ihren Büros fest. Erst staatliche Gewalt Polizei nämlich, rettete das Management“ („Spiegel“). (Leider, müssen wir hinzufügen!)

Betriebsrat MBB
KB/Gruppe Hamburg

Krise und Krankheit

Nach neuesten Erhebungen von Betrieben und allgemeinen Krankenkassen ist eindeutig zu belegen, daß im Zeitalter wirtschaftlicher Krisen oder konjunktureller Flaute die Wirklichkeit weniger von der Möglichkeit Gebrauchs machen, sich krankzumelden aus Angst um den Arbeitsplatz.

Nach einer Statistik, die auch auf die Werte von 349 Betriebskrankenkassen gründet, „erscheint (sich) für die ersten neun Monate dieses Jahres ein Krankenstand von 6,3 Prozent, in der gleichen Zeit des Vorjahres hatte er bei 6,94 Prozent gelegen.“ (FAZ, 27.11.74).

Das heißt die „Krankmeldungen“ sind im Vergleich zum Vorjahr um rund zehn Prozent gesunken (diese Marke bestätigt auch eine Erhebung der Allgemeinen Ortskrankenkasse, wenigstens auch mit anderen Zahlen für ihren Bereich „FAZ“, 27.11.).

Eine noch deutlichere Sprache als diese globale Übersicht sprechen die Untersuchungsergebnisse aus den von Kurzarbeit und Entlassungen besonders betroffenen Branchen und Betrieben. Danach ergeben sich z.B. in folgenden Betrieben der westdeutschen Automobilindustrie für die ersten neun Monate dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres:

- VOLKSWAGEN-WERKE
- von 7,20 auf 3 Prozent (!)
- OPEL WERKE
- von 9,83 auf 6 Prozent (!) und
- FORD WERKE
- von 6,48 auf 5,33 Prozent

(lt. „FAZ“, ebenda)

Ebenso alarmierend ist die von der AOK geleitete Information, daß sich dem zum Jahresende die gemeldeten Krankenheiten „bei Frauen stark rückläufig ist, während sich in der Zeit vorher stets mehr Frauen als Männer krank gemeldet hatten.“ („FAZ“, ebenda).

Das Gegenbeispiel für den Zusammenhang von Arbeitslosen

und gemeldeten Krankheiten in den verschiedenen Industrien) liefert die Farbwerte Hochst, „die eine nicht so prekäre allgemeine Beschäftigungslage haben.“ Dort ging „die Zahl der Krankmeldungen nur geringfügig von 6,62 Prozent auf 6,50 Prozent (jeweils 1. Oktober 1973 und 1974) zurück.“ („FAZ“, ebenda).

Die bürgerlichen Propagandisten und sogenannten „Sozialexperten“ leiten aus diesen statistischen Werten die unverfälschte Behauptung ab, daß „auch im Jahre 1974... die Zahl der Kranken (in der Betriebskrankenkasse) zurückgegangen“ sei. Ein Zusammenhang zu den Arbeitslosen (die sich in diesem Winter in der BRD auf eine Million-Grenze nähern dürften) wird nur ungenau hergestellt, „daß es im allgemeinen bei Entlassungen die überragende (1) Arbeitskräfte“ trifft – und schließlich daß „es denkbar (ist), daß viele Arbeitnehmer während einer Kurzarbeit ihre Krankheit auskurieren.“ (FAZ, 27.11.74).

Zynischer geht es nicht!

In Wahrheit verhält es sich doch wohl so, daß viele Arbeiter und Angestellte aus Angst „der Nachteile zu sein“ der rausgeschmissenen werden nicht wagen, ihre Krankheiten zu melden und zu Hause oder im Krankenhaus zu sitzen, sondern ihr Leben mit sich rumzuschleppen. „Ist es nicht mehr geht!“

Im Übrigen sind Kurzarbeit und Massenentlassungen ja nur eine Ercheinungsform der von der Bourgeoisie betriebenen Rationalisierungspolitik, die Druck auf die unmittelbar betroffenen Werktätigen und die Arbeiterklasse insgesamt ausübt eine weitere Ercheinungsform ist die Intensivierung der Arbeit sprich verschärfte Arbeitsweise!

Daß das nicht ohne Folgen für die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten ist, darüber besteht zumindest bei diesen selbst kein Zweifel!

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg



Rationalisierung in der Druckindustrie: Süddruck dicht — 609 Kollegen arbeitslos!

Am 8. November stellte die „Süddruck GmbH“ in München den Betrieb ein. 609 Kollegen wurden entlassen und werden in absehbarer Zeit im süddeutschen Raum keine Arbeit mehr in der Druckindustrie bekommen. Verantwortlich für diese Massenentlassung ist die Verlagerung Gruner + Jahr G + J (zu 51% in der Hand des größten Druckkonzerns Europas Bertelsmann) führt gerade scharfe Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen durch, wobei u.a. die Druckkapazität (wie Süddruck) reduziert werden sollen. Während in München die Kollegen und die Straße lingen, wird den Arbeitern des Stammwerkes in Itzehoe noch zusätzlich die Arbeit am Montag aufgelassen.

Expansion bei Gruner + Jahr — der Anfang vom Ende!

Die „Süddruck“ stand schon des Öfteren am Zankpfahl zwischen den sich immer schärfer Konkurrenz gegenüberstehenden Druck-Großkonzernen.

Bis 1965 war der Betrieb unter dem Namen Kündler & Schumacher noch an G + J gebunden. 1965 kaufte der Springer-Konzern den Betrieb auf, verschärfte ihm mit Zustimmung von G + J an die Weipert Gruppe (die jetzt das Druckhaus Tempelhof in West-Berlin stiegen will) 1969 wollte Weipert an den Bauer-Verlag verkaufen, wogegen G + J sein Optionsrecht geltend machte.

In einer gigantischen Verschönerungsaktion übernahm G + J den Betrieb zu 100% und trat dafür die aufregendste reaktionäre Pop-Zeitung „Bravo“ an den Bauer-Verlag ab.

Nachdem der Druck- und Medienkonzern Bertelsmann 51% des G + J Aktienpakets übernahm, begannen im gesamten Konzern scharfe Rationalisierungsmaßnahmen.

Im Mittelpunkt der Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen steht G + J mit der schärfsten ökonomischen Konkurrenz um Münchener Raum: dem „Süddeutschen Verlag“ ein Kooperationsabkommen. Dieses Abkommen sollte die verstreuten Tiefdruckkapazitäten beider Konzerne in diesem Raum zusammenfassen.

So entstand am 1. Juli 1973 die „Süddruck GmbH und Co.“ mit Aktienanteilen von je 50% für beide Firmen.

Vorletzter Akt: Kräfte abziehen

Diese Kooperation war nur ein Zwischenakt. Der Maschinenpark der „Süddruck“ war total veraltet. Er bedurfte neuer Investitionen. Gleichzeitig verschärfte der Bertelsmann-Konzern das Rationalisierungs-tempo. Das Druckhaus in Itzehoe soll die zentrale Produktionsstätte werden. Schon 1973 brachte das Werk einen Bilanzgewinn von 34,5 Mio. DM ein. In diesem Zusammenhang wurde von der „Süddruck“ der Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ abgegeben und nach Itzehoe verlagert.

Im Frühjahr 1974 wurden dann 180 Arbeiter der „Süddruck“ rationalisiert. Für die Monate August und September konnten die Kapitalisten dann auch aufrechnen mit der Profitsteigerung. Im Sommer dieses Jahres verschob sich dann das Kräfteverhältnis der beiden Teilhaber zugunsten von Bertelsmann, nachdem der Süddeutsche Verlag im Rahmen der Konzentration um die „Stuttgarter Nachrichten“ der „SZ“-Gruppe schreiten mußte.

Der Große schluckt den Kleinen

Ende September startete Bertelsmann/G + J dann ein Erpressungsmanöver gegen den kleineren Partner auf Zeit. G + J weicht nicht bereit, aktiv für die „Süddruck“ einzustehen und wollte nur noch die Verluste ausgleichen. Die Investitionen sollte der Süddeutsche Verlag übernehmen. Daraufhin übernahm der Verlag einen Anteil auf G + J.

Am 27. September wurde dem Betriebsrat der Beschluss des Konzerns auf der Lich gekündigt. Stellung am 1. 10. 74.

Und die Zechen zahlen die Kollegen. Im Zuge der „Süddruck“-Stilllegung der letzter drei weitere kleine Druckbetriebe in München durch Konzentration an der „Süddruck“ kamen.

Damit sind innerhalb weniger Wochen über tausend (!) Druckarbeiter

im Münchener Raum arbeitslos, und es besteht kaum noch Aussicht, in der Druckindustrie wieder Arbeit zu finden.

• Der Stuttgarter Raum ist nach der großen Zeitungsflut von Sommer total zu.

• Im Gebiet Hamburg/Schleswig-Holstein sind offiziell 340 Arbeitslose gemeldet. Massenentlassungen bei Springer und G + J stehen vor der Tür.

• Im westdeutschen Raum und in Bremen finden ebenfalls scharfe Rationalisierungen und Fusionen statt.

Und es wird noch dicker kommen. Wie der Kapitalistenverband Druck mitteilt, werden in der Druckindustrie „in diesem Jahr über 10.000 Arbeitsplätze gestrichen“.

• Bis September wurden seit Jahresfrist 9.400 Arbeitsplätze aufgegeben. Im Zuge dieses Personalabbaus dürfte die Mitarbeiterzahl in der Druckindustrie bis zum Jahresende auf etwa 200.000 Beschäftigte zurückfallen, so daß die Belegschaften in diesem Jahr um insgesamt 5% reduziert werden. („SZ“, 2.3.11.74).

Andererseits lag das Produktionsergebnis im vergangenen Jahr, wie ein Vertreter des Bundesverbandes Druck e.V. während einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte, bei 11 Mrd. Mark. Im ersten Halbjahr 1974 waren es 5,7 Mrd. DM (+7,2%), („SZ“, 2.3.11.74).

Diese Entwicklung stärkt die Monopolstellung der großen Konzerne, während die kleinere Konkurrenz an kapitalistischen Selbstregulierungsprozessen, u.a. auch durch die enorme Steigerung der Papierkosten, zwischen 50-70% je nach Sorte, sowie dem relativ hohen Lohnkostenanteil von 36% (Gesamtdruckindustrie etwa 24,5%) über (zum oder lang auf der Strecke bleibt).

Gleichwohl, am nun im Rahmen des „Strukturwandels“ Konzentrations- und verschärfter Konkurrenzkampf. Die Konzerne orientieren sich auf die Stärkung ihrer Marktpositionen. Stiegen oder ein Familienunternehmen der Konkurrenz nicht mehr gewachsen ist, in allen Fällen wird der Konkurrenzkampf um marktherrschende Stellungen und um den höchsten Profit auf Kosten der Arbeiter und Angestellten der Betriebe ausgetragen.

Mitbestimmung kontra Unternehmerwillkür? — Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

Nach Bekanntwerden der Stilllegungsabsichten der „Süddruck“ trat der Betriebsrat am 29. September in Bezug von Vertretern der Drupa

der Betriebsrat am 29. September in Beisein von Vertretern der Drupa mit dem GfJ-Aufsichtsratsvorsitzenden in Verhandlung. Die Forderungen gegen die geplante Stilllegung und baten „Initiativen zur Weiterführung des Betriebes“ an. Einen Tag später verhandelte der BR mit Vertretern der Stadt München und dem bayerischen Wirtschaftsminister um eine Kreditbürgschaft. Das Ministerium gab seine Zustimmung. Das Geld sollte u.a. aus dem Bundeshaushalt, der Sicherung und Förderung von Arbeitsplätzen bereitgestellt hat.

Solche „Lösungen“, die nur den Kapitalisten dienen, kommen dabei nur dann in Betracht, wenn man sich die Drupa-Führer und der BR des Süddeutschen Verlages auf den Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellt. Jedoch, die Kapitalisten wollten über diese Brücke nicht gehen. Aufsichtsratsvorsitzender Fischer ließ sich auf die Vorschläge der Drupa und des BR nicht ein und verkündete am 7. Oktober auf der Betriebsversammlung: „Wir sind in der festen Absicht nach München gekommen, den Betrieb zu liquidieren.“

Am Ende kam ein „Sozialplan“ heraus, der mit ca. 9,5 Mill. DM beziffert wird. Das habe pro Beschäftigten etwa 15.000 DM. Unter den betroffenen Kollegen herrscht die Meinung, daß der Sozialplan kein Ersatz für einen Arbeitsplatz ist.

Am 10. 11. führten die „Süddruck“-Arbeiter unter Beteiligung vieler Kollegen am anderen Druckbetriebe eine Demonstration durch. Nach einem kilometerlangen Autokorso fand eine abschließende Kundgebung vor den Toren der am selben Tag endgültig geschlossenen Tiefdruckerei statt. Hinter den Toren waren starke Polizeieinheiten mit Hundes aufgezogen, um die Arbeiter einzuschüchtern.

Druck Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Massenentlassungen bei Rollei

Am 5. 11. wurde nach einer Aufsichtsratsitzung der Norddeutschen Landesbank, die mit 40% an Rollei beteiligt ist (ebenfalls 40% hält die Hessische Landesbank), bekannt, daß bei den in- und ausländischen Werken von Rollei, einem der führenden Unternehmen der Fotobranche, Massenentlassungen bevorstehen.

— Im Braunschweig sollen 300 - 400 Kollegen entlassen werden (von 1760 Beschäftigten).

— die Werkzeugmaschinenfabrik Uelsen soll verkauft werden. Hier arbeiten 320 Kollegen.

— Vogtländer soll in die Rollei-Werke integriert werden. Dabei sollen nur 120 von den 380 Kollegen übernommen werden, (das ist auch noch nicht sicher) der Rest soll entlassen werden.

Insgesamt sollen von den 2.500 Kollegen der Rollei-Werke in der BRD 500-600 entlassen werden!

— Unklar ist noch, wieviel Kollegen in den Werken in Singapur entlassen werden. „Augenblicklich spricht

man in Braunschweig von 3.000 geplanten Entlassungen, doch könnten es auch mehr werden.“ („Welt“, 6.11.) In Singapur arbeiten zur Zeit etwa 8.000 Kollegen.

Welchen Charakter diese Maßnahmen haben, wird in den Erklärungen nach der Aufsichtsratsitzung (s.o.) deutlich.

„Die Nord-LB - mit knapp 40% einer der Großaktionäre bei Rollei hatte Ende der vergangenen Woche über ein neues Unternehmenskonzept von Rollei diskutiert. Hauptpunkt dieses neuen Konzepts ist die Konzentration der Fertigung.“ („Welt“, 6.11.). „Umstrukturierungen sind geplant, um die Kosten nachhaltig zu senken. Personalfreileisungen werden wohl daher nicht vermeiden lassen, heißt es.“ („Handelsblatt“, 5.11.).

Die Rationalisierungen bei Rollei sind nicht neu. Schon 1970 wurde ein großer Teil der Produktion nach Singapur verlagert. Dort erhielten die Kapitalisten großzügige Unterstützung der Regierung, die auch zu zwei der

Werke mit 25%, an einem dritten mit 20% und am Braunschweiger Werk mit 2,5% beteiligt ist.

Der wichtigste Punkt jedoch: Die Löhne liegen in Singapur etwa bei einem Zehntel der westdeutschen! Damit können die Rollei-Kapitalisten noch wesentlich billiger produzieren als die japanische Konkurrenz. Deswegen sind die Entlassungen (bzw. Umsetzungen) in Singapur und in der BRD auch mit verschiedenen Maßstäben zu messen.

In der BRD sollen jetzt alle unrentablen Zweige abgestoßen werden, wodurch sich die Belegschaft verringert.

In Singapur handelt es sich dagegen um Arbeitsverlagerungen, so daß es auch um kurzfristige Maßnahmen handelt und die Belegschaft nach dem Überwinden dieser Schwierigkeiten wieder aufgestockt oder sogar noch weiter erhöht wird.

Diese Politik der Rollei-Kapitalisten ist typisch. Verlagerung der Produktion in sogenannte „Billiglohnländer“, Entlassungen von Kollegen in der BRD-Werken.

Betriebsrat Hamburg-Hauschke KB/Gruppe Hamburg

IG Drupa, Flensburg:

Gewerkschaftsausschluß mit schweinischen Methoden

Am 17. 11. wurde vom Ortsvereinsvorstand der IG-Drupa Flensburg auf einer Mitgliederversammlung Ausschlußantrag gegen die Betriebsräte W gestellt. Der Beschluss dazu war bereits am 6. 11. auf einer Vorstandssitzung einstimmig gefaßt worden. Der Antrag auf Ausschluß aus der IG-Drupa geht zur Entscheidung an das Hauptvorstand.

Mit diesem Antrag setzt die Führung der IG-Drupa in Flensburg die Politik fort, die bereits Mitte des Jahres in der Auflösung des Jugendgruppen und des Organisationsausschusses (siehe BEBEL 1. AK 48).

Dem damaligen Schluß war der Ausschluß des Jugendgruppenleiters aus dem Betrieb (und damit seine relative Isolierung) vorausgegangen. Dem jetzigen Akt will nach dem Willen der Gewerkschaftsführer der Ausschluß aus dem Betrieb folgen, denn der Betriebsrat personell verflochten mit dem Ortsvereinsvorstand, stellte bereits Antrag auf Ausschluß aus dem Betriebsrat.

Die Betriebsräte W wurden „beschuldigt“ Mitglied des Kommunistischen Bundes zu sein. Mit dieser „Anschuldigung“ entziehen sich die Gewerkschaftsführer der Pflicht, „gewerkschaftsmäßiges Verhalten“ konsequent nachzuweisen.

Und der „Beweis“, daß W Mitglied des Kommunistischen Bundes sei? Ganz einfach: im DRUCKAR-

BEITER des KB wurde mehrfach über die Arbeit des Betriebsrates informiert. Sie ist die einzige, die den DRUCKARBEITER informiert haben könnte. Punkt, aus. Tatsächlich hat die Kollegen die Interessenvertretung als Pflicht aufgefaßt, unter anderem die Kollegen über die Arbeit des Betriebsrates zu informieren. Daß sie das als einzige tat, wirft allerdings ein Licht auf die Politik der übrigen BR-Mitglieder!

Zusammenarbeit mit „Verfassungsschutz“!

Den endgültigen „Beweis“ für die Mitgliedschaft von W im Kommunistischen Bund sollte ein offensichtlich vom Verfassungsschutz abgefangener Brief liefern. Nach Darstellung des Landesratsvorsitzenden H. Wolf verhält es sich mit diesem Brief folgendermaßen: Ein abendlicher Brief falsch adressiert sei von der Post (!?) aufgrund des Inhalts an Heinz Wolf übergeben worden. Dieser weiß sofort (was die Post angeblich nicht herausfand!) an wen der Brief gerichtet ist und er kann aus der Unterschrift „RA“ auch gleich den Absender „ermitteln“. Nämlich eben vor kurzem in Hamburg aus der IG-Drupa ausgeschlossenen Kollegen. Dieser Kollege wird von Seiten der Gewerkschaftsführung Mitgliedschaft

im KB angeordnet. Also schließt man messerscharf, daß W ebenfalls dazu gehört.

... und überste Diffamierung!

Nicht nur, daß wir offen zugeben, Post und Telefon der Kollegen überwacht werden, es wurden auch Kollegen, mit denen sie gesprochen hat, ausgefragt und bespitzelt.

Aber das genügt den „Herren“ nicht, zuzumal die Ergebnisse ja sehr dürftig sind. Gleichzeitig wurde eine widerliche Diffamierungskampagne gestartet, in der sich besonders ein BR-Mitglied, die Kollege wurde als „stinkende Pöbel“ bezeichnet, „über die jeder drübersteigen“ dürfe, als Frau „mit einem dreckigen Charakter“ usw.

Bei dieser Einstellung ist es nur folgerichtig, wenn der Betriebsrat jetzt den Ausschluß der Kollegen aus dem Betriebsrat und damit auch ihren Raumherrschaft aus dem Betrieb bezieht. Die Veröffentlichung von Namen und Adressen der 12 in Hamburg aus der IG-Drupa ausgeschlossenen hat dazu geführt daß nur noch vier im Betrieb und in Flensburg hat die Gewerkschaftsführung mindestens in einem Fall dafür gewagt, daß ein fortschrittlicher Kollege auf die „schwarze Liste“ der Kapitalisten kam und in seinem Beruf keine Arbeit mehr fand.

Zelle Springer KB/Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß in der IG Drupa Oldenburg

Wie sich ein „linker“ Betriebsrat zum rechten Gewerkschaftsführer mauert

Am 12.9.1974 hatte der Ortsvereinsvorstand Oldenburg der IG Druck und Papier einen Ausschlußantrag gegen den Kollegen D.S. gestellt, der im Oktober bestätigt wurde. D. war hiesiger Orts- und Bezirks-Gewerkschaft der Drupa gewesen. Außerdem leit er Jugendvereinsrat im Oldenburger Druckbetrieb Stalling AG.

Schon am 2.9.74 war ihm auf einer außerordentlichen Ortsvereinsversammlung, an der auch Lange und Rodendorf vom Landesratsvorsitzenden teilnahmen, vorgeworfen worden „Repräsentanten der Oldenburger Drupa-Jugend (haben) auf Konferenzen und in Gremien KBW (Landesrat) vertreten“ Solche „Vorwürfe“ machen ein wenig das bereits erreichte Ausmaß der Beschimpfung fortschrittlicher Kollegen durch die Gewerkschaftsführer deutlich. Schon der kürzlich abgeschlossene langjährige Ortsvereinsvorsitzende Eisch Rogmann pflegte sich als einflussreicher Sammler linker Publikationen, wie sie insbesondere von den Druckbetrieben verteilt wurden, zu betätigen, um die gewerkschaftliche Ausrüstung von RGO-Tendenzen an Landesbezirks- und Hauptvorstand weiter zu führen.

Das Gremiumsverbot auf der außerordentlichen Versammlung brachte auch bald den gewünschten „Erfolg“. D. „gab zu“, ein Flugblatt

des KBW gegen den Auftritt des NPJ-Nazis Adolf von Thadden in Oldenburg verteilt zu haben. Damit hatten die Gewerkschaftsführer einen geeigneten Vorwand gefunden um D. gemäß der Unvereinbarkeitsbestimmung auszuschließen.

Zunehmend antikomunistisches Profil gewinnt auch in diesem Zusammenhang der vom KBW mit sich und je als „fortschrittlicher Kollege“ eingeschätzte BR-Vorsitzende von Stalling, Werner Mock, der seit März 74 auf seine Amtstellung als Hauptamtlicher Sekretär der Oldenburger Drupa wartet. Nachdem er Anfangs offensichtlich als „zu links“ eingeschätzt worden war, darf er nun seinen Posten ab 1.12.74 übernehmen — „Probierzeit beendeten!“

Immerhin war Mock Ende der 60er Jahre Vorsitzender des Oldenburger „Republikanischen Clubs“, arbeitete dort mit linken Gruppen wie dem SDS zusammen und sprach auf verschiedenen fortschrittlichen Kundgebungen und Demonstrationen, u.a. gegen die Notstandsgesetze. Heute unterstützt er den Ausschlußantrag der Drupa-Führer und wehrt sich dabei die Zustimmung der DKP/SDAJ (die im März 74 für den Ausschlußantrag gegen D. stimmten). Die DKP hatte sich als Stütze der Gewerkschaft erwiesen (Mock auf der Mitgliederversammlung der Drupa vom 27.10.74). Der Antrag gegen D. habe

gestellt werden können wegen seiner Verbindung zum KBW. D. sei „personlich einwandfrei, aber leider ein Idealtyp, der sich vor den falschen Karren spannen ließ.“ Er wäre der erste, der dafür eintritt, D. wieder in den DGB aufzunehmen, wenn er von seinen Irrigen Auffassungen frei“ ist.

„Kommunisten gefährden Arbeitsplätze“

Mocks Ansehen bei den Kollegen im Betrieb und Gewerkschaft rührt vor allem aus verschiedenen Verhandlungserfolgen als BR-Vorsitzender bei Stalling um täglichen „Kleinkrieg“ mit der Geschäfts- und Betriebsleitung. Gerade aber in „härteren Zeiten“ stellt sich die Frage nach der grundsätzlichen Linie, auf der der Kampf geführt wird (Stärkung der Kampfkraft der Arbeiter gegen die sogenannte „Unternehmensinteressen“ oder Sozialpartnerschaft und Antikommunismus), besonders scharf.

Als Reaktion auf ein KBW-Flugblatt vom 25.9.74, das über die „Krise bei Stalling“ berichtete, hatte Mock in einem Betriebsrats-Info vom 27.9.74, daß der KBW mit seinen Veröffentlichungen „die Geschäftsverbindungen der Firma Stalling gefährdet“ habe und damit die Arbeitsplätze „Neben durch revolutionäre Spielereien eine Firma kaputtgeht, pausiert dieser Gesellschaftsordnung überhaupt nicht.“ Wie die KBW-Flugblätter zustande kommen, ist nicht nachprüfbar und unklar, weil keiner der Beteiligten (!) dazu gehört, wo dies mal gefährdet sie unsere Arbeitsplätze?

Wahrlich! Wenn auf den Hund gekommen ist der „linke“ Gewerkschaftler!

KB/Gruppe Oldenburg

1. Das Arzneimittelgesetz

„In den sechziger Jahren ist bei der Schaffung des Arzneimittelgesetzes (AG) Beispielhaft und, wie man meinen sollte, Dauerhaftes geleistet worden.“

So kommentiert Christian Wehr in der „Neuen Apothekenillustration“ Nr. 9/Sept. 74 das AG, das Mitte Mai 1961 verabschiedet wurde (BGBl. I, S. 533). Beispielhaft ist dieses Gesetz in der Tat. Es zeigt deutlich, wie es den Kapitalisten in diesem Fall denen der pharmazeutischen Industrie – gelingt, ein Gesetz durchzusetzen, das ausschließlich ihren eigenen Interessen entspricht und in keinem Fall zum Schutz der Bevölkerung geneigt ist. Die wesentlichen Punkte betragen nämlich: „Der Hersteller allein trägt die Verantwortung für die Produkte und gibt ihre Zweckbestimmung an, er muß jedoch nicht die Wirksamkeit nachweisen.“ Keine staatliche Einrichtung hat eine wirkliche Kontrolle über neue Arzneimittel. Diese werden nicht grundsätzlich der Rezeptpflicht unterstellt, d.h., sie können ohne ärztliche Kontrolle beliebig oft und lange angewandt werden.

Die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes läßt sich sehr deutlich am Contingentkandal aufzeigen. Das Schlimmste Contingent, von seiner Herstellerfirma Chemie Grünenthal als Mittel mit außerordentlich geringen Nebenwirkungen und als extrem ungiftig angesehen, kam im Oktober 1967 in den Handel. Es wurde verteuert, obwohl Versuche an trächtigen Tieren durchgeführt worden waren, obwohl die Experimente an Patienten, die unter epileptischen Anfällen litten, wegen starker Nebenwirkungen (Schwindelanfälle, Sprachstörungen, vermehrt auftretende epileptische Anfälle, die durch Contingent doch gerade verhindert werden sollten) abgebrochen werden mußten. Noch 1967 betraufte Grünenthal die unverschämte Freiheit, den Gesundheitsbehörden in Bonn gegenüber zu behaupten, Contingent sei unschädlich, und Nebenwirkungen seien praktisch niemals vorgekommen, obwohl der Firma zu diesem Zeitpunkt 1.600 Berichte über verschiedene Nebenwirkungen vorliegen (Arzneimittelblatt Nr. 7/73). Da der Zusammenhang zwischen Contingent und verschiedenen stark ausgeprägten Mißbildungen bei Kindern solcher Mütter, die Contingent während der Schwangerschaft eingenommen hatten, in der Öffentlichkeit immer breiter diskutiert wurde, hielt es Grünenthal für (geschäftlich) unvorteilhaft, das Mittel aus dem Handel zu ziehen. Verboten ist Contingent bis heute nicht!!!

Selbst wenn das AG schon vor 1961 bestanden hätte, wäre Contingent auf den Markt gekommen, denn das Bundesgesundheitsamt (die Behörde, bei der alle neuen Mittel angemeldet und in das Spezialitätenregister eingetragen werden müssen), muß jedes Mittel registrieren, wenn es die eingereichten Unterlagen für ausreichend hält. Dabei muß auch das BGA

überprüft haben, ob sich das BGA mit einer Überprüfung der Stichproben begnügen und kann keine eigenen Präparatprüfungen vornehmen. Dazu muß man außerdem wissen, daß

1. keine Auflagen und Forderungen seitens des Staates bestehen, wie ausführlich und auf welchen Gebieten die Versuche gemacht werden müssen und wann die begonnen und beendet wurden. D.h. also, daß Versuche, die ein negatives Ergebnis versprochen, einfach unterlassen oder zu einem noch günstigeren Zeitpunkt abgebrochen werden können.

2. im BGA zusätzlich zwei, später vier und seit 1971 sechs Pharmakologen die Registrierung und damit auch die Prüfungen vornehmen.

Das BGA hat nicht die Befugnis die Registrierung eines Präparates abzulehnen, auch dann nicht, wenn schon genügend Mittel derselben Wirkung auf dem Markt sind, sobald durch das „neue“ Mittel keine Bereicherung und Verbesserung der Therapie ermöglicht werden kann, sondern nur eine Erhöhung der ohnehin schon unberechenbaren Zahl der Medikamente.

Wie konnte dieses unzulängliche Gesetz entstehen?

Aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse in der BRD nach dem 2. Weltkrieg hatten die Vertreter der großen pharmazeutischen Firmen eine gesetzliche Regelung über die Herstellung und den Vertrieb von Arzneimitteln für erstrebenswert. Seit Mitte der 50er Jahre hielt sich der jährliche Produktionszuwachs im Durchschnitt bei zehn bis elf Prozent. 1956 war die Produktion noch und betrug 2,4 Milliarden Mark. Im Jahre 1969 betrug sie 2,25 Milliarden Mark. Die ausländischen Firmen im Inland

wurde bedrohlicher, die Einfuhr etw. in den ersten drei Monaten des Jahres 1960 im Gegensatz zum Vorjahr um 50% („Pharmazeutische Industrie“, Nr. 6, 1960, S. 237). Einerseits mußten also die ausländischen Firmen vom wettbewerbsfähigen Markt möglichst ferngehalten werden, andererseits mußten die Exportbestrebungen verstärkt werden, um sich Absatzgebiete zu sichern. Zwar standen die im Bundesverband der pharmazeutischen Industrie (BVdPI) organisierten Firmen an vierter Stelle auf der Welt rangliste der Exportländer, aber jetzt galt es, dennoch den westeuropäischen Markt stärker zu besetzen, denn bisher hat man sich fast ausschließlich um die Einfuhr in die weniger entwickelten Länder gekümmert. Die Intensivierung des Exports in die kapitalistischen Nachbarländer war hauptsächlich bedingt durch die recht strengen Arzneimittelgesetze, die dort bestanden. In den USA schon seit 1906 die „Federal Food and Drug Act“ (FDA), in Frankreich ein Gesetz seit 1941. Mit einem AMG im Hintergrund könnten die westdeutschen Kapitalisten immer behaupten, ihre Produkte seien „geprüft“, und außerdem, daß sie die völlig unkontrollierbare Überschneidung der BRD mit ausländischen Medikamenten verurteilen. Für die amerikanischen Firmen stellte nämlich der westdeutsche Markt ein kostloses, sogar gewinnbringendes Labor dar, in dem in den USA noch nicht zugelassene Produkte erprobt werden konnten.

Die Forderungen, die die Vertreter der Pharma-Industrie an das Gesetz hatten (Verantwortung für das Produkt und Zweckbestimmung bleiben allein dem Hersteller überlassen, keinerlei Kontrollmöglichkeit von Seiten des Staates, sondern nur Registrierung der Medikamente) wurden über den Wirtschaftsausschuß, in dem Vertreter der Pharma-Industrie saßen, geltend gemacht. Dieser Ausschuss hatte bei der Gesetzgebung zwar nur eine „beratende“ Funktion, aber seine „Vorschläge“ wurden vom Gesundheitsaustausch, der vom Bundesrat mit einem Entwurf beauftragt war, bereitwillig übernommen. Im abschließenden Bericht des Gesundheitsaustausches heißt es: „daß die Registrierung nicht zu einem Hemmnis für die Entwicklung neuer Präparate führen und auch nicht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dem Ausland gegenüber gefährden dürfte.“ Und weiter: „Jede materielle Prüfung würde das Herausbringen einer neuen Spezialität verzögern. Außerdem ist die Meinung der Wissenschaft über die Wirksamkeit und Unschädlichkeit eines Präparates zunächst oft sehr unterschiedlich.“

In unserem kapitalistischen System ist es also wichtiger, die „Konkurrenzfähigkeit“ der Industrie zu erhalten als Menschen vor eventuellen Schäden durch schlecht erprobte Präparate zu schützen.

Die im Grunde also von den Kapitalisten eigenhändig ausgearbeitete Vorlage wurde dann ohne wesentliche Änderung verabschiedet.

Um die Empörung der Öffentlichkeit nach den Contingent-Fregensissen zu beruhigen, wurde, kaum war das Gesetz verabschiedet, eine Änderung in Angriff genommen. Die in Juni 64 rechtskräftig wurde. Wer glaubt, daß jetzt endlich, nachdem unzählige Kinder verstümmelt auf Welt gekommen waren, bestimmte Richtlinien und Kriterien für den Nachweis von Wirksamkeit und Unschädlichkeit neuer Mittel festgelegt wurden, bei deren Nichterfüllung das BGA ein Präparat ablehnen kann, ist sich gewaltig geirrt. Wer konnte sich die Vorstellung des Wirtschaftsausschusses durchsetzen. Zwar wurde eine dreijährige Rezeptpflicht für alle neuen Mittel eingeführt, nach deren Ablauf ein Bericht darüber beschließt, ob ein Mittel rezeptpflichtig bleiben muß oder nicht, wenn man aber die Informationsmöglichkeiten dieses Berichtes kennt, erweist er sich als Farce. Er müßte sich nämlich hauptsächlich auf die bei der Arzneimittelkommission (AMK) eingegangenen Meldungen. Die AMK ist ein zentraler Fachauschuß für die Erfassung von Arzneimittelnebenwirkungen, der sich bis auf 1969 60.000 DM Bundesmittel aus privaten Spenden finanzieren muß. Die AMK wiederum ist darauf angewiesen, daß die Praxis- und Klinikärzte bei der Therapie beachtete Nebenwirkungen von sich aus melden. So wohl in einer Praxis als auch in einer Klinik stehen weder Zeit noch ausreichende Mittel für solche Untersuchungen zur Verfügung. Die Anzahl

der eingegangenen Meldungen spricht für sich. 1968 waren es 300, 1969 ca. 700 und das bei etwa 95.000 Ärzten.

Als weitere Ursache wurde der folgende Passus aufgenommen: „Die Anmeldung hat die schriftliche Versicherung des Herstellers zu enthalten, daß die Arzneispezialität entsprechend dem jeweiligen Stand der Wissenschaft ausreichend und sorgfältig geprüft worden ist.“ Offen bleibt dabei, was den „jeweiligen Stand der Wissenschaft“ bestimmt, wer festlegt, wann etwas „ausreichend und sorgfältig“ geprüft ist. Die Firma Chemie Grünenthal etwa? Sie behauptet heute noch, daß „Jede Kausalität zwischen Contingent und Mißbildungen bzw. Nervenschäden unbewiesen ist. Viele Ursachen mögen zu der Katastrophe geführt haben, nur nicht Contingent, sondern besonders häufiges Fahren der Mütter während der Schwangerschaft, radioaktiver Niederschlag nach Atom-bombenversuchen und (vor allem wohl) mäßige Abstrahlung von der Mutter“!!!

Der Prozeß gegen Grünenthal wurde nach 283 Verhandlungstagen eingestellt mit der Begründung, die Schuld der Angeklagten sei gering und an der Strafverfolgung bestehe kein öffentliches Interesse!!!

Politik der Pharmaindustrie

Wenn man die starke Position der Pharmaindustrie verstehen will, muß man sich die Verhältnisse auf dem Pharmamarkt ansehen.

Es gibt ca. 1.000 Hersteller, von denen sich 620 im BVdPI zusammengeschlossen haben. Diese 620 Firmen repräsentieren 95% der westdeutschen Arzneimittelproduktion, d.h. die übrigen nicht im BVdPI organisierten spielen kaum eine Rolle. Die folgende kurze Tabelle zeigt, wie stark die Monopolisierung auf dem Pharma-Markt ist.

Die führenden 10	35% am Umsatz
„ 20	50% „
„ 50	65% „
„ 100	80% „

(„Handelsblatt“, 27.8.73).

„Am Gesamtmarkt hat keiner einen größeren Anteil als 6%“. Aus dieser Feststellung folgt das „Handelsblatt“, „Marktdominierende Stellungen gibt es also nicht“. Das erweist sich als glatte Lüge. Auch dem „Handelsblatt“ kann nicht verborgen geblieben sein, daß die großen Konzerne den Markt untereinander aufgeteilt haben. Jeder hat seinen eigenen Bereich, wie z.B. Schering die Hormonpräparate, Bayer die Antibiotika (bakterienkämpfende Stoffe), Ibbotika (bakterienlösende Stoffe) und Hoffmann-La Roche die Psychopharmaka und Antidiabetika (Blutzuckersenkende Mittel), so daß in Wirklichkeit eben doch marktdominierende Positionen bestehen. Hinzu kommt, daß zwischen den Großkonzernen Preisabsprachen bis auf den Pfennig genau getroffen werden, so daß im Gegensatz zu kleinen Firmen stark überhöhte Preise und damit höhere Gewinne eingebracht werden. Ein Vergleich zwischen 3 Medikamenten gegen Herzwegenerkrankungen zeigt das.

1. Valium	2. Valium	3. Valium
1. Valium	2. Valium	3. Valium
1. Valium	2. Valium	3. Valium

Wohlmerkt, die Inaktivstoffe sind völlig identisch! Diese Preisunterschiede erscheinen uns so bemerkenswert, wenn man weiß, daß die kleinen Firmen die Mittel gar nicht selbst produzieren, sondern zum größten Teil die letzten Substanzen von ihren größten Konkurrenten kaufen und sie nur noch in die verschiedenen Darreichungsformen bringen und verpacken. Ein anderes Beispiel für die willkürliche Preispolitik liefert die Firma Hoffmann-La Roche. Von ihrem Beruhigungsmittel Valium 5 wurden in der BRD 100 Tabletten für 26,10 DM in Großbritannien dieselbe Menge für nur ca. 4,50 DM angeboten. Der britische Abgeber der multinationalen Konzerns bezahlt für 1 kg Valium-Grundmasse 5.000 DM, der westdeutsche 9.600 DM, die Produktionskosten für 1 kg liegen bei 80 DM! In Großbritannien werden die Medikamentenpreise staatlich reguliert, während in der BRD dem Profitstreben überhaupt keine Grenzen gesetzt sind. Zwar hat nach einer Meldung der „Welt“ vom 24. 10. 74 das Bundeskartellamt in Westfalen 100 Tab II Urnan 1,4 M. 10. 74 die Preise für seine beiden

Beruhigungsmittel Valium und Librium um 40 bzw. 35 % senken muß, weil die Preisforderungen im Gegensatz zu denen im Ausland schon seit 11 bzw. 14 Jahren überhöht seien, aber wie aus dem nebenstehenden „Welt“-Artikel hervorgeht, aber das Westdeutsche Kartellamt hat dem Hoffmann-La Roche-Antrag auf Aufhebung dieser Verfügung stattgegeben.

Aus der obigen Aufstellung geht hervor, daß die 20 größten Firmen 30 % des Umsatzes erwirtschaften. Diese Monopolisierung kommt da durch zustande, daß die meisten Firmen Abgeber von branchenähnlichen Konzernen sind, die ihnen zunächst stützenden finanziellen Rückhalt geben oder aber dadurch, daß sie selbst ein sehr breites Produktionsspektrum haben. 14 % des Umsatzes von Hoechst und 10 % des Umsatzes von Bayer – beide sind große Chemiekonzerne – stammen aus dem pharmazeutischen Bereich, doch das reicht schon aus für einen der vorersten Plätze auf der internationalen Rangliste. Auch die Zwangsaufhebung der IG Farben nach dem Kriegsende konnte an dieser Konzentration nichts Grundsätzliches ändern, denn die entstehenden Teilkonzerne waren immer noch mächtig genug, um sofort wieder Zusammenschlüsse und Absprachen auf Kosten der kleinen Firmen zu treffen. Alle führenden Hersteller haben sich multinational verankert, vor allem in solchen Ländern, in denen keine eigene pharmazeutische Industrie existiert, was, so daß sie dieses Absatzgebiet fast in ihre Hände nehmen konnten. Meist werden die Produkte dort nur noch gepreßt und verpackt, und dann können sie an Ort und Stelle vorliefern werden.

Eine weitere Ursache für die Verhältnisse auf dem Pharmamarkt sind die Absatzbedingungen. Nicht der Endverbraucher also der Patient, der die Kosten tragen muß, entscheidet welches Medikament gekauft wird, sondern ein Vertreter (= Arzt) übernimmt diese Funktion. Die verordneten Ärzte haben aber kein Interesse daran, das billige Medikament zu verschreiben. Ihre Auswahlkriterien sind lenkbar. Die Pharmakapitalisten geben sogar Motivforschungen in Auftrag. Zwei Zitate aus der Zeitschrift „Pharmazeutische Industrie“ Nr. 28 und „Capital“ Nr. 10: „Um zu erfahren, warum der Arzt bestimmte Verschreibungsgewohnheiten hat, erweist es sich als zweckmäßig, sich nicht mit ihm über Präparate zu unterhalten, Präparate sind in diesem Zusammenhang Zweck und nicht Ursache der Gewohnheiten.“ „Solche Motivstudien kosten zwischen 20.000 und 30.000 DM.“

In verschiedenen kapitalistischen Staaten kann die pharmazeutische Industrie nicht ganz so ungehindert wüten wie in der BRD. In Großbritannien müssen die Hersteller Preisverhandlungen mit dem Gesundheitsministerium führen, für zu teuer gehaltene Medikamente werden vom Gesundheitsdienst nicht bezahlt, so daß die Hersteller, wenn sie überhaupt in größeren Mengen absetzen wollen, gezwungen sind, „bescheidene“ Preisvorschlüsse zu machen. In Schweden sind die Apotheken versteuert und die Zahl der Produkte ist auf ca. 3.000 reduziert, wobei diese Maßnahmen werden sicher nicht aus Menschenfreundlichkeit ergriffen oder weil man eine wegen der ständig steigenden Arzneimittelpreise notwendig gewordene Beitragserhöhung für die Mitglieder der Krankenkassen, die sich ja hauptsächlich aus der werktätigen Bevölkerung rekrutieren, verhindern möchte. Hier besteht ein Widerspruch innerhalb der Kapitalistenklasse zwischen den Pharma-Konzernen, die möglichst viele Medikamente herstellen wollen, und den übrigen Kapitalisten, die die Kosten im Gesundheitswesen gering halten will, weil diese Ausgaben für sie unproduktiv sind.

In der BRD konnte und kann die pharmazeutische Industrie bisher wegen ihrer Macht, die durch eine Verflechtung mit den Chemiekonzernen erheblich gestützt wird, ihr Profitstreben rückwärts zu verdrängen. Ungehindert kann sie dabei das Leben unzähliger Menschen zerstören, wie es das Beispiel Contingent am krassensteigen zeigt. Wie in allen anderen gewalttätigen Bereichen zeigt sich auch in der Politik der Pharmaindustrie die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus. Auch heute sind es die armen Menschen, die durch den Mangel an Medikamenten im Krankenhaus sterben, die durch die hohen Preise für Medikamente im Krankenhaus sterben.

Andere beliebige Methoden und Vorrichtungen (im CX oder Alantik Hotel mit kleinen Imbissen) oder „Fortbildungstage“ auf Syllabus in Davos, wo sogar Aufträge oder Besichtigungsprogramme für die

begleitenden Damen angeboten werden. Damit sie sich nicht zu sehr langweilen.

Im Durchschnitt fallen für Verpackung, Absatzförderung und Werbung 27 % der Gesamtkosten an, für die Forschung aber nur 8 %, obwohl diese doch immer als Begründung für die Arzneimittelpreise angeführt wird (Ch. Levinson, Valium S. 8.51).

Die Ärzte reagieren in der gewöhnlichen Weise auf diese Taktik: Generics (Medikamente, die nach Ablauf des Patentschutzes von meist kleinen Firmen nach Originalrezepten hergestellt werden, damit also die gleiche Wirkung haben, aber um ein Vielfaches preiswerter sind) werden kaum von den Ärzten verordnet oder von den Apotheken empfohlen.

So gibt es von elf verschiedenen Firmen ein therapeutisch gleichwertiges Präparat, Vitamin B 12, das teuerste von Merck mit Namen Cytobion, von dem eine Ampulle 4,32 DM kostet, das günstigste von Radiopharm, eine Ampulle zu nur 29 Pfennig! Trotz der gleichen Wirksamkeit verschreibt jeder fünfte Arzt das teuerste Mittel.

Was trägt die Kosten? Bezahlen wir alles der Patient in Form der Krankenkassenbeiträge, auch die scheinbar kostenlosen Proben, die der Hausarzt ihm schenkt, denn die Kosten dafür kalkulieren die Firmen selbstverständlich in ihre Preise ein.

Die Krankenkassen haben in der BRD keinerlei Mitspracherecht bei der Preisgestaltung. Bisher haben die Pharmakapitalisten erfolgreich gegen diese Mitbestimmung gekämpft und immer wieder ihre Interessen durchgesetzt.

1972 hatte das Bundeswirtschaftsministerium einen Arbeitskreis bilden lassen, der einen zughaltigen Reformvorschlag erarbeitete, das sogenannte Bauerpapier. Die gesetzlichen Krankenversicherungen sollten in die Lage versetzt werden, mit den Herstellern über die Preiswürdigkeit der einzelnen Arzneimittel zu sprechen. Die nicht auszureichenden Zweifel sollten auf Antrag beim Bundeskartellamt überprüft werden.

Im Jahresbericht 1973 der pharmazeutischen Industrie steht in einem Kommentar u.a.

„Die vorgesehenen Gespräche zwischen den Krankenkassen und einzelnen Herstellern können zu einem Nachfragemonopol mit der Folge eines ständigen Preisdrucks auf die Industrie führen, was der Hinwendung zur Massenmedizin (!!) bedenklich würde.“

In verschiedenen kapitalistischen Staaten kann die pharmazeutische Industrie nicht ganz so ungehindert wüten wie in der BRD. In Großbritannien müssen die Hersteller Preisverhandlungen mit dem Gesundheitsministerium führen, für zu teuer gehaltene Medikamente werden vom Gesundheitsdienst nicht bezahlt, so daß die Hersteller, wenn sie überhaupt in größeren Mengen absetzen wollen, gezwungen sind, „bescheidene“ Preisvorschlüsse zu machen.

In Schweden sind die Apotheken versteuert und die Zahl der Produkte ist auf ca. 3.000 reduziert, wobei diese Maßnahmen werden sicher nicht aus Menschenfreundlichkeit ergriffen oder weil man eine wegen der ständig steigenden Arzneimittelpreise notwendig gewordene Beitragserhöhung für die Mitglieder der Krankenkassen, die sich ja hauptsächlich aus der werktätigen Bevölkerung rekrutieren, verhindern möchte.

Hier besteht ein Widerspruch innerhalb der Kapitalistenklasse zwischen den Pharma-Konzernen, die möglichst viele Medikamente herstellen wollen, und den übrigen Kapitalisten, die die Kosten im Gesundheitswesen gering halten will, weil diese Ausgaben für sie unproduktiv sind.

In der BRD konnte und kann die pharmazeutische Industrie bisher wegen ihrer Macht, die durch eine Verflechtung mit den Chemiekonzernen erheblich gestützt wird, ihr Profitstreben rückwärts zu verdrängen. Ungehindert kann sie dabei das Leben unzähliger Menschen zerstören, wie es das Beispiel Contingent am krassensteigen zeigt. Wie in allen anderen gewalttätigen Bereichen zeigt sich auch in der Politik der Pharmaindustrie die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus. Auch heute sind es die armen Menschen, die durch den Mangel an Medikamenten im Krankenhaus sterben, die durch die hohen Preise für Medikamente im Krankenhaus sterben.

Gruppe Gesundheitspolitik des KdG/Gruppe Hamburg

IG Metall, ÖTV,
Postgewerkschaft, IG DruPa,
DAG stellen Forderungen auf.

Gewerkschaftsführer verhandeln über Lohnraubhöhe!

Nachdem die „Konsertierte Aktion“ im Oktober die Marschroute für die Tarifverhandlungen festgelegt hat, Lohnrab für die Arbeiterklasse, Stilllegung der Unternehmerrücklagen (Investitionen) geben die Kapitalisten ihre Bundesregierung zurecht, dass in die Tat umzusetzen. Wirtschaftsinstitute und der sogenannte „Sozialwissenschaftler“ der „Fünf Weisen“ haben in „Gutachten“ die „wissenschaftliche“ Untermauerung dieser Marschroute geliefert. Fazit: die Arbeiterklasse soll für die Ziele der Unternehmer bluten.

Erste konkrete Schritte zur Forderung der „notleidenden“ Unternehmer hat die Bundesregierung letzte Woche beschlossen. Die Beschäftigten der Einführung einer Investitionskürzung, d. h. jeder Kapitalist soll eine Prämie von 7,5 % der jeweiligen Investitionskosten erhalten. Diese Prämie wird von den Steuern der Werkskassen und aus den sogenannten Konjunkturrücklagen finanziert (die ebenfalls von der Lohn- bzw. Einkommenssteuer der Werkskassen abgezogen wurde). Für diese staatliche Subvention der Unternehmerrücklagen soll die Bundesregierung extra ein Bundesgesetz erlassen, das rückwirkend in Kraft treten soll!

Gewerkschaftsführer sichern die Unternehmerrückgewinne

Bereits in der „Konsertierten Aktion“ stimmten die Gewerkschaftsführer den Plänen der Kapitalisten grundsätzlich zu. Mit dem 9 %-Abschluß der IG Metall-Führung in der Stahlindustrie fand diese Zustimmung ihr erstes konkretes Ergebnis.

Doch damit ist noch nicht die Grenze des Lohnraubs erreicht. In den letzten Tagen haben eine Reihe von Gewerkschaften ihre Tarifforderungen aufgestellt. Und diese Forderungen liegen alle weit unter der Forderung, die in der Stahlindustrie verhandelt wurde (14 %).

- IG Metall: 11 % in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern,
- 12 % in Nordwestlichen Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen/Unterweser (jeweils 80 Mark für Lehrlinge)
- DAG: 9,5 % für die Metallindustrie in Niedersachsen, Bremen und Berlin/West
- IG DruPa: 10 % auf den Ecklohn als lineare Forderung für alle in Baden/Württemberg; 50 Mark für Lehrlinge

Baden/Württemberg, 50 Mark für Lehrlinge

- ÖTV und DPG (Post): 6 % und 50 Mark linear, 300 Mark Urlaubsgeld

Die DAG und die ÖTV (im Durchschnitt) liegen mit ihren Forderungen bereits unter 10 % Berücksichtigt man die Praxis gewerkschaftlicher Tarifpolitik der letzten Jahre so ist klar, daß die Abschläge noch etwas Prozent darunter liegen (in den letzten Jahren lagen Abschläge bei höchstens 75 % der Forderungen). So bedeutet dieses nominale Mehr an Lohn nach Abzug aller Belastungen wie Preise, Steuern usw. recht weniger Lohn!

In diesen Tarifverhandlungen wird von Seiten der Gewerkschaftsführer also gar nicht um eine Erhöhung des Lohns oder ein Halten des einmal erreichten Stands verhandelt, sondern allem um die Höhe des Lohnabschlusses.

Die Führer der Gewerkschaften haben sich damit zum offenen Sprecher der Sicherung der Unternehmerrückgewinne gemacht und versichert, daß auf die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu verzichten. Der ursprüngliche Sinn und Zweck der Gewerkschaften, Kampf und Schutzorganisation der Arbeiterklasse zu sein, gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse und für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse wird damit aufgegeben. Stattdessen erheben sich die Führer der Gewerkschaften zum direkten Bewahrer der bestehenden Zustände. Sie sind damit wahrhafte Agenten der Bourgeoisie, wie Karl Liebknecht die Vertreter solcher Politik bereits vor 60 Jahren bemerkt haben. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß diese Politik flüchtig wird durch die Gewerkschaftsbürokraten der Arbeiter, die diese im guten Glauben und in der Hoffnung auf eine Verwendung in ihrem Interesse beizubehalten.

Die arbeitende Klasse ist die Politik der Gewerkschaften geht aber noch weiter nicht nur, daß sie von den Angriffen der Kapitalistenkapitalisten, um bekämpften offensiv alle Versuche des fortschrittlichen Arbeiters, die sich in den Gewerkschaften um eine Arbeiterpolitik bemühen (vgl. dazu auch die Berichte zur Tarifrunde aus den Betrieben und Gewerkschaften).

Kapitalisten haben Blut geleckt

Der Kapitalistenverband Gemmetal reagiert sofort bei Bekanntgabe der IG Metall-Forderungen „empört“ über diese „übergriffigen Lohnforderungen“ und warnte vor den Folgen „einer solchen selbstzerstörerischen Lohnpolitik“. Solche Äußerungen betonen sozialdemokratische Gewerkschaftsführer bekanntlich liebend gern als Nachweis für einen „unmögliche-

ren Tarifkampf“. Dabei sind solche Kommentare einerseits die hinreichend bekannten Jammerrufe der Kapitalisten, so können nicht zahlen usw., wie sie alle Jahre wieder in den Tarifrunden aufgeführt werden. Andererseits aber verdeutlichen sie die Kapitalistenklasse hat Blut geleckt! Die Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer ohne Schwierigkeiten den Profitzielen der Kapitalisten nachgeben, veranlaßt diese, rauszuholen ein Lohnraub, was rauszuholen ist, das Lohnraubtempo soll in den nächsten Monaten verschärft werden.

Darüber hinaus benutzen die Kapitalisten die jetzige Situation, um weitergehende politische Ziele zu verwirklichen.

- In den Verhandlungen mit der ÖTV wird außer über Lohn auch über ein Schlichtungsabkommen für den öffentlichen Dienst verhandelt. Das Ziel eines solchen Abkommens bezeichnet Innenminister Maubach am 27. 11. im Fernsehen offen so: „Damit Streiks wie im letzten Jahr nicht mehr möglich sind.“ Die ÖTV-Führung hat ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Abschluß eines solchen Abkommens erklärt.
- In der Metallindustrie hat Gesamtmetall einen erneuten Versuch gemacht, zentrale Verhandlungen für die gesamte Metallindustrie durchzusetzen. Eine Antwort der IG Metall-Führung auf dieses Angebot liegt noch nicht vor.

In der Metallindustrie hat Gesamtmetall einen erneuten Versuch gemacht, zentrale Verhandlungen für die gesamte Metallindustrie durchzusetzen. Eine Antwort der IG Metall-Führung auf dieses Angebot liegt noch nicht vor.

Metalltarifrunde in Hamburg Betrieben:
Forderungen zwischen 250 Mark linear und 12 Prozent

In einer Reihe Hamburger Betriebe und von den Vertrauenskörpern und Jugendvertretungen Tarifforderungen aufgestellt wurde. Die Höhe offenbart eine starke Bandbreite. Mit 250 Mark linear hat der Vertrauenskörper der Reynolds-Aluminiumwerke die höchste Forderung aufgestellt, während der Vertrauenskörper bei Valvo/Philips 12 % Erhöhung beschloß.

Die Situation in den Betrieben ist im wesentlichen mit einer tendenziell ge-

Flensburg

Gewerkschaftsausschluß auf „kaltem Weg“

Im Zuge des Angriffs auf jede klassenkämpferische Gewerkschaftsarbeit gehen die Gewerkschaftsführer auch in Flensburg zu Ausschüssen über (vgl. dazu auch REBEL Nr. 1, „IG DruPa Jugendgruppe zerschlagen“). Der Kollege J., bis 1973 Leiter der DruPa Jugend in Flensburg, ist auf „kaltem Weg“ ausgeschloßen worden. Die Gewerkschaftsführer benutzen seinen angebotenen Übertritt von der IG DruPa zur IGM (L hatte Arbeit bei der Danfoss-Werft angenommen). Er sollte für die IGM Führer einen Wahl unterschreiben, daß er „nicht mehr“ (M) „Mitglied einer links-extremistischen Organisation“ (gemeint war offenbar der KB) sei. Kollege L. reagierte auf dieses Angebot, indem er es in einem „Offenen Brief“, der von Danfoss und vor der Druckerei Severin Schmidt verteilt wurde, zurückwies.

L. war während seiner Lehrentätigkeit als Schichtleiter in der (Konkord) Druckerei Wolf Mitglied der Danfoss-Druckerei Drüps Jugendgruppe und Leiter der Drüps Jugendgruppe, die inzwischen vom DruPa-Vorstand wegen angeblicher „Gewerkschaftsfeindschaft“ aufgelöst wurde.

Diese Jugendgruppe beteiligte sich in der Vergangenheit mehrfach an Aktionen und u. a. auch mit Kom-

munisten (KB). So im Januar 1972 an Aktionsbündnis „Kampf dem Faschismus“ (gegen den Extremisten-erlass - Berufsverbote im Öffentlichen Dienst) und während des Bundestagswahlkampf 1972 am Aktionsbündnis „Stopp! Strauß, Brandt, Stoltenberg und Springer“, das von Kollegen aus Flensburger Druck- und Metallbetrieben initiiert worden war.

Für den praktischen Gewerkschaftsausschloß von L. durch Nichtaufnahme in die IGM) nutzen die Gewerkschaftsführer folgende Situation aus: L. war 16 Monate lang zum tarifrechtlichen eingezogen und hatte dadurch Kontakt zu seinem Druckbetriebs verloren. In der Werft Danfoss ist er erst seit Mai, „so daß mich im Betrieb nur sehr wenige Kollegen kennen, zumal als Gewerkschaftler“ (aus der „Persönlichen Erklärung“ von L.). Mitglied der DruPa ist L. nicht mehr, weil er seinen Übertritt zur IGM erklärte. In die IGM jedoch wird er gar nicht erst aufgenommen, wenn er nicht den antikomunistischen Revers unterschreibt.

Der Ausschloß des Kollegen L. aus der Gewerkschaft ist der erste in Flensburg. Die Gewerkschaftsführer haben aber klar erkennen lassen, daß nach ihrem Willen weitere Ausschloße folgen sollen. Nämlich gegen die anderen Mitglieder der aufgelösten Jugendgruppe der DruPa.

Ein besonders positives Beispiel, in welche Richtung gearbeitet werden muß, zeigt eine Versammlung von Elektrikern bei HDW, die so selber organisiert (vgl. dazu Extra-Artikel) und auf der die gegen den Widerstand einer Vertrauensleute mit großer Mehrheit eine Tarifforderung von 1,50 DM/Stunde verabschiedeten.

In drei Vertrauensleutenversammlungen verabschiedeten die Vertrauensleute von Philips/Roentgenmüller eine Forderung von 150 DM plus 5 %. Über ein Drittel der Vertrauensleute stimmte nach intensiver Diskussion für eine Tarifmitte der Vertrauensleute stimmte nach intensiver Diskussion für eine weitgehende lineare Forderung.

Hervorzuheben sind auch die Forderungen der Jugendvertretungen von Gutman und IGMA, die die so selber organisierte Tarifsteigerung für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge fordern, als auch die Sicherung der Renten für Lehrlinge.

Gewerkschaftsführung: bürgerliche Meinungsstreuung statt Tarifkampf

Die wiederholt erhobene Forderung nach einer großen Funktionsversammlung der IGM und nach einer Jugendmitgliederversammlung, gegen die Gewerkschaftsführer Sozialist Prehn entbündelt sich nicht, um Vertrauenskörper der Werft HDW einen Beschluß gegen eine solche Forderung zur Abstimmung zu stellen. Er erhielt in diesem Vertrauenskörper hierfür eine Mehrheit.

Eine derartige Negativ-Politik von

seiten der Gewerkschaftsführer war in diesem Jahr Trumpf! Auf diese offizielle Linie wurden auch Betriebsräte und Vertrauensleute getrimmt.

Bei HDW führte das sowohl, daß sich vier gewählte Vertrauensleute weigerten, die mit überwiegender Mehrheit verabschiedete Forderung von 1,50 DM mehr in der Stunde (in ihrer Abteilung) (die Vertrauensleute hatten als einzige Gegenstimme) im Vertrauenskörper vorzutragen.

Ähnliche gewerkschaftsfeindliche Vorhaben konnten eine Reihe von Gewerkschaftsführern und ihre Nachbeter in den Betrieben erworben werden. So tauchten Argumente auf wie: „dann würden sich die Betriebsräte nicht mehr von der Gewerkschaft vertreten fühlen“ oder gar „dann würden Betriebsräte benachteiligt!“ IGM-Jugendsekretär Peter Witten, der immer stark um sein „fortschrittliches Image“ bemüht ist, argumentierte gar bei einer Vertrauenskörper-Sitzung bei VALVO: „eine lineare Forderung unterließe die Kollegen in den unteren Lohngruppen und die seien zumeist nicht-organisiert. Wer Unorganisierte unterstützen, der sei in der Gewerkschaft nicht am Platz!“

Bale müßte zu erwähnen, daß keiner dieser Herren auch nur ein Wort der Kritik an der empörenden „Erhöhung“ von 9 % in der Stahlindustrie verlor, die bei einem Kollegen mit 1.000 DM brutto höchstens 60 DM mehr im Monat bringt!

Die vorherrschende Aktivität, die die Gewerkschaftsführer inszenierten, war die Erstellung von Fragebögen, mit denen die Vertrauensleute Meinungsfragen unter den Kollegen machen sollten. Dabei wurden auch noch Tricks zur Senkung der Forderungen angewandt.

Auf den Fragebögen stand zu lesen: was erwartet ihr, was müßt die Tarifrunde bringen usw. D. h., man fragte nach dem Abschluß und nicht nach der Forderung - die bei der gängigen Tarifpolitik ja immer über dem Abschluß liegt. Als Ergebnis machten die Vertrauenskörper-Ergebnisse aus solchen Umfragen dann

immer die Forderungen. Bei HDW stellte die VK-Leitung sogar die Frage nach mehr Urlaub - über den in diesem Jahr gar nicht verhandelt wurde in der Hoffnung, daß die Kollegen dann weniger Lohn fordern!

Entscheidend an dieser Aktion ist allerdings, daß diese Umfragen durchgeführt werden, während die Kollegen einem propagandistischen Trümmelfeld der Kapitalisten ausgesetzt sind, ohne daß die Gewerkschaften hiergegen den Kampf führen. Im Gegenteil, die Vertrauensleute werden ja von den Gewerkschaftsführern so ausgerichtet, daß sie die Umfrage unter „Berücksichtigung der angespannten wirtschaftlichen Lage“ durchführen sollen. Kein Wunder, daß dabei eine Reihe niedriger Forderungen herauskam. Auf der Großwerft Blohm & Voß soll das Umfrageergebnis nach Angaben der VK-Leitung 11,9 % ergeben haben. Angestellte haben sogar für eine Null-Prozent Erhöhung plädiert.

Nur dort, wo fortschrittliche Arbeiter und Vertrauensleute eine ausführliche Auseinandersetzung um die Tarifrunde führten, kamen auch bessere Ergebnisse zustande.

Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführer an der Basis ist eine Umsetzung der offiziellen Politik des Stillhaltens der Gewerkschaft, ihre Funktionen werden nicht eingesetzt als Motor zum fortschrittlichen Teil der Arbeiterklasse im Kampf für ihre Interessen, sondern als Bremser dieses Kampfes. Die Kollegen in den Betrieben werden der Propaganda und den Angriffen der Kapitalisten schutzlos ausgeliefert.

Für die fortschrittlichen Arbeiter in den Betrieben bedeutet das in den aktuellen Auseinandersetzungen um Entlassungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, um Arbeitszeit und Lohnraub diese Politik zu entlarven und den Kampf orientiert am Interesse der Arbeiterklasse zu entwickeln. In einer Reihe von Betrieben und dazu gute Analyse gemacht worden.

Metall-Komitee,
KB / Gruppe Hamburg

Leserbrief aus Braunschweig

Tarifkommission im „Kampf“

Ich nehme Bezug auf den Artikel „Lohnraubsignale“ im letzten AK. Am 5. 11. 74 erhielt ich als Gewerkschaftsmitglied die Zeitschrift „Metall“ Nr. 22 durch unseren Vertrauensmann überreicht. Der Leitartikel befähigt sich mit dem in der 3. Verhandlungsrunde stehenden Tarif „Kämpfen“ in der Eisen- und Stahlindustrie NRW. In dem Text heißt es, daß die Tarifkommission „nach 18 Stunden stunden Ringen in der dritten Verhandlung“, das letzte Angebot der Arbeitgeber zu den Forderungen der IGM ausstehenden abgelehnt, „weil mit der Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 70 DM die Stahlindustrie wieder hinter den anderen Industriezweigen herhinkt, weil zwei Tage Urlaub mehr für die Stahlindustrie nicht ausreicht, hauptsächlich aber, weil die Zahlung von 600 DM für die Zukunft nicht tariflich gesichert, also keine wiederkehrende Leistung ist und so künftig wieder eine Tariflohn- und Gehaltssteigerung nach dem Eintrag in ein tarifliches Urlaubsgeld bedeutet.“ Nach Bezirksleiter Kurt Harb eine

„Tafelberg!“ So weit so gut!

Zwei Stunden später bekam ich die Sondernummer Metall Nr. 22. Diese Nummer befähigt sich ausschließlich mit den abgelehnten Tarifverhandlungen in NRW überschreibt: „Bei Eisen und Stahl in NRW nach harten Verhandlungen ein gutes Ergebnis erreicht.“ Darunter: „Unter Druck und Fach ist ein neuer Tarifvertrag für die 220.000 Beschäftigten in NRW und der Klöckner-Hütte Bremen.“ In der 4. Runde wurde „noch einmal fast 1. Stunden lang mit den Arbeitgeber verhandelt. Dann lag ein akzeptables Ergebnis vor.“ Ingeborg Finjeinhalb Scheitern“ hatte die Verhandlungskommission daran gearbeitet.

Das in der 4. Runde ausgelegte „Ergebnis“ unterscheidet sich vom letzten, entscheidenden abgelehnten Angebot der Arbeitgeber dadurch, den Auszubildenden 80 DM mehr zu geben (Angebot in der 3. Runde 70 DM).

Die Politik der Gewerkschaftsbürokratie bei Gegenüberstellung der Artikel wohl kaum jemandem entlarvt!

So 'rum muß es laufen! HDW-Elektriker fordern: 1,50 DM/Stunde mehr

Auch bei HDW bemühen sich die Gewerkschaftsführer, die Kollegen bei den Vorbereitungen zur Tarifrunde außen vor zu lassen.

Bei den Kollegen der E-Werkstatt auf Werk Röh stehen sie dabei allerdings auf unerwarteten Widerstand.

Als die vier Vertrauensleute der Elektriker nach der VK-Sitzung am 11. lediglich mit einem „Meinungsfragebogen“, auf dem jeder eine Wunschliste einer Forderung eintragen konnte, ins Gewerk zurückkam, gab es Protest. Die Kollegen forderten eine Branchenversammlung der Abteilung, um über die Forderungen zu diskutieren. Die Vertrauensleute wollten den Kollegen dieses Recht auf eine Diskussion allerdings verweigern. Bis sie angeblich „keine Zeit“ und die Versammlung müsse „mit Eile“ vorbereitet werden. Die letzten Argumente sind sicher richtig, wenn man es allerdings wie hier, scheuen gegen eine Versammlung der Kollegen überhaupt ausspricht, dann zeigt das nur, daß man nicht bereit ist, den

Kollegen eine aktive Rolle in der Tarifrunde zukommen zu lassen.

Die Elektriker führten dennoch einige Tage später mit 20 bis 30 Kollegen eine Versammlung in der Mitteilungsraum durch, auf der sie ihre Forderungen diskutierten.

Beschlossen wurde mit 3/4 Mehrheit eine lineare Forderung von 1,50 Mark mehr pro Stunde - erneut gegen die Stimme der vier Vertrauensleute.

Widerstand gegen die lineare und nicht prozentuale Forderung, die die Gewerkschaftsführer fordern, um die Lohnunterschiede aufzubrechen, wandten sich die Vertrauensleute. Das ging offenbar nicht, da der Lohnrahmenvertrag selbst prozentual ausmüßte, ließ es.

Der Vogel wurde allerdings abgeschossen, als sich alle vier Vertrauensleute - unter dem Protest ihrer Kollegen - weigerten, die Forderung auch im VK vorzutragen und so vertreten.

Es ließ sogar, man könne an eine Abstimmung ansetzen. Inzwischen versuchte der Betriebsrat Lampe, die Kollegen einzeln umzustimmen, damit sie von ihrer Forderung wieder

Forts. HDW

abrücken (nach dem Motto: „überleg dich noch mal“).

Zunächst einer der Vertrauensleute ist auf dem richtigen Weg. Er deutete vor Kollegen an, daß er eben für die „Konsequenzen“ ziehen würde und sein Amt niederlegen wird. Die faktischen sollten ihn und seine drei anderen Kollegen darin bestärken oder sie abwählen.

Denn Kollegen, die nicht bereit sind, die Forderungen ihrer Abteilungen weiterzutragen und zu verteidigen

und geradezu alles daran legen, einen aktiven Einsatz der Kollegen für ihre Forderungen zu verhindern, verdienen es nicht, Vertrauensleute genannt zu werden. Vertrauensleute sind nicht Vollstrecker des Willens der Gewerkschaftsführer, eine möglichst niedrige und prozentuale Forderung bei den Kollegen durchzusetzen, sondern sollen die Vertreter der Kollegen ihrer Abteilung in der gewerkschaftlichen Organisation sein.

Arbeiter Zelle HDW
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg

IGM-Lehrlinge organisieren eigene Versammlung

Nachdem die Gewerkschaftsführer im letzten Jahr auf mehreren Versammlungen der jugendlichen IGM-Mitglieder in Hamburg eine Abkehr von der Übergangs-Mehrheit der Beteiligten bekamen, verweigern sie den Lehrlingen in diesem Jahr eine solche Versammlung. Der Schulleiter der Gewerkschaft für Maschinenbau (G I) übernahm daraufhin die Initiative, den Lehrlingen eine Diskussion ihrer Forderungen zu ermöglichen. Auf einer ersten Versammlung wurde der Forderung „Kampf um 11 %“ gezeigt. Die anschließende Diskussion der etwa 100 Lehrlinge reichte nicht aus, die Lage und Forderungen zu diskutieren. An einer zweiten Versammlung am 26. 11. beteiligten sich 70 Lehrlinge aus 20 verschiedenen Metallbetrieben.

Kurz vor dieser Versammlung erhielt der Schulleiter einen Brief von IGM-Ortsleiter Hugo Schreiber, in dem dieser den Schulleiter zu einem Gespräch einzuladen vorgab und um Übersendung der Namen und Anschriften der Schülermitglieder bat (!!!). Die Teilnehmer der Lehr-

lingsversammlung verabschiedeten einen Brief, in dem unter anderem die Bereitschaft zu einem Gespräch auf einer Mitgliederversammlung aller Lehrlinge erklärt wurde. Der Boykott einer solchen Veranstaltung durch die Gewerkschaftsführer und ihre Schaffnisse gegen den Schulleiter wurde verurteilt.

Im Verlaufe der Diskussion wurde ausführlich über die Lage in der Tariffrage und die Forderungen diskutiert. Außerdem verabschiedeten die versammelten Lehrlinge eine Solidaritätserklärung mit 50 Kollegen der HBV, denen die Gewerkschaftsführung ein Strafverfahren wegen Teilnahme an einem Gewerkschaftsausschlußverfahren anhängte. In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung bekannten die Kollegen sich solidarisch mit den 4 entlassenen Betriebsräten der Pierburg-Autogerätebau in Neub.

Nachfolgend die Tarifrunden-Resolution, die einstimmig nach der Diskussion verabschiedet wurde:

Resolution zur Tarifrunde

Resolution zur Tarifrunde

An alle Kollegen der Hamburger Metallindustrie, den Ortsjugendausschuß der IGM, der OY-IGM und der großen Tarifrundkommission

Die diesjährige Tarifrunde fällt in eine Zeit, in der sich drastische Verschlechterungen der Lebensbedingungen für die Werktätigen abzeichnen. Auf der einen Seite steigende Preise und Mieten, erhöhte Kosten für Strom, Wasser, Gas und Nahverkehr, die erhöhte Belastung für die Arbeiter-

... bringen, auf der anderen Seite die verstärkte Lohnknechtschaft seitens der Unternehmer durch sogenannte „Stabilitätsklauseln“ bei 9 % und weniger steigende Kurzarbeit und zunehmende Arbeitslosigkeit. Durch Lehrstellenverknechtung und steigende Jugendarbeitslosigkeit ist auch die Arbeiterjugend besonders stark betroffen. Von 1971/72 bis 1974 wurden die Lehrstellen von 600.000 auf 340.000 verknappt. Demgegenüber stehen in diesem Jahr 400.000 Schulabgänger. Durch Stufenausbildung wird nur noch ein kleiner Teil der Lehrlinge zum vollwertigen (und auch voll bezahlt!) Facharbeiter ausgebildet, die große Mehrheit soll mit einer Ausbildung zum „besseren Hilfsarbeiter“ abgespielt werden. Durch Konkurrenzkampf um die Ausbildungsplätze im Stufenplan soll die Spaltung unter den Lehrlingen vorangetrieben werden.

Angesichts dieser massiven Angriffe gegen die Lebenslage und Ausbildungssituation der Arbeiter und Lehrlinge, ist es geradezu eine Dringlichkeit, wenn Unternehmer und Regierung uns auffordern, „Maß zu halten“, den Gürtel enger zu schnallen“ usw. Doch jede Bereitschaft zur Zurückhaltung und Lohnverzicht seitens der Arbeiterschaft werden die Unternehmer als Ernüchterung, weiter zu rationalisieren, um auf unsere Kosten noch mehr Profit einzustacken.

Hiergegen müssen wir unsere berechtigten Forderungen aufstellen:

Existenzlohn für Lehrlinge

Unsere Ausbildungsverträge sind so gering, daß unsere Eltern den größten Teil unseres Lebensunterhaltes tragen müssen. Da der Unternehmer von der ausgebildeten Arbeitskraft je später profitiert, ist es nicht einzusehen, daß unsere Eltern und wir die Kosten tragen. Die Ausbildungskosten sind voll und ganz vom Unternehmer zu zahlen. Ein Existenzlohn muß den Lehrlingen tarifvertraglich gesichert werden!

Eine einheitliche lineare Lohnhöhung für alle Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge von 250 DM

Alle Werktätigen sind von der Verschlechterung der Lebenssituation und dem Reallohnabbau betroffen. Um unser Lebensniveau zu halten, muß eine aus reichend hohe Forderung aufgestellt werden. Gegenwärtig wird die Spaltung in der Arbeiterschaft durch unterschiedliche Lohngruppen, verschiedene Bezahlung von Arbeitern und Angestellten und der einzelnen Lehrjahre gefördert. Eine prozentuale Lohnknechtschaft verstärkt die Spaltung, da dadurch die Lohnunterschiede noch größer werden.

Streikrecht für Lehrlinge - Kampf dem Abbau des Streikrechts

Ein weiteres Mittel der Spaltung und somit der Schwächung der Kampfkraft ist der Einsatz von Lehrlingen als Streikbrecher. Deshalb fordern wir das Streikrecht für Lehrlinge, damit der Unternehmer uns nicht mehr zwingen kann, unseren älteren Kollegen im Streik in den Rücken zu fallen. In der letzten Zeit häuften sich die Angriffe von Unternehmern, Regierung, Presse und Justiz, das Streikrecht - unser wichtigstes Kampfmittel - einzuschneiden.

Weg mit den Stufenausbildung

Um diese Forderungen gilt es verstärkt in Betrieb und Gewerkschaft zu diskutieren. Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die Diskussion um die Metalltarifrunde in diesem Sinn zu führen.

Stattdessen werden aktive Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertreter und andere fortschrittliche Kollegen durch Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie und Ausschüsse linker Gewerkschaften eingeschüchtert, erachtet die Gewerkschaft in der „Konservierten Aktion“ mit und läßt sich durch Lohnknechtschaft an den Interessen der Unternehmer und des Staates binden. Wird von Seiten des Vorstandes die Einberufung einer Großen Funktionärerversammlung und einer Jugendmitgliederversammlung verhindert.

Deshalb fordern wir:

Weg mit den Ausschußparagrafen der IGM-Satzung!

Gewerkschaften raus aus der „Konservierten Aktion“!

Sofortige Einberufung einer großen Funktionärerversammlung und einer Jugendmitgliederversammlung!

Regelmäßige Funktionärerversammlungen vor und nach jeder Tarifrunde!

Unterzeichnet dieser Resolution sind Kollegen aus den Firmen
AEG, Blohm & Voß, Com. Cons., Eppendorfer Gerätebau, Habermann, Hauni, H. K. Peters, HDW, Jungheinrich, Kreier, MBB, Nass, Ortmann und Kerbit, Pieper, RSK, Siemens, Spilling Werft, Stofflin, SEL, Vidal, darunter mehrere Mitglieder der Jugendvertretungen.



Anzeige

die Internationale

Bestellungen an

- für 6 Ausgaben DM 4,80
- für 12 Ausgaben DM 9,60
- Förderbeitr. für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- Förderbeitr. für 12 Ausgaben ab DM 12,-

Herausgeber:
Verlag ARBEITERKAMPF

J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 36

Rohstoffpolitik des westdeutschen Imperialismus

„Härte und Durchstehvermögen“

Innerhalb der imperialistischen Politik kommt der Rohstoffversorgung eine zentrale Bedeutung zu. Eine auch in Krisenzeiten gesicherte, unterbrochene und dabei zugleich „preiswerte“ Zufuhr, die für die hochtechnisierte kapitalistische Industrie lebensnotwendigen Rohstoffe ist auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet eine entscheidende Voraussetzung imperialistischer Großmachtspolitik.

Der westdeutsche Imperialismus gebietet (wie der japanische, vergl. AK 51) zu dem extrem importabhängigen Staaten, die auf eine Rohstoffzufuhr von außen, vor allem aus den sog. „Entwicklungsländern“ angewiesen sind.

Für den BRD-Imperialismus spielt deshalb die Frage einer abgesicherten Rohstoffversorgung eine besondere Rolle. Dieser Artikel soll sich damit beschäftigen.

Die Rohstoffabhängigkeit des westdeutschen Imperialismus

Die BRD-Imperialisten verbrauchen knapp zehn Prozent aller in der Welt geförderten mineralischen Rohstoffe. Lediglich der einheimischen Bergwerksproduktion von Blei und Zink mit einem Anteil von zehn bzw. 27% am westdeutschen Gesamtverbrauch kommt dabei eine nennenswerte Bedeutung zu. Eine große Rolle spielt daneben nur noch der einheimische Abbau von Stein- und Kalkstein, von Fluß- und Schwermetallen. Betrachtet man dagegen die gesamte Palette wichtiger Rohstoffe, so ist die BRD, aufgrund geringer oder gar nicht vorhandener Rohstoffvorkommen und schwerer als vollständig von der Zufuhr des Auslandes abhängig. Bestimmte, für die Raumfahrt, Rüstungs- und Kernenergieproduktion entscheidende Rohstoffe (wie z.B. Mangan, Kobalt, Nickel, Chrom, Columbium, Antimon und Uran) sind in schnell erschöpften Vorkommen oder gar nicht vorhanden. „... die BRD (erweist) sich bei einer Reihe wichtiger Rohstoffe als vollständig oder nahezu vollständig auf Zufuhren vom Ausland angewiesen. Das gilt u.a. für die Textilrohstoffe Wolle, Baumwolle und Leder, für die metallischen Rohstoffe Kupfer, Zinn, Quecksilber, Uran und Aluminium (bzw. für dessen „Erz“ Bauxit), für die Stahlerzeugnisse Mangan, Chrom, Nickel, Molybdän, Wolfram, Vanadium, Kobalt usw. ... Hoch ist die Auslandsabhängigkeit der BRD mit zur Zeit etwa 90% auch bei Erdöl und Eisen, während die bei Kautschuk, Blei und Schwefelzinn ... mit z.Zt. etwa 50 bis 60% etwas niedriger liegt“, schreibt die „Militärzeitung „Wehrkunde“ (zitiert nach „Kursbuch“ 21, S.133).

Diesem Mangel an strategisch wichtigen Stoffen auf der einen Seite steht ein ständig ansteigender Bedarf an diesen Rohstoffen durch die BRD-Industrie auf der anderen Seite gegenüber, der auch nur zu einem sehr geringen Teil durch sog. „Surrogate“ (Ersatzstoffe) ersetzt werden kann.

So stetig der Verbrauch der für die Aluminiumproduktion notwendigen Grundstoffe in den 23 Jahren von 1950 bis 1973 um das zehnfache, bei Blei, Zink und Kupfer um das dreifache

Die bisherige Rohstoffversorgung der BRD

Im Gegensatz zum US-Imperialismus kann der BRD-Imperialismus nur sehr beschränkt auf eine Bedürfnisdeckung durch eigene Lager und Schürfstellen im Ausland setzen. Auch die übrigen westeuropäischen Staaten sind hier in einer etwas besseren Situation, da sie sich auch

heute noch auf - in ihrer Kolonialzeit „erworbene“ - Rohstoffquellen stützen können.

„An einer ähnlichen Dynamik, mit der im inländischen Erzebergbau und der inländischen Hüttenindustrie investiert worden ist, hat es bei der deutschen Metallwirtschaft in der Nachkriegszeit gefehlt, als es gilt, sich auch im Erzebergbau des Auslandes zu engagieren und an den dort tätigen Gesellschaften wesentliche Beteiligungen zu erwerben“, schreibt Walther Casper, Vorstandsmitglied der Frankfurter Metallgesellschaft AG (Rohstoff-Im- und Export-Konzern) in der „FAZ“ vom 26.10.74.

Diese Politik des westdeutschen Imperialismus war vor allem in den historischen Bedingungen nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg begründet, in dem der deutsche Imperialismus bei seinem Griff nach der

Grund, in dem der deutsche Imperialismus bei seinem Griff nach der allgem. Vorherrschaft über Rohstoffquellen und Absatzmärkte gescheitert war. In der Nachkriegszeit legten „die Männer an der Spitze, durch den Verlust aller Auslandsbeteiligungen als Folge zweier verlorenen Weltkriege gebannte Kinder“ (Casper) auf den Wiederaufbau und die Konsolidierung des westdeutschen Imperialismus den Schwerpunkt und ließen damit abermals den Grundstein für eine expansive und aggressive Politik nach außen. Der Erwerb und die Errichtung eigener Rohstoffquellen im Ausland hätte in dieser Phase bei den dazu notwendigen hohen Investitionen (Suche und Erschließung von Quellen, Erwerb von Abbaurechten gegen die imperialistische Konkurrenz, Aufbau der not-

Durch derzeitige Einflußnahmen der westdeutschen Imperialisten konnte ein Teil der Blei- und Zinkversorgung durch Lieferungen aus der Republik Irland sichergestellt werden. Ein Teil der Kupferversorgung konnte durch „Hilfsmaßnahmen bei der Erschließung großer Kupfervorkommen in Südafrika und Indonesien gedeckt werden. Ebenso die Nickelversorgung durch Gruben in Australien und Botswana.

Seit Mitte der 60er Jahre sind westdeutsche Gesellschaften „mit erheblichen Mitteln und geschulten Fachkräften wie Bergbauexperten und Geologen in der Suche nach neuen Lagerstätten intensiv tätig“ (Casper).

1969 wurde in Brasilien ein riesiges Nickelvorkommen von ca. 435.000 Tonnen entdeckt und von westdeutschen Gesellschaften erforscht. Gemeinsam mit dem größten

westdeutschen Unternehmen forscht gemeinsam mit dem größten Nickelproduzenten der Welt, der kanadischen INCO, soll es ab 1978/79 mit einem Investitionsvolumen von einer Milliarde Mark von westdeutschen Kapitalisten ausgebaut werden.

Bei dem energiepolitisch und militärisch äußerst wichtigen Uran ist es der BRD-Imperialisten inzwischen sogar gelungen, sich wenig zögerlich der US-Imperialisten zu betreiben. So betonte sich u.a. die VIBA und die Metallgesellschaft AG am Uranerzabbau in Namibia, dem bisher größten bekannten Vorkommen. Auch in Niger, Togo, Angola und Mosambik sind westdeutsche Firmen direkt am Uranerzabbau beteiligt (verg. AK 47, Energiepolitik der westdeutschen Bourgeoisie).



Lieferant westdeutscher Imperialisten. Chilenische Kupfermine El Teniente

wendigen technischen Produktions-einrichtungen usw.) die Kapital- und Finanzkraft des westdeutschen Imperialismus überlegen.

Gesichert wurde die Rohstoffzufuhr der westdeutschen Monopole vor allem durch „... ein in Jahrzehnten aufgetautes weltweites Handelsnetz“ (Casper).

Um die Gefahren einer ausschließlich kurzfristig gesicherten Rohstoffzufuhr zu mildern, wurden schon in den 50-er Jahren, besonders aber in den 60-er Jahren von den BRD-Konzernen langfristige Versorgungverträge mit den Rohstofflieferanten abgeschlossen. Den westdeutschen Kapitalisten kamen dabei zeitweilige Produktionsüberläufe auf den Weltmärkten zugute.

Daneben beteiligte sich westdeutsches Kapital auch schon frühzeitig an der Erschließung von Vorkommen im Ausland, allerdings wurden hierbei nur in wenigen Fällen direkte Beteiligungen erworben.

Wesentliche Instrumente waren bei der Erschließung Burschenschaften und Darlehen, die gegen langfristige Abnahmeverträge vergeben wurden. Weiterhin Finanzierung notwendiger Investitionen ausländischer Gruben durch westdeutsche Banken und langfristige Kredite der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“.

Unterstützung des Staates

Führlings Unterstützung erhielten die BRD-Imperialisten bei ihrer Suche nach neuen Rohstoffquellen und der Rohstoffabsicherung durch den Staat, was auch von Casper in seinem Artikel lobend hervorgehoben wird. „Former ist festzustellen, daß sich ebenfalls in den 60er Jahren, zunächst bei Uran und später auch bei anderen wichtigen Metallen, eine enge Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und der Industrie angebahnt hatte. Wesentliche Hilfe bei der Suche nach neuen Quellen bis zu 50% der aufgewandten Kosten von der Bundesregierung zugesprochen, die nur zurückgezahlt werden mußten, wenn die Erforschung erfolgreich war.“

Forts. Krie

Darüberhinaus sind weitere staatliche Subventionen zur Konjunkturbekämpfung in Aussicht genommen worden, die dem Vernehmen nach bei über drei Milliarden Mark liegen sollen (u.a. soll hiervon in Schwierigkeiten geratenen Kapitalisten die Zahlung der Löhne abgenommen werden).

In diesem Zusammenhang muß einfach daran erinnert werden, daß die SPD-FDP-Regierung bereits in den zurückliegenden Monaten die Unternehmen gleich von der Umsatzsteuerbelastung bei Investitionen befreit hat, was allein für 1974 über zehn Milliarden DM ausgemacht hat. Ferner wurde bekanntlich die Gesellschaftsteuer von 2,5 auf ein Prozent gesenkt (lt. "Frankfurter Rundschau", 26.11.74).

Jetzt soll sollen den Kapitalisten erneut Milliardenbeiträge aus den Steuereinkommen der werktätigen Massen in den Taschen geschmitten werden - was zynischerweise von den "Sozialliberalen" sich noch als im Interesse der Arbeitsplatzsicherung angepriesen wird.

Aber ebenso wenig wie die bisherigen Milliardenspitzen des Staates für die Wirtschaft ein Anwachsen der Arbeitsbeschäftigung, allenfalls ein Million vermindert haben, wird das neue "Investitionszulagengesetz" die verheißenen positiven Ergebnisse für die werktätigen Massen zeitigen. Daran lassen zumindest die Kapitalisten und die in ihrem Sold stehenden Propagandisten keinerlei Zweifel. Höhnisch wird erklärt, daß "nicht erwartet werden (sollte), daß diese Prämie an der allgemeinen Misstimmung und an der in der Wirtschaft herrschenden Investitionsunlust grundlegend etwas ändern würde. Allenfalls (!) kann sie als ein erster zaghafter Schritt in die richtigen Richtung gesehen werden (!!!)" ("Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29.11.74).

Dieselbe Zeitung - die es wissen muß - formuliert "programmatisch" das, was die Großbourgeoisie von der Bundesregierung und anderen staatlichen Funktionsträgern gegenwärtig an größeren Schritten zur Beseitigung "politischer Unwägbarkeiten" erwartet: "die Verankerung der Unternehmer und eine anhaltende Indukti-

nierung der Jugend in Schulen und Universitäten, in Büchern und Schriften, in Parteien und Gewerkschaften" muß unterbunden werden.

• das "Demokratische" der "parteilichen Bestimmung (!)", die das oberste Entscheidungs- und Beschlußorgan der Großunternehmer zum Kampfplatz politischer Interessengegensätze machen will" muß weg, • zu verhindern seien "katastrophale Kosten, die unübersehbarer Höhe ... die auf die Unternehmer zu kommen aus den Umweltschutzforderungen" und Front zu machen sei wegen die "mehr oder minder emotional bestimmten Passionen von Hungerinstinkten gegen die Errichtung neuer Werke", (alle Zitate sind entnommen der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 29.11.74).

Die Bourgeoisie verlangt also - neben einer generellen Senkung der Reallohne - als Grundlage für einen erneuten Profitboom - eine ganze Reihe von reaktionären politischen Maßnahmen, weil ihre eigenen Klassenziele "weit in die Zukunft gerichtet sind und nicht von mehr oder minder zufällig gewährten, zeitlich begrenzten Erleichterungen bestimmt werden können" ("FAZ", ebenda).

Der Bourgeoisie geht es dabei demnach schon beängstigend Tempo in der reaktionären, faschistischen Formierung von Staat und Gesellschaft noch nicht schnell genug. Die bewußte Vordrehung und überspitzte Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit dient dabei allein dazu, einen noch reaktionäreren Kurs zu legitimieren - und die Krisenlasten möglichst vollständig auf die werktätigen Massen abzuladen.

In diesem Zusammenhang muß die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu den Plänen und Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates gewertet werden. Diese Leute haben nicht nur kein Programm gegen die bürgerliche Klassenpolitik, sondern sie spielen auf ihre Weise sogar eine äußerst schändliche Rolle bei der Durchsetzung der Kapitalisten. In der "Konzertierten Aktion" haben sie grundsätzlich die "Priorität" von Unternehmerrückgewinn akzeptiert und versprochen, sich "verantwortungsbewußt" zu verhalten.

Die von Führern der verschiedensten DGB-Gewerkschaften für die kommenden Lohnrunden entwickelten Forderungen sind ohne Ausnahme so besessen, daß am Ende ein Abschied auf der Lohnleiste herauskommen wird (woher abzusehen ist, daß in diesem Jahr die Kollegen des Öffentlichen Dienstes am stärksten gebeutelt werden).

Gegen die um sich greifende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, sowie die zahllosen anderen Erscheinungen kapitalistischer Rationalisierung, haben die Gewerkschaftsführer - außer absolut untern und lächerlichen Appellen an die Bundesregierung - nichts als erfolgversprechenden Abwehrmaßnahmen für die Arbeiterklasse vorzuschlagen. Das kann bei Leuten, die den konsequenten Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ablehnen, auch gar nicht anders sein!

Gegen die politischen Maßnahmen der Bourgeoisie und ihres Staates haben die heutigen DGB-Führer überhaupt nichts einzuwenden. Im Gegenteil ist es so, daß sie bei der Hetze und der Verfolgung kommunistischer und klassenbewußter Arbeiter eine aktive Rolle spielen - und auf diesem Gebiet für die Kapitalisten sozusagen unbezahlbar sind!

In der kapitalistischen Gesellschaft wird es natürlich immer sein, daß Krisen und Strukturprobleme vor allem auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden.

Aber wir müssen daran gehen, eine einheitliche Kampfront gegen höhere Steuern und Preise, für eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, für Verteidigung und Erweiterung unserer politischen Rechte für radikale Krümmung der Rüstungslasten usw. aufzubauen, weil dieser Kampf darüber entscheiden wird, wie weit es den Kapitalisten gelingen wird, ihre Krise tatsächlich auf die Arbeiter abzuwälzen - und damit entscheidet dieser Kampf auch mit über die weitere Existenz des Kapitalismus.

KB/Gruppe Hamburg

Gegen die NPD-Veranstaltung in Kassel

Für den 22.10. hatte die NPD eine öffentliche Wahlveranstaltung in Kassel angekündigt.

Um eine gemeinsame Aktion gegen das Auftreten der Faschisten in Kassel zustande zu bringen, luden wir alle Kasseler Antifaschisten zu einer Besprechung ein.

Die Kasseler Gruppe des R.V. "Jugendorganisation des K.B.W." erschien erst gar nicht zu den Vorbereitungsbesprechungen und blieb auch der Aktion selbst fern. Leider war auch keine von den eingeladenen Jugendvertretungen erschienen.

Die NPD-Veranstaltung selbst wurde von etwa 15 Faschisten und einigen KBWern besucht, die KBWler kamen dann wieder raus, nachdem sie wohl den Eindruck gewonnen hatten, daß auf der NPD-Veranstaltung keine "interessierten Menschen" seien.



Von den Anwesenden war nur der Vertreter der "Sympathisanten des KBW in Kassel" gegen eine Aktion. Er brachte das bekannte Gebulder vor, daß man doch mit den Faschisten "diskutieren" müsse. Er sei gegen "Krawallmacher", denn "Eier und Farbbeutel gehören nicht zur Politik des KBW". Die "Störer" hätten der NPD "politisch nichts entgegenzusetzen" (das wohlgemerkt sagte der KBWler, nicht etwa die NPD!).

So wurde die Aktion schließlich vom RB/BDJ, vom "Rote Fahne Freundeskreis" (RFFK, Sympathisanten der "KPD") und von den Sym-

Die NPD-Aktion hat uns im Anschluß an die Löwenhof- und Strauß-Aktion noch einmal deutlich gezeigt, daß zukünftige antifaschistische Aktionen in Kassel von den qualitativen und quantitativen Bedingungen her erfolgreicher sein werden, wenn wir beginnen, eine breite Diskussion über den antifaschistischen Kampf zu entfalten. Wir dürfen diese Diskussion aber nicht fernab der konkreten Aufgaben führen, sondern müssen sie mit ihnen verbinden.

Nach einem Bericht der Sympathisanten des KB in Kassel

Forts. Rohstoffpolitik

kar seinen Interessen unterordnen und damit auch einer selbständigen

wird die Bundesregierung neben der Schaffung einer potenten Mineral-

Forts. Rohstoffpolitik

Expansion und Kapitalexport

Die direkte Beteiligung an internationalen Monopolen, wie der kanadischen INCO, der Erwerb "eigener" Vorkommen in der Welt, besonders seit Mitte der 60-er Jahre, zeigt an, daß der westdeutsche Imperialismus eine Politik der Rohstoff- und Kapitalexporte verfolgt. Diese Politik der Rohstoff- und Kapitalexporte ist die Grundlage für die Rohstoff- und Kapitalexporte.

„Aber dieses Versorgungsversprechen, das sich in der Vergangenheit bewährt hat, bietet heute unter den veränderten Bedingungen ... für die Rohstoffversorgung keine hinlängliche Sicherheit mehr. Zur mittel- und langfristigen Versorgung der deutschen Metallindustrie erscheint die Erbschaftung auf dem freien Handelsweg kaum noch ausreichend, selbst dann nicht, wenn durch Kreditgewährung an die Grubenunternehmen langfristige Verträge vermehrt zustande kommen. Zugang zu eigenen Lagerstätten, Versorgung aus eigener Förderung auch wenn man Bezahl und Verfügung mit anderen Partnern teilt, erscheinen unentbehrlich, wenn man der Währungs- und Marktschwankungen halbwegs vorbeugen will“ (Casper).

Mit den veränderten Bedingungen, die eine Änderung der Politik der Rohstoffversorgung erfordert, meint dieser Vertreter des Imperialismus vor allem den sich zuspitzenden Kampf der imperialistischen Mächte um die Einflußgebiete und Rohstoffquellen in der Welt. Für den BRD-Imperialismus ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich ebenfalls durch Kapitalexport und Kapitalbeschaffung in den Rohstoffländern zu verheften. Mit der Heraufhebung des BRD-Imperialismus aus den Windschatten des US-Imperialismus und dem immer offensiver zum Vorschein getragenen Verfolgen eigener imperialistischer Machtpolitik (auch gegen die bisherigen Rohstofflieferanten, die ja zum Teil selbst Monopole der Rohstoffexporteure in Bedeutung. Zudem werden die Entwicklungsländer) hindurch stärker als durch irgendein anderes wirtschaftliches Fortschritts- oder Fortschrittswort der BRD-Monopolisten gebunden. Das heißt, die Kapitalexporteure selbst, die Imperialisten, diese Länder sind

kor seinen Interessen unterordnen und damit auch einer selbständigen nationalen Entwicklung und dem Einsatz der Rohstoffe für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft dieser Länder entgegenwirken.

Eine besondere Rolle bei der Verfolgung dieser Expansionspläne des westdeutschen Imperialismus soll der Staatsapparat spielen. Die „Mitwirkung“ des Staates bei der Rohstoff- und Kapitalexporte ist die Grundlage für die Rohstoff- und Kapitalexporte.

Hier soll zum einen der Staat - mit den Steuern der werktätigen Bevölkerung - die Großmacht-Ambitionen der imperialistischen Finanzeliten helfen, ihr Risiko, Verluste zu erleiden, durch „Garantierung“ zu mindern, und andere Absicherungen beschaffen, um so höchste Profite zu ermöglichen. Bezahlen sollen die Werktätigen. Zum anderen soll aber vor allem die Rohstoffzufuhr von der Ebene der Beziehungen einzelner kapitalistischer Unternehmen zu den Rohstoffländern auf die Ebene politischer Beziehungen zwischen den Staaten gehoben werden. Die BRD-Imperialisten wollen so diese Länder wirtschaftlich und politisch unter Einsatz ihrer gesamten Macht von sich abhängig machen.

Und ihr Staatsapparat steht den Kapitalisten dabei voll zu Diensten. Bereits 1970 veröffentlichte die Bundesregierung ein „Rohstoffförderungsprogramm“, das den Kapitalisten „Bankierende Maßnahmen“ zusichert u.a. Zuschüsse bei der Erforschung neuer Quellen (s.o.). Am 17.1.74 erklärte Friedrich II. „Süddeutsche Zeitung“. „Die Bundesregierung werde sich bei der Rohstoffförderung keinesfalls auf defensive Strategien beschränken (!), sondern nehme die neue Situation zum Anlaß, die internationale Situation zwischen Industrie, Rohstoff- und Entwicklungsländern zu verbessern (!) und auf eine neue Grundlage zu stellen. ... Um die zur Erhöhung des „Angebotes“ notwendigen Investitionen besser absichern (!) zu können, werde gegenwärtig sehr sorgfältig geprüft, welche Instrumente (!) geeignet seien, um den hohen politischen Gefahren (!) zu begegnen, die über die ökonomischen Risiken hinausgehen. Außerdem

wird die Bundesregierung neben der Schaffung einer potenten Mineral-Exporteure Anreize (!) für deutsche Firmen zur Kooperation im Nicht-Alberreich schaffen. Für diese Kooperation werden Bundesregierung und Parlament erhebliche Finanzmittel (!) bereitstellen müssen. Außerdem sollen die vorhandenen Förderinstrumente ausgebaut (!) werden. ... Ferner werden die in der Bundeshaushalt für die verschiedenen Bürgerschafts- und Gemeindeförderinstrumente vorgesehenen ... Fonds erhöht (!) werden“. Kommentar: Überflüssig!

„Soziale Prozesse übersehen“ - wie in Chile!

Auch den Kapitalisten werden durch die „veränderten Bedingungen“ neue Anforderungen und Aufgaben gestellt. Die „Politikierung“ zwischen den Rohstoffabhängigen und den Rohstoffbenutzenden Ländern, erfordert „neue Qualifikationsnachweise“ der Kapitalisten, denn „das Rohstoffgeschäft (ist) allein mit den herkömmlichen Mitteln der bloßen Beschaffung nach Wirtschaftskriterien und durch Ausnutzung von Handelsvertretern nicht mehr zu meistern“. „Dieter Untermyer muß in politischen Kategorien denken und den Zusammenhang wirtschaftlicher Teilbestände im gesellschaftlichen Wandel begreifen. Er muß politische Komponenten einkalkulieren und auch langfristige soziale Umwälzungsprozesse im internationalen Bereich übersehen“. Die wirtschaftliche Macht der Imperialisten soll auch das politische Leben dieser Länder durchdringen und sie politisch abhängig machen.

Wie ließ sich doch gleich eine der markanten Aussagen Caspers „Harte und Durchsetzungsvermögen sind gegenteilig (!) nötig, um das Verhältnis mit der anderen Seite zu klären (!), die letztlich (!) doch auf Rat und Erfahrung der industriellen Partner (!) angewiesen ist“. - „Und was nicht „hören“ will, der muß „hören“!“, sagte Chue.

Dies ist die Stimme des aggresiven Imperialismus, der sich aufmacht, die Welt neu aufzutun und dabei gewillt ist, alles, was sich seinem Expansionsdrang in den Weg stellt, niederzuschmeißen.

Metall Komitee KB/Gruppe Hamburg

Einmal Faschismus, das reicht!



Vier der Schlägertypen

Am Samstag, dem 16. November wurde im Einkaufszentrum Aktion unter Informationsdruck durch Schläger überfallen.

Zuerst hatten sich drei Männer in einer Diskussionsgruppe nach vorne gedrängt, einen unserer Genossen beschimpft und tätlich angegriffen. Sie waren dann weitergezogen, hatten an einem anderen Stand Flugblätter heruntergerissen und waren auf einen Flugblattverteiler losgegangen. Nach einiger Zeit kamen sie zurück und steuerten auf unseren Bänkenstand zu - nun eine Gruppe von sechs Typen, die in der Art von Nazi-Schlägern ausliefen, aber zum Teil eher das Aussehen von Zivilpolizisten

hatten (siehe Foto). Sie hatten offensichtlich eine Provokation vor. Unsere Genossen und andere entschlossene Demokraten und Kommunisten stellten sich schützend vor den Bänkenführer der Schläger fürchte sich auf einen der Genossen und wollte ihn mit der Faust ins Gesicht schlagen, die anderen stießen den Bänkenführer und begannen eine Schlägerei. Die Genossen verteidigten sich so gut sie konnten, einer von ihnen wurde nachher mit aufgetriebenen Augenbrauen im Krankenhaus gebracht. Die schließlich eintreffende Polizei forderte uns die Passanten zum Weitergehen auf, ein Zivilpolizist fotografierte nicht etwa die Schläger, sondern uns.



Anzeige

Sie haben den Präsidenten ... Die Nazifarbe Carraro Bianco Trinklied Einmal Faschismus, das reicht! Schallplatte einer Hamburger Agit-Prop-Gruppe mit 4 Agitationsliedern Preis DM 5,- zuzügl. Porto

Westberlin

Probefeld der Reaktion

In Westberlin, mit eh und je als „Frontstadt“ Schauplatz reaktionärer Mobilisierungen gegen die Kommunisten und gegen die sozialistischen Staaten, nahm auch die Kampagne nach dem Tod von Holger Meins und der folgenden Erschießung Richter Drankmann besonders extreme Züge an.

Kesseltreiben gegen Liberale

„Die Aktionen der Anarchisten, ihre Hintermänner und Anwälte, würden im Lärm verpuffen, wenn sie in einer geistig, moralisch und politisch inaktiven Landschaft geschähen“, schrieb die Westberliner „Morgenpost“ am 12.11. Die Zeitung führt dann mit der Bemerkung fort, leider sei aber, „die politische Gerechtigkeit (!) in unserem Rechtsstaat“ noch „anfällig“. Also sei, wie es im klassischen faschistischen Jargon weiter heißt, eine „konsequente Reinigung (!) aller ideologisch infizierten (!) Stellen“ notwendig.

Was damit im Einzelnen gemeint ist, wird an den Worten des Westberliner CDU-Politikers Lummer deutlich, der Männer wie Bischof Scharf oder die Professoren Gollwitzer und Flechtheim u.a. als „Töwen und Tölpel, Mitleider und Sympathisanten“ beschimpfte, die „die Saat der Gewalt durch falsches Mitleid, politische Solidarität und unverständliche Sympathie gefördert und kultiviert“ hätten.

Dieser Heizer wird allerdings noch weit in den Schatten gestellt von Berufsflüchtling und Strauß-Intimus Paschmann (aus der CSSR), der bisher zu jedem reaktionären Dreck (wie Löwenthal-BFD etc.) seinen Seufzer gab: „Wenn es nicht immer wieder von linksorientierten deutschen Schriftstellern eine Rechtfertigung von Gewalttaten von Terroristen gäbe, würde es weniger Gewaltanwendung in der politischen Auseinandersetzung geben.“ Ohne Billa „Katharina Blum“ wäre es sicher nicht zu dem scheußlichen Mord in der Bavaria gekommen“ (h. „Bild“, vom 21.11. – gemeint ist die Erschießung Drankmanns). In dasselbe Horn stießen im Grunde auch „sozialdemokratische“ Blätter wie das „Spandauer Volksblatt“ (21.11.), wenn es dort heißt: „Wenn ein Hochschullehrer der sogenannten (!) politischen Wissenschaft (gemeint ist Prof. Flechtheim – Anm. AK) sie

(Studenten – Anm. AK) einseitig zum Hungerstreik putscht (!), dann sind es und andere genau jene Adressaten, an die Klage für eine politische Vorhütung der akademischen Jugend mit dem Ziel der Unterminierung des Rechtsstaates zu richten“.

Nicht einmal die „Tagesschau“ las Tenenbachs Brief verschont. So heißt es in einer Stellungnahme der Westberliner CDU zu den Berichten über den Tod von Holger Meins im Fernsehen: „Die Tagesschau hat einen der gefährlichsten Anarchisten in publizistischer Verzerrung zum Märtyrer erhoben“; damit habe das Fernsehen „eine Hilfestellung für Pottrucker und einen Anreiz für unverständliche Wirkkräfte“ (h. „Spandauer Volksblatt“, 12.11.).

In solchen Äußerungen zeigt sich – scharfer noch als in der BRD – die Absicht, jede öffentliche Stimme zum Versimmen zu bringen, die auch nur die leiseste Kritik an staatlichen „Kampf gegen den Terrorismus“ mit all seinen Begleiterscheinungen (Abbau demokratischer Rechte, Vorbereitung des Kommunistenverbots etc.) äbt.

... und in der Kirche I

Auch hier „gilt es, einige Maßstäbe endlich wieder zurechtzurücken“ („Morgenpost“, 12.11.). Der Rücktritt „aus Protest“ der beiden reaktionären Kirchenfürsten Pfennig (nebenbei stellvertretender Polizeipräsident) und Münn (Antirassistischer Präsident) war der Startschuß für das nachfolgende Kesseltreiben. Bereitwillig öffnete die bürgerliche Presse ihre Spalten für solche honoräre Herren wie Münn, General-Superintendent, oder Super-Generalintendant Hellich, die auf ganzen Seiten ihren antikommunistischen Ausbreiten konnten. „Eine radikale Ideologie, die Theologie der Revolution habe „Eingang in die Kirche gefunden“ („Bild“, 21.11.). „Es könnte einem scheitern vor dem Regionalunterricht an den Schulen“. Von 16 Pfarrern aus dem Praktisch-Theolog. Ausbildungsinstitut sei „nur einer gläubig evangelisch, die anderen 15 sind Anarchisten“ („BZ“, 21.11.).

Dass eine anwachsende Zahl von Menschen das Geld für die Kirchensteuern spart und der Kirche den Rücken wendet, liegt – wer hätte es gedacht! – nach diesen Stimmen auch an der „Radikalisierung“ der Kirche. „Wer bisher meinte, die Kirche

such an der „Radikalisierung“ der Kirche, wer bisher meinte, die Kirche sei ein Hort der Ordnung (!) und des anständigen Lebens (!), der ist natürlich tief enttäuscht. Wenn die Kirche dies nicht mehr predigt, verlassen viele Christen die Kirche.“ Prompt ließ die bürgerliche Presse auch „den Mann (die Frau) von der Straße“ aufmarkieren, die „was Wunder!“ die reaktionären Thesen nachgeplagten: „Massenflucht! Warum viele Teile der Kirche weglaufen – „Bild“ fragte einige Berliner nach ihren Gründen.

Rita Rothe: „Ich unterstütze doch keine Kommunisten mit meinen Steuern!“
- Stephan Schilling: „Ich will mit meinem Geld nicht kriminelle Banden unterstützen.“ (23.11.)

Natürlich mit Kirchenaustritten den braunen „Ordnungs“aposteln gar nicht gedient. Ihnen geht es darum, fortschrittliche Ansätze einzelner Pastoren, kirchlicher Mitarbeiter etc. zu liquidieren, damit sich die Kirche im vollen reaktionären Sinn auf ihre wahre Aufgabe konzentrieren kann: „Opium fürs Volk“ zu sein. Deshalb der Appell der Reaktion: „Treter nicht zurück, sondern helfe uns!“ („Bild“, 23.11.) bei der Hexenjagd auf Bischof Scharf, „der sich mit den Linken aufreißt und viele Bürger aus der Kirche treibt“ („Bild“, 23.11.). Das kürzlich die Bader-Meinhof-Mädchen Ingrid Schubert, Monika Werberich und Brigitte Nohnhaupt im Gefängnis besuchte“ hat („Bild“, 19.11.).

Auch hier zeigt sich die Absicht, selbst den angeklagten Bischof der eine politische Gefangene besuche um eine verkümmerte Seele zu retten in die Nähe des „Terrorismus“ zu drängen, also selbst von dieser Seite die totale Isolierung der „Terroristen“ (als Vorstufe zur Isolierung aller Revolutionäre) zu vervollständigen.

Selbst der Faschismus hat doch grundsätzlich seinen Gegnern das zweifelhafte „Recht“ des geistlichen Berufsstands“ zueinander – die gegenwärtige Heizekampagne geht doch im Grunde sogar darüber noch hinaus! Ist nicht gerade natürlich die Jagd auf Pastoren, kirchliche Mitarbeiter etc. die ihren „Glauben“ mit fort-

schrittlicher Politik verbinden zu meinen können.

Der scheinbar unbenachteiligt zum Idiotismus tendierende Primitiv Heizer Peter Boenisch bringt in Springer „Bild am Sonntag“ die Sache wieder mal auf den abenteuerrichsten Begriff Scharf als „Bischof „flau-flauman““ („Gott, wie witzig!“) trüge „Mitschuld und Mitleidenschaft“, daß so manche Kirche zum Tanaplast der Linksputschisten wurde“ (man stelle es sich bildlich vor!), „Priester als Ministerien der Gewalt“, „Kasseler-Container getarnt mit Kreuz“ (als ob das Kreuz nicht schon viel schlimmere Dinge „getarnt“ hätte als bloß Kassier(!)), „Mißbrauch des Alters als Kulisse im Theater politischer Gewalt“ (Boenisch meint nicht etwa die „Kreuzzüge“, jahrhundertlange Judenverfolgungen oder die Kolonialisierung Südamerikas(!), schließlich ist der Höhepunkt dieser reaktionär-geisteslosen Zumutung: „Wir zahlen und beten für den Frieden und nicht für Handgrenzen im Talar.“ – Das wäre wahrscheinlich selbst einem Goebbels etwas zu plump!!

Versuch einer reaktionären Massenmobilisierung

Während der letzten Wochen versuchten die bürgerlichen Parteien Westberlins in trauter Gemeinsamkeit eine reaktionäre Massenmobilisierung zu initiieren. Höhepunkt war die Kundgebung am 21. November vor dem Rathaus Schöneberg, „Beben Terror und Gewalt in unserem Lande“, zu der ca. 15 – 20 000 Leute kamen (die Bourgeoisie hatte sich sicherlich mehr erhofft).

Gemeinsam aufgerufen hatten Senat und Abgeordnetenhaus, SPD, CDU, FDP, DGB, DAG, Deutscher Beamtenbund, Industrie- und Handelskammer, Zentral-Vereinigung Berliner Arbeitgeberverbände und Deutscher Richterbund, eugensamt mobilisiert hatte die unlängst gegründete Partei BFB (bekannt als „Bund faschistischer Demokraten“).

Die Westberliner Kapitalistenverbände forderten alle ihre Mitgliedsfirmen auf, für diesen Nachmittagsfest zu geben, ebenso wurden die Schulen vorzeitig schließgemacht.

Ziel der Veranstaltung war es das Frontalidektum wieder stärker anzuhetzen, einheitlich warben die drei Redner Scheel (FDP), Schutz (SPD) und Benda (CDU) um eine „stärkere Soudarisierung der Bevölkerung“ mit Polizei- und Justizapparat und um eine Unterstützung für die Bourgeoisie beim Ausbau ihres Gewaltapparates.

„Die Linsen müssen aufwachen“ (Benda), „jeder ist aufgerufen, für den Erhalt der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu kämpfen“ Eltern und Erzieher, Politiker und Publizisten, Schriftsteller und Philosophen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber“ (H. Scheel, „Tagesspiegel“, 22.11.). „Einbezogen“ werden sollten von der CDU auch größere Teile der Bevölkerung in die Unterstützung des beschleunigten Rechtskurses der Kapitalistenklasse. In Hinblick auf die Senatswahlen im Frühjahr nächsten Jahres will die SPD – trotz all ihrer staatsbehaltenden Bemühungen – von der CDU befreit als „zu lasch angegriffen“, „Wir haben genug von vor-austischen Experimenten“, die eigentlich den „Nährboden für Gewalttaten“ bilden (CDU-Flugblatt).

Der BFD stimmt natürlich in die sen Chor mit ein. „Weder dem Töten noch den Berlinern helfen jetzt die sarken Worte von Bürgermeister und Senat. Ihre schwachen Fäden haben die A-bstriche des Rechtskurses begünstigt.“ Wer den Folgen wehren will, darf nicht vergessen, wie und wo man verknüpft wurde, den An-fangen zu wehren“.

Scheel, ein konservativer DJ und alter Faschist, hat die Bombardierung der radikalsten Elemente, gerade der Linken zu mobilisieren und militärisch zu formieren. „Berlin Straßen dürfen nicht den Radikalen überlassen werden“ (CDU-Flugblatt). „Die Linken werden wir wachen und Mannen des Landes, Männer der Kommunisten und Linken werden wir bekämpfen, wo sie sich zeigen“ (CDU-Flugblatt). In diesem Sinne zogen nach der gemeinsamen Kundgebung am 21.11. rund 100 Jungfaschisten aus den Reihen der Jungen Union und der Berliner Schüler Union unter den Passen Nieder mit dem Meinheits-Bund „Kommunisten raus.“ „Legt ihn weg, den roten Dieb.“ unter Polizeischutz durch die SA.“ Nach einem Bericht des KB/Gruppe Westberlin

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

Anzahl

UNSER WEG Sondernummern

- ☐ Zum Nehest-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ Die Emanzipation der Frau in Palästina
Von uns kommentierte und überarbeitete Propaganda-Broschüre der FFPL zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- ☐ Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur
3. geänderte und erweiterte Auflage, 55 Seiten DM 4,-
- ☐ Chile: Reform oder Revolution
Auswertung mit den „Strategien“ revisionistischer Parteien
52 Seiten DM 3,-
- ☐ Von Pinelli zu Fetrinelli – politischer Mord in Italien
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bestrafung, des geplanten politischen Mordes und Einzelne faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel enthüllt
44 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Außenpolitik der VR China
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik
Nachdruck von ARBEITERKAMPF Artikeln
50 Seiten DM 2,50
- ☐ Arma raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
26 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 0,50

Nachdrucke von Artikeln der KAS-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:

- ☐ Teil 1
Aus dem Inhalt
„Linksoportunismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden Kampf dem Faschismus“
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- ☐ Teil 2
Aus dem Inhalt
Zur Gewerkschaftsfrage: Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?
Chemie-Tariffrage '71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Volkskrieg und politische Lösung
Zur Kritik der RAF
16 Jahre KPD Verbot
Aktionseinheit zur Metalltarifrunde '71 – Verlust der Aktionseinheit
Für die Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
62 Seiten DM 2,-
- ☐ Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1966/67
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten DM 1,-
- ☐ Wohnungsprobleme in der BRD
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF von März '72
4. erweiterte Auflage
(siehe 6. Auflage wird vorbereitet)
DM 1,50
- ☐ Die haben den Präfekten ...
Berichtspunkte des Hamburger Streikkomitees mit 4 Agitationsredern
DM 1,-
- ☐ Schulkampf
Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPF
32 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 3,50
- ☐ Wenn nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Bader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ Zum Aufbau eines Sozialistischen Studentenbundes, Teil 2
40 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Politik des KBW (NRF)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG
76 Seiten DM 1,-
- ☐ Aktionseinheit oder „Partei“-leden-Politik
Internes Papier des Regionalkomitees Westberlins der „KPD“ gegen den KB
8 Seiten DM 0,50

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ Nr. 16
Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971
zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- ☐ Nr. 16/17
Zur Auseinandersetzung mit den ABG/Münster
40 Seiten DM 1,50
- ☐ Nr. 18
Kampf zweier Linien in der KP-China
Die Leistungsfähigkeit und den Arbeitssitz verbessern
Die politische Arbeit im Stadtrat
22 Seiten DM 1,-
- ☐ Nr. 19
Zur Faschismuskritik
32 Seiten DM 1,-
- ☐ Nr. 20/21
Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,-
- ☐ Nr. 22
Schädliche Illusionen über den Kampf der armen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikomunistische Broschüre
27 Seiten DM 2,50

WIE HETZE ICH ENFOLGREICH?

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

WIE HETZE ICH ENFOLGREICH?

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

Das hier abgedruckte Gedicht von Erich Weinert aus dem Jahr 1929 scheint uns sehr gut zum Klima der laufenden antikomunistischen Kampagne der Kapitalistenklasse zu passen. Wie unmittelbar aktuell dieses Gedicht ist, verdeutlicht z.B. eine „Meldung“ der „Bild“ vom 21.11. (Wend. Ausgabe): „Brutaler Mordanschlag: Kommunisten stechen Friseurmeisterin nieder“.

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu einzelnen Fragen der Arbeiterbewegung

- Anzahl
- Nr. 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Marko KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voß
Berufshilfen in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50
- Nr. 24 „Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts“
PIPPERS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelten Länder
44 Seiten DM 2,-

Bücher und Broschüren

- Interview und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-
Allgemeine Führung
120 Seiten, Großformat DM 6,-
- Die chinesische Revolution
In Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“
aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat DM 6,-
- UNSER WEG Revisionismuskritik
160 Seiten, Buchformat DM 4,50
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
280 Seiten, Buchformat DM 4,50
- Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der
schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat DM 4,50
- Kampf dem Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger
Jahren zum Thema Faschismus
360 Seiten, Buchformat DM 8,50
- Deutsche Revolution von 1918 bis 1923
162 Seiten, Buchformat DM 8,-
- Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch
herausgegeben sind:
- Eine teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
200 Seiten, Buchformat DM 6,-
- Ernst Thälmann – Ober Gewerkschaften
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKJ, Juli 1929 zum Kampf um die revolu-
tionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Ge-
werkschaften
100 Seiten, Buchformat DM 3,-
- Imen Popow – Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stalypinischen
Revolution“, dieser schwarzen und finsternen Zeit für das russische Proletariat,
das auf die Revolution von 1905 folgte
Teil I und Teil 2 je DM 6,-
- Hermann Remmele – Schritt halten!
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schritt von 1930 gegen den Link- und Rechtsopportunnismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat DM 3,-
- Freie zeitlich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitschrift des Kommunistischen Bundes
ARBEITERKAMPF Zeitschrift des Kommunistischen Bundes
erscheint dreiwöchentlich

- Nr. 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,50
Nr. 12 Ausgaben ab Nr. DM 8,50
Förderabo für 6 ab Nr. DM 4,50
Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. DM 8,50
Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. DM 6,-
Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. DM 12,-

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint zweiwöchentlich

- Nr. 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,50
Nr. 12 Ausgaben ab Nr. DM 8,50
Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. DM 6,-
Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. DM 12,-

DIE INTERNATIONALE Zeitschrift des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus
erscheint schwachwöchentlich

- Nr. 6 Ausgaben ab Nr. DM 4,50
Nr. 12 Ausgaben ab Nr. DM 8,50
Förderabo für 6 Ausgaben ab Nr. DM 6,-
Förderabo für 12 Ausgaben ab Nr. DM 12,-

UNSER WEG Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- Nr. 6 Ausgaben ab Nr. DM 8,-

Anschritt

(Datum)

(Unterschrift)

Verlags-Katalog

kostenlos

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden

Forts. Anarchistengeg

- gegen jede Kritik an den Haftbedingungen (Femischkommentar Merzburger) oder sogar gegen Personen, die dieser Kritik nicht demagogisch genug entgegengetreten waren (Höfers „Frühschoppen“) Merzburger 2 B wurde wegen ganz loser kritischer Äußerungen in der „Bild“ als „Gestaltungshüter“ angepöbelte im Zusammenhang mit der Erschießung von Richter Drekmann!! („Bild“, 13.11.)
- gegen Demonstrationen anlässlich des Todes von Holger Meins, deren Teilnehmer pauschal als blutigen „Nachschauende“, „Terroristen“ diffamiert wurden

In einem solchen Klima wahrhaft faschistischer Hetze ist es möglich, daß die Polizei logisch wird, um Dutzende von Wohnungen auf minimale Verdachtsgründe hin oder auch aus purer Schläne zu „durchsuchen“, ohne über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens (rechtmäßig im Sinne der bescheidensten bürgerlichen Legalität) Rechenschaft ablegen zu müssen, daß auf geradezu idiotische „Verdachtsgründe“ hin Menschen wie die liberale Sozialarbeiterin Zühke und der Vikar Burghard (beide Westberlin) festgenommen werden, in der reaktionären Presse als feststehende „Täter“ („Komplexen der RAF“ etc.) angeleitet und beschimpft werden – und dann wenig später sang- und klanglos aus der Haft entlassen werden müssen, nachdem die Festnahme ihre propagandistische Schuldigkeit getan hat

Gleichzeitig wird dafür gesorgt, daß kaum noch ein halbwegs Liberaler oder Sozialdemokrat in den „Mammonmedien“ oder in der Öffentlichkeit gegen diese Dinge den Mund aufzutun wagt, um nicht selbst als nächstes Opfer ins Schußfeld der Hetzkampagne zu geraten. So sollen schließlich als einzige Kritiker im wesentlichen die Kommunisten bleiben, deren Möglichkeiten zu öffentlichen Stellungnahmen zum einen begrenzt sind, und deren politische Ausübung im Übrigen mit ihrer Diffamierung als „Terroristen“ schon kräftig betrieben wird

Ausbau der

Gewaltmaschine Staat

So wie schon frühere Kampagnen dazu dienten, großangelegten Polizeieinsatzen den Anschein des „Dienstes am Bürger“ zu geben, den Polizeiparappat enorm auszubauen und weiter zu zentralisieren, Terror-Kommandos und Erschließungs-Truppen aufzustellen (MEK u.ä.), den Bundesgrenzschutz (BGS) ganz auf seine eigentliche Aufgabe (Einsatz im Inneren als Bürgerkriegsarmee) zu orientieren u.ä.m. – ebenso wird

auch im Zuge der gegenwärtigen Kampagne der Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des Staatsapparats als Gewaltmaschine der Kapitalistenklasse zur Erhaltung ihrer Herrschaft vorangetrieben.

So tagten am 12.11. die Innenminister von Bund und Ländern auf einer gemeinsamen Sonderuntersuchung in Bonn und verabredeten „erhebliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit“ (Westberliner Tagesspiegel, 13.11.).

„Bund und Länder“ sollen sich „über operative Konzepte zum Schutz der inneren Sicherheit einig“, habe es danach („FAZ“, 14.11.). Trotz vorläufiger Geheimhaltung ist klar, in welche Richtung die Maßnahmen zielen

Bekanntgegeben wurde das Vereinbarung noch engerer Zusammenarbeit von Bund und Ländern, und daß die Rechte des Bundeskriminalamtes erweitert, d.h. der polizeiliche Apparat noch stärker zentralisiert und besser koordiniert werden sollen. Auch ist – wie Innenminister Maihofer durchblicken ließ – daran gedacht, „unter dem Eindruck des Mordes von Berlin ... eine neue Großaktion nach dem Vorbild der Zentralfahndung von 1972 in Gang zu setzen“ („Tagesspiegel“, Westberlin, 13.11.).

Polizei – „Großaktion“ –

Übung für den „Ernstfall“

Die hier angekündigte Großaktion hat inzwischen – 26. November – offenbar stattgefunden. Bei dieser Großaktion waren nach Presseangaben („Bild“ vom 27.11.) etwa 3000 Polizisten in 15 Stützpunkten und Orten im Einsatz. 96 „Schlupfwinkel“ („Bild“) – in Wahrheit größtenteils un- oder halbpolitische Wohngemeinschaften u.ä. sowie einige Büros linker Anwälte – wurden „umstellt“ und „durchsucht“ 14 „Anarchisten und Mitläufer“ wurden verhaftet 14 weitere vorläufig festgenommen. Faktisch wurde als einziger „Prominenter“ der Rechtsanwalt Reinhard verhaftet, der vor einiger Zeit Mitglieder der „RAF“ und andere politische Gefangene verteidigt hatte, und gegen den für die angeblichen „Verdachtsgründe“ bisher keinerlei Beweise vorgelegt wurden. Verhaftet oder festgenommen wurde u.ä. auch Eva Maria Michel, Frau des „Kursbuch“-Herausgebers Michel (wobei „Bild“ nicht verpaßt, das „Kursbuch“ als „Sprachrohr der neuen Linken“ (45 000 Auflage) vorzustellen, auf daß der Leser über das Ausmaß des „Terrors“ erschauern möge).

Was von dieser Aktion zu halten ist, wird am Beispiel Hamburg deutlich laut Pressemeldungen ja angeblich eine „Zentrale des Terrors“. Hier wurden lt. „Bild“ 17 „Terroristenwohnungen“ (?) von der Polizei durchsucht, ohne daß – abgesehen

von der Verhaftung Reinhardts, der offensichtlich ganz friedlich in seinem Bett lag – irgendein „Erfolg“ zu melden wäre. Auch die anderen Verhaftungen und Festnahmen („Terroristischer Doktorand“ in Heidelberg, der „vermutlich Kontakt zu Palästinensern“ hatte) usw.) dürften ähnliche Wunden sein. Der Behauptung von Bundesinnenminister Maihofer (galt einst als fast „linker“ FDPler – erinnert man sich noch nicht?), bei der Aktion seien „600 Kommunisten“ gefunden worden, sollte man ähnlich skeptisch gegenüberstehen. Was sonst noch an „Plänen für ein Bombenattentat auf einen türkischen Jumbo Jet“ etc. gefunden worden sein soll, gehört wohl eher weitgehend in den Bereich der kriminalistischen Phantasie. Insgesamt ist deutlich, daß von der Polizei weitgehend ein Schlag ins Leere geführt wurde und nachträglich aus normalen Wohngemeinschaften „Terroristenwohnungen“ und „Schlupfwinkel“ gemacht werden (gleichzeitig, um bei der Bevölkerung ein „guteschmerzhaftes“ Mitgefühl und Spitzklima gegen Wohngemeinschaften u.ä. aufzubauen), daß aus grundlos Verhafteten und Festgenommenen (die man entweder gar nicht festhalten konnte oder die man eher kurz oder lang wird entlassen müssen, weil effektiv gegen sie nichts vorliegt) im Handumdrehen „28 verhaftete Terroristen“ werden. So sollen ein Klima geschaffen werden, in dem die Polizei willkürlich die Massenverhaftungen vornehmen kann, wo die gesamte Presse mit massiver „Terroristen“-Hetze assistiert ohne nach Beweisen zu fragen, und wo Liberale und ehrliche Sozialdemokraten, denen das doch etwas gegen den Strich geht, sich ängstlich in ihre Löcher ducken

Daneben geben solche Großaktionen der Polizei Gelegenheit zu praktischen Übungen, zur Erprobung und Perfektionierung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Teilen des Polizeiparappats und zur „Feindbild“-Orientierung der einzelnen Polizisten. Für die SPD-Regierung geht es dabei noch speziell um den Aspekt, sich gegen die Argumente der CDU/CSU zu wehren, es gehe „zu leicht“ gegen die „Terroristen“ vor, habe der Terrorismus jahrelang geduldet“ etc.

Verschärfung der Strafprozeßordnung

Am härtesten soll zunächst im Justizwesen „durchgegriffen“ werden. Die CDU fordert eine „neuerliche Reform der Strafprozeßordnung“. Als ultrarechter Flügelmann forderte CSU-Abgeordneter Springer, die „ständige Liberalisierung“ (lt. der Strafprozeß müsse jetzt einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen wer-

Göttingen

„RAF“-Kampagne auch in der „Provinz“

In Göttingen brannten am 20. November 5 Bundesbahn-Busse am Sachschaden ca. 750 000 DM. „Göttinger Tageblatt“ (GT) „Politische Motive und nicht ausschließen“ Man fand dann auch an der Garagentür des Bundespolisten, nachdem man zuvor mit Hilfe von ultravioltem Licht (!) nichts (!!) entdeckt hatte, plötzlich mit bloßem Auge angebliche „Schritzfänger“, die „Rache für Meins“ taufen sollten

Bereits vorher hatte es am 14. 11. einen angeblichen Brandanschlag auf ein Polizeifahrzeug gegeben. Am 15. 11. war ein schwerer Stein in ein Fenster des Stadteueramtes geflogen. Gegen Mitternacht meldete sich dann ein Vogel am Telefon, der sich als „Justizguerrilla“ ausgab. „Die Gesellschaft insgesamt“ sei „schuld am Tod von Holger Meins“, dagegen wollte die Justizguerrilla kämpfen

Das es sich bei solchen Anrufen ebenfalls um verwirrte Menschen handelt, die aus ohnmächtigem Protest gegen den Kapitalismus der „RAF“ auf ihre Art nachzueifern. Menschen ohne jeden Zusammenhang zur organisierten kommunistischen Bewegung. Jäh es sich um schizophrene Menschen um rechtlich keine Protestkate handeln – hindert die Kapitalistenklasse und ihre Publizisten natürlich nie solche Vorfälle für das Kapital, „antikommunistische Hetze“ zu putzen

Da die tatsächlichen „Vorfälle“ noch nicht ausreichen, packt die bürgerliche Presse noch ein paar ganz offensichtlich harmlose und gänzlich unpolitische Kokeleien dazu. So

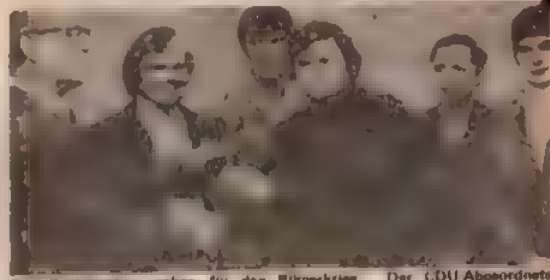
brachte das „GT“ am 18. 11. fertig, in die Reihe „politischer Brandstiftungen“ auch noch folgende „Vorfälle“ einzureihen

- einen angeblichen „Brand“ in einer Kaufhauskassette, tatsächlich verbrannte hier ein 13-jähriger Schüler einige Schulhefte,
- einige brennende Holzschelte im einer Bretterbude auf einem Laubstreuengelände; ein Rentner will Unbekannte als „Brandstifter“ gesehen haben,
- eine am Samstagabend niedergebrannte Scheune in der Umgebung Göttingens,
- eine Reihe von „Brandanschlägen“ auf Mopeds, Autos, Garagen, fahrten und einen Bauwagen seit dem

7. November.

Ein Kommentator nach Ansicht eines Polizeisprechers „scheint nicht auszuschließen zu sein, daß diese Taten alle in einem Zusammenhang zu sehen sind“

Die Polizei sah die „Brandserie“ zum Anlaß eines größeren Übungs (Abtasten von Ausfallstrassen durch bewaffnete Straßenpatrouillen). Es wurde eine „Führungseinheit“ zwischen Kriminal- und Schutzpolizei gebildet, die die „Ermittlungen“ zentralisieren soll. Die Polizei kündigte drohend „verstärkte Aktivitäten“ an. Die Bevölkerung wird aufgefordert, nachts die Haus Türen abzuschließen und verdächtige Beobachtungen an die Polizei zu



Die Reaktionskräfte proben für den Bürgerkrieg. Der CDU Abgeordnete H.M. Klein (links) übergibt einen von ihm gestifteten Polizeiposten an den Gemeindevorstand der Jungen Union in Göttingen (Mitte). Die Jungunionäre sind die besten Kleinkaliberschießen aus sechs schließenden JU-Gemeindevorständen rund um Göttingen

Erklärung von Rechtsanwalt Haag zum Tod von Holger Meins

Kurz vor seinem Tode wurde Holger Meins im Knaul Wittlich von seinem Rechtsanwalt (RA) Haag besucht. RA Haag erkannte, daß Holger Meins im Sterben lag und wandte sich, nach dem er vergeblich versucht hatte, den Leiter des Knauls oder den behandelnden Arzt zu erreichen, auch an den zuständigen Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, Prinzling, um auf den Zustand seines Mandanten aufmerksam zu machen. Die Justiz will inzwischen zynisch den Spiel umdrehen, indem sie dem RA Haag ein Verfahren wegen unterlassener Hilfeleistung anzuhängen versucht! Im Folgenden geben wir wörtlich die Aussagen aus einer Erklärung von RA Haag wieder, die er auf einer Pressekonzferenz, an der auch andere Anwälte teilnahmen, am 10.11. abgab. Nachdem RA Haag zunächst auf die Schwierigkeiten einging, überhaupt zu Holger Meins gelangen zu werden, führt er in der Erklärung fort:

Nach einer Weile wurde Herr Meins in der Konferenzsumme heringetragen auf einer Bahre, mit einer grauen Decke zugedeckt (auf Frage: das war um 5 nach Eins). Er befand sich auf der Bahre liegend, mit geschlossenen Augen, bis zum Skitett überlagert, er hat nicht die Augen offen gehabt, er hat nicht um sich geschaut um festzustellen, wo er hingetragen wird, um sich Orientierung zu verschaffen, er hat erst die Augen aufgemacht als er abgestellt wurde. Sein Zustand war, für jeden Laien erkennbar: sehr ernst und ich habe mich sehr gefreut, daß Herr Meins in Todesgefahr schwebt.

Er hat mir seinen Körper gezeigt.

Er hat mir seinen Körper gezeigt, wo man in der Tat - das ist der korrekte Ausdruck - nur wegen kann, bis zum Skitett überlagert. In die Hose hat er sich Toilettenpapier und andere Papiertaschentücher hineingesteckt, daß die Hose noch hält, daß ihm der Gürtel nicht auf den Knochenhöfen schneidet. Er hat sich versucht zu konzentrieren. Die Bahre stand auf dem Boden, ich lag neben ihm, hab mein Ohr an seinem Mund gehabt - nur so konnte ich ihn verstehen. Manchmal hat er sich unter Aufbietung aller Kräfte einen eingeprägten Satz gesprochen. Die Situation war also für jeden erkennbar, daß Herr Meins in der nächsten Zeit sterben wird.

Er selbst verlangte von mir nicht, daß ich die Justizvollzugsanstalt verlas, um sofort einen Arzt zu holen - ich habe den sicheren Eindruck gewonnen, daß er wußte, daß er im Sterben liegt.

Der Besuch dauerte 2 Stunden, und wie ich bereits geschärdert habe, 2 Stunden auch deshalb, weil mir klar geworden ist, daß das sein letztes Gespräch war und daß er das wußte. Ich habe dann die Anstalt gegen 3 Uhr verlassen. Den Besuch gegen 3 Uhr beendet - weil ich noch alles mögliche, menschenmögliche unternehmen wollte, damit sofort ein Arzt in die Justizvollzugsanstalt kommt und einer intensiven Behandlung, einer Rettungsbehandlung unterzogen werden kann.

Zwischen 3.00 Uhr und 3.15 Uhr habe ich mit dem Sicherheitsbeamten noch geredet und folgende Situation vorgefunden, daß der Leiter der Justizvollzugsanstalt für mich nicht erreichbar war, daß der stellvertretende Leiter verreist bzw. weggelassen sein sollte, daß der Arzt, der ihn die ganze Zeit behandelt hat, ihn ermordet hat, daß dieser Arzt nicht vor Montag zurückkommen würde.

Ich habe dem Sicherheitsbeamten mitgeteilt, daß Herr Meins im Sterben liegt, und er sagte mir daraufhin, gestern konnte er ja noch zum Telefon gehen, er drückte damit aus, daß er das nicht glaubt. Außerdem sagte er jeden Tag wie ja der Arzt bei ihm, es wäre ausgeschlossen, daß etwas passieren könne und falls ein Notfall einträte - was der Sanitäts- und Lazarett feststellen sollte - dann würde der Notarzt in der Stadt informiert werden.

Als ich gemerkt habe, daß hier in der Anstalt die Verantwortlichen nicht da, und die Verantwortung tragen, den Mord an Holger Meins verwaltungsmäßig ablaufen ließen,

habe ich die Anstalt verlassen und sofort mit dem Büro in Stuttgart, mit Herrn Croissant, telefoniert und ihm die Situation geschildert.

Ich habe dann danach einen Brief abgefaßt an den Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, Herrn Dr. Prinzling, den ich telefonisch, damit keine Zeit verloren geht, Herrn Croissant durchgegeben habe, der dann diesen Brief zusammen mit Rechtsanwalt Becker zu Herrn Prinzling direkt in die Privatwohnung getragen hat. Der Brief hat den Wortlaut:

Ich habe heute, Samstag, den 9.11.1974, dem Gefangenen Holger Meins in der Justizvollzugsanstalt Wittlich besucht. Seit 13.9.1974 befindet sich Holger Meins mit 35 weiteren Gefangenen im Hungerstreik gegen Isolation und Sonderbehandlung, gegen die Vernichtungshaft, die zum Ziel hat, die revolutionäre Identität der Gefangenen zu zerstören.

Die Vernichtungshaft wird weiter vollzogen.

Holger Meins wiegt weniger als 42 Kilogramm, kann nicht mehr gehen, kann kaum noch sprechen. Er stirbt in höchstens zwei Tagen und er also.

Sie sind für seinen Tod verantwortlich, denn die Bedingungen des Haft... (Lücke im Text).

Ihre Verantwortung bleibt, auch wenn Sie in der Vollzugsanstalt Wittlich anrufen und von dort andere Auskünfte über seinen Zustand erhalten sollten.

Tatsache ist, daß bei Holger Meins die Vernichtungshaft durch langsame Verhungernlassen auf seinen Tod

abzielt.

Sie wissen seit Beginn des Hungerstreiks, daß dieser enden wird, wenn die Isolation und Sonderbehandlung aufgehoben ist. Sie kennen also Ihre Verantwortlichkeit.

Lasen Sie sofort einen der im Schriftsatz der Verteidigung vom 6.10.1974 benannten Ärzte des Vertrauens zu. Als weiteren Arzt des Vertrauens benenne ich Herrn Dr. Christof LÖCHERBACH, 7401 Tathelm, Römerweg 5. Für Rechtsanwalt Siegfried Haag: Rechtsanwalt (Marie-Luise Becker)

Dieser Brief wurde gegen 18.00 Uhr Herrn Prinzling übergeben. Dazu wird Herr Croissant nachher noch etwas sagen.

Ich möchte noch auf folgende Tatsache hinweisen, nämlich, daß Herr Meins zu keinem Zeitpunkt während der Zwangs- und Hungererhaltung, die die Menge an Kalorien erhalten hat, die garantieren könnte, daß er nicht längeram verhungert. Er hat in den letzten 14 Tagen teilweise nur 400 Cal. am Tag bekommen, in den letzten 3 Tagen ganz sicher - d.h. also, daß die Nahrungslösung, genannt Starb, das sind 3 Eßlöffel, die 400 Cal. ergeben, die wurden vorgetrunken aufgelöst in 160 cm Wasser. Tags zuvor war es genauso und vor ungefähr 10 Tagen - in dem Bereich - war die Nahrungslösung eine Menge von ca. 400 cm. Die maximale Nahrungslösung in den letzten 14 Tagen war 800 Cal, in den letzten 3 Tagen 400 Cal.

Das heißt also klar, daß der Arzt, der die Zwangs- und Hungererhaltung durchführt hat, ohne die Person auch nur

anzusehen, wissen mußte, daß er verhungert. Er hat aber diese Person jeden Tag gesehen und er weiß, daß der Kampf, den der Gefangene geführt hat, dieser ihn bis zum letzten geführt hat und er mußte am Samstag wissen, daß er dort sterben wird.

Das Gewicht am 16. Sept. '74 für den über 1,85 großen Holger Meins - war 63 Kilo, also schon sehr wenig. Am Tage seines Todes war das Gewicht unter 42 Kilogramm, und er hat während der letzten 3 Wochen der Zwangs- und Hungererhaltung pro Tag 1 Pfund abgenommen, in den letzten 3 Tagen 1 Kilogramm. Wenn Herr Prinzling in seiner Presseerklärung, die er gestern um Mitternacht abgegeben hat, die Behauptung aufstellt, er habe von dem Zustand nichts gewußt - ich möchte diesen Satz zitieren. „Dem Senat und der Vollzugsanstalt seien von Seiten der Anwälte keine Hinweise gegeben worden, die auf einen bedrohlichen Zustand hätten schließen lassen, davon

habe er erst am Samstag erfahren. Wenn Herr Prinzling das sagt, dann ist das falsch.

Herrn Prinzling wurde am 6. Okt. (oder ein Antrag auf Zulassung des Arztes des Vertrauens gestellt. Der wurde begründet und es wurde auf die Methoden der Zwangs- und Hungererhaltung hingewiesen. Den Antrag hat Herr Prinzling abgelehnt.

Am 15.10. wurde eine Strafsenats der Frankfurter Anwaltskammer in Kölnen gestellt, in der das Verhalten des Arztes klar, in Tatsachenform, geschildert wurde, die Foltermaßnahmen und Bruchaktionen, die er sich bei der Zwangs- und Hungererhaltung hat, als auch die Tatsache, daß die Nahrungslösung nicht ausreichend (??), um eine Körpersubstanz zu erhalten, während die Nahrungslösung den Hungertod mit sich führen wird.

Das wußte Herr Prinzling am 16. Oktober. Nur soviel dazu.

Westberlin

Wer sind die Terroristen?

„Blutige Straßenschlachten in Berlin“ 5000 Demonstranten terrorisierten gestern Abend die Berliner Innenstadt. „Der Terror geht weiter“, so berichtete „Bild“ von der Demonstration am 11. November. Was geschah wirklich?

Schon am Abend des 9.11., als der Tod des Genossen Holger Meins bekannt wurde, kam es zu spontanen Demonstrationen am Kudamm. Gleich am folgenden Tag gab es Aktionsinhaltsverhandlungen zwischen den wichtigsten linken Organisationen über eine große Demonstration am Montag, dem 11.11. Diese Demonstration wurde jedoch

Räumung der Straße in entgegengesetzter Richtung auf. Als die Polizei dann vorrückte, traf sie auf Autos, die von Demonstranten auf die Fahrbahn gerollt worden waren und auf Metall-Abfallkörbe, die die Fahrbahn verstopften. („Tagespiegel“, 12.11.)

Die Demonstranten setzten sich mit Pfählern auf der Wehr. Nebenbei gingen dabei auch etliche Schaufensterscheiben zu Bruch.

An diesem Abend gab es zig verletzte Demonstranten (Zahlen werden in der bürgerlichen Presse nicht genannt). Gegen mindestens sechs Demonstranten läuft eine Anklage.

Demonstranten läuft eine Anklage wegen „schwerem Landfriedensbruch“ und „Widerstand“. Vier weitere Anklagen sind schon anhängig.

„Bild“, Teilnehmer an der Straßenschlacht müssen mit harten Strafen rechnen. („23.11.)

14. November: Polizeiterror vor dem Schöneberger Rathaus

Am 14.11. sollte im Abgeordnetenhaus die Novellierung des Hochschulgengesetzes und die Abschaffung des Volksentscheides durchgesetzt werden. Die „KPD“ hatte dazu zu einer Kundgebung aufgerufen, mit der gleichzeitig gegen den Justizmord an Holger Meins protestiert werden sollte. Die Polizei bereitete sich auf ein neues großes Bürgerkriegsmanöver vor. „Heute erwartet die Polizei Großkampf“, verkündete der „Abend“ in einer großen Schlagzeile.

Landespolizeidirektor Börner ließ „keinen Zweifel daran, daß die Polizei gewillt ist, entsprechende Demonstrationen konsequent los durchzusetzen“. „In Polizeikreisen hofft man, daß das Verbot nicht aufgehoben wird.“ („Abend“, 14.11.)

Die Polizei ließ auch eine Reitstaffel mit 50 Pferden dabei. Der ganze Rathausplatz ist mit Stacheldrahtverhaue und Spanischen Reitern abgeriegelt. Alle Seitenstraßen werden von Bullen kontrolliert. Allein etwa 3.000 uniformierte Bullen sind im Einsatz. Die Kundgebung, an der mehrere hundert Menschen teilnehmen, verläuft unbehelligt. Erst am Schluß fordert die Polizei über Lautsprecher die Demonstranten auf durch die Dominikanerstraße (eine Seitenstraße) abzuziehen - eine genau vorgeplante Falle! In dem Moment nämlich, wo die Demonstranten dem Rathaus den Rücken kehren, kommt die Reitstaffel und reißt jeden rückwärtigen an, der noch im Weg steht. Die Demonstranten ziehen durch die Hauptstraße in Schöneberg und zerstreuen sich nach einer weiteren kurzen Kundgebung in verschiedene Richtungen. Noch später knüppeln Bullen in „verdächtige“ Passanten Gruppen. Sie stürmen den U-Bahnhof Kleistpark und knüppeln noch brutal in die Menge, bis der Zug abfährt. In den Abendstunden fand dann noch eine große genehmigte Demonstration (7.000 - 10.000 Teilnehmer) zum Gefängnis Moabit statt.

KB/Westberlin



Kassel

Verschärfte Angriffe auf kommunistische und demokratische Propaganda

In Kassel treffen die Bourgeoisie und ihr Staat immer schärfere Maßnahmen, um die politische Arbeit fortschrittlicher Gruppen zu behindern.

- Ende September schrieben sich ein Bulle und ein Mann vom Ordnungsmann die Namen zweier „KPD“-Mitglieder auf, weil sie am Königsplatz einen „nicht angemeldeten“ Informationsstand stehen hatten. Daß dies ein Stand im Rahmen des Wahlkampfes war, der für die sich zur Wahl stellenden Parteien gebührenfrei sind, schien die beiden Herren nicht zu interessieren. Der Stand sollte abgebaut werden, was jedoch nicht geschah. Darauf hin erhielten die beiden „KPD“-ler einen Strafbefehl über jeweils 100 DM. Der Prozeß steht vor der Tür.

- Im Frühsommer verkauften drei „KPD“-ler mit Stellschuldern die „Rote Fahne“ auf dem Königsplatz und wurden dabei von den Bülen aufgeschrien. Jetzt flatterte jedem der drei ein Strafbefehl über 70 bis 80 DM ins Haus. Auch hier stehen die Prozesse vor der Tür.

Zur Zeit der Besetzung des Fachstudiums in Portugal, lief im Staatstheater Kassel das Stück „Gesang vom Lusitanischen Popanz“, das sich mit den portugiesischen Kolonialen befaßt. Dazu wurde von der „KPD“ ein Flugblatt vor dem Staatstheater verteilt und eine Spendenaktion durchgeführt. Die Sammlung war „genehmigt“, das Flugblatt nicht. Prompt kam ein Bulle und schrie den Verteiler auf. Ende September/Anfang Oktober kam dann auch hier ein Strafbefehl über 110 DM. Der Prozeß steht vor der Tür.

- Ein „KPD“-Verkäufer der vor dem Wilhelmshöher Bahnhof verkaufte, hat deswegen einen Prozeß an den Hals bekommen.

Auch an den Kasseles Schulen wird jetzt hatter zugewiesen. Zum Beispiel wurde an einigen Schulen ein generelles Verbot für den Verkauf der „Auslandserziehung“ (Kasseler Spontzeitung) verhängt. Im Sommer wurden auf Anweisung des Direktors Froeb zwei Verkäufer dieser Zeitung mit Polizeigewalt vom Schulgelände des Wilhelmsgymnasiums geschmissen. Ein Verkäufer der „Auslandserziehung“ sollte einen Prozeß kriegen. Was daraus geworden ist, ist momentan noch unklar. An der Al-

bert Schweitzer Schule soll wegen zwei Verkäufern eine Klassenkonferenz einberufen werden.

Wir dürfen uns von dieser Offensive der Bourgeoisie nicht abschrecken lassen und langfristig darauf achten, daß wir nur noch die unsere Propaganda betreiben, wo die Kapitalisten und der Staat es uns gestatten. Dann dann können wir den Löfteil bald ganz abgeben.

Bündnis mit
Band Demokratischer Jugend/R.B.J
Gruppe Kassel

(Gruppe Kassel)

Anzeige



REBELE
Jugendzeitung des
Kommunistischen Bundes
6 Ausgaben DM 4,90
12 Ausgaben DM 9,90
Bestellungen an Verlag
ARBEITERKAMPF

BGS-Umwandlung zur Bundespolizei steht vor dem Abschluß!!

Im Juni 1972 beschloß der Bundestag die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes (BGS) in eine einheitliche Bundespolizei. Die gesetzliche Grundlage hierfür wurde im Juni 1972 durch das BGS-Gesetz gelegt, nachdem die BGS-Einheiten bereits Jahre vorher auf ihre neue Aufgabe vorbereitet wurden. Seitdem geht es um die technisch/organisatorische Verwirklichung dieser Umwandlung.

Im Juni 1972 bezeichnete der damalige Innenminister Genzler die Aufgaben des BGS wie folgt: „Die Sicherheitslage der BRD und die zu erwerbende (1) Entwicklung erfordern die Bereitstellung eines zusätzlichen, jederzeit abrufbaren Sicherheitspotentials beim Bund zur Unterstützung der Länder auf deren Anforderung.“

Springer „Welt“ beschrieb die Aufgaben dieser Bürgerkriegstruppe: „Die neuen Aufgaben des BGS - vor allem politischer Einsatz im Notfall, Gewaltverbrechenbekämpfung, Unterstützung der Landespolizei bei Unruhen.“ (7.10.74)

Im Februar dieses Jahres beschloß die Ständige Innenministerkonferenz: „Die militärische Verteidigung der Grenzen gehört nicht (!) zu den Aufgaben des BGS. Der Zeitpunkt seiner Herauslösung aus dem Grenzraum kann deshalb weitestmöglich vorverlegt werden. Die Verlegungen mit Landessondere sind bereits seit langem vorbereitet.“

Die Bourgeoisie geht bei der Erleichterung dieser Bundespolizei keinerlei Risiken ein. Seit Januar 1974 wer-

den Wehrpflichtige nicht mehr über-

nommen. Daß es sich die Kapitalisten „Jahres“ können, nur noch auf „Freiwillige“ zurückzugreifen, zeigt das verstärkte Ansteigen der Zahl der Jugendlichen, die sich zum langjährigen Dienst in der Bundeswehr (+38 % in 1974) oder dem BGS melden. Die Kapitalisten können in Ruhe stehen und sich die „zuverlässigsten“ aussuchen, beim BGS wurden nur 50 % der Bewerber eingestellt.

Dieser Andrang ist nicht zuletzt den politisch-ideologischen Kampagnen der Bourgeoisie, verbunden mit riesigen Werbemaßnahmen (Kosten für die Bundeswehr 9 Mio. DM) zu verdanken. Neben dem finanziellen „Anreiz“ (gleiche Besoldung des BGS und Polizei) ist es gerade die drohende Arbeitslosigkeit, die immer mehr Jugendliche in die Bürgerkriegstruppen treibt.

Gezielte Lehrstellenverknappung durch die Kapitalisten sowie die nahezu Unmöglichkeit, einen Studienplatz an einer „normalen“ Unversität zu bekommen, veranlassen viele Jugendliche zur langjährigen Verpflichtung bei der Bundeswehr - denn die Bundeswehr bietet nicht nur genügend Lehrstellen und Un-Plätze (natürlich an der Bundeswehr-Hochschule), sondern garantiert auch „gesicherte“ Arbeitsplätze in Führungsstellen der „freien“ Wirtschaft. Gleichzeitig schafft sich die Bundeswehr damit nicht nur militärisch, sondern auch technisch wissenschaftlich usw. gut ausgebildete Führungskader.

Ein Genosse
des Bezirksstelle Bergdorf

Verflechtungen von Geheimdiensten, NATO und Faschisten



Der italienische Faschist Guido Giannettini auf einer damals noch geheimen Variante des Leopold - Panzers

Im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 52) wurden einige Verbindungen zwischen italienischen und westdeutschen Faschisten, sowie dem BND (Bundesnachrichtendienst) aufgezeigt (S. 19). Das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ vom 31.10.74 brachte zu diesem Thema ebenfalls einen entstellenden Artikel. Der Schreiber ist Frank Sommer, ehemaliger SPD-Pressesprecher. Man kann sicher sein, daß solche „Entstellungen“ auszusagen direkt vom SPD-Zentrum aus auch dazu dienen sollen, von der eigenen schmutzigen Rolle abzulenken.

Im Herbst 1969 war auf Vermittlung der deutschen Botschaft in Rom eine Gruppe von neun italienischen Journalisten in die BRD eingeladen worden.

Zumindest drei von ihnen waren führende (!) italienische Faschisten. Unter anderen:

- Guido Giannettini, „Ich bin gegen die Demokratie. Ich bin Faschist von jeder Seite noch ich bin Faschist. Männer wie ich arbeiten, um in Italien einen miltärischen Staat zu errichten oder einen Bürgerkrieg.“ (zitiert nach „Vorwärts“ 31.10.74) Giannettini, ehemaliger Agent des italienischen Geheimdienstes SID, war in den 60er Jahren mehrfach in der BRD und „unterstützt auch enge Verbindungen zum BND. Mehrfach besuchte er - einige Male zusammen mit dem faschistischen Abgeordneten Pino Rauti - Bundesversammlungen in Süddeutschland und in Koblenz. Auch bei geheimen NATO-Treffen tauchte Giannettini im vertrauten Verein mit hohen und höchsten NATO-Offizieren auf.“ (ebenda)

Später im September 1969, nahm der Faschist Giannettini in Frankfurt an einem Lehrgang der Bundeswehrschule für psychologische Kriegsführung teil.

Giannettini war einer der Drahtzieher des versuchten Putsches von Fürst Valerio Borghese, ebenfalls Faschist, am 7.12.1970. Daraus beteiligt war auch der inzwischen abgesetzte Chef des SID, General Vito Miceli. „Auch General Miceli hat gute Verbindungen zum BND. Dem früheren BND-Präsidenten Gehlen ist er seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden.“ (ebenda)

Wie wundert's. Die Kontakte, Verbindungen etc. haben mit Sicherheit konkrete Ergebnisse gehabt. „Die aus der Bundesrepublik stammenden Waffen (!) für die italienischen Faschisten wurden von Leuten geliefert, die über alte und enge Verbindungen zum BND zu verfügen scheinen. Die italienischen Behörden ermittelten deshalb seit einiger Zeit (!) mit Hilfe deutscher Stellen (!) „vor Ort“ in München“ (ebenda). Eine Aufstellung der bis Juni 1974 „von der Polizei gefundenen (!) Waffen“ ergibt ein stattliches Arsenal und ist ein Beleg für den „Erfolg“ der Verbindungen.

- 2468 Pistolen und Revolver
- 1773 Gewehre
- 150 Karabiner
- 13 Maschinengewehre
- 33 Maschinenpistolen
- 952 Handgranaten
- 290 Granatwerfer
- 85 Minen
- 4165 Artilleriegeschosse
- 250.942 Kartuschen
- 7.397 Sprengsätze
- 5.560 kg Sprengstoff
- 11.650 Sprengkapseln
- 384 Leuchtkugeln
- 430 Säbel Bayonette und Dolche
- 38 Funkgeräte
- (nach „Vorwärts“ 31.10.74)

Bezirksstelle St. Pauli
KB/Gruppe Hamburg

Presseerklärung

Der Gesellschaft der
Freunde
Albanien e. V.



Zwei Vorstandsmitglieder vom
Berufsverbot bedroht!

Der Vorsitzende des Vorstands einer Lehrerin wurde vorerst die Ernennung zur Beamtin auf Lebenszeit verweigert. Die zweite soll ihre Verfassungstreue geprüft werden. Der Schwerpunkt der Gründe für dieses Vorgehen ist nach einem Schreiben des Innenministeriums beiderseits, daß (Inge) Juchter Vorstand der Gesellschaft der Freunde Albanien (GFA) ist.

Ähnlich bei der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands der GFA Dagmar Roskopf. Sie hat sich als angehende Lehrerin für den Referendariat beworben und ist vorläufig noch nicht eingestellt worden. In der Begründung, sie müsse ihre Verfassungstreue erst beweisen.

Mit diesen beiden Entscheidungen wird die Tätigkeit in der GFA als verfassungswidrig hingenommen.

Diese beiden Beschlüsse sind Angriffe auf die Gesellschaft der Freunde Albanien. Die GFA ist ein eingetragener Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Geschichte Kultur und Gegenwart Albanien zu berichten, um damit die Freundschaft zwischen den Deutschen und dem Albanien zu fördern. Diese Informationen haben wir vor allem auch deshalb für so wichtig, da bei uns über Albanien kaum etwas bekannt wird, und wenn dann meist in heucheligen Berichten nur Verzerrtes oder Falsches.

Warum aber nun dieser Angriff auf die Berufsberatung der Albanien? Albanien ist ein wirklich sozialistisches Land, ein Land, das mit Elend und Unterentwicklung heraus aus eigenen Kräften den Sozialismus errufen hat. Es hat sich bei gegen jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten gewährt, als es um kapitalistischen Ländern oder auch um die Länder des Ostblocks - die Albanien als revolutionär bezeichnet, während sie bei uns als sozialistisch hingestellt werden. Und Albanien hat bei seinem Aufbau große Erfolge erzielt.

Mit den angeordneten Berufsverböten sollen nun diejenigen, die über die Wirklichkeit im sozialistischen Albanien berichten, eingeschüchtert und damit eine umfassende Information verhindert werden.

Die GFA protestiert gegen diese Angriffe und fordert alle auf, die sofortige Aufhebung der angeordneten Berufsverböte zu fordern, und sich mit ihr dagegen zu verbünden, daß das Recht auf freie Berichterstattung über Albanien behindert wird.

Gesellschaft der Freunde Albanien
e. V.
Postanschrift:
8 München 1, Postfach 321

„Tradition dient der Erziehung“

Das ist die Überschrift einer Rede von W. Berkhan zu Umbenennung der Mannheimer Lüttich-Kaserne in die Ludwig-Frank-Kaserne, abgedruckt in „Information für die Truppe“ 10/74. Berkhan ist Staatssekretär des Verteidigungsministeriums. Er zeigt uns die politische Haltung, wo der er und seine Hintermänner uns gerne erziehen würden.

Der gute Mann, dessen Name nun die Kaserne schmückt, war seiner Zeit SPD-Vertreter im Reichstag. Ausweislich als Namenspatron einer Kaserne wurde er insbesondere wegen seines „vorbildlichen Verhaltens“ 1914 Ludwig Frank war, so Berkhan, einer der „geachteten Führer der sogenannten Revisionisten und Reformer innerhalb der SPD. Sein Verdienst besteht darin, mit seinen politischen Freunden zusammen die SPD-Rechtsfraktion von der Notwendigkeit einer Zustimmung zu den Kriegskrediten als öffentlicher Bekenntnis zur Landesverteidigung überzeugt zu haben. Frank war der erste Reichstagsabgeordnete, der sich 1914 freiwillig meldete. An der Front erlitt er dabei das Schicksal.“ In der Tat, dieses Verhalten ist „nachahmenswert“.

Mit dem Tod dieses Menschen, so Berkhan, habe „die deutsche Volksschicht einen ihrer stärksten und notwendigsten Führer verloren.“ Auch F.J. Strauß ließ sich nicht lumpen und nahm einen Brief des „Sozialdemokraten“ Frank in eines seiner Bücher auf.

Die Umbenennung der Lüttich-Kaserne ist ein Dank des deutschen Bourgeois an einen vornehmen SPD-Parlamentarier, seinen Einfluß in der Arbeiterschaft benutzt zu haben, um diese in einen möglichen imperialistischen Krieg hineinzuweisen.

Ein Genosse aus Flensburg
i. Z. Soldat

KONTAKTADRESSEN des KB

- Bremerhaven:
F Köpcke
285 Bremerhaven I
Postlagerkarte 00 31 60
- Eutin
H Linkau
242 Eutin-Großemündorf
- Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83
- Frankfurt
Arbeiterkampf Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M 90
Kurfürstenstr. 8
- Hamburg
Postadresse
J. Reuter
2 Hamburg 13
Ruebenberg 35
- Kiel
W.D. Schöel
23 Kiel I
Postlagerkarte 098 631 A
- Oldenburg
Th. Piegrowski
29 Oldenburg
Postfach
- Westberlin
Florian Geyer
1 Berlin 21
Thomasstr. 2
- Mo + Do 17-19 Uhr
Sa. 10-13 Uhr

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF

- Braunschweig
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A
- Bremen
Arnold Neugebauer
28 Bremen I
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Büchertisch
- Göttingen
KAG in Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di 17-19 Uhr
- Hannover
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden I
Postlagerkarte
- Kassel
Florian Rohs
35 Kassel
Rosenburger Str. 28
- Lübeck
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck I
Häuser 68

Weitere Vertriebsgruppen:

Gerade in den letzten Jahren mit Verabschiedung der Notstandsgesetze 1969 hat die westdeutsche Kapitalistenklasse einen rasanten Ausbau des militärischen und paramilitärischen Unterdrückungsapparates vorgenommen.

So wurde der Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee – oder vielmehr „Bundespolizei“ – entwickelt, die „normale“ Polizei durchdringt und erheblich stärker bewaffnet (vom Schnellfeuerhieb bis zum MG), die Bundeswehr durch Verkleidung der Wehrpflicht auf 15 Monate personell aufgestockt und mit der damit verbundenen Neuordnung der Ausbildung auf Vordermann gebracht.

Während diese Maßnahmen mit einer massiven propagandistischen Kampagne (erinnert man sich an „Bader-Meinhof“? „Jagd, Anti-„Terroristen““ Kampagne mit Stationen wie Fürstentum, dergl. mehr) begründet wurden, ging eine Sache still und heimlich im Windschatten der Hetze über die Gefahr: der Aufbau von Werkchutz Einheiten als kapitalistischer Betriebspolizei in der Industrie. Wie wollen im Folgenden versuchen, einen Überblick über diese Aktivitäten zu geben und ihre politische Bedeutung einzuschätzen.

ABWEHR PROBLEME VERLUSTE

In der Industrie und Wirtschaft

Wir bringen die Lösung schnellstmöglich

Schnell Erhaltung der Werte

G. & F. MIRM DGS Arbeiter Industriehilfsdienst

Regierungsstr. 12, 4000 Düsseldorf 91

Telefon: 0211 71914, 12 01, 12 02

Anzeige in der großbürgerlichen Presse

Schon frühzeitig begonnen ...

In den mehr oder weniger internen Publikationen des Kapitals und seiner Gefolgschaft konnte man während der „Anti-Terror“-Kampagne der letzten Jahre vereinzelt Artikel finden, die sich mit dem Stand der Absicherung der Betriebe gegen den „Terror“ befanden. So z. B. in der Zeitschrift „Capital“ vom Juli 72 unter der Überschrift „Deutschlands Industrie ist ungeschützt“. Alle diese Artikel strotzten vor Demagogie mit Schilderungen von verstärkter Spionage, Sabotage, Entführungsfahr, BM-„Terror“ etc. und dienen im wesentlichen dazu, die kleinbürgerliche Anhängerschaft der Bourgeoisie, höhere Angestellte, mittleres und gehobenes Management und was dergleichen sonst noch „Capital“-Leser ist, einzuschüchtern und für künftige Auseinandersetzungen auf Linie zu bringen.

Die Tatsachen jedoch zeigen deutlich, daß „Deutschlands Industrie“ Anfang der 70er Jahre lange nicht mehr „ungeschützt“ des „Terroristen“ ausgeliefert war. Schon 1965 förderte der Schriftsteller G. Wallraff folgende Fakten ans Tageslicht bei den Henschel Werken, Kassel, (existiert am Werkchutz (WS) im Umfang von ca. 60-80 Mann, die illegale „Selbstschutzeinheiten“ abhalten, während die offiziell als „Pfortner“, „Feuerwehrhilfsdienst“ u. dergl. arbeiten. Nach Wallraffs Frage, gibt sich der WS-Leiter Rose zunächst als Anhänger von Gaspistolen aus. Auf die Frage, was er in dieser Beziehung bei Streiks mache, antwortet er: „Da gebe ich natürlich die Schaufen aus!“).

● Im Continentalwerke-Hannover gibt es ca. 200 bei WS und „Feuerwehr“-Beschäftigte, darunter 70 Waffenträger, die teilweise mit Maschinenpistolen ausgerüstet sind.

● Bei VDO-Frankfurt war der WS seitens der Gerichte in der Aufbau phase, hervorragend aber nach Aussagen des WS-Leiters Dehl schon der Kontakt zur Bundespolizei. „Wenn also irgendeine Verletzung, wird der Betroffene sofort abgeschoben, das ist ganz klar.“

● Die Mannesmann AG unterhält ebenfalls schon einen bewaffneten WS und rühmt sich der guten Zusammenarbeit mit der „Kripo, dem Verfassungsschutz und den ganzen beherrschenden Stellen.“

● Im Ruhrgebiet besteht in Sachsen-Weimarscher Schmelzwerk 25 Linien u. a. Phönix-Reinhardt Mannesmann die gesamte Thyssen-Gruppe und viele mehr, und hier zusammengefaßt. Schwerpunkter ist in der Hütte der gute Kontakte zum MAD (Geheimdienst der Bundeswehr) unterteilt.

Zügiger Ausbau des Werkschutzes: 007 in den Betrieben

Neben wöchentlich abgehaltenen Treffpunkten dieser Verbände u. a. (s. z. B. „Verhalten bei Streiks“) – durch, von über 30 Betrieben, bei denen Wallraff mittels Tricks (er gab sich als „Mitarbeiter des Innenministeriums“) o. a. Informationen einholen konnte, hatte anscheinend lediglich einer – das VW-Werk Wolfsburg – noch keinen bewaffneten WS.

Von der illegalen zur legalen Privatarmee

Die politisch-organisatorische Leitung des WS wurde bis 1967 von der „Gesellschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft“ (GSW) geleitet. Illegal, da zu diesem Zeitpunkt derartige Zusammenschlüsse noch durch kein Gesetz juristisch abgesichert waren.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an ihrer gehobenen Tüchtigkeit, die 1967 stark entbrannte, zog die Bourgeoisie an vor, die GSW zunächst für aufgelöst zu erklären und ebenso ein in der parlamentarischen Prozedur befindliches „Selbstschutzesgesetz“ zu stoppen. Kurz vor dieser Auflösung jedoch stündte die GSW eine aufschreiende Selbstdarstellung an den DGB – in der nicht unberechtigten „Hoffnung auf Verständnis“ (wie wir noch sehen werden).

„Die GSW streitet keineswegs ab, daß sie sich ebenfalls für den Schutz der deutschen Wirtschaft gegen kommunistische, das heißt eben ungesetzliche Aktionen, wie den Versuch der Unterwerfung, Ausplünderung und Sabotage in den Betrieben verantwortlich fühlt. Solange nicht eine völlig anders geartete Einstellung der kommunistischen Regime, insbesondere in der SBZ, zu unserem Wirtschaftssystem erkennbar ist, ist diese Aufgabe sogar dringlich.“

Schon am 30.5.68 schufen die Kapitalisten sich dann mit der Erweiterung des „Katastrophenschutzgesetzes“ endlich die juristische Grundlage zum legalen Aufbau von „Selbstschutzverbänden“.

Danach sind „Einheiten des Selbstschutzes in Behörden und Betrieben“ organisatorisch vom sonstigen Katastrophenschutz getrennt. Nicht nur, daß den für die Organisation des „Katastrophenschutzes“ auf der Gemeindeebene zuständigen Beamten, sowie dem „Bundesverband für Selbstschutz“, kein Kontrollrecht eingeräumt wurde, sie haben sogar noch für die „Förderung des Selbstschutzes in „Betrieben“ zu sorgen, und diese bei der „Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz zu unterstützen“, „Grünes Licht“ also für den Aufbau von privaten Bürgerkriegsarmeen, gegenüber denen sich der Staat zur bedingungslosen Unterstützung verpflichtet.

Machtbefugnisse durch Arbeitsordnungen, Betriebsvereinbarungen und Eigentumsrechten.

Wesentliche Machtbefugnisse über die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen hinaus erhalten die „Selbstschutzorgane“ durch Arbeitsordnungen und Betriebsvereinbarungen, die jeder Kollege bei seiner Einstellung meist ungelesen mit dem Arbeitsvertrag automatisch unterzeichnet hat. In diesen Vereinbarungen sind dann zumeist davor, „verhaltensregeln“ des WS enthalten, wie z. B. Schreie und Taschenkontrollen, Leibrevolver, oder z. B. die Verpflichtung des Einzelnen, Kollegen zu denunzieren, sich nach „besten Kräften“ auch „nach Feierabend“ für das „Wohl des Betriebes“ einzusetzen u. v. m. (siehe UW 23, über die „AO“ bei B+V). Daneben gibt es speziell über die Aufgaben des WS Betriebsvereinbarungen, die wir weiter unten noch an einem Beispiel beleuchten werden.

Das im Betrieb geltende Hierarchy und die Eigentumsverhältnisse sichern dem WS zudem Befugnisse, auf dem Werksgelände, die über die sonst übliche bürgerliche Gesetzgebung in diesem Punkt hinausgehen. Im Übrigen hat der Polizei unterliegt der WS keine Pflicht zur Strafverfolgung, zur Anzeige eines Deliktes oder zur Belehrung des Betroffenen über seine Rechte und Pflichten. Im Falle einer Fluchtverteilung z. B. darf der WS nach dem Fundat einmal die Verletzung von Werksgelände verweigert, jedoch eine „Wiederholung der Störung“ zu befürchten ist, auch vor

dem Werksgelände eingreifen. Wenn sogar eine „Beleidigung“ durch den Inhalt des Flugblattes gesehen wird, darf der WS die Verletzung als auf frischer Tat ertappt (teilnehmen). Mit Hilfe des Notwehrrechtes kann dabei jeder Widerstand gebrochen werden. Letztlich entbindet die nicht vorhandene Anzeigepflicht den „beleidigten“ Kapitalisten auch noch davon, den Tatbestand der Beleidigung in einem anschließenden Verfahren nachzuweisen.

Werkchutz – Straff gedrillt und gut geschult

Ehemalige Bundeswehrangehörige sind aufgrund „einschlägiger Erfahrung“ bei den Kapitalisten für die Einstellung als WSler besonders bevorzugt. Nicht selten sind die leitenden Positionen von Offizieren der Reserve bzw. im Ruhestand besetzt. Die WS-Leitungen sind direkt der Geschäftsleitung unterstellt, um im „Ersatzfall“ laut Handbuch: „Wie schütze ich meinen Betrieb?“ „bürokratische Verzögerungen“ zu vermeiden.

Der WS kann für seine Tätigkeit auf ein innerbetriebliches Netz von „Schlüsselpersonen“ zurückgreifen, zu denen z. B. Dolmetscher zur Besichtigung ausländischer Kollegen, Betriebsräte, „Gewerkschaftsagenten“, die sich auf unsere Seite geschlagen haben“ u. dergl. gehören – so das jedenfalls äußerte man gegenüber dem Schriftsteller Wallraff bei seinen Nachforschungen.

Das gute Verhältnis zum Staatsapparat haben wir ja schon weiter oben angesprochen – es geht um

Gefahren für die Industrie durch radikale politische Ausdrucksgruppen, Infiltration – Gegenmaßnahmen: Vernehmungstechnik und Vernehmungstaktik (!); Agitation als Kampfmittel gegen unsere Wirtschaftsstruktur, Möglichkeiten des Betriebschutzes aus politischer Sicht, Überprüfungsmöglichkeiten bei Einstellungen, Empfehlungen für das Verhalten des WS zur Gewinnung und Erhaltung des Vertrauens der Belegschaft (!).

Der Ablauf dieser Schulungen wird selbstverständlich geheimgehalten.

Im Handbuch „Wie schütze ich meinen Betrieb?“, dem diese Aufgliederung entnommen ist, finden wir noch den Hinweis, daß eine Weiterentwicklung im Betrieb erforderlich ist – da kann man dann konkret werden!

Faschistische Ideologie für den Werkchutz

„Die dem Betriebschutz im Interesse des Werkes und aller Betriebsangehörigen übertragene Aufgaben kann er nur dann erfüllen, wenn jeder Betriebsangehörige aus freiem Entschluß bereit ist, seinen Pflichten auch unter erschwerten Bedingungen, z. B. in Zeiten erhöhter Bedrohung der betrieblichen Ordnung und Sicherheit treu und gewissenhaft nachzukommen und auf dem ihm angewiesenen Posten zu verbleiben. Diese Treupflicht geht über die im Arbeitsrecht verankerte Treupflicht hinaus (!) (zum Beispiel im Falle eines Streiks – Red), infolge ihres



Werkchutz (siehe Pfeil) inszeniert bei FORD/Köln eine Schlägerei mit Streik

Übrigen sei es, daß beispielsweise das Bundeskriminalamt an der Erstellung einer „Rahmendeckungsplanung“ für den WS mitgewirkt hat. Zu allem werden die WS-Angehörigen regelmäßig geschult. Zum einen durch Lehrgänge der jeweiligen Industrie- und Handelskammer im wesentlichen jedoch durch Kurse in den „WS-Schulen“, wovon es derzeit drei im Bundesgebiet gibt. Von 1969-73 sind dort etwa 6000 Leute geschult worden, und zwar in Grund-Aufbau-, Ermittlungs-, Spurensuche-, Fernmelde-, Foto-, und Werk-schutzlehren Lehrgängen.

Ni im WS-Leiter-Lehrgang werden folgende Themen behandelt: Spionage, Sabotage, Infiltration, Störungen sowie bei illegalen Streiks. Probleme mit Ausländern. Themen einzelner vertiefender beiträge sind u. a.

verantwortungsvollen Dienstes wird eine besondere Hingabe der Mitarbeiter im Ordnungsdienst erwartet.“

Es heißt es in einem Muster einer Betriebsvereinbarung über den Aufgaben des WS:

Zu dieser sich überschlagenden Lobrede auf die „heilige“ Verantwortung des WS-Mannes gegenüber der „Betriebsgemeinschaft“, gehört nur noch die Ausrufung auf einen „Feind“, der von „außen“, wie wollte es anders sein, diese „Betriebsgemeinschaft“ stören will. Ganz in diesem Sinn wird sich in dem Handbuch „Wie schütze ich ...“ zunächst einmal auf 14. und 15. und 16. einige schwebende, deren „Ordnung“ auf ihrer Flucht oder gar schicklich erscheint „die impulsive und am in unter veranlassen die ihre einkommenden Auktionen“ um. Aber oft sind die Ausläufer der „Verfahren“ von radikalen anarchistischen terroristischen meist

studentischen (!) Gruppen“ und lassen sich von diesen leicht als „Intellektueller“ für Aktionen wie wilde Streiks, Ausschreitungen u. a. mißbrauchen.

„Ausländer und Terroristen“ – ein Feindbild, was sich nur noch in der Nahe von dem unterscheidet, das einst Goebbels über Deutschland schrie, und das da lautete: „Juden und Bolschewiki.“

Der Umgang mit den Arbeitern will gelernt sein.

In dem oben angesprochenen Muster einer Betriebsvereinbarung wird das „personliche Benehmen“ der WS-Leute folgendermaßen beschrieben: sie sollen „höflich, zuvorkommend, achtsam, unparteiisch und unbestechlich (besser nur von ihrem Kapitalisten beschützten Red) sein.“

„Auch die Kenntnisnahme (!) von berechtigter Kritik (!) aus den Reihen der Belegschaft, gehört zu dem, was sich dem WS als Aufgabe stellt.“ „Ratgeber für WS“, S. 19).

Denn: „Sehr oft werden Widrigkeiten oder berechtigte Klagen nicht laut gegenüber dem unmittelbaren Vorgesetzten (!!) vorgebracht – aus mancherlei Gründen, wie man weiß. Sie werden aber ohne Scheu dort zur Kenntnis gegeben, wo der Kritikübende glaubt, seinem Herzen einmal ungehemmt Luft machen zu können (!!), ohne für sich Nachteile befürchten zu müssen.“ („Ratgeber für WS“, S. 19).

In die gleiche Richtung geht es, wenn ca. 80 % aller WS-Leute im DGB organisiert (!) sind. Aber solche Anberodungsverweise, zwecks Bespitzelung der Arbeiter, gepulst von wie Seifenblasen, wo der WS im Vorgehen gegen die um ihre Interessen kämpfenden Kollegen seine wahre Fratze zeigt!

● Es waren neben leitenden Angestellten getarnte WS'er, die sich bei Ford „nicht länger dem Terror beugen“ wollten und nach Arabien verlangten.

● Einer unserer Genossen wurde vor einem Zeit beim Verteilen des METALLER vor dem Kiehl Metallbetrieb MAK von einem WS-Mann angepöbeln: „Euch werden wir auch noch erschlagen!“

● Seine französischen „Kollegen“ haben zumindest in einem Fall diese Drohung schon wahr gemacht. Vor den Renault-Werken wurde am 25.7.72 der Genosse Pierre Overny beim Verteilen von Flugblättern vom dortigen WS-Leiter erschossen (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 16).

DGB – Eifrig mit am „Werk schützen“!

DGB – Eifrig mit am „Werk schützen“!

„Der DGB (geht) davon aus, daß in Industrie und Verwaltung von einer bestimmten Größenordnung an und bei bestimmten Voraussetzungen Werkchutzseinrichtungen bestehen, wobei der Werkchutz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (!) innerhalb der Unternehmen dienen soll.“

So stellt sich K. Günther, Abteilungsleiter des DGB in Düsseldorf, in einem Beitrag des DGB im Buch „Wie schütze ich ...“ zum Problem.

Aber es kommt noch dicker: „Der DGB ist gemeinsam mit seinen Gewerkschaften bemüht, im Interesse der organisierten WS-Angehörigen und aller Betriebsangehörigen (!) die Basis für eine verbindliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen. Es geht ihm vor allem auch darum, die WS-Angehörigen aus dem falschen Eindruck, in der Öffentlichkeit (!!), eben als seien die eine „private Polizei der Unternehmer“, herauszufahren“ (!). (K. Günther ebenda).

Zu diesem Zweck möchte (laut „Arbeitskreis-Werkchutz“ im DGB) die Ausbildung des WS in „eine geordnete, möglichst bundesweitliche Form (!) gebracht und durch eine anerkannte Prüfung rechtlich abgesichert werden.“

Sogar der Gesundheitszustand des WS macht dem „Arbeitskreis“ Sorgen. Man möchte aufpassen, „den WS als Auffangbecken für nicht mehr ganz einsatzfähige Arbeitnehmer zu betrachten (!)“ oder noch deutlicher K. Günther, eilt in „Capital“ 7/72: „Der Invalide mit Glasauge und Holzbein genügt nicht mehr (!)“.

Das hätten die Kapitalisten selbst auch nicht schöner sagen können! ●

Arbeiter Zeile HDW des KB/Gruppe Hamburg

„Der deutsche Soldat ist der beste Soldat“

Manöverbericht eines Genossen über die ideologische Aufrüstung der Bundeswehr

Vom 12. bis 19. 74 fand im niederdeutschen Raum Uelzen, Cella, Munster, Soltau und Walvode das holländisch-deutsche Manöver „Vrijland“ („freies Land“) statt. Daran nahmen 20.000 Soldaten mit 4.000 Rad und 1.000 Kettenfahrzeugen teil. Solche Manöver dienen nicht nur der Einübung in die Überwindung des technisch-organisatorischen und taktischen Funktionierens des bürgerlichen Militärapparates, sondern auch der politisch-ideologischen „Bearbeitung“ der Soldaten im Sinne der Kriegswelt der Bourgeoisie. Das ist besonders in einem Wehrpflichtland wie der Bundeswehr wichtig, das sich vor allem aus Angehörigen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Völkerrückstellungen rekrutiert, so machen auch die sozialen und politischen Rücksprache zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht vor dem Kasernentor halt.

Der folgende Bericht eines Genossen, der als Wehrpflichtiger an diesem Manöver teilgenommen hat, zeigt an einigen Beispielen die Bemühungen der Militärs, auf eine stärkere Identifizierung der Soldaten mit ihrer Bundeswehr zu wirken. Chauvinismus und autoritäre Überheblichkeit zu schüren, die Soldaten zum Kadavergehorsam und zu immer mehr Brutalität, Zynismus und Fanatismus zu erziehen.

KB/Gruppe Oldenburg

„Unsere Bundeswehr – allen überlegen“

Vor der Übung erhielten wir folgende Belehrung: Die Holländer (die die Übung vorbereiten) hätten der sowjetischen und der politischen Militärsituation gestellt, jeweils mit einem Stab an der Übung teilzunehmen. Als Verhaltensregeln wurde uns dazu befohlen:

- nicht mit diesen Leuten zu sprechen;
- keine dieser Personen näher als 30 Schritt an unsere Fahrzeuge oder Waffen heranzulassen, würden sie es dennoch versuchen sollten wir sie vertreiben und falls mit Gewalt (Spaten, Gewehrkolben etc.) daran hindern;
- wenn wir einen Wagen der Militärschienen sehen würden, sollten wir mit unseren Panzern hinterher jagen, den Wagen zum Stehen bringen, den Zündschlüssel abziehen und die Sache sofort melden. Bei Mißachtung dieser Befehle wurde uns Strafe angedroht.

Damit wurde praktisch das Manöver unmittelbar auf gewalttätige Aktionen gegen einen Gegner (Sowjetunion Polen) ausgedehnt, dessen Vernichtung nun seit 20 Jahren auf dem Programm der Bundeswehr steht. Ich weiß zwar von keiner Begegnung mit Angehörigen der Militärschienen aber es zeigte sich, daß durch einige Soldaten sogar gegenüber den holländischen Soldaten militärische Überlegenheit ausstrahlte.

Mit Angehörigen der Militärschienen, aber es zeigte sich, daß durch einige Soldaten sogar gegenüber den holländischen Soldaten militärische Überlegenheit ausstrahlte. Hier wurde also erreicht, daß die westdeutschen Soldaten sich verpflichtet fühlen, „ihre“ Panzer vor den Augen von Ausländern zu schützen, damit die bloß nichts über „unsere“ Waffen erfahren (Übrigens eine nette Vorstellung von Militärschienen, die die Urheber jener Befehle bestimmt nicht haben) – sie könnten „uns“ ja vielleicht durch Abgucken „unserer“ waffenrechtlichen „Erfindungen“ überlegen werden. Genauso wurde die Güte „unserer“ Waffen gegenüber den holländischen Kameraden hartnäckig verteidigt und deren Waffen schlecht ge-

Die Militärschienen versuchen so – und wie man sieht teilweise mit gutem Erfolg – eine weitgehende Identifizierung der Soldaten mit „ihrer“ Bundeswehr zu erzielen. Das ist zugleich auch ein Nährboden für das Denunziantentum gegenüber fortschrittlichen Soldaten, die gegen Disziplinierung, Erniedrigung und reaktionäre Ideologisierung in der Bundeswehr protestieren und kämpfen.

Außerdem ist auch dies ein kleiner Baustein zur (ständigen und gerade in letzter Zeit wiederbelebten) Verheimlichung und nationalistischen Ideologie, wonach „der deutsche Soldat der beste Soldat“ ist.

„Die Holländer? Disziplinlos, feige und versoffen! Die streiken sogar!“

Genauso diesem Motto („Deutscher Soldat – besser Soldat“) entsprach die ständige Stimmungsmache gegen die holländischen Soldaten. Das Manöver war so angelegt, daß die Holländer uns immer als Feinde gegenüber standen. Schon vor der Übung erzählte ein Kamerad, daß ein Gruppenführer vor den Holländern gewarnt habe, die wären sehr stolz, nicht und würden gerne zuschlagen. Wir sollten uns besser von ihnen fernhalten. Während der Übung gab dann z.B. ein Spiel (Kompaniefeldwebel) in einem Gespräch mit einem Gruppenführer (Unter- und Stabsunteroffiziere) folgende Story zum besten: „Gestern habe ich einen Holländer gesehen, wahrscheinlich indonesier oder so, mit schülteren Haaren; die sehen vielleicht anders aus! Und sowas sind Soldaten! Außerdem habe ich gehört, daß die sogar streiken (ha-ha-ha) und die Gewerkschaften haben die auch. Das fehlt auch noch gerade – das ist doch keine Armee, so was!“

Diese Sachen wurden dann von den Gruppenführern weiter in die Truppe getragen. Dann würden die holländischen Soldaten als feige Piktoren hingestellt, die Angst vor uns haben und ihre Aufgaben nicht ernst nehmen – als disziplinloser Haufen. Die entsprechenden Informationen und „Beweise“ wurden meistens von den Zug- und einigen Gruppenführ-

vern geliefert (das war Brufordson bei der Zeit). Während der ganzen Übung haben wir nur „gewonnen“, jedenfalls wurde uns das immer erzählt. Dadurch wurde natürlich ein Gefühl der eigenen Stärke erzeugt und im Zusammenhang damit eine Überheblichkeit gegenüber den Holländern, die besonders besonders wirkungsvoll durch „Bemerkungen“ hervorgerufen wurde, die Holländer würden jedesmal, wenn sie uns zu Gesicht bekamen, sofort reibend nehmen. „Scheiß euch um, im Kampf zu stehen!“

Außerdem erzählten die Zugführer, die Holländer hätten – als deren Stellungen ausgekundschaftet wurden (teilweise in Zivil) – an den Straßen gestanden und Bier getrunken oder in ihren Stellungen geschlafen (Bei uns bestand Alkoholverbot, und durch ständiges Wachehalten wurde uns der Schlaf geraubt). Außerdem würden die holländischen Soldaten immer in den Kneipen herumhängen. Durch diese Berichte wurde dann u.a. auch „unser Erfolg“ bei der Übung erklärt.

Viele Soldaten fielen mehr oder weniger auf diese chauvinistische Propaganda herein, die holländischen Soldaten haben lange Haare und Gewerkschaften, streiken und trinken usw., – deshalb verlieren sie mich immer. Wir sind doch wirklich bessere Soldaten, und dadurch ist unsere Bundeswehr auch viel besser und schlagkräftiger und die Bundesrepublik auch ein starkes, mächtiges Land.

An diesen Beispielen, die ich selbst erfahren habe, wird deutlich, wie die Militärschienen im Auftrag der Kapitalistenklasse jede Gelegenheit nutzen, bei den Soldaten die Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern und Völkern – in diesem Fall besonders gegenüber Holland – zu schüren und die Ideologie vom „unbesiegbaren deutschen Soldaten“ zu verbreiten, vor dem die anderen „reibend stehen“, ohne sich „im Kampf zu stellen“. Die Bourgeoisie braucht eine demütig und auch weit schlimmer nationalistische und chauvinistische verhetzte Truppe für die Durchsetzung ihrer aggressiven imperialistischen Pläne. Ebenso machten es die Nazis, indem sie den Massen ihre „Hervorragenden“ Ideologie eintrichterten und den Mythos vom deutschen Soldaten schufen, der „hart wie Kruppstahl“ und „wie Leder“ war, um damit den 2. Weltkrieg ideologisch vorzubereiten.

Kein Platz für demokratische Rechte

Es ist nur logisch, daß den westdeutschen Militärschienen jede demokratische Rechte für Soldaten ein Dorn im Auge sind. Die Stimmungsmache gegen die holländischen Soldaten richtete sich selbstverständlich auch gegen deren Erfolge im demokratischen und antimilitaristischen Kampf, so z.B. ein gewisses Streik und Demonstrationen. Eine ähnliche Entwertung in der Bundeswehr soll von vornherein verhindert werden, die Soldaten sollen sich nicht mehr in die „Disziplin und Ordnung“ in der Armee einfügen und noch weitere Disziplinierungen in Kauf nehmen, „um die Kampfkraft der Bundeswehr zu erhalten und noch zu steigern“. Alle Soldaten, die dagegen kämpfen und protestieren, die gewerkschaftlichen „holländischen Zustände“ schaffen wollen, werden entsprechend als „Wehrkraftzersetzer“ und „Staatsverräter“ von den Militärschienen aufs Korn genommen. Das hat hierbei auch durchaus Erfolge erzielt, zeigt z.B. mein Gespräch mit einem Kameraden, dem ich be-

richtete, daß die holländischen Soldaten mehr Rechte erlangt hätten als wir und daß wir das auch erreichen müßten. Er antwortete: Was dabei herauskommt, sieht man ja an der Niederlage der Holländer in Manöver!“

Nach Berichten von Kameraden wurde die Hetze gegen die Holländer auch in anderen Einheiten betrieben. U.a. sollen westdeutsche Soldaten holländische Soldaten bis auf die Unterwäsche ausgezogen und die Kleidung mitgenommen haben.

Kinder ins Kriegsspiel einbezogen

Wenn wir irgendwo für längere Zeit halt machten, waren die Panzer jedesmal sofort von Kindern umlagert. Das wurde dann benutzt, die Kinder auszuführen, um die Holländer zu gehen lassen, um ihnen was den Biber von holländischen Panzern gezeigt. Sie leisteten regelrechte Spitzeldienste für uns, einige führten sogar mit ihren Mafas die holländischen Stellungen ab, um uns hinterher Bericht zu erstatten. Ich konnte beobachten, daß sie ihre Fahrräder in den Feldern versteckten, wenn sie zu uns kamen. Sie wurden also in das ganze Geschehen mit einbezogen und bekamen so wohl auch einen positiven Eindruck von der Bundeswehr und dem ganzen Kriegsspiel.



Brutalität – Zynismus – Fanatismus

Brutalität – Zynismus – Fanatismus

Während der ganzen Übung wurde wenig Rücksicht auf Soldaten und Zivilbevölkerung genommen. Es gab zwar weitgehende Sicherheitsbestimmungen, die aber schon bei der Belehrung darüber als „lästige“ und „völlig überflüssig“ bezeichnet wurden. Außerdem wurde die Bevölkerung sehr großzügig entschädigt. Im letzten Jahr beim Manöver „Big Farrow“ hätten die Bauern ja auch „ganz kräftig abgezockt“. In der Übung wurde sich dann auch ganz flott über die Sicherheitsbestimmungen hinweggesetzt und die Menschen teilweise mit Absicht schikaniert. So berichteten Soldaten (als wenn sie sich damit auch noch rühmen wollten) z.B. daß sie ein Spargelfeld total zerstörten, um dem Bauer gerade beim Arbeiten was (wie hatten gerade einen neuen Einsatzbefehl erhalten und

rücksichtslos den „kürzesten Weg“ eingeschlagen). In einem anderen Fall fühlten sie sich durch einen Motoranlasser „gestört“ und fuhren der Besitzer des frisch gemähten Rasens kaputt.

Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung wurde mit hoher Geschwindigkeit durch die Dörfer gefahren. Nach den Aussagen einiger Holländer sollen 4 oder 5 Zivilisten während der Übung ums Leben gekommen sein. Aber das spielt für die Beruflichkeit der Bourgeoisie überhaupt keine Rolle. Als eine holländische Stellung erobert worden war, antwortete ein reaktionärer Kompanieführer auf die Frage, ob die herumstehenden holländischen Soldaten festgenommen werden sollten: „Nicht nötig. Im Ernstfall wird sowieso schon 1/3 von denen tot“. Menschenleben stellen für diese Zyniker zur Zahlen im taktischen Kalkül dar.

Während der Übung zeigte sich ein hoher Fanatismus und eine wahre Begeisterung bei den Vorgesetzten (Bereits und Hungernde Zeit Soldaten) und teilweise auch bei den Mannschaften. Als ein einmal ein „feindlicher“ Jeep entgegenkam, sich aber nicht halten ließ, wurde dem nachfolgenden Fahrzeug ein Baumstamm vor die Räder geworden, so daß der Fahrer voll in die Bremsen treten mußte, um einen Unfall zu vermeiden. Bei solchen Vorfällen wurde jedesmal bedauert, daß man keine scharfe Munition hätte. Es wäre doch viel interessanter, wenn die Panzer beim Beschießen so richtig in die



Luft gehen würden Um „Erfolge“ zu erzielen, wurde keine Rücksicht auf Menschenleben genommen, so wäre bei einer Verfolgungsjagd ein stützender Kradmelder benutze von einem Panzer überrollt worden.

Die Übung fand mehr mal ein auf der Karte statt, da es wurde theoretisch entschieden, wer gewinnt, während wir irgendwo an der Straße standen. Dies wurde immer wieder stark bedauert, weil dadurch die Übung am Realismus verlieren würde. Die Begeisterung steigerte sich bei manchen Leuten in den letzten Tagen dermaßen, daß man ihnen nur noch scharfe Munition und den Befehl zum Ort zu manövrieren hätte geben müssen und die wären schon losmarschiert. Wenn ich diese Leute beobachtete, fühlte ich mich unweigerlich an Chilo oder Griechenland erinnert, denn diese Leute wären sicherlich bereit, sich im eigenen Land auf brutale Weise für die Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse zu kämpfen.

Grenzschutztruppe 9

„Auch Terroristen sind Menschen, sie totzuschießen will geübt und gelernt sein“

Dieser Satz sprach (sowas innerminister Bielefeld (FDP) auf einer Konferenz der Innenminister der Länder im September 72. Die Innenminister machten sich Gedanken darüber, wie das Massaker der Münchner Polizei und des Bundesgrenzschutzes (BGS) an palästinensischen Freiheitskämpfern und den von ihnen als Geiseln genommenen israelischen Sportlern während der Münchner Olympiade, am besten auszunutzen sei, um den Polizeiparagrafen weiter auszubauen und zu spezialisieren. Sie beschlossen eine Reihe von Sofortmaßnahmen. Zwei davon waren:

„Der Ausbau von Spezialteams der Länderpolizei, mit dem im Zuge der Großplanung nach der Bader Meinhof Gruppe begonnen wurden war, wird mit größter Geschwindigkeit fortgesetzt.“

Beim BGS soll eine Terroristen-Spezialtruppe aufgebaut werden, die den Ländern jeweils auf Anforderung zur Verfügung stehen.“ (Bspiegel, 39/72)

Für die BGS-Gruppe wurden damals sehr konkrete Vorstellungen entwickelt: Bewaffnung und Ausbildung sollte, aber das war zum BGS ist, herausgehoben (Genauer) Eine Truppe in Stärke einer Hundertschaft, ergänzt um Spezialisten, ausgerüstet mit infra- und ultravioletten Nachsichtern, um auf die „psychologische Schulung“ darf natürlich nicht fehlen, denn „... nach Überweisung des Artikels, auch ein „hoher Verfassungsschutz“ äußerte sich hierzu:

„Sie „müssen von drei Meter Höhe springen können, ohne sich zu verletzen, aus einem Lager mit allen Handfeuerwaffen schießen und mit Handgranaten umgehen“ können. Sie „müssen markiert reagieren“ und „unmittelbaren Verantwortungsbereich zum Vorgesetzten“ haben. Sie müssen auch auf den Kameraden verlassen können und „Rückversatzern einwickeln“ Sie müssen mit „dem Willen kämpfen, den Gegner zu vernichten.“ (111) – „Kampfunfähig schießen ist

Quersch“ (111) (nach „Spiegel“ 39/72).

Zwei Jahre später

Am 12.10.74 konnte man in Springers „Welt“ lesen, was von diesen Plänen wurde. Die zahlenmäßige Stärke dieser Gruppe wurde (offiziell) mit 100 Mann gemäß den Vorstellungen der Innenminister beibehalten. Sie wurde schlicht und unverfänglich „Grenzschutztruppe 9“ (GSG 9) getauft. Diese 100 wurden aus dem Reservat von 22.000 BGS-Besetzten nach folgenden Kriterien ausgewählt: Alter – körperliche Gewandtheit – Intelligenz – charakteristische Eignung (1) – ein Jahr Grundausbildung beim BGS – und „fast so laus!“ Die Beantwortung der Frage „Wie steht es zu diesem Staat, dessen innere Sicherheit zu verteidigen soll?“

Die Ausbildung wird an Waffen und Sprengkörpern, an Arien und Variationen vorgenommen. Eine 300.000 Schuß werden im Jahr aus jeder nur einkalibrieren Stellung abgefeuert. Geläufige Übung auf 300 Meter ein 2 Mark Stück zu durchschießen. Neben „perfekten Punkern“ rechnen auch diese Burschen dazu, daß sie „Minster im Nahkampf, Schwimmen, Tauchen, Klettern usw. und für die „speziellen Aufgaben“ gibt es Sonderkurse wie z.B. den „Schnellfeuerkurs“ oder etwa die Ausbildung zum Lug-

zeugwart, um „für „stille“ Einsätze auf Auslandsflügen der Luftwaffe bereit zu sein, um im Ernstfall Luftterroristen an Ort und Stelle wirkungsvoll zu bekämpfen“ (1. Welt) – Schulungen in „Rechtswissen“ und „Psychologie“ gehören ebenso zum Programm dieser „Spezialtruppe“.

Nach den „Münchener Ereignissen“ gab es noch keine Möglichkeit für die GSG 9, ihre „Fähigkeiten“ umfassend unter Beweis zu stellen, die ihnen von ausländischen Spezialisten des „Anti-Guerillakampfes“ beigebracht wurden. Bisher mußten sich die Burschen noch mit „gewöhnlichen“ Objekten – und Personen – begnügen. Beim Besuch Tiroff durften sie vor kurzem im Hamburger Hafen die Schiffe nach Sprengung abbrechen. Ein anderer Mal „schützten“ sie Brechungswa-Ausjanz auf dem Petersberg am Rhein.

Sollte es jedoch einmal zu einer Einsatzkommission, die GSG 9, innerhalb von 15 Minuten einzeln bereit und in maximal 45 Minuten an jedem Ort der BRD.

Anzumerken wäre noch, daß die „Welt“ völlig offen schreibt, daß es sich bei der GSG 9 um eine „Eliteeinheit des in der Umwandlung zu einer Berufswehrpolizei begriffenen BGS“ handelt.

Hilf Anheuerzelle
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Weg zur totalen Disziplin

Kürzlich verurteilte ein Schöffengericht in der nordrheinischen Kleinstadt Pflon einen Soldaten, der trotz seines Antrages auf Kriegsdienstverweigerung zur Bundeswehr abkommandiert worden war, zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und zwei Wochen zur Bewährung. Der Vorsitzende Richter stellte fest: Der Kriegsdienstverweigerer hätte alle Befehle, auch die gegen sein Gewissen gerichteten, ausführen müssen. Er gebe „keine Ausnahmebestimmungen für die Gehorsamspflicht“. Mit diesem Urteil setzte die Justiz die Disziplinierung und Zermürbung fort, die die Bundeswehrmilitärschienen gegen den Kriegsdienstverweigerer fort. Schon vorher versuchte man mit mehreren Strafaktionen, ihn zu einem „folgsamen Soldaten“ zu machen.

So versucht man, die Einklinkerung system- und bundeswehrkritischer Soldaten voranzutreiben und sie mundtot zu machen (dann war es schon im Bau oder im Knast), um die totale Hörigkeit und Folgsamkeit der Soldaten für den westdeutschen Imperialismus zu erzelen.

BdK in Pflon

Forti. Raus aus der SPD

Einige der SPDler mußten die Juso aus der Durchsetzung der Interessen von einzelnen Fraktionen in der SPD haben, um sich dann in einer Minderheit an, um die Juso zu verlassen.

Immer hier, handwerklichen Politik" arbeiteten die Juso auch in der Schüler Verwaltung (SV) der Kreisberufsschule Mölln. Die Kreisberufsschule ist die einzige der Kreise Lauenburg, die wird von ca. 2700 Berufsschülern besucht.

Die SV-Arbeit bestand zunächst aus reiner Gemeinheitsarbeit. Ein kleiner Kreis von etwa 5-8 Leuten arbeitete über die Köpfe der Schüler hinweg. Das Ergebnis dieser Arbeit brachte keine Aktivierung der Schüler im Allgemeinen. Die Schüler sahen zwar größtenteils die Notwendigkeit einer demokratischen Interessenvertretung, meinten aber, man könne konkret nicht viel machen. Drei Berufsschüler, die neu in die Schule kamen, beschloßen, sich für eine aktivere Arbeit einzusetzen. Zwei von ihnen waren aktive Möllner Juso, einer KB-Sympathisant.

Es wurde beschlossen, die Schülerzeitung „Forum“ herauszugeben. Die Zeitung sollte dazu dienen, die bewußtesten Schüler zur Mitarbeit an der Zeitung und in der SV zu bewegen. Gleichzeitig sollten sich möglichst viele Schüler und Lehrende über ihre eigene Situation bewußt werden und beginnen, sich eine aktive und demokratische Interessenvertretung zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, sich für ihre materiellen Bedürfnisse, ihre politischen Rechte, gegen Disziplinierung und Leistungsdruck einzusetzen. Die SV sollte sich teilweise auf die Seite der Schüler stellen, und deren Interessen gegenüber Schulleitung, Lehrer und Beamten vertreten. Die SV sollte auch härden vertreten. Die SV sollte auch keine einseitige Gemeinheitsarbeit mehr leisten, sondern – gestützt auf eine aktive Schülerschaft – deren Forderungen vertreten.

Die Arbeit der Möllner Juso bekam damit, wenn auch nur in einem Teilbereich, erstmals eine politische Perspektive.

Da das „Forum“ bestehende Probleme an der Kreisberufsschule (KBS) offen ansprach, und auch Lehrer, die Schweigereien begingen, beim Namen nannte, waren die Zeitung und die Juso den ersten Angriffen ausgesetzt.

Die Schülerzeitung wurde von der Schulleitung und reaktionären Lehrern angegriffen. Zunächst bestanden diese Angriffe darin, daß einige Lehrer Lügen über das „Forum“ in einzelnen Klassen verbreiteten. Der Direktor zog einmal in eine Klasse und beschimpfte den Presseverantwortlichen des „Forum“ als „Schmierfink“.

Später wurden die Angriffe dann massiver. Ein Schüler fiel durch die Prüfung. Er durfte die Prüfung nicht wiederholen, weil ihm die „menschliche Reife“ fehle. Dieser Schüler arbeitete aktiv am „Forum“ und in der SV mit. Ein anderer Schüler durfte zum Direktor kommen, als seine Vernetzung gefährdet war. Er sollte versprechen, die politische Arbeit an der Schule einzustellen, dann sollte er versetzt werden. Der Schüler versprach das, wurde versetzt und arbeitete im nächsten Schuljahr weiter am „Forum“ und in der SV mit.

Die Angriffe gegen die Juso kamen zunächst hauptsächlich von einem SPD-Lehrer. Er meinte immer wieder, die Redaktion sollte in der Zeitung „nicht so offen“ schreiben. Vor allem sollte sie nicht ständig das Wort „Kampf“ verwenden, dies wolle niemand hören.

Die Juso leben sich nicht von der beginnenden Arbeit abbringen. Dieser „starke“ Schülerbewegung an keiner Schule etwas zu sehen war, störte diese Gruppen nicht weiter. Andere meinten, das wäre der Höhepunkt, mehr könne sich der Kurs nicht leisten. Die Juso Schleswig-Holsteins empfahlen dem Kurs zurückzutreten, da er die SVV nicht überleben werde.

Wir diskutierten in der „Forum“-Gruppe diese Frage sehr ausführlich, da hier große Unklarheiten bestanden. Wir schätzten die SVV im Rahmen der „Faschisierung“ von Staat und Gesellschaft. Dabei betonten wir, daß die neue reaktionäre SVV kein Zeichen der Schwäche des Kurses ist, sondern im Gegenteil ein Zeichen der Stärke gegenüber der sozialen Schülerbewegung. Wir schufen auch Klubschulung darüber. Jaß der Proß der allgemeinen Faschisierung nicht an die CDU gebunden ist, sondern von allen bürgerlichen Parteien, auch von der SPD, betrieben wird. Als Beispiel diente uns, daß die SVV ihren Vorgänger im Hamburger SVG hat, das von Sozialdemokraten gemacht wurde. In Gesprächen mit bewußteren Juso konnten wir auch die Faschisierung in allen anderen Bereichen klar machen.

Wir (das sind ehemalige Juso und andere Demokraten) begegneten allen Angriffen, indem wir diese mit den Schülern besprachen. Dadurch gelang es der Schulleitung nicht, uns zu zerstören.

Der sozialdemokratische Lehrer dagegen, der selbst Angriffen durch den Direktor ausgesetzt war, schreckte immer weiter zurück und verlor so immer mehr Rückhalt bei seinen Lehrer-Kollegen.

Für die Juso zeigte sich deutlich, welche Politik erfolgreich ist. Die Reaktionäre der JU („Junge Union“, die CDU-Pimpfe) meldeten sich an der Schule auch weiterhin. Sie gingen zu Wort. Sie brachten zwei Flugblätter heraus, in denen sie das „Forum“ scharf angriffen. Wir zeigten den Schülern auf, daß die Reaktionäre nur an der Stärkung der eigenen Organisation interessiert sind, nicht aber an der Entwicklung der fortschrittlichen Schülerbewegung. Die Reaktionäre wurden von den meisten Schülern belächelt, sie stellten das Erscheinen ihrer Schmierblätter ein. Trotzdem müssen wir wachsen bleiben, da sie bestimmt nur vorübergehend aufgegeben haben.

Die Entwicklung der Arbeit vollzog sich relativ schnell. Nach einiger Zeit machten bereits unorganisierte Demokraten mit, aber auch die Juso gewannen neue Leute. Der KB griff jetzt aktiver, auch personell, in die Arbeit ein.

Heute ist die „Forum-Gruppe“ immer noch die einzige Schülergruppe an der Schule. Bei den letzten SV-Wahlen wurden sämtliche „Forum“-Kandidaten gewählt. Auch der Schülersprecher wird von uns gestellt. Längere Zeit konnten die Juso die Ergebnisse der Politik an der Schule für die Stärkung der eigenen Organisation nutzen. Doch der Widerspruch zur SPD entwickelte sich immer stärker durch die inhaltlichen Positionen, die im Schulklub vertreten wurden.

Ein wesentlicher Punkt war die Einschätzung der SV-Verordnung (SVV) für Schleswig-Holstein. Die SVV beschnitten die Rechte der Schüler in wesentlichen Punkten. Das Recht auf ein unzensuriertes SV-Breit, einfallt, die SV-Post wird zensuriert, SV-Mitglieder können abgesetzt werden usw.

Die Einschätzung dieser SVV auf Landesebene zeigte den weitgehend spontanen Charakter der Schülerbewegung auf. Fast alle Gruppen vertraten die Ansicht, daß wäre die Antwort der Kultusminister (Kum) auf die „starke“ Schülerbewegung. Das von dieser „starke“ Schülerbewegung an

Diese Einschätzung setzte sich in der Schülergruppe durch und wurde von uns gegenüber der gesamten Schülerschaft in einer SVV-Kampagne vertreten.

Dabei machten wir immer wieder in der „Forum“-Gruppe und soweit es ging auch gegenüber anderen Schülern klar, daß dies nicht irgendeine Einschätzung, sondern die Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung durch den KB ist. Wir versuchten dadurch besonders den Juso zu zeigen, daß sie zwar in einer sozialdemokratischen Organisation sind, aber Standpunkte der Kommunisten vertreten. Dieser Widerspruch sollte ihnen bewußt werden.

Zum 1. Mai legten wir dem „Forum“ das AK-Sonderblatt bei. Die Juso standen voll hinter diesem Schritt. Für sie war die Einschätzung des KB's zur internationalen und nationalen Entwicklung die einzig annehmbare. Die Juso nahmen daher an der Hamburger KB-Demonstration am 1. Mai teil. Natürlich kamen auch hier wieder Angriffe aus der SPD gegen die Juso. Dem blinden Antikommunismus der SPD („Keine Aktionseinheit mit Kommunisten“) traten die Juso entgegen, indem sie eine inhaltliche Diskussion über das Sonderblatt forderten. Dadurch verteilte und wahrscheinlich weil sie die Angelegenheit als einen „Politikritik“ der Juso betrachteten, ließen die SPDler die Diskussion über das AK-Sonderblatt einschlafen.

Doch die Juso hatten begriffen, daß es nicht möglich ist, einerseits die Standpunkte des KB zu vertreten und andererseits offiziell nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten zu dürfen. Die Juso stellten auf der nächsten Kreiskonferenz einen Antrag, daß die Juso des Kreises Lauenburg sich für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten aussprechen sollten. Dieser Antrag wurde mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Doch da die Möllner Juso-Gruppe, die einzige Gruppe im Kreis war, die überhaupt eine Praxis aufweisen konnte, wurden zwei ihrer Vertreter in den Kreisvorstand gewählt. Da auch noch eine linke Juso-Genossin aus Lauenburg in den Kreisvorstand gewählt wurde, hatten jetzt die „Linken“ die Mehrheit im Juso-Kreisvorstand. Damit hatten sich die Juso also gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten ausgesprochen, wählten aber jene Juso in einen Vorstand, die mit Kommunisten zusammenarbeiteten.

Demokraten und Kommunisten einig gegen die Faschisten!

Einig gegen die Faschisten!

Die Diskussion über die Faschisierung forderte auch die Positionserklärung zum „antifaschistischen Kampf“. Dabei stellten wir als Kommunisten natürlich heraus, daß es notwendig ist, gegen die faschistischen Gruppen vorzugehen und sie am Kurs zu vernichten.

Als dann die Jungfaschisten (JN) bei uns in Mölln eine Veranstaltung machen wollten, war für alle aktiven Juso und Kommunisten klar, daß wir gegen die Faschisten vorgehen müssen. Wir verteilten ein „Forum“-Sonderblatt, daß die Möllner Antifaschisten aufrief: „Wehret den Anfängen“.

Wir rechneten damit, daß unserem Aufruf etwa 20-30 Menschen folgen würden, da so viele Personen meist zu politischen Veranstaltungen in Mölln kommen. Doch wir wurden positiv überrascht, es kamen etwas über 50 Jugendliche. Die meisten der Jugendlichen gingen zur Kreisberufsschule. Ihr Erscheinen ist sicherlich ein Erfolg unserer Politik an der Schule.

Es gelang uns allerdings damals nicht, die JN-Veranstaltung zu verhindern. Die meisten der Antifaschisten waren sich nicht darüber im klaren, daß gegen die Faschisten nur Gewalt hilft. Als wir in der Veranstaltung eine antifaschistische Rede halten wollten, wurden wir sofort von einigen faschistischen Schülern bedroht. Wir verließen daher den Raum und hielten vor dem Haus eine antifaschistische Kundgebung ab. Im Raum blieben einige SPDler, die mit den Faschisten diskutierten wollten.

Wir gingen nach der Kundgebung noch mit etwa 40 Antifaschisten in eine Kneipe und diskutierten über die Veranstaltung.

Aufgrund der Erfahrung, daß die einzelnen Morddrohungen gegen einzelne Genossen ausgetrieben hatten und auch bereits zutreffen wollten, kristallisierte sich in der Diskussion eindeutig heraus, daß gegen diese hartgesessenen Faschisten eine Gewalt hilft und daß es empfehlenswert ist, mit ihnen zu diskutieren, wie es einige Sozialdemokraten versuchten hatten. Ein SPDler machte sich noch einige Wochen später bei den Juso lustig, als er erinnerte, wir dürfen nicht militant gegen die Faschisten auftreten, weil das „gegen das Vermittlungsgesetz verstößt“. Die Juso wußten nun auch nicht mehr

ob sie über diese SPD frommen Sprüche lachen oder weinen sollten.

Solidarität mit Chile, heißt, den antifaschistischen Kampf in der BRD führen!

Zum ersten Jahrestag des faschistischen Putschs in Chile wollten Juso und „Forum“, gemeinsam eine Solidaritätsveranstaltung durchführen.

Zu einem Vorbereitungsgespräch wurden auch die Jungdemokraten eingeladen (den KB gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Organisation). Die Jungdemokraten, die gerade neu gegründet waren, traten so, als ob die gesamte Möllner Bevölkerung hinter ihnen stünde und stellten Forderungen auf. Die Schriftsteller wurden heißt, daß die JU eingeladen werden sollte. Die Juso und das „Forum“ erklärten, daß sie keine Organisation einladen würden, die den Militärputsch in Chile unterstützt hat und daß es grundsätzlich keine Zusammenarbeit mit der JU gebe. Diesen Konsequenzen Schritt der Juso kann man mit richtig verstehen. Wenn man bedenkt, daß der KBW die JU zu einer Chile-Solidaritätsveranstaltung einlud. Eine Zusammenarbeit mit den Möllner Juso wäre wahrscheinlich für den KBW nicht in Betracht, da diese ja „antidemokratische“ Standpunkte vertreten hätten (aus der Sicht des KBW's).

Der erste Angriff auf die Solidaritätsveranstaltung kam vom Juso-Landesvorstand. Das Flugblatt zur Veranstaltung, das herausstellte, daß in Chile erneut die Frage „Erreichung des Sozialismus durch Reform oder Revolution mit äußerster Brutalität auf die Tagesordnung gesetzt“ wurde, wurde von den „Landes-Juso“ kritisiert.

Die Möllner Juso ließen sich dadurch nicht einschüchtern. Sie forderten den Juso-Landesvorstand auf, sich schriftlich zu dem Flugblatt zu äußern. Der Juso-Landesvorstand meldete sich nicht wieder.

Die Solidaritätsveranstaltungen wurden in Mölln, Schwarzenbek und Geesthacht durchgeführt. In Schwarzenbek drohten Faschisten, die Veranstaltung zu verhindern. Die Faschisten beherrschten in Schwarzenbek den örtlichen Stadtjugendring. Sie drohten aus dem Stadtjugendring auszutreten, wenn die Chile-Solidaritätsveranstaltung stattfindet. Die Veranstaltung wurde genehmigt, die Faschisten traten trotzdem nicht zu.

und „BZ“ planmäßig ist.

Während die Juso also ein Bündnis mit allen fortschrittlichen Menschen eingehen, um die reaktionäre Hetze zurückzuweisen, laßt der SPD Kreisvorstand nichts besseres zu tun, als sich in der „BZ“ von den Juso zu distanzieren. Verwunderlich ist das nicht, wollte doch Matthies (Ministerpräsident Kandidat der SPD für Schleswig-Holstein) in dieser Woche nach die „BZ“ besuchen. Um das Wohlwollen dieser reaktionären Zeitung (Springer!) zu erlangen, distanziert sich die SPD-Führung von ihren eigenen Mitgliedern.

Für die Juso war dies eine heile neue Lehre. Für sie war klar, daß sie keine ihrer Handlungen zurücknehmen würden. Dementsprechend verschärften sich auch die Angriffe gegen die Juso. Es wurde eine antisozialistische Juso-Kreisvorstandsversammlung aller Möllner Juso einberufen. Hier sollte bewußt werden, daß die ungeschwächte Handschrift mit dem KB vorstellt werden. Der KB warde als chaotische Organisation bezeichnet, die sich seit längerer Zeit darauf spezialisiert hat mit starken Rollkommandos öffentliche Veranstaltungen der Jungfaschisten und anderer linker Organisationen zu verhindern, zu stören oder an sich zu reißen, und die bei jeder Gelegenheit demokratische Sozialisten diffamiert und bekämpft.

Die Möllner Juso widersprachen dem. Sie hatten bisher keine KB-Rollkommandos erlebt, sondern nur Kommunisten, die an der Entwicklung einer gemeinsamen fortschrittlichen Politik mitarbeiteten.

Die Möllner Juso verteilten auf der Kreiskonferenz ein Flugblatt, in dem aufgeführt wurde, daß die „Liberalen Nachrichten“ genau wie die „BZ“ mit oberster Hetze über die Schwarzenbek Veranstaltung berichtete. Herausgegeben wurde dieses Flugblatt von den Möllner Juso und dem KB/Ortszelle Mölln. Die Juso verstanden diesen Schritt (gemeinsame Unterschrift) auch als Unterstützung der Positionen des Juso-Kreisvorstandes, dessen Zusammengehen mit dem KB sie so ausdrücklich unterstützen.

Das Ergebnis der Kreiskonferenz war, daß der Juso-Kreisvorstand abgesetzt und ein blind antikommunistischer Kreisvorstand eingesetzt wurde. Gegen einzelne Juso wurden Parteiauschlussverfahren gefordert. Der Reporter der „LN“, der über die Kreiskonferenz berichtet hatte, steckte sich noch eine persönliche Schweigereie. Er bezeichnete einen KB-Genossen in der Zeitung mit vollem Namen als „KB-Mann“. Propaganda-Re-

portagen in der Zeitung mit vollem Namen als „KB-Mann“. Der gleiche Reporter sagte in einem Fernsehinterview, daß ein „linker“ in Mölln seinen Fuß auf den Boden bekommt, wenn er namentlich bekannt ist. Der „LN“-Reporter (SPD-Mitglied) hat also subjektiv bewußt denunziert!

Der örtliche Juso-Vorstand durfte dann auch bald beim SPD-Vorstand vorprechen. Die SPD verteilte die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Allerdings konnten diese SPDler auf die inhaltlichen Fragen, welche Standpunkte des KB's sie denn falsch finden, keine Antwort geben. Sie wollten von den Juso wissen, wer „dehnter steht“. („Es geht um Geiseln um in Europa, das Geiseln des Kommunismus“) Die Juso waren nicht bereit, Namen zu nennen. Sie wußten mittlerweile auch, daß die SPD Namen braucht, um fortschrittliche Leute aus Betrieb, Schule und Gewerkschaft zu schmeißen.

Für die Juso hatte sich der Widerspruch innerhalb der SPD immer mehr zuspitzen. Die SPD gibt vor, eine sozialistische Gesellschaft zu erreichen. Beginnen aber Mitglieder der SPD ihre Politik an den berechtigten Forderungen der Werktätigen zu orientieren, und diese Mitglieder schärfen Angriffen durch die SPD-Führung ausgesetzt. Diesen Widerspruch haben die Juso in Mölln konkret erfahren, sie sahen außerdem, wie gleichzeitig in der gesamten BRD der linke SPD-Ideolog immer mehr zurückgedrängt wurde und wird.

„Aus diesen Erfahrungen haben die Möllner Juso den Schluss gezogen, daß es nicht möglich ist, inner halb der SPD eine sozialistische Politik zu entwickeln. Die Möllner Juso treten aus der SPD aus!“

Das wird für sie allerdings nicht heißen, daß sie mit der politischen Arbeit aufhören werden. Im Gegenteil. Sie werden weiterhin und verständig an der Initiative in Mölln mitarbeiten, um hier jetzt, ohne auf die SPD Rücksicht nehmen zu müssen, noch konsequenter für die Interessen der Möllner Jugendlichen einzutreten.

Was können wir aus den Möllner Ereignissen lernen?

Wir wir am Anfang unseres Artikels bereits erwähnten, sind die

Redaktionelle Erklärung

Einige für diesen ARBEITERKAMPF zunächst vorgesehenen Artikel können aus Platz und zum Teil auch aus Zeitgründen nicht mehr erscheinen. Wir wollen diese Artikel im nächsten UNSER WEG veröffentlichen.

Im Einzelnen handelt es sich um:

1. Den 2. Teil des Artikels zu den Wahlen in Hessen und Bayern, der speziell auf die Politik und Einschätzung der Kommunisten eingegangen soll („KPD“, KBW).

2. Den 2. Teil zum Artikel über „Kommunistische Massenarbeit“ (Schulklub).

3. Einen Artikel zur „RAP“, zur

Kampagne nach dem Tod von Holger Meins u.ä. (Müssen wir demonstrieren? Ist es richtig, von einem Mord zu sprechen? etc.)

An dieser Stelle zugleich eine Afordderung an alle Genossen, die Artikel grundsätzlich auf Spalte gedruckt und einmal sauber (!) durch korrigiert zu übergeben. Artikel sollten möglichst frühzeitig einreichen (z. Zt. kommen etwa 80 % aller Artikel nach Redaktionsschluss). Redaktionsschluss ist jeweils der 2. Dienstag nach dem letzten Erscheinen des AK! und nicht unnotig lang sein.

AK Redaktion

Forts. Raus aus der SPD

Mölnner Verhältnisse heute nicht typisch für die Sozialdemokratie und auch nicht für das Verhältnis von Kommunisten und linken Sozialdemokraten.

Der sozialdemokratischen Führung gelingt es immer noch, die Mehrheit ihrer Mitglieder gegen die Kommunisten aufzufahren. Sie legt dabei keinerlei Wert auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten, sondern sie versucht die Kommunisten mit allen Mitteln als die „Nicht-Berührbaren“ darzustellen.

Trotzdem gibt es auch in Möln Ergebnisse, die zu verallgemeinern sind. In kleinen Städten (Möln = 15.000 Einw.) gibt es für fortschrittliche Menschen meist gar nicht die Möglichkeit, sich einer kommunistischen Organisation anzuschließen. Es bleibt nur die „Möglichkeit“ zwischen den bürgerlichen Parteien eine Entscheidung zu treffen. Da dabei die Jutos als die „Linksaußen“ erscheinen, bleibt für diese Menschen häufig nur die Entscheidung für die Jutos.

Die Politik der Jutos, besonders gekennzeichnet durch ihre Perspektivlosigkeit, führt bei den meisten Mitgliedern zu tiefer Resignation, die zudem auch noch leicht in Haß auf die Kommunisten umschlägt.

In Möln ist es uns gelungen, mit den Jutos gemeinsam eine Politik in verschiedenen Bereichen zu entwickeln. Dabei haben wir immer klar gemacht, daß die Entwicklung dieser Politik nur möglich war, weil Kommunisten mitgemacht haben. Der Widerspruch zwischen ihrer eigenen und der Politik der SPD, in der die Jutos immer deutlicher den Verrat an den Massen erkennen, ließ für die Jutos nur die Möglichkeit, aus der SPD auszutreten, um ihre Politik weiterführen zu können. Dabei können wir nicht davon ausgehen, daß alle Jutos, die austreten die Kommunisten als führende Kraft anerkennen, oder gar in einer kommunistischen Organisation mitarbeiten werden.

In den meisten kleineren Orten ist es für die linken Sozialdemokraten heute noch nicht möglich, kommunistische Politik vom Inhalt her kennenzulernen. Es ist Ausdruck der relativen Schwäche der kommunistischen Bewegung, daß sie noch hauptsächlich nur in den Großstädten arbeitet. Wird allerdings mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung auch die kommunistische Bewegung wachsen, wird sie sicher auch in kleineren Städten zur Hauptkraft der Linken werden.

Wir haben in Möln auch gesehen, daß die Gewinnung sozialdemokratischer Genossen nicht so verläuft, wie es einige sich kommunistisch nennende Gruppen sich vorstellen.

Das Beispiel der DKP wollen wir hier nicht weiter behandeln, denn hätten wir uns wie die DKP verhalten und uns immer an sozialdemokratische Positionen angehängt, wären sicherlich nicht die Jutos ausgetreten, sondern eine Reihe unserer Sympathisanten in die SPD eingetreten.

Nehmen wir uns einmal den KBW als Beispiel einer bestimmten Politik. Der KBW propagiert das „breiteste Bündnis der Massen“. Darunter versteht er natürlich auch die CDU bzw. ihre Mitglieder. Hätten wir jetzt aber den Jutos klarmachen wollen, sie müssen mit den CDU-Mitgliedern zusammenarbeiten, während sie gleichzeitig die Politik der SPD-Führung entlarven wollen? Damit würden wir verleugnen, daß die linken Sozialdemokraten in die SPD eingetreten sind, um den reaktionären Kurs der CDU zu stoppen. Zur Gewinnung der linken Kräfte der SPD ist es notwendig, eine Polarisierung voranzutreiben, wo jeder beweisen muß, ob er für die Arbeiterklasse eintritt oder nicht.

Denn der Hauptgegner unserer Politik waren und sind immer die Reaktionskräfte und Faschisten und die hinter ihnen stehende Kapitalistenklasse. Dabei arbeitet die SPD diesen Leuten zwar in die Hände, erweist sie aber nicht.

Auch die „Orientierung“ auf den „Hauptfeind SPD“, wie es die „KPD“ tut, hätte für unsere Politik katastrophale Auswirkungen gehabt.

Der Kampf um die linken Sozialdemokraten ist, wie der gesamte Kampf um die Massen, ein äußerst bitterer Kampf, in dem die Kommunisten mit großer Entschlossenheit und elastischer Geduld herangehen müssen. Nur wenn wir diesen Kampf gewinnen, wird der Kampf für den Sozialismus erfolgreich enden!

KB/Ortszelle Möln

Die Jutos in der Zirkuskuppel, ratlos!

Die Bundeschiedskommission der SPD hat in einem am April anhängigen Verfahren über die statutenmäßige Behandlung der Arbeitsgemeinschaften (Jutos, Frauen, AFA) durch die Gesamtpartei am 12.11.74 eine Entscheidung getroffen, die die völlige Unterwerfung der Arbeitsgemeinschaften (AG's) unter die jeweiligen Parteivorstände gleichzusetzen ist.

Diese Entscheidung richtet sich in erster Linie gegen die Jutos. Bestrebungen der fränkischen Jutos, mit den revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens Kontakt aufzunehmen, waren auch Anlaß für den fränkischen SPD-Bezirksvorsitzenden Bruno Friedrich, das oben erwähnte Verfahren anzustrengen. Die jetzt gefällte Entscheidung setzt sich aus den folgenden Punkten zusammen:

1. Als Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften der SPD sind auch politische Erklärungen einzelner Funktionäre der Arbeitsgemeinschaften und ihrer Gliederungen anzusehen. Die zuständigen Parteivorstände haben das Recht, Erklärungen und Handlungen von AG's, deren Organe und Funktionäre, mit denen diese nach außen wirken werden, zu untersagen, bzw. zu zensieren.
2. Die zuständigen Vorstände der Partei, die für die Kontrolle der AG's und ihrer gewählten Funktionäre verantwortlich sind, können diese nach Gutdünken abberufen.
3. Alle Beschlüsse, mit denen die Jutos ihre Kandidaten in den Parteigremien an Beschlüsse der AG binden wollen („imperatives Mandat“) sind nichtig.
4. Beschlüsse von AG's sind nichtig, wenn darin die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der Gesamtpartei ausgesprochen wird. Diese verstößen gegen innerparteiliche Normen, die „Einvernehmen“ mit den rechten Parteivorständen voraussetzen. (nach „FAZ“, 14.11.74).

In einer zusätzlich von der Bundeschiedskommission verfaßten ausführlichen Begründung ihres Beschlusses heißt es u.a., daß „Einvernehmen“ in politischen Äußerungen, Handlungen etc. nicht etwa nur „Kenneinnahme“ oder vorherige „Information“

der jeweiligen Parteivorstände, sondern „Übereinstimmung“, also ausdrückliche Genehmigung, Absage bedeutet. Wird diese nicht erteilt, so können die AG's „in der Öffentlichkeit nicht wirksam werden.“ („FAZ“, 14.11.74).

Die Abberufung eines widerspenstigen Funktionärs ist zwar nicht gleichbedeutend mit Ausschluss aus der SPD, jedoch kann sie andererseits auch nicht durch die Anrufung der Schiedskommission, überprüft, oder gar rückgängig gemacht werden. Damit obliegt eine Entscheidung über Verbleib oder Abberufung dem alleinigen Ermessen, sprich Willkür, des jeweiligen Parteivorstandes!

Mit diesem Beschluß ist die Zeit der langen Leine für die Jutos vorerst wieder einmal vorbei. Das schändliche Spiel des SPD-Vorstandes, die „linken“ Jutos immer dann loszulassen, wenn die Partei ein entsprechendes Image braucht (z.B. Bundesstapwahl '73), und stets dann wieder kurzzubinden, wenn sie ihre entsprechende Schuldigkeit getan haben,

Dennoch, trotz wiederholter Beuchlung während der letzten Jahre, trotz wiederholter Ausschlüssen etc., sind einige Berufsoptimisten unter den Juto-Führern in ihrer Großmütigkeit einfach nicht zu bremsen. Noch ein paar Tage vor dem Beschluß der Schiedskommission feblerte die Bundesvorsitzende Wiczkore-Zeul gegenüber der „New York Times“ munter von der „Kurzschichtigkeit“ Helmut Schmidts, und endete, nachdem sie noch einmal bekräftigte, daß es zu Schmidt „keine Alternative“ (!) gebe, mit der hoffnungsvollen Bemerkung: „Früher oder später, so glauben wir, muß er sich unseren Ideen nähern (!!)“.

Wir wollen die aktuelle Entwicklung in der SPD und das kuriose Mißverhältnis von Sprüchen und Erfolg der Jutossozialisten zum Anlaß nehmen, um uns in einer mehrteiligen Artikelfolge (voraussichtlicher Beginn im nächsten AK) mit der Juto-Politik, ihrer sogenannten Doppelstrategie, ihrem Programm und ihrer Rolle in der sozialdemokratischen Bewegung auseinanderzusetzen. **KB/Gruppe Hamburg**

Westberlin:

In Spandau wird's laut!

Im Frühjahr '75 stimmt der neue Flughafen Tegel-Süd - Westberlins neues 413 Mio. DM Frankstück - seinen vollen Betrieb ab. Der alte Flughafen Tegelhof war Ende der 60er Jahre zu klein für den gestiegenen Flugverkehr geworden.

Seit der Neu-Regelung des Transitverkehrs durch das Berlin-Abkommen ging das Luftfahrtauskommen jedoch wieder zurück (laut „Tagesspiegel“ („TSP“) vom 23.10. zwischen '71 und '74 um 25%). Doch da steht man das „Luftloch“ Tegel mit allen Schikanen ausgerüstet, wie Extra-Autobahnzubringer 6-spurig, überall kurze Wege für die Benutzer, Abfertigungsanlagen für Jumbos - und wird in naher Zukunft wohl kaum zur Hälfte ausgelastet sein! Deshalb will der Senat „die Attraktivität der Flüge“ („TSP“, 23.10.) erhöhen. Zu gut deutsch: noch höhere Subventionen für die Flüge von und nach Westberlin!

Westberlin braucht angeblich „aus seiner politischen Lage einen eigenen Flughafen, der nicht von der DDR kontrolliert werden kann“ (SPD-Flugblatt).

Diese Politik des Antikommunismus („Frontstadt“) kostet die westdeutschen und westberliner Arbeiter zudem noch viel Geld. Denn von ihren Steuervorteilen werden z.B. die besonderen Steuervorteile für die Kapitalisten aufrechterhalten, wird ein vollkommen unnützes, aber „repräsentatives“ Kongresszentrum für eine Milliarde DM bezahlt, werden die niedrigen Löhne in Westberlin künstlich „per „Berlin-Zulage“ denen der westdeutschen Kollegen „angeglichen“. 10 Mio. DM müssen bezahlt werden, damit die allierten Fluggesellschaften überhaupt nach Tegel umziehen.

Die „Frontstadt“-Politik bringt im konkreten Fall Tegel-Süd außerdem noch Lärm und Dreck für die Anwohner in Spandau und Reinickendorf. Kaputt von der Arbeit können sich

diese Kollegen dann auf Döselärm und -dreck „freuen“, der ihre Gesundheit noch zusätzlich angreift; wird; ihre Kinder können nicht mehr in Ruhe an der Luft spielen. Wenn der „Verbesserungsplan“ der SPD Wirklichkeit wird, die Flugrouten Richtung Westen über der Havel nach Norden abknicken zu lassen, heißt das Lärm in den nördlichen Außenbezirken und in den Erholungsgebieten!

Dagegen haben sich nicht nur Initiativen in Spandau zusammengeschlossen, die am 19.10. eine Demonstration mit ca. 400 Menschen machten. Ihre Forderungen: Striktes Nachtflugverbot zwischen 22 und 7 Uhr. Flüge streichen, um andere besser auszustatten, Streichung aller Flugverkehr-Subventionen. Ausbau der Schienenwege in die BRD; der Senat soll alle Pläne für ein Luftkreuz (West-Berlin fallen lassen).

Auf unser Erscheinen bei der Demonstration reagierten einzelne Mitglieder der Initiative, in der auch SEW und Spontis mitarbeiten, sehr wütend. Sie meinten, daß die Teilnahme von Kommunisten nur „Bürger davon abhalten“ würde, sich der Initiative gegen den Fluglärm anzuschließen.

Allerdings müssen wir auch an uns kritisieren, daß wir uns bisher zu wenig um Kontakt zu der Initiative bemüht haben. Dieser Artikel soll dazu ein Anfang sein. Wir halten die Forderungen der Initiative für richtig. Denn Streichung der Subventionen für Flüge und Ausbau der Schienenwege führen von der „Frontstadt“ zu einem Verkehr, der auf den kurzen Strecken wie nach Hamburg oder Hannover genauso schnell ist, und zudem lange nicht so stark die Umwelt verunstaltet. Dafür müssen wir einen langen und beharrlichen Kampf führen, denn der Senat wird seine „Frontstadt“-politik nicht aufgeben wollen.

Ein Genosse der Stadtteilgruppe West des KB / Westberlin

Schleswig Holstein

Juso-Schülerkongreß

Nachdem vor einiger Zeit die Reaktionen mit Schülerunion und mit anderen Turngruppen an den Schulen aufgetaucht sind, melden sich jetzt auch die Jutos an den Schulen zu Wort. Manch fortschrittlicher Schüler wird die Jutos als Verbündete im Schulkampf erwarten, doch bis auf wenige Ausnahmen wird er wohl enttäuscht werden.

Den Jutos geht es nach ihren eigenen Äußerungen nicht darum, die berechtigten Forderungen der Schüler Eltern und Lehrer nach einer besseren und gerechteren Schule zu unterstützen, sondern darum, die „Schüler auf die SPD zu orientieren - als ihre umfassende politische Interessenvertretung in allen Lebensbereichen.“ (Informationsdienst der Jutos für Schleswig-Holstein). Die Eltern, Schüler und Lehrer sollen bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen also nicht auf die eigene Kraft vertrauen, sondern auf die SPD.

Wie umfassend die SPD unsere Interessen an den Schulen vertritt, sehen wir beispielsweise in Hamburg.

Hier ist die Situation an den Schulen gekennzeichnet durch Lehrermangel, fehlende Fachräume, überfüllte Klassen und Unterrichtsausfall. In Hamburg regiert die SPD und antwortet etwas gegen die Schulmiserie zu unternehmen, verschleiert sie die Situation bewußt immer mehr, um Geld zu sparen, das den großen Kapitalisten dann als „Subventionen“ in den Rachen geworfen wird.

Im Sinne der „Orientierung“ der Schüler auf die SPD“ (hätten die Jutos Schleswig-Holstein einen Schülerkongreß durch. Dieser Schülerkongreß sollte nicht dazu dienen, die Erfahrungen der einzelnen Schülergruppen zusammenzutragen, um auf dieser Grundlage ein gemeinsames Vorgehen an den Schulen zu besprechen. Der Schülerkongreß sollte ein reiner Jubelkongreß werden, auf dem die Landtagskandidaten sich dem künftigen Wähler zeigen, und wo sich die Jutos freuen sollten, daß es sie gibt.

So wurden aus allen Teilen des Landes Jutos zusammengekartet. Eine Woche vorher hatte der Schüler-Union-Kongreß stattgefunden, mit etwa 50 Leuten. Die Jutos wollten nun auf jeden Fall mehr sein.

Von mehreren Jutos hörten wir, daß sie erst am Anfang ihrer Arbeit an den Schulen streikten. Sie erhofften sich von dem Schülerkongreß Unterstützung für ihre weiteren Perspektiven. Da sollten sie bitter enttäuscht werden.

Funktionen. Da sollten sie bitter enttäuscht werden.

Die Jutossozialisten, die sich zu Wort meldeten, brachten entweder Beiträge, die durch eine hohe Abstraktion für die meisten Schüler unverständlich blieben und zumeist auch bloß inhaltslose Phrasen waren („die Schule als vermeintlich abgesonderte Institution in den gesellschaftlichen Zusammenhang stellen, um auf diese Weise eine allgemein-politische Perspektive zu erarbeiten“) oder aber sie verhandelten in ihren Beiträgen die Situation an den Schulen so, daß sie für die fortschrittlichen Schüler gefährlich wurden. So wurde behauptet, daß die reaktionäre SV-Verordnung an sich gar nicht so schlimm sei, da die SPD 1975 die Landtagswahlen gewinnen werde und dann die SVV zerschlagen werde. Die Schüler sollten also den Kampf gegen reaktionäre Gesetze lassen, weil die SPD das 1975 schon machen werde. Demnach werden die Jutos uns wahrscheinlich auf das Paradies vertragen wollen.

Auch das Vordringen der Reaktionen an den Schulen wurde verharmlost. „Wenn erst die Juto-Schülergruppen kommen, spricht bald niemand mehr von der Schüler-Union (Pictay - Mitglied des Juto-Landesvorstandes). Dieser Einschätzung folgend, hatten die Jutos auch gar nichts dagegen, daß die Reaktionen der Schüler-Union und Vertreter des Kultusministeriums im Saal anwesend waren. Selbst der Landesvorsitzende der SU, Saurin, war anwesend. Die Möglichkeit, daß die Reaktionen gekommen waren, um Spitzeldienste zu leisten, haben die Jutos nicht. „Nur die dümmsten Käber wählen ihre Schlichter selber“ (häufiggebrachter Slogan der Jutos). Auf die Idee, die Reaktionen an die Luft zu setzen, kam hingegen keiner.

„Wagten“ es, dagegen fortschrittliche Schüler inhaltlich zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, wurden sie sofort als „Chaoten“ beschimpft. Diesen Schülern wurde durch formale Tricks die Möglichkeit genommen, ihren Standpunkt darzustellen. Dürfte die Juto-Prominenz so lange reden, bis die ersten einschleiften, hätten dagegen fortschrittliche Schüler nur drei Minuten Redezeit. Die Juto-Hauptpläne hörten es

nicht gerne, daß die SVV ihren Vortrags in Hamburg SVG hat, das von Sozialdemokraten gemacht wurde. Vor dem Schülerkongreß hatten die Jutos zugesagt, daß Mathiesen (Ministerpräsidenten-Kandidat der SPD für Schleswig-Holstein) vier Landesgenossen die SVV zurücknehmen wird. Auf dem Schülerkongreß jedenfalls sprach Mathiesen dann nur noch von „Änderung“. Als Genossen fragten, in welchen Punkten und zu wessen Gunsten geändert werden soll, wurden sie sofort wieder als Chaoten beschimpft. Den absoluten Höhepunkt leisteten sich die Jutos, als ein Genosse den „Offenen Brief“ des SSB (= Sozialistischer Schülerbund, mit dem KB sympathisierend) an alle demokratischen und sozialistischen Organisationen verteilte. Der Brief rief auf zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront von Demokraten und Sozialisten gegen das Vordringen der Reaktionen an den Schulen. Dem Genossen wurde nach dreiminütiger Redezeit das Wort entzogen, obwohl offensichtlich war, daß ein vierseitiger „Offener Brief“ nicht in drei Minuten zu verlesen ist.

Als danach ein zweiter Genosse seine Redezeit für das weitere Vordringen des „Offenen Briefes“ gebrauchen wollte, wurde ihm das unterstellt!

Verhindert wurde vom Juto-Landesvorstand auch eine Solidaritäts-Resolution mit dem RBJ. (Dem RBJ wurde die staatliche Förderung vom Hamburger SPD/FDP-Senat entzogen - vgl. AK Nr. 52.) Mölner Jutos wollten eine entsprechende Resolution durch den Kongreß verabschieden lassen. Sie hatten eingesehen, daß der Angriff gegen den RBJ im Zusammenhang zu sehen ist mit den Disziplinierungsversuchen gegen die Jutos. Zunächst versuchte ein Mitglied des Juto-Landesvorstandes „gütlich“ mit den Mölner Jutos zu reden. Der RBJ sei doch eine chaotische Organisation und außerdem Feind der Jutos. Mit diesen Leuten könne man doch keine Solidarität üben. Als die Mölner Jutos das nicht einsehen, sagte man ihnen ganz klar, daß die Resolution dem Kongreß nicht zur Abstimmung vorgelegt werde! Basta.

Zwei weitere Beispiele machen das Bild des angeblich linken Juto-Landesvorstandes noch deutlicher.

Gerhard Bartel (Juto-Landesvorstand, zuständig für Betriebe und Gewerkschaften) wurde Mitglied einer Tarifkommission usw.) rechtfertigte gegenüber einem KB-Genossen die Politik des Arbeitermörders Noke (Tarifkommission usw.) rechtfertigte gegenüber einem KB-Genossen die Politik des Arbeitermörders Noke (SPD) mit der Behauptung, die Ermordung der Arbeiter müsse man aus der geschichtlichen Situation begreifen. Noke hatte in der Weimarer Republik die Erschießung von Arbeitern mit den Worten „Einer muß den Bluthund machen, ich scheue die Verantwortung nicht“ angeordnet!

Der Juto-Landesvorsitzende Ebert betrie auf der Kreiskonferenz der Lauenburger Jutos gegen den KB mit der Behauptung, der KB sei für die Wahl der Lehrer durch das Volk. Als Jutos ihn darauf hinwiesen, daß dies eine KBW-These sei, meinte Juto-Ebert, man müsse es ihm überlassen, wer er die einzelnen Gruppen „verwechselte“ und wann nicht.

Die Jutos behaupten von sich, sie seien die SPD der 80-er Jahre. Einen „Bluthund“ und einen demagogischen Propagandachef haben sie jedenfalls bereits.

Der Juto-Schülerkongreß hat er nur gezeigt, daß die Juto-Führung heute nicht bereit ist, an einer gemeinsamen Kampffront gegen die Reaktionen teilzunehmen. Die Juto-Führung will jene Schüler, die zwar gegen die Reaktionen sind, aber noch nicht an der Kampffront aller Demokraten, auch der Kommunisten, teilnehmen, in die SPD binden. Damit spaltet die Juto-Führung bewußt die einheitliche Front von Demokraten und Sozialisten und rüdt damit dem weiteren Vordringen der Reaktionen, und in deren Gefolge der Faschisten! Es wird unsere Aufgabe sein, dies den Juto-Mitgliedern und allen Schülern beizubringen zu machen, um sie für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Schüler-Union und andere reaktionäre Schülergruppen zu gewinnen.

In Möln werden die Jutossozialisten ihre Konsequenzen ziehen. Sie werden weiterhin mit allen Demokraten und natürlich auch mit Kommunisten zusammenarbeiten. Der SPD werden sie den Rücken kehren, sie treten aus.

Die Orientierung auf die SPD ist keine Perspektive, verlassen wir uns in allen Kämpfen auf die eigene Kraft. **KB/Ortszelle Möln** (Nachtrag über Arbeiterbuch Lübeck)

„Kein Bleiwerk in Marckolsheim! Kein Kernkraftwerk in Wyhl!“

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF wurde über den Kampf gegen die Errichtung eines Bleiwerks der CWM (Chemische Werke München) in der französischen Gemeinde Marckolsheim berichtet. Dieser Kampf, der von zehn französischen und elf westdeutschen Bürgerinitiativen getragen wird, richtet sich aber nicht nur gegen das CWM-Bleiwerk, sondern auch gegen den Bau eines Kernkraftwerks (KKW) in Wyhl, am westdeutschen Bodensee. Wir wollen den Artikel aus dem letzten AK durch einige Informationen ergänzen, die uns von Genossen aus Pforzheim zugesandt wurden.

Die baden-württembergische Landesregierung, die die Gesundheitsgefährdung und Naturschädigung (bedieses Weinbaugebiet!) durch das geplante CWM-Werk zunächst heftig heruntergespielt hatte, äußert inzwischen selbst „schwere Bedenken“ und erklärt sich „erfreut über die bürgerschaftlichen Initiativen“ (CDU-Ministerpräsident Filbinger und Wirtschaftsminister Eberle).

Aber der Zweck dieses „Inneswandels“ liegt darin, durch die „schweren Bedenken“ gegen das Bleiwerk in Marckolsheim vom Bau des KKW in Wyhl abzuwenden. Filbinger überlegt ist, daß sich die Lage „ganz schnell entspannen“ werde, wenn das Bleiwerk nicht gebaut wird (wobei er insgeheim auch für das Bleiwerk vielleicht hinzudenken mag: aufgeschoben ist nicht aufgehoben).



„non a CWM“: „Nein zu den Chem. Werken München“ –
„non a CWM“: „Nein zu den Chem. Werken München“ –

Es scheint jedoch, daß Filbinger mit dieser schwächlichen List den badischen und elsässischen Kampfwillen vorerst nicht überbieten konnte: Als Wirtschaftsminister Eberle die Genehmigung für das Atomkraftwerk in Wyhl bekanntgab, begannen sofort neue und heftige Demonstrationen. Die Bauplatzbesetzer bekräftigten, daß ihre Forderung nach wie vor ist: „Kein Bleiwerk in Marckolsheim! Kein Kernkraftwerk in Wyhl!“

Überdies sind die neuerlichen „schweren Bedenken“ der baden-württembergischen Landesregierung gegen das Bleiwerk im französischen Marckolsheim auch keineswegs schon ein Indiz dafür, daß die Baupläne nennmehr aufgegeben werden.

Die kapitalistischen Interessen, die dahinter stehen, sind ziemlich stark. Nicht nur, daß aus dem Elsaß überhaupt ein neues großes Industriegebiet mit westdeutscher Kapitalbeteiligung (vor allem Groß- und Grundstoffindustrie) gemacht werden soll. Sondern CWM wurde bereits einmal durch 9-monatige Besetzung eines Baugeländes bei St. Avold zum Rückzug gezwungen, und der Platz bei Marckolsheim scheint gegenwärtig die einzige „Ausweichmöglichkeit“ in dieser Gegend, wo CWM ein Bleiwerk errichten kann. Und ein zweites Mal wird diese Firma wahrscheinlich etwas stärker für die Verwirklichung ihrer Pläne kämpfen; vor allem, weil von der französischen Regierung recht günstige Bedingungen dafür bereitgestellt werden: so erhält das westdeutsche Kapital z.B. in den ersten fünf Jahren eine hundertprozentige Befreiung von der Gewerbesteuer, außerdem billiges Industriegelände, das die französischen Gemeinden bis zu 25 % unter dem Einstandspreis verkaufen dürfen, Abschreibungsprivilegien des Einstandspreises der Anlagen bis zu 15 % und Zuschüsse in Höhe von 25 %.

Im französischen Colmar gibt es zu diesem Zweck allein neun Gesellschaften, die sich mit Fragen der Industrie-Erschließung befassen. Für ihren Plan, hier ein neues Industriezentrum entstehen zu lassen, bieten die Regierungen und Behörden den Kapitalisten auch mit dem Rheintal und dem Bau einer neuen Eisenbahn-Schnellstrecke gute Transportbedingungen. Am Hoch- und Oberrhein sind zudem insgesamt 13 Kernkraftwerke

und Eberle von Baden-Württemberg, d.Red.) im Aufsichtsrat des Energieunternehmens sitzen. „...haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk in Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird (der erste Bauzug von CWM ist inzwischen wieder abgerückt, wobei sich einige der Arbeiter mit den Besetzern solidarisierten; d.Red.). Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen“.



Immerhin geht daraus hervor, daß die Bürgerinitiativen ihren Kampf richtigerweise sowohl gegen die betreffenden Kapitalisten als auch die Regierungen richten – wenigstens kaum anzunehmen ist, daß eine bürgerliche Regierung jemals „zur Vernunft“ gebracht werden kann.

Demgegenüber stehen aber beispielsweise auch Erklärungen, wie sie von Repräsentanten des „Weinbauverbands“ des Gebietes Kaiserstuhl-Tunberg“ herausgegeben werden.

Dort wird auch gegen die Errichtung des für den Weinbau schädlichen



Übersetzung der französischen Parolen auf den Fotos:

„chantier interdit au public“: „entapicht: Betreten der Baustelle verboten (Schild der Baufirma bzw. der zuständigen Behörde)

„il faut desobair a l'injustice“: „Man darf dem Unrecht nicht gehorchen (Antwort der Besetzer auf dieses Schild)

„la democratie a du plomb dans l'aile“: „Die Demokratie ist über den“
In diesem Fall kann das aber auch wörtlich gemeint sein (einer der Besetzer, der deutsch sprach, hat uns die wörtliche Übersetzung gegeben)
Dann heißt die Parole: „Die Demokratie hat Blei im Flügel“

Umweltschutzgruppe entfielen. Zum neuen Bürgermeister wurde der Vorsitzende der örtlichen Bürgerinitiative gewählt. Im Nachbargemeinde Mackenheim hat der Gemeinderat dem Bau eines Bleiwerks des Bayer-Konzerns zugestimmt. Inzwischen wurden über Nacht symbolisch sieben Galgen vor dem Rathaus errichtet: für jeden, der dafür gestimmt hat.

Zum anderen sind die Interessen innerhalb dieser Bewegung aber durchaus nicht einheitlich. In einer Erklärung der 21 badischen und elsässischen Bürgerinitiativen heißt es beispielsweise:

„Weil wir gelernt haben, daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist; daß Ministerpräsident und Wirtschaftsminister gemeint sind Filbinger

Bleiwerks protestiert und „äußerste Notwendigkeit“ geäußert; weiter heißt es dann jedoch:

„Dankend erkennen wir an, daß vor allem der Regierungspräsident Dr. Person und auch der Ministerpräsident Dr. Filbinger sowie die Landes- und Bundestagsabgeordneten unsere Besorgnis und Bedenken zum Anlaß genommen haben, sich ihrerseits auf allen politischen möglichen Wegen für unser Anliegen zu verwenden“.

Tatsächlich besteht von Seiten der Verbandsspitze – in der Regel Großgrundbesitzer, die ihre Schäfchen im Trockenen haben, gleichzeitig CDU-Parteiangehörige – das Interesse, die Protestbewegung und die Masse der existenzbedrohten Kleinbauern an das Vertrauen in Parlament und Regierung zu bin-



Besetzung des Bauplatzes von CWM

den, statt sie davon zu lösen – und noch dazu an das Vertrauen in den gleichzeitigen Aufsichtsrat in dem Energieunternehmen ist, gegen das sich der Protest der Bevölkerung richtet.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Kampfkampagnen, die im Sommer vorigen Jahres gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge (in Niedersachsen, nahe der holländischen Grenze) stattgefunden haben.

Dort ist es bürgerlichen Politikern (der CDU!) durch allerlei Manöver gelungen, sich an die Spitze der Protestbewegung zu stellen, um diese dann ergebnislos in parlamentarischen Bahnen verwickeln zu lassen.

Daß solche Manöver auch im Badischen schon im Gange sind, spricht z.B. die „Frankfurter Rundschau“ vom 15.10. recht offen aus:

„... anstelle der Polizei kommen jetzt die Politiker aus Parteien und Verbänden, um sich zu Wortführern der Bewegung zu machen und nebenbei an der Popularität der Sache teilzuhaben. Besonders starke Worte findet inzwischen die baden-württembergische Landesregierung gegen die Bleigefahr“.

Siehe das oben wiedergegebene Zitat von Eberle, der sich „erfreut über die bürgerschaftlichen Initiativen“ zeigte – der gleiche Minister, der wenig zuvor noch davon sprach, daß hier „Minderheiten laute und gewalttätiger Extremisten“ tätig seien.

Vor solchen Reaktionen, die sich der Protestbewegung nunmehr anempfehlen, werden sich die Badener und Elsässer hüten müssen, wenn ihr Kampf nicht erfolglos bleiben soll.

KB/Gruppe Frankfurt

Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die badisch-elsässische Bevölkerung

Wir wissen

- daß das geplante Atomkraftwerk bei Wyhl, sein Atom-Müll und seine künftige Ruine unser Land und unser Leben gefährden
- daß der Betrieb des Atomkraftwerks und der nachfolgenden Industrie das Klima so verändert, daß den Landwirten, vor allem den Winzern, die Existenz zerstört wird und sie als billige Arbeitskräfte in die Fabrik gehen müssen
- daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen Verschmutzung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanz und Tiere, die wir essen
- und weil wir nicht abwarten können, bis die Katastrophe da ist

Wir sehen

- daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihre Profite auf Spiel setzt
- daß wir belogen werden mit Fiktionen wie „Entweder Fortschritt oder Umweltschutz“ – Den Fortschritt schaffen wir mit unserer Arbeit. Wir lassen uns nicht einen „Fortschritt“ der Selbstzerstörung aufzwingen.
- daß die Kernkraftwerksspezialisten von der Atomindustrie bezahlt sind und deshalb Illusionen verbreiten über „saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit“, obwohl sie es besser wissen müßten
- und weil wir nicht warten können, bis diese Illusionen explodieren

Wir lernen haben,

- daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist; daß Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat des Energieunternehmens sitzen; daß sie selbst Reklame machen für Atomstrom
- daß die Regierung neutrale Wissenschaftler abberuft, die Bürgerinitiativen, d.h. die Selbstorganisation der Bevölkerung, bekämpft, und die Bevölkerung täuscht
- daß sie ihre Pläne notfalls mit Gewalt und gegen den Protest von fast 100 000 Einspruchern durchsetzen will
- daß wir jetzt unsere Interessen nur noch selbst, gemeinsam und entschlossen verteidigen können
- und weil wir nicht dulden, daß unser Recht derart mißachtet wird

Wir wissen

- daß die Produktion auf der Basis von Blei, wie sie von den Chemischen Werken München in Marckolsheim geplant wird, eine große Gefahr darstellt für Menschen, Tiere und Pflanzen
- daß die Behörden nicht instand sind, unsere Umwelt vor der Verschmutzung zu schützen
- daß die Baugenehmigung erteilt wurde, ohne vorher umfassende Gutachten einzuholen
- daß die von der Verwaltung angekündigten Maßnahmen die Gefahren nicht vermindern, sondern nur verbergen
- daß die deutsche Bevölkerung, die es auch angeht, gar nicht gefragt wurde

Wir sehen

- daß die Ärzte und zuständigen Wissenschaftler immer wieder einhellig auf die Gefahren hinweisen, die von der Bleiindustrie ausgehen
- daß nicht einmal die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze eingehalten werden
- daß der ausgeschüttete Staub von Bleihäuten Katastrophen hervorruft; Nordenham, Stöbberg...
- daß gegen diese Fülle meistens keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen wurden, und wenn, dann nutzlos

Wir lernen haben,

- daß die sogenannte „Untersuchung des öffentlichen Nutzens“ nur einen blassen Anschein von Demokratie hat
- daß die Behörden die Ansicht der Bevölkerung überhaupt nicht berücksichtigen
- daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen

Deshalb haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk in Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird.

Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen bis die Regierungen zur Vernunft kommen.

Die GDCF („Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft“) hat am 6. November in Göttingen einen Aufbruch zu neuen Ufern gewagt: Im Saal des Bundesgeschäftsführers der Jungen Union als „ehelichen Anwalt“ des chinesischen Volkes aufzutreten. Hier der Bericht eines Genossen:

Hinter der Kasse sahe ich ein mir wohlbekanntes KBW-Gesicht, im Saal eine ganze Menge KSBler, wahrheitsgemäß die Mehrheit. Insgesamt sind über 80 Leute anwesend. Als ich in den Saal eintrete, sehe ich eine interessante Szene: der Göttinger GDCF-Chef Lein (ein abgehaltener KPD/MLer) ist mit einem Buchen (für sich wenig später als JU-Reaktor Helmut herausgestellt) dabei, einen KSV-Genossen des Saales zu verweisen, weil er dort Flugblätter mit einer Einladung zu einem China-Arbeitskreis verteilt. Schnacks von Lein: „Das müssen Sie draußen machen. Sie wollen unsere Organisation als Plattform für ihre Propaganda ausnutzen!“ Neben ihm steht sein Freund von der Jungen Union.

Der JU-Reaktor wird auf dem Podium von Lein freundlich vorge stellt – wie es sich für Freunde gehört.

Dann legt Helmes los. Er schwärzt gut und gern dreizehn Stunden. Man merkt, er hat Erfahrung darin, Leute für etwas zu verkaufen, sich vor Publikum zu spreizen. Helmes ist als Vorsitzender der Deutschen Nationalkomitees der Jugendverbände auf, – wie er behauptet – „ausdrücklichen Wunsch“ der chinesischen Regierung als Mitglied einer Delegation nach China gefahren, im April (na dieses Jahres).

Wie es sich gehört, demontiert er erstmal den politischen Zweck seiner

GDCF auf dem Weg zu neuen Ufern

Reise: „Wir sind nicht als Missionare der freien Marktwirtschaft nach China gefahren...“. Und dann am laufenden Band Provokationen wie diese: „Alle chinesischen Fahrräder haben keinen Rücktritt, die werden exportiert – so sparsam sind die Chinesen...“. „...die proletarische Kulturrevolution wird so etwa alle sieben Jahre wiederholt, damit (sinngemäß) das Volk Dampf ablassen kann...“. „vielfach wird Revolution gemacht, um nicht zu arbeiten und Flugblätter zu verteilen...“. Ich teile nicht die Auffassung, daß die 7-Mat-Kaderschulen eine Art KZ sind“. Lügen, „Wandlungen sind verboten...“. „Foto-graphieren ist verboten...“, „es gibt keinen Urlaub...“. Dann die Mentalität des Kolonialismuschweins: „Obwohl man offiziell nicht bewacht wird, ist es doch so... es gibt so viele Menschen in China – überhaupt die Massen... man wird auf Schritt und Tritt beäugt...“.

Bei den übelsten Demagogien gibt es Zwischenrufe von einem KSVler und mir, abwechselnd. Darauf ernten wir unwirksame Blicke und Zucken – der Reaktor soll reden!

Eine GDCF-Dame übernimmt nach Helmes das Mikrofon und läßt sich ungerührt über „allgemeine Prinzipien“ der chinesischen Außenpolitik aus. Zwischendurch gibt mal eine „Richtigstellung“ an die Adresse von Helmes – aber „nuchlich“, wie man es wohl aus Lehrerkonferenzen gewohnt ist. Anschließend darf Helmes etwas erwidern, und sofort „Fachleute“ unter sich... Ich habe die erste Wortmeldung,

sage sinngemäß: Es ist ein dolles Ding, daß die GDCF meint, diesen Reaktor als authentischen Zeugen des sozialistischen Aufbaus und des chinesischen Außenpolitik einladen zu müssen. Beifall von höchstens 20 Leuten. Weiter: es ist eine grundsätzliche Frage der Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem westdeutschen Volk, ob man Reaktionen den Spielraum gibt, sich als Freunde des chinesischen Volkes auf-

zuspielen. GDCF-Chef Lein unterbricht mich durchs Mikrofon. Ich sollte doch zum „Thema“ sprechen. Ich mache auf den geradezu unerträglichen Widerspruch aufmerksam, den Reaktor nachschauen will, während zu lassen, mir aber als erkennbar Linkem das Wort entziehen zu wollen. Ich fordere schließlich, Lein solle hier begründen, weshalb die GDCF mit den Reaktionen gemeinsame Sache mache.



„DIESE CHAOTEN STÖREN DOCH JEDE SACHLICHE DISKUSSION!“

Dieser politische Scharlatan hat darauf tatsächlich die Stirn, in der Art bester bürgerlicher Politikerkastei auf die nächste Mitgliederversammlung zu verweisen, wo man das diskutieren könne. Jetzt wolle man aber über die Außenpolitik... Beifall und Klappen rufen die Mehrheit. Man hatte sich in den Kopf gesetzt, mit dem Volksfeind über die Volksherrschaft zu plaudern. Hier war ich fehl am Platz. Ich ging. Soweit der Bericht.

Mit dieser Veranstaltung ist der Weg der unverhüllten Sabotage an den Interessen des chinesischen Volkes und der westdeutschen Arbeiterklasse beschränkt worden. Ist es schon so, daß die gegenwärtige chinesische Außenpolitik jedem Freund des chinesischen Volkes, der seinen Kopf nicht an der Garderobe abgeben hat, Rätsel aufgibt, weil solche von der chinesischen Regierung eingeladenen Reaktoren wie Schröder und Kohl sich als Freunde des Volkes von selbst ausschließen – so wird nun hier ein übriges getan, indem ein führender JU-Reaktor unter dem Deckmantel der „Chinakennerschaft“ in die Front der Chinafreunde hineingeschmuggelt wird. Freundschaft mit der VR-China – das kann nur heißen: Freundschaft mit den Interessen und Errungenschaften des chinesischen Volkes. Diese Freundschaft ist unteilbar, sie gilt allen Augenbetrachtern und Unterdrückten gleichermaßen. Und deshalb haben die Feinde des westdeutschen Volkes nichts mit den westdeutschen Freunden des chinesischen Volkes gemein! Wir sind gespannt, wann die Spieser der GDCF Kohl oder Schröder einladen.

KAG Göttingen

Inhalt

Yankamp	
KG-Metall, OTV, Post-Gewerkschaft, IG-Draup, DAG stufen Forderungen auf: Gewerkschaftsführer verhandeln über Lohnabschluß	17
Bremen: Tarifbeschlüsse der IG-Metallwerkstätten und der Tarifkommission (Gitarre)	17
Tariffkommission im „Kampf“ (Ein Leserbrief aus Braunschweig)	17
So Vorn muß es laufen – HDW-Elektriker fordern 1,50 DM/Std. mehr	17
Hamburger IGM-Lehrkräfte organisieren eigene Versammlung	18
Resolution zur Tarifrunde, verabschiedet von Hamburger Metall-Lehrkräften aus 20 Betrieben	18
Mittelindustrie	
Stimm AG: Die Priester nehmen sich die Ehre, ihre Werke auszusuchen	18
Mannheim: Lehrlinge bei Röhre	18
Hella-Werke in Lippstadt und Paderborn: „Je größer die Masse, umso gefährlicher ist sie“	18
Bremen: Vier Vulkan-Kollegen aus der IGM ausgeschlossen	18
Firmenrat: Gewerkschaftsausschluß auf kaltem Weg	18
Hamburger Stahlwerke: Neue Erpressungen gegen Elektriker und aktive Gewerkschafter	18
Verklärte Rationalisierungswelle jetzt auch in Hochwegs Metallindustrie	18
SE-Fahrerwerke: Widerstand gegen die Rationalisierung	18
Scheuer Wand bei DEMAG-Com	18
Hannover-Hörschel: Rationalisierung führt zu schweren Schäden	18
Rheinmetall (REK): Nach dem Willkommensgruß – Ein Tritt in den Hintern	18
„Chirurgische Eingriffe“ bei Messerschmidt-Bölow-Bleim	18
Krise und Kränken	18
Chemische Industrie	
Die pharmazeutische Industrie	18
Betriebsräteaktionen bei Texaco/Hamburg	18
Zahl der Gewerkschaftswachleute erhöht sich auf 15	18
Druckindustrie	
Rationalisierung in der Druckindustrie: Bildruck nicht – 609 Kollegen arbeitslos	18
Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt – 450 Entlassungen geplant	18
IG-Draup, Pilsen: Gewerkschaftsausschluß mit schmerzlichen Methoden	18
Gewerkschaftsausschluß in der IG-Draup Oldenburg	18
Wie sich ein „Linker“ Betriebsrat vom rechten Gewerkschaftsführer massiert	18
OTV	
OTV-Führung gegen Krankenhaus-Kollegen in Lübeck	18
Anwendung des „Radix“-Prinzip nach Bedarf	18
Handel, Banken, Versicherungs	
Gewerkschaftsführer lassen Mitgliederversammlung von der Polizei auflösen	18
GEW	
Jahresversammlung in der Hamburger GEW	18
Neuwahl des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AJLE)	18
Arbeitgeber	
„Nicht die rechte Bewegung zur Beilegung im Betrieb“ vergibt – Ein Fall kapitalistischer Entlassungspolitik	18
Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Göttinger Raum	18
Kurzarbeit – „Die elegante Lösung“	18
Internationalismus	
England: Blatford in Birmingham – Aus der rechten Ecke	18
Kampfs gegen „Produktivitätsmaßnahmen“ erfolgreich	18
Kilgeras in Bodo	18
Frankreich: Große gewerkschaftliche Demonstration am 20. Mai	18
„Normalisierung“ der Presse und des Rundfunks	18
Portugal: Vorbereitungen für Wahlen vor Voranschreiten des Verfalls	18
Freiheitskämpfer a.D. als Hiltisheiß des Weltpolitiken	18
Griechenland: Wahlen in Griechenland – Vorentscheid	18
Ein Sieg der Linken – Griechische Studenten wählen ihre Vertreter	18
Politik	
Weltweite Unterstützung für die PLO – Wirtschaftliche Notstandsmassnahmen und Proteste in Israel	18

Japan: Kakuei Tanaka
Mauern Demonstrationen und Streiks gegen den Besuch von US-Präsident Ford

Asien: Gigantischer Aufmarsch des US-Imperialismus in Asien – und die Komplizenrolle der japanischen Imperialisten

USA: Freispruch für Mörder in Uniform

Debatte: Die OAS setzt Konditionen gegen Kuba fort

Südafrika: Sicheres Land für Investitionen

Imperialisten sichern UN-Mitgliedschaft Südafrikas

Politik des BRD-Imperialismus

Die Krise darf nicht wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden

Rohstoffpolitik des westdeutschen Imperialismus

Amos

Der Jungs – in der Zirkusgasse, netter!

Rein von der SPD!

Juno-Schüler-Kongress in Schleswig-Holstein

Kampf dem Faschismus

Gegen NPD-Veranstaltung in Kassel

Fachjungen – ohne Marke

Oldenburg: Kein Parolen für Faschisten

Oldenburg: Brauner Clown macht faschistischen Einzug

„Angehören“ jage in der BRD

Vorfälle, Durchschlagen, Verdrängungen – Wider auf „Angehören“ jage

Westberlin: Forderung nach Solidarität

Westberlin: Wer sind die Terroristen?

Westberlin: Mini-Rechtsabstand

Wie betrie ich erfolgreich? (Ein Gedicht)

Göttingen: „RAF“-Kampagne auch in der „Provine“

Zum Tod von Holger Meins: Schwann-Flugblätter der IGP

Zur Verhaftung von RA Reinhard

Erklärung von RA Haag zum Tod von Holger Meins

Einmal Faschismus das reicht

Gedächtnis in der BRD

Verflechtungen von Geheimdiensten, Nato und Faschisten

Pressefreiheit in der BRD

Kassel: Versuchte Angriffe auf kommunistische und demokratische Propaganda

Bundesverbot

Presseerklärung der Gesellschaft der Freunde Albanos e.V. – Zwei Vorstandsmitglieder von Berufsverbot bedroht

Bundesversammlung

„Grenzschutz-Gruppe 9“ – Auch Totretreuten sind Menschen, sie totzuschneiden will gelbt und gelblich sein

BGS-Umwandlung zur Bundespolizei steht kurz vorm Abschlus

Bundesrat

„Der deutsche Soldat ist der beste Soldat“ – Member Bericht eines Genossen über die ideologische Aufklärung in der Bundeswehr

Tradition dient der Erziehung

Auf dem Weg zur totalen Disziplin

Werkzeute

Zügiges Ausmaß des Werkzeugbaus – 607 in den Betrieben

Ausnahme (A. B. K. K. K.)

Lübeck: Ausländische Kollegen sollen besser bespitzelt werden

Jugendpolitik

Jugendzentrum Rebeck: Der Kampf geht weiter

Kommunalspolitik

„Kein Bierwerk in Markthausheim! Kein Kraftwerk in Wyhl“

Erklärung von 21 Bürgerinitiativen in die badisch-elbsche Bevölkerung

Westberlin: In Spandau wird's laut

Ministerialrat C. K. K.

GDCF auf dem Weg zu neuen Ufern

Redaktionelle Anmerkung

Zur Verhaftung von Rechtsanwalt Reinhard

„Prominentester Verhafteter“ („Bild“, 27.11.) der Polizei-Größeaktion am 26.11. war der Hamburger Rechtsanwalt Reinhard, der verschiedentlich Mitglieder der „RAF“ und andere politische Gefangene juristisch vertreten hat. Zu dieser Verhaftung gab das RA-Kollektiv Günnemann-Jacob (Reinhard) am 27.11. eine Presseerklärung ab, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen.

Presseerklärung

Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard, aus dem Anwaltskollektiv Günnemann, Jacob, Reinhard ist am 26. November 1974 morgens um sechs Uhr in seiner Wohnung verhaftet worden.

Seine Wohnung wurde durchsucht. Gleichzeitig brach die Bundesanwaltschaft, unterstützt durch Bundeskriminalamt und Hamburger Polizei, die Büros des Anwaltskollektivs auf und begann mit der Durchsuchung sämtlicher Räume, die bis in die frühen Abendstunden andauerte. Dabei wurden u.a. sämtliche Akten durchstöbert. Keine Akte, die nicht unberührt blieb – nicht einmal die Verteidigerpost.

Alle Hinweise auf anwaltliche Schweigepflicht und Anwaltsgeheimnis sowie den Geheimnisschutz für Verteidigerpost kümmerten die Besatzen nicht. Auf Weisung der Bundesanwaltschaft nahmen sie fast vollständig die Verteidigerpost der von uns vertretenen politischen Gefangenen mit. Das ist die neue Art der Bundesanwaltschaft, in politischen Strafverfahren zu ermitteln. Man wartet, bis man annehmen kann, daß sich genügend Verteidigerpost angesammelt hat, aus der man sich Hinweise auf die vorgeworfenen Straftaten erhofft.

Dann werden fadenscheinige, halblou Verdächtigungen konstruiert.

Ausländische Kollegen sollen besser bespitzelt werden

In den „Lübecker Nachrichten“ (LN) vom 9.11. stand geschrieben, daß die Bullen Arbeitsgruppen gegen Ausländer bilden wollen. Diese Gruppen umfassen jeweils 24 Mann, die bereit sind, eine Fremdsprache zu erlernen – wie türkisch, serbo-kroatisch oder griechisch – wenn sie Grundkenntnisse besitzen. Diese Arbeitsgruppen dienen angeblich „der Polizei als Waffe gegen die Ausländer-Kriminalität“ („LN“). „Nach vierjähriger Laufzeit“ will man „das Berliner Modell“ jetzt auch den Behörden der übrigen Bundesländer empfehlen („LN“).

eine Büro-Durchsuchung durchgeführt und die Post mitgenommen. Gleichzeitig wird die Post bei den Gefangenen in den Zellen beschlagnahmt.



Die politischen Gefangenen vernichten man ihren Verteidiger zu befragen, indem man ihn verhaftet. Die Bundesanwaltschaft behauptet, Reinhard soll die Gruppe, der die Erziehung Ulrich Schmückers vorgeworfen wird, unterstützen, die Tötung nachdrücklich gutgeheißen haben, und daß er sich an der Beute bereichern wollte.

Gegen diese perfiden Verdächtigungen können und wollen wir uns nicht wehren.

Wir werden im Gegenzug zur Bundesanwaltschaft unsere anwaltliche Schweigepflicht beachten.

Ein Lübecker Metallgenosse